64. Jahrgang / Heft 3 / Juli 2016 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Herausgegeben von
Helmut Altrichter, Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze, Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Andreas Wirsching
Hitlers Authentizität
Eine funktionalistische Deutung

Oliver Jens Schmitt
Faschistische Kader im Umland von Bukarest 1927 bis 1941

Hans Goldenbaum
Die nationalsozialistische Rundfunkpropaganda für die arabische Welt

Mario Daniels
Die Kampagne der westdeutschen Chemieindustrie gegen den Brain Drain in die USA

Heiner Möllers
Die Rolle der Medien in der Kießling-Affäre 1984

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Institut für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

3
16

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von

Helmut Altrichter, Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze, Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler und Alan E. Steinweis

Redaktion:
Magnus Brechtken, Johannes Hürter,
Thomas Raithel, Elke Seefried, Petra Weber
Chefredakteur: Jürgen Zarusky
Stellvertreter: Thomas Schlemmer
Technische Redaktion und Büro: Mirella Kraska

64. Jahrgang Heft 3 Juli 2016

Die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausgeber und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung.

The Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (*Double Blind Peer Review*). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff then decide on publication.

De Gruyter Oldenbourg

Anschrift der Redaktion

Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 0 89/1 26 88-0
Fax 0 89/1 26 88-191
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

Online

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/
Alle Artikel seit 1953 stehen online und sind vollständig durchsuchbar, open access bis einschließlich 2010.
http://vfz.ifz-muenchen.de

Impressum

© 2016 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Offenlegung der Inhaber und Beteiligungsverhältnisse gem. § 7a Abs. 1 Ziff. 1, Abs. 2 Ziff. 3 des Berliner Pressegesetzes: Die Gesellschafter der Walter de Gruyter GmbH sind: Clara Cram Stiftung, Berlin; Cram, Gisela, Rentnerin, Berlin; Cram, Dr. Georg-Martin, Unternehmens-Systemberater, Stadtbergen; Cram, Maike, Berlin; Cram, Jens, Mannheim; Cram-Heydrich, Ingrid, Betriebsleiterin, Tuxpan / Michoacan (Mexiko); Cram-Heydrich, Sabina, Mexico, DF (Mexiko); Cram, Silke, Wissenschaftlerin, Mexico DF (Mexiko); Cram, Björn, Aachen; Cram, Ella Anita, Rentnerin, Berlin; Cram, Berit, Greifswald; Cram-Gomez, Susanne, Mexico DF (Mexiko); Cram-Heydrich, Walter, Mexico DF (Mexiko); Cram-Heydrich, Kurt, Angestellter, Mexico DF (Mexiko); Duvenbeck, Brigitta, Oberstudienrätin i.R., Bad Homburg; Gädeke, Gudula, M.A., Atemtherapeutin/Lehrerin, Tübingen; Gädeke, Martin, Einzelunternehmer, Würzburg; Lubasch, Dr. Annette, Ärztin, Berlin; Schütz, Dr. Christa, Ärztin, Mannheim; Schütz, Sonja, Berlin; Schütz, Juliane, Berlin; Schütz, Antje, Berlin; Schütz, Valentin, Berlin; Seils, Dorothee, Apothekerin, Stuttgart; Seils, Gabriele, Journalistin, Berlin; Seils, Dr. Clara-Eugenie, Oberstudienrätin i.R., Reppenstedt; Seils, Christoph, Journalist, Berlin; Siebert, John-Walter, Pfarrer, Oberstenfeld; Walter de Gruyter Stiftung, Berlin.

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift.
Anzeigenverwaltung: Heiko Schulze, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany. Tel.: +49 (0)30 260 05-358, Fax: +49 (0)30 260 05-264,
E-mail: anzeigen@degruyter.com
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 59,80; Online-Abonnement € 49,–; Print- und Online-Abonnement € 72,–; Studentenabonnement: € 34,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 49,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 17,–/Ausland: € 28,00. Einzelheft: € 16,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens 2 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz: sellier druck GmbH, Angerstraße 54, 85354 Freising, Druck: Franz X. Stückle Druck und Verlag e.K., Ettenheim. Printed in Germany

Inhalt

Architekt oder Politiker?

Andreas Wirsching
Hitlers Authentizität . . . . . 387 Aufsätze
Eine funktionalistische Deutung

Mystiker oder Revolutionäre?

Oliver Jens Schmitt
Wer waren die rumänischen Legionäre? 419
Eine Fallstudie zu faschistischen Kadern im Umland von Bukarest 1927 bis 1941

Radio Mufti?

Hans Goldenbaum
Nationalsozialismus als Antikolonialismus 449
Die deutsche Rundfunkpropaganda für die arabische Welt

Go West?

Mario Daniels
***Brain Drain*, innerwestliche Weltmarktkonkurrenz und nationale Sicherheit 491**
Die Kampagne der westdeutschen Chemieindustrie gegen Wissenstransfers in die USA in den 1950er Jahren

Skandal im Sperrbezirk

Heiner Möllers
Die Kießling-Affäre 1984 517
Zur Rolle der Medien im Skandal um die Entlassung von General Dr. Günter Kießling

Personelle Veränderungen bei den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte **551** Notiz

553 Rezensionen online

561 Abstracts

565 Autoren

Die Sensationssuche rund um die kritische Edition von „Mein Kampf“ ebbt ab, die wissenschaftliche Auseinandersetzung kann beginnen. Andreas Wirsching macht einen inspirierenden Anfang. Angeregt durch neuere Beiträge der Hitlerforschung und aktuelle Fragen nach historischer Authentizität untersucht er das in „Mein Kampf“ präsentierte Selbstbild des „Führers“ der NSDAP und arbeitet verschiedene Schichten heraus. Hitlers politische Identität, so lautet die Kernthese, war, anders als sein Berufswunsch „Baumeister“, nicht das Resultat einer längeren, schlüssigen Entwicklung, sondern vor allem den Umständen geschuldet, in denen er sich am Kriegsende wiederfand. Aus der funktionalistischen Deutung von Hitlers politischer Biografie ergeben sich weitere Überlegungen zur Interpretation des NS-Regimes und seiner Tätermotivationen.

Andreas Wirsching

Hitlers Authentizität

Eine funktionalistische Deutung

I. Das Konzept der Authentizität

Hitlers Biografie zu schreiben hat Konjunktur. Nachdem über zweieinhalb Jahrzehnte hinweg Joachim Fests nach wie vor bedeutende Lebensbeschreibung als das Maß aller Dinge gegolten hatte, kam seit 1998 Bewegung in die Szenerie. Brigitte Hamanns Standardwerk leuchtete das Dunkel von Hitlers Wiener Jahren mit der größtmöglichen quellenkritischen Sorgfalt aus. Ian Kershaws magistrale Arbeit setzte neue Maßstäbe, und zuletzt hat Volker Ullrich den ersten Band eines ähnlich monumental geplanten Werkes vorgelegt. Thomas Weber wiederum entdeckte beachtliche neue Quellen zu Hitlers Weg während des Ersten Weltkriegs. Manches neue Material präsentiert auch Wolfram Pyta, der die literarische Gattung der Biografie mit einer ebenso zugespitzten wie interessanten These verbindet: Er rückt Hitlers „Künstlertum“ in den Mittelpunkt und begreift von hier aus seinen Anspruch auf Feldherrnschaft und Kriegführung[1]. Peter Longerich wiede-

[1] Vgl. Brigitte Hamann, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München/Zürich 1998. Weniger überzeugend, da im Wesentlichen die bekannten Fakten zusammenfassend, ist David Clay Large, Hitlers München. Aufstieg und Fall der Hauptstadt der Bewegung, München 1998. Joachim Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, seitdem vielfach neu aufgelegt. Die vorliegende Abhandlung verdankt zum einen wichtige Anregungen der Beschäftigung mit dem Projekt einer kritischen Edition von Hitlers „Mein Kampf“, die das Institut für Zeitgeschichte verantwortete, zum anderen den Erkenntnissen, die sich aus dem Forschungsverbund der Leibniz-Gemeinschaft über „Historische Authentizität“ ergaben. Einige Gedanken hierzu konnte ich in einem Vortrag über „Hitlers Biografie in ‚Mein Kampf‘“ im Rahmen des interdisziplinären Workshops „Konzepte des Authentischen – Prozesse des Authentisierens“ im Institut für Deutsche Sprache, Mannheim, diskutieren. Vgl. des Weiteren Ian Kershaw, Hitler 1889–1936, München 1998; ders., Hitler 1936–1945, München 2000; Volker Ullrich,

VfZ 64 (2016) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2016 DOI 10.1515/vfzg-2016-0020

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rum porträtiert Hitler als durchaus starken, „handelnden" Politiker und setzt damit gänzlich andere Akzente als etwa Kershaw. Der Schlüssel für Hitlers Durchsetzungsfähigkeit sei, so Longerich, keineswegs in der charismatisch erzeugten Zustimmung zu suchen, „sondern in seiner Fähigkeit, außerordentlich komplexe Situationen durch geschicktes, flexibles und (nach längerem Zögern dann doch) entschlossenes politisches Handeln neu zu ordnen"[2]. Weitere Hitler-Biografen wie Brendan Simms[3] haben sich angekündigt. Eher eindimensional-spekulative, auf das breitere Publikum zielende Thesen wie etwa die von Hitlers Homosexualität bzw. Drogensucht[4] seien hier außer Betracht gelassen.

Wirklich aussagekräftige neue Quellen lassen sich zu Hitlers Biografie ohnehin kaum finden. Das gilt besonders für die frühen Jahre in Linz und Wien, für die nach wie vor und wohl auch in Zukunft „Mein Kampf" und August Kubizeks Erinnerungen[5] als bedeutendste Informationsquellen dienen müssen. Umso wichtiger ist es, das in Hitlers „Mein Kampf" enthaltene, in jeder Hinsicht sperrige und horrend stilisierte autobiografische Zeugnis ernst zu nehmen und im Kontext des anderen vorliegenden Quellenmaterials so adäquat wie möglich zu verstehen[6]. Die Chance hierauf und auf eine zumindest partiell neue Deutung ergibt sich, wenn man sich Hitlers frühem Lebensabschnitt und seinem Text mittels Erkenntniskategorien und -konzepten nähert, die außerhalb des unmittelbaren Kontextes liegen, aber gerade deshalb eine hermeneutische Erweiterung versprechen. Eine solche transdisziplinär informierte Re-Lektüre von „Mein Kampf" gewinnt entsprechend aufschließenden Charakter und damit neue Erkenntnisse.

Im Folgenden wird ein solcher Versuch unternommen. Den Ausgangspunkt bildet dabei eine gelegentlich schon getroffene Beobachtung: Hitlers Autobiografie in „Mein Kampf" folgt nämlich in ihrer Struktur dem Modell des bürgerlichen Entwicklungs- und Bildungsromans[7]. Den Jugendjahren „im Elternhaus" schließen sich die „Wanderjahre" in Wien an, die dann gleichsam in den Münchner

Adolf Hitler. Biographie, Bd. 1: Die Jahre des Aufstiegs 1889–1939, Frankfurt a. M. 2013; Thomas Weber, Hitlers erster Krieg. Der Gefreite Hitler im Weltkrieg – Mythos und Wahrheit, München 2012. Jetzt auch ders., Wie Adolf Hitler zum Nazi wurde. Vom unpolitischen Soldaten zum Autor von „Mein Kampf", Berlin 2016. Dieses Buch erschien erst unmittelbar vor der Fertigstellung dieses Aufsatzes. Wolfram Pyta, Hitler. Der Künstler als Politiker und Feldherr. Eine Herrschaftsanalyse, München 2015.

[2] Peter Longerich, Hitler. Biographie, München 2015, S. 549.

[3] Vgl. Brendan Simms, Against a „world of enemies": The impact of the First World War on the development of Hitler's ideology, in: International Affairs 90 (2014), S. 317–336. Simms' Hauptthese geht dahin, Hitlers Denken und Handeln, inklusive seines Antisemitismus aus dem Hass gegen die anglo-amerikanischen Mächte heraus zu erklären.

[4] Vgl. Lothar Machtan, Hitlers Geheimnis. Das Doppelleben eines Diktators, Berlin 2001; Norman Ohler, Der totale Rausch. Drogen im Dritten Reich, Köln 2015.

[5] Vgl. August Kubizek, Adolf Hitler. Mein Jugendfreund. Ein authentisches Dokument mit neuen Bildern, Graz [6]1995.

[6] Grundlegend zur Entstehung, Rezeption und Wirkung von „Mein Kampf" vgl. Othmar Plöckinger, Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers „Mein Kampf" 1922–1945, München 2006.

[7] Vgl. Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, hrsg. von Christian Hartmann u. a., im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. I, München 2016, S. 30 f. (Einleitung).

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Meisterjahren" gipfeln. Dabei braucht es zunächst nicht zu stören, dass Hitlers Text diesem Modell natürlich nur in höchst fragmentarischer und stilistisch geradezu beleidigend epigonaler Weise folgt. Auch wird kaum zu klären sein, durch welche Vorbilder sich Hitler inspirieren ließ. Zwar sind deutliche Anleihen bei den Autobiografien Richard Wagners, Anselm von Feuerbachs und auch Hitlers frühem Weggefährten Anton Drexler erkennbar[8]. Aber sehr viel konkretere Hinweise auf Hitlers literatur- und gattungsgeschichtliche Kenntnisse wird man nicht erwarten dürfen. Viel wichtiger aber und bisher von der Forschung nicht diskutiert ist die Frage nach der Funktion dieses Modells für Hitlers Selbstverständnis während seiner Haft in Landsberg und für die von ihm gewünschte und entsprechend konstruierte öffentliche Biografie[9].

An der Wurzel des bürgerlichen Bildungs- und Entwicklungsromans lag eine epochenspezifische Dynamik der Moderne, die das zumindest bis in die Renaissance zurückreichende Konzept von Individualität[10] noch einmal zuspitzte. Seit dem 18. Jahrhundert nahm nämlich die Bedeutung der personalen Individualität, der neuen Möglichkeiten der autonomen Selbstentfaltung sowie einer entsprechend gewandelten Ich-Umwelt-Relation entscheidend zu. Umgekehrt offenbarten sich neue Gefahren der „Entfremdung", womit – von Hegel über Marx bis zu Max Weber – ein Schlüsselbegriff der Epoche evoziert ist. Aus dieser Konstellation ergab sich geradezu zwingend ein individualpsychologisches Grundbedürfnis, das sich als Streben nach Authentizität bestimmen lässt. Über die Individualitätskonstruktion der Moderne hinaus steht dabei die Echtheit und Glaubwürdigkeit einer Person zur Debatte.

Der Authentizitätsbegriff, um den es hier zunächst geht, verweist mithin auf die Entfaltung moderner Subjektivität, auf die subjektive Wende der Neuzeit und ihre romantischen Ausformungen, wie sie seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert vielfach diskutiert worden sind. Spätestens seit Rousseau lässt sich personale Authentizität verstehen als das „Beisichselbstsein" des Individuums; als seine „innere Stimme", die den Einzelnen wissen lässt, was für ihn selbst das Richtige ist, und ihn zu entsprechend konsequentem Handeln befähigt[11]. Dementsprechend ist der moderne Mensch angehalten, sich selbst treu zu sein und zu bleiben, um als

[8] Ebenda, Bd. I, S. 127 (Kapiteleinführung).

[9] Wie sehr „Mein Kampf" auch dazu diente, Hitlers Biografie in der Öffentlichkeit zu kanonisieren und den vielen schon zu Beginn der 1920er Jahre herumvagabundierenden Informationen über diese Biografie Maß und Ziel zu geben, zeigt Othmar Plöckinger, Frühe biografische Texte zu Hitler. Zur Bewertung der autobiografischen Teile in „Mein Kampf", in: VfZ 58 (2010), S. 93–114. Vgl. auch Pyta, Hitler, S. 219–239, unter Bezugnahme auf das von Hitler angewendete Genie-Konzept.

[10] Vgl. Jacob Burckhardt, Die Kultur der Renaissance in Italien, Bd. 1, Leipzig [12]1919, v. a. S. 111–146; Richard van Dülmen (Hrsg.), Die Entdeckung des Ich. Die Geschichte der Individualisierung vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Köln u. a. 2001.

[11] Vgl. Charles Taylor, Das Unbehagen an der Moderne, Frankfurt a. M. 1995, S. 34–39. Zu Rousseau vgl. Heinrich Meier, Über das Glück des philosophischen Lebens. Reflexionen zu Rousseaus Rêveries, München 2011, S. 135 ff. Insgesamt zusammenfassend: Achim Saupe, Authentizität, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22. 10. 2012, URL: http://docupedia.de/zg/Authentizit.C3.A4t_Version_2.0_Achim_Saupe?oldid=107221 (16. 10. 2015).

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

authentische Person gelten zu können und entsprechende Anerkennung zu erfahren. Um gegenüber seiner Umwelt echt und glaubwürdig, eben authentisch zu wirken, stand das (meist männliche) Individuum vor der Aufgabe, „zu sich selbst" zu kommen und „bei sich selbst" zu bleiben. Authentizität ist also zum einen ein Konzept der Innerlichkeit; hier geht es darum, in welchem Maße ein Individuum eine unverwechselbare Authentizität für sich gewinnt. Das als Ideal gesetzte Ziel ist die Selbstkongruenz von bewusstem Willen, inneren Wünschen und konkretem Handeln[12]. Erst eine solche Übereinstimmung mit dem innersten Selbst ermöglicht die personale Authentizität des Individuums. Auf dieser Basis wird Authentizität zum anderen auch ein nach außen gewendetes, kommunikatives Konzept: Hier geht es dann darum, wem in einem bestimmten kommunikativen Zusammenhang Authentizität zugeschrieben wird.

So verstanden, lässt sich der moderne Authentizitätsdiskurs auf Herder und vor allem auf Rousseau zurückführen. In neuerer Zeit hat ihn Charles Taylor als eine zentrale Achse der modernen „Quellen des Selbst" identifiziert und ihn durch zwei Jahrhunderte westlicher Geistesgeschichte hindurch verfolgt[13]. Es bedarf keiner näheren Ausführung, dass die ungeheuer reichhaltige Produktion autobiografischer Literatur im 19. und frühen 20. Jahrhundert entsprechende Vorstellungen von Authentizität widerspiegelte. Wilhelm Dilthey etwa erblickte in der Selbstbiografie „die höchste und am meisten instruktive Form, in welcher uns das Verstehen des Lebens entgegentritt"[14]. Entsprechend stellte die Selbstbiografie dem Verfasser ein authentisches Zeugnis seines Lebens, seiner Entwicklung und vor allem seiner Bedeutung aus: „Er hat in der Erinnerung die Momente seines Lebens, die er als bedeutsam erfuhr, herausgehoben und akzentuiert und die anderen in Vergessenheit versinken lassen."[15] Gattungsgeschichtlich ist die Parallelität zwischen dem bürgerlichen Entwicklungsroman, der Autobiografie, wie sie im Sinne Diltheys um 1900 verstanden wurde, und dem Problem personaler Authentizität klar greifbar. Die Autobiografie schildert demzufolge die Entwicklung des Individuums, „die Geschichte seines Werdens und seiner Bildung, seines Hineinwachsens in die Gesellschaft"; am Ende steht „die endlich errungene,

[12] Vgl. hierzu Julius Kuhl, Psychologie des Selbstseins, in: Ders./Andreas Luckner, Freies Selbstsein. Authentizität und Regression, Göttingen 2007, S. 49–81, hier S. 50.

[13] Vgl. Charles Taylor, Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität, Frankfurt a. M. 1994 (zuerst englisch); Hartmut Rosa, Identität und kulturelle Praxis. Politische Philosophie nach Charles Taylor, Frankfurt a. M./New York 1998, hier v. a. S. 195–211 zum Problem der Authentizität als zentrales „Kennzeichen gelingender Identität" in der Moderne (S. 197).

[14] Wilhelm Dilthey, Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften, in: Bernhard Groethuysen (Hrsg.), Wilhelm Dilthey: Gesammelte Schriften, Bd. 7, Stuttgart/Göttingen ²1958, S. 199. Die Autobiografien Augustinus', Rousseaus' und Goethes bezeichnete Dilthey als „direkteste[n] Ausdruck der Besinnung über das Leben". Ebenda, S. 198.

[15] Ebenda, S. 200. Zum Kontext vgl. Hanns-Georg Brose/Bruno Hildenbrand, Biographisierung von Erleben und Handeln, in: Dies. (Hrsg.), Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende, Opladen 1988, S. 11–30.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

festumrissene Identität des Autobiographen"[16]. Dem entspricht das Motiv des Entwicklungs- und Bildungsromans, der in der Tradition bürgerlicher Individualitätskonstruktion die Aufgabe hatte, die Persönlichkeit des jeweiligen „Helden" in Auseinandersetzung mit allerlei widrigen Umständen innerlich reifen, sie sodann zu sich selbst kommen zu lassen, um ihn am Ende als authentische Persönlichkeit in eine fruchtbare Interaktion mit der sozialen Umwelt treten zu lassen. Der Jugend und den „Lehr- und Wanderjahren" folgten somit gleichsam die „Meisterjahre", die das Ziel der Persönlichkeitsreifung darstellten.

Nun wirkt heute die Vorstellung einer geschlossenen Konzeption des eigenen Selbst durch den Autobiografen eher obsolet und nicht nur die Literaturwissenschaft greift zu dekonstruktivistischen Modellen[17]. Insofern erscheint jeder Griff nach personaler Authentizität als konstruiert; andererseits kann es im strengen Sinne nur eine, ursprüngliche Authentizität geben, was eine Abstufung verschiedener Authentizitätskonstruktionen erlauben sollte. Dementsprechend wird im Folgenden mit Blick auf Hitler von einer „älteren", Schicht personaler Authentizität gesprochen und von einer „jüngeren", sekundär konstruierten Schicht. So gewendet, lässt sich das Konzept der Authentizität auf Hitlers Biografie sehr gut anwenden. Immerhin sind ja Hitlers Aufstieg, seine Machtübernahme und die gesellschaftliche Mobilisierung des NS-Regimes nicht ohne seine Massenwirksamkeit erklärbar. Deren entscheidende Ressource aber war die Zuschreibung einer unhintergehbaren personalen Authentizität, die den „Führer" in seinen Worten und Handlungen glaubwürdig machte.

Wie notwendig es war, sich eine entsprechend politisch verwertbare Authentizität zuzulegen, hat Hitler bereits früh erkannt. Aus einer entsprechenden Re-Lektüre von „Mein Kampf" erwächst daher zunächst die Frage, wie Hitler *vor sich selbst und für sich selbst* Authentizität gewann (II). Danach muss diskutiert werden, wie sich diese Authentizität zu seinem Durchbruch als *öffentlich wahrgenommener* Demagoge in München 1919/20 verhält (III). Ein dritter Gedankengang untersucht, welche Form der Authentizität Hitler in der Phase seines nationalen Aufstiegs seit 1929 *zugeschrieben* wurde (IV). Abschließend wird die Frage aufgeworfen, inwieweit das Authentizitätskonzept über die Person Hitlers hinaus weiterreichende Schlüsse über die *Dynamik des nationalsozialistischen Täterverhaltens* erlaubt (V).

II. Biografische Authentizität?

Was wir über Hitlers Kindheits- und Jugendjahre wissen, lässt sich in drei Aussagen zusammenfassen: Erstens litt Hitler unter einem herrischen Vater, mit dem er einen schweren, bisweilen auch gewaltsam eskalierenden Vater-Sohn-Konflikt austrug; zweitens verband ihn ein um so engeres Verhältnis mit seiner Mutter; drit-

[16] Bernd Neumann, Identität und Rollenzwang. Zur Theorie der Autobiographie, Frankfurt a. M. 1970, S. 25 u. S. 94.

[17] Siehe z. B. Nadine Jessica Schmidt, Konstruktionen literarischer Authentizität in autobiographischen Erzähltexten. Exemplarische Analysen zu Christa Wolf, Ruth Klüger, Binjamin Wilkomirski und Günter Grass, Göttingen 2014, S. 63–71.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tens war er spätestens seit dem Übergang auf die Realschule ein Schulversager. Nach seinem erzwungenen Abgang von der Linzer Realschule im Jahre 1905 war er unwillig, regelmäßig und diszipliniert zu arbeiten, störrisch gegenüber den Einflussversuchen seiner Umwelt und lebte ziellos in den Tag hinein[18]. Wenn man nun danach fragt, wie Hitler vor dem Hintergrund dieser nicht unkomplizierten Familien- und Jugendverhältnisse personale Authentizität im Sinne eines „Beisichselbstseins" zu erreichen suchte, dann ist „Mein Kampf" eine vorzügliche Quelle. In dessen ersten Kapitel („Im Elternhaus") stilisiert Hitler die äußeren Umstände seiner Kindheit und Jugend nämlich zum Bedingungszusammenhang seiner inneren Reifung; beides greift harmonisch ineinander und verleiht ihm das nötige Rüstzeug für sein weiteres Leben.

Seine mehrfach bezeugte soziale Unverträglichkeit behandelt Hitler im Sinne einer stolzen Stilisierung des widerspenstigen, aufsässigen Jugendlichen. So war er ein „kleiner Rädelsführer", „nicht ‚brav' im landläufigen Sinne", und Jungenstreichen nicht abgeneigt[19]. Dies koinzidierte mit dem Vater-Sohn-Konflikt: Folgt man „Mein Kampf", so war der Vater geradezu besessen von dem Gedanken, den Sohn Adolf nach seinem eigenen Bilde zu formen, das heißt zu einem Beamten zu machen. Dementsprechend rationalisiert Hitler praktisch alle negativen Seiten seiner jugendlichen Entwicklung mit dem Hinweis darauf, dass er seinen Willen von klein auf gegen die Wünsche des übermächtigen Vaters behaupten musste. Gegen die väterliche Autorität reifte also die Persönlichkeit des Kindes. Dass er *kein* Beamter werden wollte, bezeichnenderweise unter anderem deswegen, weil er dann nicht mehr „Herr der eigenen Zeit" würde sein können, stand demzufolge schon für den kleinen Hitler felsenfest[20]. Stattdessen wusste bereits der Zwölfjährige aus „eigenem festen Entschluss", dass er Kunstmaler werden wollte[21]. Von hier aus wird der aktenkundige Misserfolg auf der Realschule, der sich auch rückblickend nicht leugnen ließ, zum Ergebnis einer bewussten Steuerung durch die reifende Persönlichkeit. Will man „Mein Kampf" glauben, so sabotierte Hitler die Realschule, um seinem Vater zu demonstrieren, dass der für ihn gewählte Weg eben nicht der richtige sei.

Trotz und Auflehnung in der Ich-Umwelt-Relation, das frühe Reifen im Angesicht einer „widerständigen Realität"[22], das sich Regen verborgener Talente ungeachtet äußerer Hemmnisse – all das, was ja auch den bürgerlichen Entwicklungsroman ausmacht, findet sich in diesem ersten Kapitel von „Mein Kampf" wieder. Die damit aufgeworfene Spannung zwischen dem Selbst und seinem Umfeld setzt sich in Hitlers „Wanderjahren" fort, die er bekanntlich mit „Wiener Lehr- und

[18] In „Mein Kampf" sind dies freilich „die glücklichsten Tage, die mir nahezu als schöner Traum erschienen". Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, S. [16]. Die eckigen Klammern in dieser Edition bezeichnen die Paginierung der Erstauflage der beiden Bände von „Mein Kampf".
[19] Ebenda, S. [3] u. S. [6].
[20] Ebenda, S. [6].
[21] Ebenda, S. [7].
[22] Jürgen Jacobs, Wilhelm Meister und seine Brüder. Untersuchungen zum deutschen Bildungsroman. München 1972, S. 271.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Leidensjahre“ betitelte. Dass diese Stilisierung keinesfalls als autobiografische „Wahrheit“ betrachtet werden kann, ist lange bekannt. Wenig beachtet wurde aber bisher, dass sich in den autobiografischen Passagen von „Mein Kampf“ zwei sprachlich und zeitlich klar voneinander zu trennende Schichten überlagern. Die eine, ältere Schicht dokumentiert das, was sich bei genauem Lesen als Hitlers ursprüngliche Authentizität offenbart: Seine zwar limitierte, aber in gewissen Grenzen bestehende künstlerische Begabung[23] tritt in jungen Jahren bereits hervor. Sie erzeugt – wiederum in gewissen Grenzen – eine fachliche Leidenschaft und am Ende auch einen klaren Berufswunsch. Allerdings wandelte sich dieser von der zunächst erträumten Karriere als Kunstmaler zu der sodann erstrebten Tätigkeit als Baumeister. Die Klimax in dieser Entwicklung ist die Ablehnung Hitlers durch das Prüfungskollegium der Wiener Akademie der bildenden Künste:

> „Nun also war ich zum zweiten Male in der schönen Stadt und wartete mit brennender Ungeduld, aber auch stolzer Zuversicht auf das Ergebnis meiner Aufnahmeprüfung. Ich war vom Erfolge so überzeugt, daß die mir verkündete Ablehnung mich wie ein jäher Schlag aus heiterem Himmel traf. Und doch war es so. Als ich mich dem Rektor vorstellen ließ und die Bitte um Erklärung der Gründe wegen meiner Nichtaufnahme in die allgemeine Malerschule der Akademie vorbrachte, versicherte mir der Herr, daß aus meinen mitgebrachten Zeichnungen einwandfrei meine Nichteignung zum Maler hervorgehe, sondern meine Fähigkeit doch ersichtlich auf dem Gebiete der Architektur liege; für mich käme niemals die Malerschule, sondern nur die Architekturschule der Akademie in Frage. Daß ich bisher weder eine Bauschule noch sonst einen Unterricht in Architektur erhalten hatte, konnte man zunächst gar nicht verstehen. Geschlagen verließ ich den Hansenschen Prachtbau am Schillerplatz, zum ersten Male in meinem jungen Leben uneins mit mir selber. Denn was ich über meine Fähigkeit gehört hatte, schien mir nun auf einmal wie ein greller Blitz einen Zwiespalt aufzudecken, unter dem ich schon längst gelitten hatte, ohne bisher mir eine klare Rechenschaft über das Warum und Weshalb selber geben zu können. In wenigen Tagen wußte ich nun auch selber, daß ich einst Baumeister werden würde.“[24]

Man wird nicht fehlgehen, in dieser vielzitierten zugleich die authentischste Passage von „Mein Kampf“ zu sehen. Nicht nur ist Hitler erstmals in seinem Leben „uneins mit mir selber“; aufgrund des Gesprächs mit dem Rektor der Akademie weiß er nun auch genau, was er will, nämlich „Baumeister werden“. Zwar fehlt ihm hierfür der höhere Schulabschluss, aber als er nach dem Tode seiner Mutter erneut nach Wien zurückkehrt, erwacht der „frühere Trotz“ in ihm und sein Ziel wird nun „endgültig“ ins Auge gefasst:

[23] Zu Hitlers Entwicklung als „Künstler“ und zu seinem Kunstverständnis vgl. ausführlich und eindrucksvoll Pyta, Hitler.
[24] Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, S. [18].

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> „Ich wollte Baumeister werden, und Widerstände sind nicht da, daß man vor ihnen kapituliert, sondern daß man sie bricht. Und brechen wollte ich diese Widerstände, immer das Bild des Vaters vor Augen, der sich einst vom armen Dorf- und Schusterjungen zum Staatsbeamten emporgeschlagen [sic!] hatte. Da war mein Boden doch schon besser, die Möglichkeit des Kampfes um so viel leichter; und was damals mir als Härte des Schicksals erschien, preise ich heute als Weisheit der Vorsehung. Indem mich die Göttin der Not in ihre Arme nahm und mich oft zu zerbrechen drohte, wuchs der Wille zum Widerstand, und endlich blieb der Wille Sieger."[25]

Hitler verfolgt also weiter seinen „schönen Zukunftstraum": „Ich war fest überzeugt, als Baumeister mir dereinst einen Namen zu machen."[26]

Freilich bleibt dieser Wille, gegen alle „Widerstände" doch noch zum ersehnten Ziel zu kommen, in „Mein Kampf" ohne konkrete Folge; ja er ragt als loses Ende aus der Selbsterzählung heraus und findet in Hitlers offizieller Autobiografie keine Fortsetzung mehr. Die Authentizität des Wunsches blieb jedoch bestehen, wie eine Vielzahl anderer Quellen bezeugt. Tatsächlich betätigte sich Hitler, solange es seine Mittel in Wien erlaubten, als eifriger Autodidakt, was übrigens im Rahmen des von Hitler in Anspruch genommenen Geniekults seiner Zeit als Voraussetzung für Originalität und Kreativität galt[27]. Wie sein Jugendfreund Kubizek berichtet, führte Hitler gleichsam ein Selbststudium der Architektur durch[28]. Und auch wenn die Quellen spärlich sind, so spricht doch vieles dafür, dass Hitler in dieser Zeit keineswegs nur dem Müßiggang verfiel, sondern in gewisser Weise systematisch „arbeitete". Konzentriert auf die reiche Wiener Ringstraßen- und hier insbesondere auf die Theaterarchitektur, eignete sich Hitler breite architekturgeschichtliche und zeichnerische Kenntnisse an, von denen er später immer wieder zehrte. „Daß ich dabei mit Feuereifer meiner Liebe zur Baukunst diente, war natürlich. Sie erschien mir neben der Musik als die Königin der Künste: meine Beschäftigung mit ihr war unter solchen Umständen auch keine ‚Arbeit' sondern höchstes Glück. Ich konnte bis in die späte Nacht hinein lesen oder zeichnen, müde wurde ich da nie. So verstärkte sich mein Glaube, daß mir mein schöner Zukunftstraum, wenn auch nach langen Jahren, doch Wirklichkeit werden würde."[29]

---

[25] Ebenda, S. [18 f.].

[26] Ebenda, S. [34].

[27] Werner Jochmann (Hrsg.), Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, München 1982, S. 115. Vgl. Birgit Schwarz, Geniewahn. Hitler und die Kunst, Wien u. a. 2009, S. 75; Ebenda, S. 58–65 über Hitlers „Berufung zum Architekten".

[28] „Er konnte oft stundenlang so ein Bauwerk ansehen und behielt so alle auch ganz nebensächlichen Kleinarbeiten im Gedächtnis." Zit. nach Hamann, Hitlers Wien, S. 100. Ausführlich zu Hitlers privaten, auf die Theaterarchitektur konzentrierten Wiener Studien vgl. Pyta, Hitler, S. 81–97.

[29] Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, S. [33 f.].

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Auch in München, als er schon „Politiker" geworden war, verwies Hitler regelmäßig auf sein älteres, prioritäres Lebensziel: 1921, in einem seiner frühesten autobiografischen Zeugnisse, schrieb er: „Ziel meiner Jugend war, Baumeister zu werden, und ich glaube auch nicht, daß, wenn mich die Politik nicht gefaßt hätte, ich mich einem anderen Beruf jemals zugewandt haben würde." Auch in München habe er nach wie vor das Ziel verfolgt, „Baumeister zu werden"[30]. Und als Hitler nach seinem gescheiterten Putschversuch vor Gericht stand, äußerte er sich in dieser Hinsicht völlig konsistent: In der bayerischen Hauptstadt wollte er sich weiter „zum Baumeister" ausbilden. Erst der – angebliche – „Entschluss" vom 9. November 1918, „Politiker zu werden", klärte die Situation: „Das große Schwanken in meinem Leben, ob ich mich der Politik zuwende, oder ob ich Baumeister bleibe, nahm ein Ende."[31]

Der Schluss ist also erlaubt: Hitler war „bei sich" – und das heißt authentisch –, wenn er sich als künstlerisch orientierter „Baumeister" betätigen oder doch zumindest davon träumen konnte. Dabei spielt es keine Rolle, dass sein Kunstverständnis einem schwülstigen Neoklassizismus verhaftet blieb. Tatsächlich stand er der im Wien der Vorkriegszeit so präsenten Moderne verständnislos gegenüber und konstruierte sie später als antisemitisch unterlegtes und fanatisch gehasstes Feindbild[32]. Ebenso wenig bedeutsam ist es für die hier verfolgte Fragestellung, dass Hitler zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Anstalten machte, sich tatsächlich zum Baumeister oder Bauzeichner ausbilden zu lassen. Häufig genug ist darauf hingewiesen worden, dass er die regelmäßige, von außen disziplinierte Arbeit scheute und sich stattdessen allzu oft dem Müßiggang hingab und die Gründe für sein Scheitern stets bei anderen, niemals aber bei sich selbst suchte. Nicht zufällig – und wohl mit dem empathischen Scharfblick dessen, der in ähnliche Abgründe geblickt hatte, – erkannte Thomas Mann in Hitlers Biografie eine typische, wenngleich „verhunzte" „Erscheinungsform des Künstlertums. [...] Es ist, auf eine gewisse beschämende Weise, alles da: die ‚Schwierigkeit', Faulheit und klägliche Undefinierbarkeit der Frühe, das Nichtunterzubringensein, das Was-willst-du-nun-eigentlich?, das halb blöde Hinvegetieren in tiefster sozialer und seelischer Boheme, das im Grunde hochmütige, im Grunde sich für zu gut haltende Abweisen jeder vernünftigen und ehrenwerten Tätigkeit."[33]

[30] Hitler an einen Unbekannten, 29.11.1921, in: Eberhard Jäckel/Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, Stuttgart 1980, Dok. Nr. 325, S. 525f. Nach Anton Joachimsthaler, Hitlers Weg begann in München 1913–1923, überarbeitete und um die Jahre 1920–1924 erw. Neuauflage, München 2000, S. 91–94, handelte es sich bei dem Adressaten um Dr. Emil Gansser, einen Bekannten Dietrich Eckarts. Hier ist der Brief im Faksimile abgedruckt.

[31] Lothar Gruchmann/Reinhard Weber (Hrsg.), Der Hitler-Prozess 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I, Teil 1: 1.–4. Verhandlungstag, in: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München 1997, S. 19 u. S. 21.

[32] Vgl. hierzu Hamann, Hitlers Wien, S. 87–119.

[33] Thomas Mann, Bruder Hitler, in: Ders., Gesammelte Werke in dreizehn Bänden, Bd. 12: Reden und Aufsätze, Frankfurt a. M. 1990, S. 845–852, hier S. 848.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Weitaus wichtiger ist jedoch, dass sich Hitler in „Mein Kampf" immer dann präzise und folgerichtig äußerte, wenn es um seinen beruflichen „Zukunftstraum" ging. Die entsprechenden Textstellen lassen sich durch andere Belege leicht verifizieren und ziehen eine konsistente Linie zunächst in Hitlers Biografie, später dann auch in seinen Selbstreflexionen – bis hin zu den Monologen im Führerhauptquartier. So bekundete Hitler im April 1942 gegenüber Hermann Giesler, „daß er primär Künstler sei und dadurch als Architekt und Baumeister an die Gründlichkeit und den organischen Aufbau gewöhnt sei"[34]. Bei anderer Gelegenheit berichtete er, er habe sich in Wien an öffentlichen Ausschreibungen für den Neubau der Königlichen Oper in Berlin beteiligt[35]. Und noch 1944 war er stolz auf seine Fähigkeit, „aus dem Handgelenk z. B. den Grundriß eines Theatergebäudes aufs Papier zu werfen. [...] Das ist alles ausschließlich das Ergebnis meines damaligen Studiums."[36] Mithin offenbart sich hier in Hitlers Selbstbild die ältere Schicht einer als authentisch reklamierten Persönlichkeitsbildung, die ganz auf das berufliche Traumziel des Künstler-Baumeisters gerichtet war. Sie zieht sich wie ein roter Faden durch Hitlers Biografie und ist von den frühesten Quellen über „Mein Kampf" bis hin zu sehr späten Zeugnissen nachweisbar.

Schwammig, weitschweifig und widersprüchlich werden die autobiografischen Passagen in „Mein Kampf" dagegen, wenn es um die programmatisch-ideologische Grundlegung der Person geht[37]. Ganz offenkundig handelt es sich bei ihnen um eine jüngere Text- und Erfahrungsebene, die demzufolge auch eine anders gelagerte Rolle spielte, wenn es für den jungen Hitler darum ging, Authentizität zu gewinnen.

Denn aus der Sicht des in der Landsberger Festungshaft einsitzenden, gescheiterten Putschisten, der ein politisches Comeback anstrebte, genügte es natürlich nicht, personale Authentizität allein aus seinen unvollendeten Ambitionen als Baumeister zu gewinnen. Um an seine Erfolge bis 1923 anzuknüpfen, brauchte Hitler vielmehr eine ideologisch gefestigte und politisch verwertbare Authentizität. Eine solche hatte sich bereits in der agitatorischen Praxis der Münchner Nachkriegsjahre herausgebildet[38], und „Mein Kampf" bot nun das zu ihr passende biografische Narrativ: Inspiriert durch seinen Geschichtslehrer habe er sich, so Hitler rückblickend, vor allem für Geschichte interessiert. Auch hier kommt es zu einem raschen Prozess innerer Reifung. So wurde ihm „der große Heldenkampf [von 1870/71] zum größten inneren Erlebnis", wie Hitler in deutlicher Anspielung auf den von ihm bewunderten Ernst Jünger schreibt[39]. Und zu den geschichtlichen Lehren gehörte es ebenso, „daß die Sicherung des Deutschtums die Ver-

[34] Pyta, Hitler, S. 287.
[35] Vgl. Monologe im Führerhauptquartier, 29. 11. 1941, S. 115; Schwarz, Geniewahn, S. 77–79.
[36] Aufzeichnung eines Gesprächs auf dem Obersalzberg vom 12. 3. 1944, zit. nach Hamann, Hitlers Wien, S. 101.
[37] Vgl. hierzu ausführlich Joachimsthaler, Hitlers Weg, S. 42–46 u. S. 96 f.
[38] Vgl. hierzu nach wie vor grundlegend Albrecht Tyrell, Vom ‚Trommler' zum ‚Führer'. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.
[39] Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, S. [4].

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nichtung Österreichs voraussetzte“[40]. Zu dieser Einsicht kam Hitler schon „in frühester Jugend“ und zog die entsprechende Konsequenz: „Ich wurde Nationalist.“ „Ich war zum fanatischen ‚Deutschnationalen‘“ bzw. „zum jungen Revolutionär“ geworden[41].

Nach der inneren Reifung im Elternhaus folgt also die Stählung der Persönlichkeit im Kampf mit der widrigen Umwelt. Das materielle Elend, in das ihn in Wien sein eigener sozialer Bankrott führt, stilisiert Hitler in „Mein Kampf“ als glückliche Fügung: Die Notzeit habe ihn gelehrt, intensiv die politisch-sozialen Verhältnisse und Zusammenhänge zu studieren. Das betraf die „soziale Frage“ ebenso wie die „Judenfrage“, die Arbeiterbewegung ebenso wie den „Marxismus“. Durch eine Mischung aus Lektüre und teilnehmender Beobachtung sei er etwa zu der Erkenntnis gekommen, dass die sozialdemokratischen Arbeiter ihren jüdischen Verführern entzogen und in die Nation eingegliedert werden müssten. Möglicherweise müsse dies durch die Anwendung von Gewalt geschehen. Folgt man „Mein Kampf“, so hatte Hitler jedenfalls am Ende der Wiener Wanderjahre das „granitene Fundament meines derzeitigen Handelns“ erworben: In Wien war er nicht mehr nur Nationalist und Revolutionär geblieben, sondern – nach langem inneren „Seelenkampf“ – auch „fanatischer“ Antisemit geworden. Als solcher, weltanschaulich gleichsam „fertiger“ Charakter und unter dem Eindruck von Kriegsniederlage und Revolution beschloss Hitler dann in der Nacht vom 9. November 1918 – glaubt man „Mein Kampf“ –, „Politiker zu werden“[42].

Das ungefähr ist die politisch-ideologische Authentizität, die Hitler in „Mein Kampf“ für sich reklamierte und von der er künftig bis zum Ende zehrte. Demzufolge war er schon während seiner Wiener Jahre politisch „zu sich selbst“ gekommen. Auch später betonte er stets die damals bereits grundgelegte, eben authentische Unerschütterlichkeit seiner Anschauungen – eine Unerschütterlichkeit, die Kritiker schon zeitgenössisch aufs Korn nahmen und die man mit Fest auch als „Phänomen früher Erstarrung“ bezeichnen kann[43]. Im Lichte der dargelegten Argumentation und im Einklang mit der jüngeren Forschung spricht indes alles dafür, dass es sich bei dieser politisch-ideologischen Authentizität um eine zielgerichtete sekundäre Konstruktion handelt. Zwar enthält „Mein Kampf“ zweifelsfrei diverse ideologische Expost-Rationalisierungen der Wiener Eindrücke. Faktisch aber war Hitler bis 1914 nichts anderes als eine vagabundierende und ungesicherte Künstlerexistenz ohne feste politische Weltanschauung[44]. Insbesondere sind von Hitler keine frühen antisemitischen Äußerungen bekannt. Bekannt ist vielmehr, dass er durchaus freundlichen Umgang mit Juden hatte, beginnend mit Eduard Bloch, dem Arzt seiner Mutter[45]. Erst im Verlauf des Sommers 1919 scheint er sich vertieft mit antisemitischen Inhalten auseinandergesetzt zu haben

[40] Ebenda, S. [14].
[41] Ebenda, S. [8], S. [10] u. S. [12].
[42] Ebenda, S. [20], S. [60] u. S. [217].
[43] Fest, Hitler, S. 725.
[44] Vgl. so die Forschungsliteratur und die verfügbaren Quellen resümierend, Pyta, Hitler, S. 99–129.
[45] Vgl. Ullrich, Adolf Hitler, Bd. I, S. 40 f. Kritisch abwägend Kershaw, Hitler, Bd. I, S. 99–104.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und selbst sein berühmter Brief an Adolf Gemlich vom September 1919, das erste fulminant antisemitische Dokument aus der Feder Hitlers, muss keineswegs unbedingt als authentische Meinungsäußerung gelesen werden. Vielmehr handelte es sich um eine Arbeit im Auftrage seines Mentors Karl Mayr, welche die damals in Bayern gängigen antisemitischen Motive zusammenfasste[46]. Hitler brauchte in dieser Phase im Grunde nur zu resümieren, was andernorts bereits vielfach vorformuliert worden war, um Gehör zu finden und seinen Auftrag „richtig" durchzuführen. Vieles spricht also dafür, dass die ideologische Fundierung seines rassistischen Weltbilds überhaupt erst zu dieser Zeit, das heißt in München nach dem Ersten Weltkrieg erfolgte. Und selbst instrumentelle Züge seiner antisemitischen Ausfälle sind nicht völlig auszuschließen. So soll Hitler zum Beispiel noch im Mai 1923 gegenüber britischen Gesprächspartnern erklärt haben, „that his anti-Semitic ravings are solely for advertising purpose"[47].

Ganz anders dagegen die Situation 1924: Jetzt benötigte Hitler für sein angestrebtes politisches Comeback eine glaubwürdige politisch-weltanschauliche Authentizität. In der Landsberger Festungshaft, wo er mit seinen Anhängern, vor allem Rudolf Heß, über sich und seine Zukunftsperspektiven diskutieren konnte, brachte er diese nunmehr sekundär konstruierte Authentizität zu Papier. Aus politisch-strategischen Gründen überschrieb er somit endgültig die ältere, gewissermaßen ursprünglichere personale Authentizität seiner jungen Jahre: als künstlerisch ambitionierter (Möchtegern-)Baumeister[48]. Vor diesem Hintergrund gewinnen die Umstände, unter denen er 1919 in München seine politische Karriere begann, besonderes Interesse.

III. Auf der Suche nach politischer Authentizität

Es ist auffällig, dass „Mein Kampf" für den Ersten Weltkrieg und die kritische Zeit zwischen Hitlers Rückkehr nach München am 21. November 1918 und dem Beginn seiner politischen Tätigkeit ein knappes Jahr später fast keine biografischen Informationen enthält. Für den Weltkrieg ist nachgewiesen worden, dass Hitlers Selbststilisierung, wie er sie insbesondere in „Mein Kampf" vornahm, eine ex post erfundene Konstruktion ist. Um politisch-propagandistische Authentizität zu gewinnen, porträtierte er sich hier als glühender Patriot, ja Nationalist, der den Krieg aktiv kämpfend an der Front bestand und hier, gleichsam in den Stahlgewittern der Kämpfe, seine schon zuvor grundgelegte Weltanschauung endgültig festigte[49]. In Wahrheit aber war hier kaum etwas Authentisches zu finden. Denn tat-

[46] Vgl. Adolf Hitler an Adolf Gemlich, 16. 9. 1919, in: Jäckel/Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen, Dok. Nr. 61, S. 88–90. Siehe dazu Othmar Plöckinger, Unter Soldaten und Agitatoren. Hitlers prägende Jahre im deutschen Militär 1918–1920, Paderborn 2013, S. 331–338; zu Mayr vgl. S. 400 f.

[47] Memorandum on the Hitler Movement in Bavaria, zit. nach Plöckinger, Frühe biografische Texte, S. 97.

[48] Zu den Entstehungsbedingungen von „Mein Kampf" siehe Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, S. 13–20, sowie Plöckinger, Geschichte eines Buches.

[49] Vgl. Pyta, Hitler, S. 223–226.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sächlich reduzierten sich Hitlers Feindberührungen auf nur zwei Episoden: jeweils im Oktober 1914 in Flandern und 1916 an der Somme. Von seinen Kameraden im List-Regiment wurde er daher eher kritisch als als „Etappenschwein" beäugt, denn als tapferer Draufgänger verehrt. Auch von einer irgendwie gearteten besonderen politischen Mission schweigen die Quellen. Insgesamt muss daher die ältere Auffassung, der spätere „Führer" und Demagoge Hitler sei durch den Ersten Weltkrieg geradezu „erschaffen" worden, revidiert werden. Dominant scheint vielmehr ein attentistisch-opportunistisches Verhalten gewesen zu sein, das die Gefahren minimierte und die Überlebenschancen maximierte[50].

Diese opportunistische Grundhaltung setzte Hitler auch nach seiner Rückkehr nach München fort, was er freilich in „Mein Kampf" zu kaschieren suchte. Eine der wenigen konkreten Angaben, die Hitler hier machte, die Mitteilung nämlich, er sei nach Traunstein versetzt worden und erst im März 1919 nach München zurückgekehrt, ist nachweislich falsch. Vielmehr war seine Einheit bereits im Januar 1919 wieder in München[51]. Offensichtlich erfand Hitler diese Abwesenheit von München, um jeden Eindruck einer politischen Nähe zu Kurt Eisners Bayerischer Republik auszuschließen. Faktisch freilich stand er der Münchner Revolutionsregierung keineswegs so ablehnend gegenüber, wie er in „Mein Kampf" glauben machen wollte. Möglicherweise zeigen ihn Filmaufnahmen als Teilnehmer am Trauerzug für den ermordeten Kurt Eisner am 26. Februar 1919[52]. Am 3. April 1919 ließ sich Hitler zum Vertrauensmann seiner Demobilmachungskompanie wählen und am 14. April erfolgte seine Wahl zum Ersatz-Bataillonsrat[53]. In „Mein Kampf" findet man zu diesen aktenkundigen Vorgängen kein Wort. Zwar muss man daraus nicht schließen, Hitler sei nun zum „Funktionär im Räderwerk der kommunistischen Weltrevolution" geworden[54]. Auch muss man ihm keine besonderen politischen Sympathien für die Sozialdemokratie andichten, wie dies Hitlers Gegner schon zeitgenössisch versuchten[55]. Aber der fanatische Gegner der „Novemberverbrecher", als den er sich später gerne stilisierte, kann Hitler auch nicht gewesen sein.

---

50 Vgl. insgesamt hierzu Weber, Hitlers erster Krieg.

51 Vgl. Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, S. 560, Anm. 4; Kershaw, Hitler, Bd. I, S. 160; vgl. jetzt auch Weber, Wie Adolf Hitler zum Nazi wurde, S. 56.

52 Guido Knopp/Maurice Philip Rémy, Hitler. Eine Bilanz, DVD 1995. Vgl. Weber, Hitlers erster Krieg, S. 332; Ullrich, Adolf Hitler, Bd. 1, S. 97. Kritisch demgegenüber Plöckinger, Soldaten und Agitatoren, S. 43. Ob die fragliche Person tatsächlich Hitler ist, lässt sich nicht zweifelsfrei feststellen. Völlig unwahrscheinlich ist es jedoch nicht, beschloss doch der Vollzugsausschuss des Landessoldatenrats am 25. 2. 1919, dass auch die Demobilmachungseinheit, der Hitler angehörte, 25 Mann zur Trauerparade abstellen sollte. Siehe Joachimsthaler, Hitlers Weg, S. 205.

53 Vgl. ebenda, S. 198 f. (Joachimsthaler datiert Hitlers Wahl schon auf Mitte Februar) u. S. 210; Plöckinger, Soldaten und Agitatoren, S. 42–46.

54 Ralf Georg Reuth, Hitlers Judenhass. Klischee und Wirklichkeit, München 2009, S. 94.

55 Vgl. Joachimsthaler, Hitlers Weg, S. 199–202. Joachimsthaler hält es selbst für wahrscheinlich, dass Hitler zu dieser Zeit Sympathien für die Mehrheitssozialdemokraten hatte. Siehe ebenda, S. 203; Konrad Heiden, Adolf Hitler. Eine Biographie, Bd. I: Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit, Zürich 1936, S. 83 f.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vielmehr handelte Hitler durchweg opportunistisch und bediente sich hierzu eines kalkulierten politischen Attentismus[56]. Dies dürfte ihm um so leichter gefallen sein, als er eben noch über keine fertige „Weltanschauung" und infolgedessen auch über keine politisch-ideologische Authentizität verfügte. Gänzlich anders als er in „Mein Kampf" darlegte, ging es Hitler in der ersten Jahreshälfte 1919 keineswegs darum, „Politiker" zu sein, sondern ihn plagten schlicht ganz konkrete Zukunftsängste: Ohne Familie, ohne Berufsausbildung, durch den Krieg aus seinem bescheidenen Broterwerb als Aquarellmaler herausgerissen und inzwischen auch nicht mehr der Jüngste, drohte Hitler der Rückfall in die notorische Erfolglosigkeit und Armut, die er in Wien kennen und hassen gelernt hatte. „In dieser Zeit war Hitler bereit, sich mit jedem einzulassen, der ihm freundlich gesinnt war. [...] Er hätte für einen jüdischen oder französischen Arbeitgeber genau so gern gearbeitet, wie für einen Arier. Als ich ihn das erste Mal traf, glich er einem müden streunenden Hund, der nach einem Herrn suchte. Wie immer ihn phantasievolle Publizisten jetzt beschreiben mögen – zu jener Zeit war er gegenüber dem deutschen Volk und seinem Schicksal vollständig gleichgültig."[57]

Diese Charakterisierung wird dem Hauptmann Karl Mayr zugeschrieben, der im Juni 1919 Hitlers Vorgesetzter, später aber zu seinem politischen Gegner wurde[58]. Sie mag zwar überzogen und in ihrem Quellenwert strittig sein, aber sie dürfte der Wahrheit wesentlich näher kommen als Hitlers Selbststilisierung in „Mein Kampf". Und selbst hier finden sich noch die Spurenelemente der Existenzsorgen, die Hitler im März/April 1919 plagten: „In dieser Zeit jagten in meinem Kopfe endlose Pläne einander. Tagelang überlegte ich, was man nur überhaupt tun könne, allein, immer war das Ende jeder Erwägung die nüchterne Feststellung, daß ich als Namenloser selbst die geringste Voraussetzung zu irgendeinem zweckmäßigen Handeln nicht besaß."[59] Hitlers nächstliegendes Ziel musste es daher sein, so lange wie irgend möglich bei der Reichswehr bleiben zu können und damit seine Existenzgrundlage zu bewahren[60]. Da die weitere Entwicklung nicht absehbar war, verhielt er sich opportunistisch und hängte in politischer Hinsicht

[56] Der Begriff des Attentismus auch bei Ludolf Herbst, Hitlers Charisma. Die Erfindung eines deutschen Messias, Frankfurt a.M. 2011, S. 96. Vgl. insgesamt jetzt auch Weber, Wie Adolf Hitler zum Nazi wurde.

[57] Anonym, I was Hitler's Boss. By a Former Officer of the Reichswehr, in: Current History 1 (1941), S. 193–199, hier S. 193.

[58] Zur Quellenproblematik vgl. Plöckinger, Soldaten und Agitatoren, S. 102, Anm. 11. Zu Mayr vgl. Benjamin Ziemann, Hitler's Turncoat Tutor, in: History Today (2013), S. 42–49; ders., Wanderer zwischen den Welten. Der Militärkritiker und Gegner des entschiedenen Pazifismus Major a.D. Karl Mayr (1883–1945), in: Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871–1933, Bremen 1999, S. 273–285.

[59] Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, S. [218]. Diese Textstelle ist in einem Kontext politischer Aktivität platziert. Es ist aber wahrscheinlicher, dass sie die banalen materiellen Sorgen widerspiegelt, die Hitler zu dieser Zeit umgetrieben haben müssen.

[60] Die überragende Bedeutung, die das Motiv der Existenzsicherung und Versorgung für die Mitglieder der Regierungstruppen im Jahre 1919 hatte, ist jüngst herausgearbeitet worden von Peter Keller, „Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr". Die deutsche Armee 1918–1921, Paderborn 2014, v.a. S. 117–124.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sein Fähnchen nach dem Wind. Erst nach der gewaltsamen Niederschlagung der zweiten Münchner Räterepublik begannen sich die Fronten zu klären, und schon am 9. Mai 1919 agierte Hitler erneut auf der „richtigen" Seite, diesmal nämlich als Mitglied einer internen „Entlassungs- und Untersuchungskommission", die das Verhalten seiner Regimentskameraden während der beiden Räterepubliken durchleuchtete[61]. Hier tat er sich durch die Denunziation seines früheren Kollegen im Bataillonsrat, Georg Dufter, hervor, den er als „ärgste[n] und radikalste[n] Hetzer des Regiments" bezeichnete[62]. Immerhin diese Tätigkeit fand er auch in „Mein Kampf" der Erwähnung wert[63]. Sie bewahrte ihn höchstwahrscheinlich davor, aus der Reichswehr entlassen zu werden. Während nämlich seine Demobilmachungskompanie aufgelöst wurde, konnte Hitler bleiben und wurde zur Abwicklungsstelle des 2. Infanterie-Regiments kommandiert[64].

Erstmals in seinem Leben erfuhr Hitler hier so etwas wie eine systematische politische „Schulung". Vor eine schwierige, unübersichtliche Situation gestellt, mit einer Münchner Garnison, die „völlig desorganisiert und noch mit kommunistischen und spartakistischen Ideen durchsetzt" war[65], startete nämlich das Reichswehr-Gruppenkommando IV eine großangelegte Propagandaoffensive. Ihre Durchführung überließ der Oberkommandierende, Generalmajor Arnold Ritter von Möhl, weitgehend dem damals rechtsradikal eingestellten Leiter der Nachrichten- und Aufklärungsabteilung des Gruppenkommandos IV, Hauptmann Karl Mayr. Er war es, der Hitler für diese Aufgabe „entdeckte" und damit zu einem der „Geburtshelfer" seiner Karriere wurde[66].

Vom 10. bis 19. Juli 1919 fand der dritte „Aufklärungs- und Rednerkurs" statt – einer für Offiziere, einer für Unteroffiziere und Mannschaften, für welch letzteren Hitler abgestellt worden war. Die Kurse richteten sich an „durchaus zuverlässige, gesinnungsreine Leute". Als Vorbedingungen wurden formuliert: „reiferes Alter, scharfer natürlicher Verstand, Zuverlässigkeit"[67]. Mit seiner Tätigkeit in der internen „Entlassungs- und Untersuchungskommission", vielleicht auch mit der Denunziation Georg Dufters, hatte sich Hitler für seine Abstellung zu diesem Kurs qualifiziert. Unter anderem hörte er hier den Historiker Karl Alexander von Müller[68], vor allem aber Gottfried Feder und dessen Theorie von der „Brechung der Zinsknechtschaft". In Landsberg bekundete Hitler, Feders Ausführungen hätten ihn zutiefst beeindruckt und ihn dazu veranlasst, sich „in gründlicher Weise"

[61] Vgl. Joachimsthaler, Hitlers Weg, S. 218 f.; Plöckinger, Soldaten und Agitatoren, S. 344 f.
[62] Joachimsthaler, Hitlers Weg, S. 212.
[63] Vgl. Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, S. [218 f.].
[64] Vgl. Ullrich, Adolf Hitler, Bd. 1, S. 100; Ernst Deuerlein, Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, in: VfZ 7 (1959), S. 177–191.
[65] Schreiben Ernst von Oven an das Reichswehrministerium Berlin, Mai 1919, zit. nach Joachimsthaler, Hitlers Weg, S. 221.
[66] Hellmuth Auerbach, Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919–1923. Versuch einer Bilanz anhand der neueren Forschung, in: VfZ 25 (1977), S. 1–45, hier S. 18.
[67] Plöckinger, Soldaten und Agitatoren, S. 107.
[68] Vgl. Matthias Berg, Karl Alexander von Müller. Historiker für den Nationalsozialismus, Göttingen 2014, S. 91 f.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mit wirtschaftlichen Zusammenhängen zu befassen[69]. Kurz darauf wurde Hitler zu einem größer geplanten, in der Wirkung freilich limitierten „Aufklärungskommando" im Durchgangslager Lechfeld abgestellt, das sich am 19. August 1919 zusammenfand.

Hier, im Lechfeld, hatte Hitler Gelegenheit, sich weitaus systematischer als bisher mit dem Propagandaschrifttum seiner Zeit vertraut zu machen. Themen der insbesondere durch den „Heimatdienst Bayern für Ordnung, Recht und Aufbau" verteilten Flugschriften waren Bolschewismus und Revolution, Weltkrieg und Kriegsniederlage. Auch antisemitische Bezüge fehlten nicht[70]. Ganz offenkundig fand Hitler jetzt erst ein ideologisches Fundament, das ihm weltanschauliche, aber vor allem soziale Orientierung ermöglichte. Denn schon kurz nach seiner Ankunft im Durchgangslager Lechfeld begann er mit seinen Kameraden über das gerade Gelesene zu reden und zog damit binnen kurzem die Aufmerksamkeit auf sich. Ende August 1919 gab es erste Berichte über Hitlers Rednertalent. Manchem erschien er nun geradezu als „ein geborener Volksredner, der durch seinen Fanatismus und sein populäres Auftreten in einer Versammlung die Zuhörer unbedingt zur Aufmerksamkeit und zum Mitdenken zwingt"[71]. Dies war die Geburt des berühmten „Bildungsoffiziers" Adolf Hitler, über die er selbst in „Mein Kampf" berichtet, obgleich dieser militärische Grad gar nicht existierte[72].

Wie groß die Wirkung von Hitlers Reden in diesen Wochen des August und September 1919 genau war, bleibt unsicher[73]. Entscheidend ist aber etwas anderes: Hitler beendete erst in dieser Zeit, im Spätsommer 1919, seine bis dahin bestehende ideologische Indifferenz. Erst jetzt streifte er seinen politischen Attentismus ab. Er dürfte dies aus zwei Gründen getan haben: Erstens war eine solche Parteinahme nunmehr ohne großes Risiko, hatten sich doch die Fronten geklärt. Es war gerade der Hitlersche Opportunismus, den die gegenrevolutionäre Welle in Bayern dazu motivieren konnte, eine völkisch-nationalistische Position zu beziehen. Noch viel wichtiger war es jedoch zweitens, dass Hitler mit dieser Position erstmals überhaupt in seinem Leben so etwas wie „Erfolg" verzeichnen konnte. In der Entwicklung seiner Persönlichkeit verblasste jetzt erst der ältere, authentische Wunsch, Baumeister zu werden, zugunsten einer neuen Form des „Zu-sich-selbst-Kommens". Sie bestand im Betreten der Rednerbühne, in der auf ihr gehaltenen politischen Hetzrede und in der Akklamation des Publikums. In „Mein Kampf" hat sich die Spur dieser unverhofften biografischen Wendung erhalten:

> „Ich begann mit aller Lust und Liebe. Bot sich mir doch jetzt mit einem Male die Gelegenheit, vor einer größeren Zuhörerschaft zu sprechen; und was ich früher

[69] Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, S. [220 f.] u. S. [226] (Zitat).
[70] Siehe Plöckinger, Soldaten und Agitatoren, S. 240–248.
[71] Bericht vom 23. 8. 1919, zit. nach ebenda, S. 125.
[72] Vgl. Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, S. [226].
[73] Plöckinger, Soldaten und Agitatoren, S. 126, warnt vor einer Überschätzung der Meldungen über Hitlers Erfolge, da sie „zielgerichtet und selektiv verfasst wurden".

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> immer, ohne es zu wissen, aus dem reinen Gefühl heraus einfach angenommen hatte, traf nun ein: ich konnte ‚reden'. Auch die Stimme war schon soviel besser geworden, daß ich wenigstens in kleinen Mannschaftszimmern überall genügend verständlich blieb. Keine Aufgabe konnte mich glücklicher machen als diese, denn nun vermochte ich noch vor meiner Entlassung in der Institution nützliche Dienste zu leisten, die mir unendlich am Herzen gelegen hatte, im Heere. Ich durfte auch von Erfolg sprechen. Viele Hunderte, ja wohl Tausende von Kameraden habe ich im Verlaufe meiner Vorträge wieder zu ihrem Volk und Vaterland zurückgeführt. Ich ‚nationalisierte' die Truppe und konnte auf diesem Wege auch mithelfen, die allgemeine Disziplin zu stärken."[74]

Für die historische Beurteilung ist es unerheblich, dass Hitler die Chronologie seiner Tätigkeit als „Bildungsoffizier" unbewusst oder beabsichtigt durcheinanderbringt[75]. Wichtig in unserem Zusammenhang ist allein die Tatsache, dass der spätere „Führer" zwischen August 1919 und Frühjahr 1920 eine neue, gleichsam sekundäre Authentizität gewann, das heißt in einer neuen, ganz unerwarteten Form „bei sich selbst" war. Erstmals in seinem Leben hatte Hitler Erfolg; erstmals gewann er ein Publikum; erstmals stellte er etwas dar – und dies ausschließlich als radikaler Agitator mit nationalistischen und antisemitischen Phrasen.

Genuine Authentizität im Sinne des „Beisichselbstseins" gewann Hitler damit allerdings noch nicht. Vielmehr galt es diese erst nachträglich herzustellen, zu konstruieren und zu propagieren. Das Mittel hierzu war die autobiografische Stilisierung, wie sie Hitler in „Mein Kampf" durchführte. „Mein Kampf" sollte nach außen dokumentieren, wie Hitler sich selbst politisch-ideologisch treu blieb, damit als authentische Person gelten konnte und entsprechende Anerkennung verdiente. Eine solche Authentizität aus den Versatzstücken einer gescheiterten Biografie zu konstruieren, bildete für den Hitler des Jahres 1924, dessen Zukunft mehr als unsicher war, die einzig sichere Basis seiner Autobiografie. Diese Authentizität des politischen Demagogen überformte denn auch die ältere Schicht seiner „eigentlichen", letztendlich auch unverfälschteren, auf künstlerische und architektonische Verwirklichung gerichteten Authentizität. Aus diesem Grund, das heißt, um politisch möglichst glaubwürdig zu erscheinen, versetzte Hitler in Landsberg sein politisch-ideologisches Erwachen, die Entstehung seiner „granitenen" Weltanschauung, also auch seinen unverrückbaren Rassenantisemitismus, von der konstitutiven Phase 1919/20 in die Wiener Zeit zurück. Wie sich einer kritischen Lektüre von „Mein Kampf" erschließt, überlagern sich beide Schichten in den autobiografischen Teilen und vermengen sich bis zur Unkenntlichkeit.

Dafür, dass Hitlers Biografie und seine Identität auf einer älteren und ursprünglicheren, nämlich künstlerischen, und auf einer später sekundär konstru-

[74] Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, S. [227].

[75] Zum Problem der Chronologie vom August 1919 bis zum Frühjahr 1920 vgl. Plöckinger, Soldaten und Agitatoren, S. 170–178. Hitler selbst hat in „Mein Kampf" ein weiteres Erlebnis der Entdeckung seines Rednertalents erwähnt, nämlich die Versammlung der DAP am 16. 10. 1919; vgl. Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, S. [377].

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ierten, nämlich politisch-ideologischen Authentizität ruhten, sprechen auch die anderen Quellen. Insbesondere wollen Hitlers mehrfache Bekundungen, er sei gegen seinen Willen „Politiker" geworden – „Ich würde, hätte sich ein anderer gefunden, nie in die Politik geraten sein; ich wäre Künstler oder Philosoph geworden" – vor diesem Hintergrund ernst genommen werden[76]. „Ich will Baumeister sein. Feldherr bin ich wider Willen", so stellte er gelegentlich fest[77]. Den gleichen Geist atmen die Gespräche, die Hitler als „Führer und Reichskanzler" mit seinem Jugendfreund August Kubizek hatte. 1939 und 1940 folgte Kubizek einer persönlichen Einladung Hitlers nach Bayreuth, wo beide in Erinnerung an vergangene Linzer und Wiener Tage schwelgten. Glaubt man Kubizek, so begeisterte sich Hitler an seinen früheren Plänen zum Umbau der Stadt Linz und an seinen künftigen Vorhaben als oberster Baumeister des Großdeutschen Reichs. „Dieser Krieg nimmt mir meine besten Jahre", so habe er seinem Jugendfreund am 23. Juli 1940 mitgeteilt. „Sie wissen, Kubizek, wieviel ich noch vor mir habe, was ich noch bauen will. Das möchte ich aber selbst erleben, verstehen Sie mich? Sie wissen am besten, wie viele Pläne mich von Jugend auf beschäftigten. Nur weniges davon konnte ich bisher in die Tat umsetzen. Noch habe ich unerhört viel zu tun." Und es folgte eine Suada mit „jener seltsam erregten, von Ungeduld bebenden Stimme", die Kubizek aus der Jugendzeit kannte. Hitler erläuterte seine großen Zukunftsprojekte: Autobahnen, Schifffahrtswege, Modernisierung der Reichsbahn und vieles andere[78].

Man sollte diese und andere Zeugnisse von Hitlers Bau- und Architekturplänen ernst nehmen. Der Blick auf Hitlers Persönlichkeit verändert sich, wenn man in seinen Plänen, Nürnberg, Berlin, Linz und im Grunde das ganze Großdeutsche Reich umzubauen, nicht nur Megalomanie und diktatorischen Machtanspruch am Werke sieht[79]. Vielmehr offenbarten diese Pläne jene frühe, ganz personale Authentizität, von der oben die Rede war und die in den autobiografischen Teilen von „Mein Kampf" als ältere textuelle Schicht fortbestand. Angesichts des nahenden Tods kehrte Hitler zu den authentischen Träumen seiner Kindheit und Jugend zurück – ein bekanntes psychologisches Phänomen. Eine solche Perspektive lässt dann auch die gespenstisch-bizarre Atmosphäre während der letzten Wochen im Führerbunker der Reichskanzlei in einem neuen Licht erscheinen, als Hitler sich das Modell eines monumentalisch wieder errichteten Linz aufbauen ließ und dort viele Stunden verharrte[80].

[76] Hitler, Monologe im Führerhauptquartier, 25./26. 1. 1942, S. 234.
[77] Ebenda, 21./22. 10. 1941, S. 101.
[78] Kubizek, Adolf Hitler, S. 288. In die gleiche Richtung gehen die Erinnerungen von Hermann Giesler, Ein anderer Hitler. Bericht seines Architekten Hermann Giesler. Erlebnisse, Gespräche, Reflexionen, Leoni [4]1978.
[79] Vgl. Jochen Thies, Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele" Hitlers, Düsseldorf 1976.
[80] Vgl. Giesler, Ein anderer Hitler, S. 478–480; vgl. auch auf der Basis der verfügbaren Quellen Kershaw, Hitler, Bd. II, S. 1005 f.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

IV. Hitlers zugeschriebene Authentizität

Die bis hierher ausgeführte These lautet: Der Wunsch des jungen Hitler, zunächst Kunstmaler, dann aber vor allem Baumeister zu werden, begründete die erste Schicht seiner personalen Authentizität. Allein als potenzieller Baumeister, der Pläne schmiedete und sich deren Realisierung ausmalte, war Hitler „echt", als Person glaubwürdig und ganz „bei sich". Es spricht nichts dafür, dass sich diese von frühester Jugend an aufgebaute Authentizität bis 1914 verändert hätte. Erst der Weltkrieg beendete die aus ihr gespeiste biografische Bewegungsrichtung. Er schnitt die ohnehin sehr begrenzten, von Narzissmus und Erfolglosigkeit getrübten authentischen Potenziale in Hitlers Persönlichkeit ab. Das Ende des Kriegs und die Rückkehr nach München drohten den Dreißigjährigen daher in die Ausweg- und Bedeutungslosigkeit zu stürzen, die er in Wien kennen und fürchten gelernt hatte. Infolgedessen verfolgte Hitler 1919 zunächst ein primäres Ziel, nämlich mangels anderer Erwerbsgelegenheit so lange wie möglich im Bayerischen Heer zu bleiben. Politisch-ideologisch keineswegs festgelegt, verhielt er sich im Kontext von Revolution und Gegenrevolution entsprechend opportunistisch oder zumindest attentistisch. Das änderte sich erst nach der definitiven Niederschlagung der Münchner Räterepublik und mit dem demagogischen Erfolg, den er seit seinem Aufenthalt auf dem Lechfeld im August 1919 mehr und mehr hatte. Dieser Erfolg bildete die Basis für die Konstruktion einer jüngeren Schicht personaler Authentizität, die Hitler in „Mein Kampf" ausführlich, wenngleich unsystematisch, konstruierte.

Akzeptiert man den Grundgedanken dieser These, so hat das gewisse Folgen für das historische Verständnis des Nationalsozialismus und des NS-Regimes im Allgemeinen. Denn das Konzept der personalen Authentizität, wie es der bürgerliche Individualismus entwickelte, kennt ja im Grunde nur das echte „Beisichselbstsein" einer Persönlichkeit. Die Konstruktion einer sekundären Authentizität ist eigentlich nicht möglich. Anders gesagt: Eine solche sekundäre Authentizität, wie sie Hitler für sich und seine Umwelt konstruierte und auf der sehr bald der „Hitler-Mythos" beruhte[81], bleibt in ihrem Kern „unecht". Die mit ihr erzielte persönliche (und politische) Glaubwürdigkeit erwächst nicht aus dem Innern einer gereiften, mit sich selbst einigen Persönlichkeit. Vielmehr muss sie inhaltlich immer wieder neu bestätigt und performativ beglaubigt werden. Konkret bedeutete dies: Hitlers Demagogie seit dem August 1919 trug von Beginn an den Keim des „Unechten" und damit auch des Selbstzerstörerischen in sich. Das Performativ-Theatralische seines politischen Handelns und Redens überlagerte die eigentliche und ursprünglichere Authentizität seiner Persönlichkeit. Anders gesagt: Hitler spielte eine *Rolle*. Entsprechend folgerichtig begann er Anfang der 1920er Jahre, zusammen mit seinem Haus- und Hoffotografen Heinrich Hoffmann, die wirkungsvollsten Posen und die überzeugendste Mimik einzustudieren. Ebenso

[81] Grundlegend hierzu nach wie vor Ian Kershaw, Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung, München 2002.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tat das Atelier Hoffmann alles, um Hitler fotografisch bestmöglich in Szene zu setzen[82].

Tatsächlich bestand das Geheimnis des Hitlerschen Erfolgs, seines Aufstiegs und seiner politischen Glaubwürdigkeit in einem Rollenspiel. Er fand mehr oder minder plötzlich eine Bühne, die freilich schon längst und ohne ihn aufgerichtet worden war. Was er auf ihr demagogisch repetierte, verstärkte, zuspitzte und am Ende wohl auch glaubte, war zunächst nichts anderes als die in Bayern und in seinem Heere omnipräsente völkisch-nationalistische, antibolschewistische und antisemitische Propaganda. Hitler fand sie vor, rezipierte sie, nahm sie in sich auf und betrat mit ihr die Bühne. Biografisch entscheidend war für ihn, diese Bühne nicht wieder verlassen zu müssen. Vielmehr gestaltete er sie im Verlauf seiner Karriere systematisch aus und fand somit nicht nur die seiner „Weltanschauung", sondern vor allem seiner Person entsprechende ästhetische Ausdrucksform. Hitlers primär auf Visualität und Räumlichkeit bezogenes „Künstlertum" erlaubte es ihm, die vorgefundene Bühne zu dekorieren und damit ein Instrument zur Durchsetzung seiner Herrschaft herzustellen[83]. Was Hitler also erst zum Trommler und dann zum „Führer" machte, war keineswegs eine Idee, eine festgefügte, granitene Weltanschauung. Vielmehr fand er seine Bühne und die dazu passende Rolle eher zufällig. Und was hätte er besseres tun können, als diese Rolle solange wie irgend möglich weiterzuspielen, damit jenen ersten Erfolg festzuhalten und ihn zu perpetuieren? Seiner selbst in der Vergangenheit stets unsicher, war Hitler der wahren, authentischen Komplexität des Lebens nicht gewachsen; umso zupackender legte er sich eine Rolle zu, die seine Lebensführung künftig bis ins Detail determinieren sollte. Damit unterwarf er sich einem selbstgewählten und zugleich unumkehrbaren Rollen- und „Bewährungszwang"[84]. Dies lag in der Logik seines seit 1919/20 erworbenen Charismas, das es immer neu zu bestätigen galt und das erst 1942/43 zu verblassen begann, als sich die bevorstehende Kriegsniederlage immer weniger leugnen ließ. Bezeichnenderweise trat Hitler als Person zu diesem Zeitpunkt von der Bühne ab. Seit 1943 mied er öffentliche Auftritte und ließ sich nur noch ausnahmsweise zu einer Radioansprache überreden[85]. Was seine Herrschaft allerdings bis zuletzt sicherte, war sein über die Situation hinaus gefestigter Mythos, der überdies durch das gescheiterte Attentat vom 20. Juli 1944 noch einmal einen letzten, paradox-prekären Auftrieb erhielt.

Hitlers seit 1919/20 angenommene Rolle war die des radikalen Ideologen und Demagogen, der die Komplexität der realen Welt mittels eines binären Ideologiesystems aus Freunden und Feinden reduzierte und damit zugleich „erklärte". Dies erlaubte es ihm, jener Komplexität und der ihr entsprechenden Möglichkeit authentischer (und damit komplizierter) Menschlichkeit zu entfliehen. So wies er

[82] Vgl. Rudolf Herz, Hoffmann & Hitler. Fotografie als Medium des Führer-Mythos, München 1994.

[83] Dies ist die insgesamt plausible Grundthese bei Pyta, Hitler.

[84] M. Rainer Lepsius, Das Modell der charismatischen Herrschaft und seine Anwendbarkeit auf den „Führerstaat" Adolf Hitlers (1986), in: Ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen, Göttingen 1993, S. 95–118, hier v. a. S. 98.

[85] Vgl. Pyta, Hitler, S. 200–203.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

allein schon die bloße Feststellung, die moderne politische und soziale Welt sei komplex, als bösartige Propaganda der Demokraten zurück. Mit solcher künstlichen „Komplizierung" des öffentlichen Lebens, wie er es nannte, kontrastierte Hitler die „natürlichen Lebensgesetze" und „den natürlichen Instinkt" des Volks[86]. Umgekehrt formuliert: Letztlich konnte die Lösung der komplexen Gegenwartsprobleme nur in der menschenverachtenden Gewalt und in der Vernichtung des erklärten „Feindes" liegen. Der Preis, den Hitler für diese Propagandistenrolle zahlte, war der Verzicht auf die tiefere Schicht seiner personalen Authentizität zugunsten einer später konstruierten Identität und, daraus folgend, ein dauerhafter Zwiespalt. Er schien immer dann auf, wenn Hitler seine authentischen, auf das Ziel des Baumeisters gerichteten Sehnsuchtsmomente hatte. Im Innersten dürfte er denn auch gewusst haben, dass er im Kern nicht wirklich „bei sich" war, sondern eine Rolle spielte.

Eine solche Deutung der Person Hitlers lässt sich mit älteren, funktionalistischen Interpretationsmodellen des Nationalsozialismus verknüpfen, die die grausam-menschenverachtende Radikalität des NS-Regimes nicht als vorderhand ausgearbeiteten Plan, geschweige denn als das Resultat einer personalen Kopfgeburt Hitlers betrachten, sondern „als fanatisches Festhalten an einer inganggesetzten dynamischen Bewegung". Hitler erscheint am Ende als Getriebener seiner eigenen Propaganda, einer Propaganda, die je länger, desto mehr „beim Wort" genommen werden wollte, um glaubwürdig – eben authentisch – zu bleiben[87]. Zugleich betont eine solche Interpretation den unleugbaren inszenatorischen Grundzug der nationalsozialistischen Politik, wie er seitdem in der Forschung häufig und zuletzt im Hinblick auf Hitlers Biografie von Pyta herausgearbeitet wurde[88]. Hitler selbst wurde damit zum paradigmatischen Schauspieler-Politiker, aber auch zum Täter auf einer Bühne, deren gegebenes Stück kein Erbarmen kannte. Für die deutsche Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts müssen hieraus einige substanzielle Folgerungen gezogen werden.

[86] Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl Juli 1926–Mai 1928, Teil 2, bearb. von Bärbel Dusik, München u. a. 1992, Dok. Nr. 203, S. 571 f.

[87] Vgl. Martin Broszat, Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: VfZ 18 (1970), S. 392–409, hier v. a. S. 407 f.

[88] Vgl. Pyta, Hitler. Daneben pars pro toto Peter Reichel, Der schöne Schein des Dritten Reiches. Gewalt und Faszination des deutschen Faschismus, Hamburg 2006; Saul Friedländer, Kitsch und Tod. Der Widerschein des Nazismus, Frankfurt a. M. 2007; Alexander Schug / Frank Petrasch, Hitlers Bühnen. Eine visuelle Geschichte der Selbstinszenierung von Adolf Hitler, Berlin 2012, mit (allzu) starker Betonung des „Werbeprodukts" Hitler. Vgl. auch die wichtigen Fallstudien von Siegfried Zelnhefer, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg 1991, und Detlef Schmiechen-Ackermann, Inszenierte „Volksgemeinschaft". Das Beispiel der Reichserntedankfeste am Bückeberg 1933–1937, in: Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege (Hrsg.), Die Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg bei Hameln. Diskussion über eine zentrale Stätte nationalsozialistischer Selbstinszenierung, Hameln 2010, S. 10–19.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Insbesondere macht diese Perspektive die tiefen Schatten der deutschen politischen Kultur und deren Sonderentwicklungen sichtbar. Denn die Bühne, die Hitler erklomm, existierte längst vor ihm und ohne ihn. Der übermäßig theatralische und damit „unechte", eben nicht authentische Zug der deutschen Politik, den etwa Heinrich Mann meisterhaft darlegte[89], wurzelte letztlich im Kaiserreich. Dieser „Großmacht ohne Staatsidee" (Plessner) fehlte eine übergreifende, universale und zivilisatorische Idee, was wiederum ein übermäßiges Bedürfnis nach politischer Performanz erzeugte. Vieles von dem, was man in diesem Sinne den theatralischen und inszenatorischen Zug der politischen Kultur des Kaiserreichs nennen kann, hatte sich bis 1914 noch auf die Monarchien konzentriert – mannigfache Skurrilitäten und lächerliche szenische Entgleisungen inklusive[90]. Die Novemberrevolution indes nahm dem überwiegend bürgerlich-aristokratischen, „nationalen" Publikum gleichsam die Bühne weg. Hinsichtlich der performativ-theatralischen, visuell vermittelbaren politischen Bedürfnisse entstand ein Vakuum, in das zunächst eine Vielzahl politischer Laienschauspieler drängte – zu ihnen gehörte in seiner Frühzeit auch Adolf Hitler. Bis 1925 hatte sich dann das „nationale" Publikum der Weimarer Republik eine neue politische Bühne erschaffen, auf der die „nationale" Politik in zunehmend ausgeklügelter Weise inszeniert wurde. Die Hauptrolle spielte dabei Reichspräsident Hindenburg, den der Mythos des Siegers von Tannenberg umkränzte. Hindenburg war sich seiner performativen Wirkung auf dieser Bühne genau bewusst und feilte zum Teil ganz persönlich an dem Charisma, das er auf ihr gewann[91]. Und zu den Bedingungen der nationalsozialistischen „Machtergreifung" gehörte es auch, dass Hindenburg sein Charisma gleichsam auf Hitler übertrug und dem neuen gewalttätigen Regime somit einen Vorschuss an performativ vermittelter Legitimität verschaffte[92]. Der „Tag von Potsdam", ein Höhepunkt des nationalsozialistischen Theatralismus, besiegelte publikumswirksam dieses Bündnis[93]. Auch in der Folge war die auf allen

[89] Vgl. dazu Andreas Wirsching, Kronzeuge des deutschen „Sonderwegs"? Heinrich Manns Roman „Der Untertan" (1914), in: Johannes Hürter/Jürgen Zarusky (Hrsg.), Epos Zeitgeschichte. Romane des 20. Jahrhunderts in zeithistorischer Sicht, München 2010, S. 9–25.

[90] Vgl. hierzu Lothar Machtan, Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen, Berlin 2008, insb. S. 23–32, S. 52, S. 264–267 u. passim; John C.G. Röhl, Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund 1900–1941, München 2008, S. 1013–1016 (25jähriges Regierungsjubiläum Wilhelms II). In diesem Zusammenhang auch der Film „Majestät brauchen Sonne" von Peter Schamoni aus dem Jahre 1999, sowie Gustav Seibt, Majestät brauchen Sonne, in: Hilmar Hoffmann (Hrsg.), Peter Schamoni. Filmstücke film pieces, Stuttgart 2003, S. 62–65.

[91] Vgl. Wolfram Pyta, Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007.

[92] Vgl. Wolfram Pyta, Geteiltes Charisma. Hindenburg, Hitler und die deutsche Gesellschaft im Jahre 1933, in: Andreas Wirsching (Hrsg.), Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft, Göttingen 2009, S. 47–69.

[93] Zum Tag von Potsdam siehe die Beiträge in: Christoph Kopke/Werner Treß (Hrsg.), Der Tag von Potsdam. Der 21. März 1933 und die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur, Berlin u. a. 2013.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ebenen sichtbare und vielfach bekundete „Theatrokratie“ ein entscheidendes Merkmal des NS-Regimes[94].

Aber nicht nur die Bühne, die Hitler betrat, existierte vor ihm und ohne ihn; auch das Publikum hatte sich schon längst versammelt. Zwar wusste es noch nicht genau, welches Stück gegeben werden würde, aber der Stoff, aus dem Hitler sein Drehbuch entwickelte, lag bereits in vielfacher Form vor. Es ist hier nicht der Ort, ausführlich auf die Fülle der völkischen, rassistischen, antisemitischen, eugenischen, sozialdarwinistischen, antisozialdemokratischen und antikommunistischen Versatzstücke und ideologischen Sumpfblüten einzugehen, die schon in der politischen Kultur des Kaiserreichs eine zunehmende Rolle gespielt hatten, gegen Ende des Ersten Weltkriegs mehr und mehr wucherten und mit Hitler gleichsam bühnenreif wurden[95]. Wichtig in unserem Zusammenhang ist allein, dass sie gegen Ende des Ersten Weltkriegs und dann vor allem nach der Novemberrevolution einen weltanschaulichen Pool formten, aus dem sich bedienen konnte, wer außerhalb des politischen Establishments stand und im Rahmen der politischen Aufmerksamkeitsökonomie auf die Karte des Radikalismus setzte. In geradezu paradigmatischer Weise galt das für München und die „Ordnungszelle“ Bayern, das nach dem Trauma und der gewaltsamen Niederschlagung der Räterepublik zur bevorzugten Zuflucht rechtsextremistischer Republikgegner und zum Reservoir all jener ideologischen Elemente wurde, aus denen sich die passenden Hass- und Feindbilder zusammensetzen ließen[96]. Dass Hitlers Bühne zuerst hier stand, ist also alles andere als Zufall. In der Phase seines nationalen Aufstiegs seit 1929 ließ sich das Drehbuch allerdings durch weitere, ebenfalls bereits unabhängig von ihm bestehende Elemente bereichern. In seinen Reden, mit denen er deutschlandweit ein immer größeres Publikum erreichte, trat nun nämlich die radikalantisemitische Propaganda in den Hintergrund[97]. Stattdessen inszenierte

[94] Vgl. Frank Bajohr/Jürgen Matthäus (Hrsg.), Alfred Rosenberg. Die Tagebücher von 1934 bis 1944, Frankfurt a. M. 2015, S. 480 f. (Eintrag vom 29. 7. 1942). Der auf Platons Kritik am Verfall der Athenischen Demokratie zurückgehende Begriff wird hier polemisch gegen Rosenbergs Intimfeind, Joseph Goebbels, gerichtet, „einen Mann, der Minister spielt“ (S. 481).

[95] Stellvertretend aus der neueren Literatur siehe nur die vorzügliche Studie von Peter Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890–1914, Göttingen 2007. Vgl. jetzt auch zu Hitlers Quellen Roman Töppel, „Volk und Rasse“. Hitlers Quellen auf der Spur, in: VfZ 64 (2016), S. 1–35.

[96] Hierzu jetzt: Winfried Nerdinger (Hrsg.), München und der Nationalsozialismus. Katalog des NS-Dokumentationszentrums München, München 2015, hier u. a. die Beiträge von Hans Günther Hockerts, Warum München? Wie Bayerns Metropole die „Hauptstadt der Bewegung“ wurde (S. 387–397) und Peter Longerich, Hitler, München und die Frühgeschichte der NSDAP (S. 398–407).

[97] Vgl. Oded Heilbronner, Wohin verschwand der nationalsozialistische Antisemitismus? Zum Charakter des Antisemitismus der NSDAP vor 1933 und seinem Bild in der Geschichtswissenschaft, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 6 (1995), S. 15–44; ders., The Role of Nazi Antisemitism in the Nazi Party's Activity and Propaganda. A Regional Historiographical Study, in: Leo Baeck Institute Year Book 35 (1990), S. 397–439. Allerdings muss in Bezug auf den Antisemitismus von einer „Arbeitsteilung“ zwischen Hitler selbst und den Vertretern der Parteiorganisationen ausgegangen werden, die – insbesondere in Berlin – die antisemitische Propaganda und „direkte“ antisemitische Aktionen auch während der national-

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sich Hitler zunehmend selbst als Person mit einer konkreten Geschichte: als derjenige, der die Wurzel allen Unglücks schon längst erkannt hatte und die hierfür Verantwortlichen mit der erforderlichen Klarheit – und mit unbezähmbarem Hass – als innere Feinde brandmarkte; schließlich als der Retter, ja der politische Messias, der die Deutschen von der Umklammerung durch ihre Feinde befreien und sie somit zu einem besseren Schicksal erlösen würde[98].

In der Endphase der Weimarer Republik verstand es Hitler also, seine in „Mein Kampf" konstruierte und angemaßte politische Authentizität in Form eines gewaltigen Rollenspiels öffentlich zu zertifizieren. Damit verbindet sich freilich die entscheidende Frage, in welchem Maße und aus welchen Gründen Hitlers Rollenspiel eine solche Authentizität zugeschrieben wurde. Tatsächlich brauchte Hitler ja gerade in dem Maße, in dem er seine ursprünglichere personale Authentizität – die des Baumeisters – überschrieben hatte, eine neue, gleichsam rollen- und bühnentaugliche Form von authentifizierbarer Glaubwürdigkeit. Allerdings war dies eine Glaubwürdigkeit, die nur innerhalb eines ganz bestimmten Zeitraums und in einer ganz bestimmten Gesellschaft erworben werden konnte. Und hier erwies es sich, dass seine stilisierte, in „Mein Kampf" etablierte Authentizität die Wünsche des Publikums in der späten Weimarer Republik mit geradezu überraschender Wucht befriedigte und entsprechende Begeisterung hervorrief.

In seiner in „Mein Kampf" und in unzähligen Reden stilisierten Biografie verkörperte Hitler zum einen eine Anonymität, wie sie vollständiger kaum hätte sein können. Hitler hat diese Anonymität stets zu bewahren gesucht. Denn in einer demokratischen Massengesellschaft, in der die Institutionen traditionaler, geschichtlich gewachsener Legitimität wie Monarchie und Aristokratie, Kirche und Militär verschwunden, diskreditiert oder zumindest stark beschädigt waren, ließ sich Anonymität um so leichter in politisches Kapital ummünzen. Dies war das Umfeld, in dem Hitler seine Anonymität nicht nur nicht schadete, sondern ihm, dem „unbekannten Soldaten", als den er sich gerne stilisierte[99], Authentizität und Glaubwürdigkeit versprach. Tatsächlich ist eine Gesellschaft, in der ein Mann von der Anonymität Hitlers plötzlich mit erheblicher Zustimmung die Rolle des Retters zu spielen vermag, eines gewiss nicht: eine überwiegend traditionalistische Gesellschaft, in der Herkommen und Status die entscheidende Rolle spielen. Im Kaiserreich mit seinem gesellschaftlichen Fetisch des preußischen Reserveoffi-

sozialistischen Durchbruchphase fortsetzten. Siehe etwa Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Paris und Berlin im Vergleich, München 1999, S. 466.

98 Zur messianischen Erwartung in der Weimarer Republik vgl. Klaus Schreiner, „Wann kommt der Retter Deutschlands?" Formen und Funktionen von politischem Messianismus in der Weimarer Republik, in: Saeculum 49 (1998), S. 107–160.

99 Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. V: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung April 1932–Januar 1933, Teil 1: bearb. von Klaus A. Lankheit, München 1996, Dok. Nr. 28, S.45; vgl. Benjamin Ziemann, Die deutsche Nation und ihr zentraler Erinnerungsort. Das „Nationaldenkmal für die Gefallenen im Weltkrieg" und die Idee des „Unbekannten Soldaten" 1914–1935, in: Helmut Berding/Klaus Heller/Winfried Speitkamp (Hrsg.), Krieg und Erinnerung. Fallstudien zum 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, S. 67–91, hier S. 85.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ziers wäre Hitler unmöglich gewesen. So aber war die von Hitler fanatisch gehasste Novemberrevolution eine notwendige Voraussetzung für seinen Aufstieg: Ihr folgte die politische Massenmobilisierung, der Schub an Demokratisierung, aber auch an Egalisierung, die Hitler brauchte, um soziale Anonymität in politisches Kapital umzumünzen.

Auch die Inadäquatheit der Ziele, der Hang zum Eskapismus und die Sehnsucht, gleichsam aus der Geschichte herauszuspringen beziehungsweise sie nach der eigenen „Weltanschauung" zu formen, erzeugten einen Gleichklang mit der vorherrschenden Weimarer Deutungskultur und festigten Hitlers sekundär konstruierte Authentizität. Das wilhelminische Deutschland strebte nach dem „Platz an der Sonne" und verlor dabei den Boden unter den Füßen. Es betrieb Weltpolitik und versäumte die Politik der kleinen Schritte. Die wilhelminische Gesellschaft tendierte dazu, die eigenen Möglichkeiten zu überschätzen und die Realitäten zu verkennen; der Zusammenstoß zwischen Möglichem und Unmöglichem schmerzte um so mehr – er erfolgte 1918 in Form eines Absturzes. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen empfand die Niederlage und ihre Konsequenzen überdies als eine ebenso grausame wie unverdiente Demütigung, die in keinem Zusammenhang mit dem eigenen Verhalten stand. Eine rationale und offene Auseinandersetzung mit der Rolle Deutschlands und seiner Politik vor 1914 und im Weltkrieg blieb dagegen während der Weimarer Republik die Ausnahme. Analyse wurde durch Schuldzuweisung ersetzt.

Hitler seinerseits verkörperte den sozialen Bankrott in seiner Biografie. Beginnend mit der Wiener Zeit blickte er auf das Luftschloss in der vagen Zukunft und strauchelte in der Gegenwart. Daran, dass auch er seinen persönlichen Absturz als tiefe Demütigung empfand, besteht kein Zweifel. Sogar in der Selbststilisierung von „Mein Kampf" ist das noch deutlich zu spüren[100]. Keineswegs aber suchte er die Gründe für sein Scheitern bei sich selbst. Dessen Folgen äußerten sich vielmehr als verletzter Stolz, der sich nun umso hoffärtiger als Trotz gegen die anscheinend feindliche Umwelt äußerte. Tatsächlich hat Hitler seine Absturz- und Deklassierungserfahrung so verarbeitet, wie es wahrscheinlich viele tun würden: Er stilisierte sie vor sich selbst und vor anderen und verpuppte sie in einem Kokon aus Selbstgerechtigkeit und Selbstmitleid. So verband er Anfang 1914, als er eine Vorladung des Magistrats Linz erhielt und aus finanziellen Gründen um Aufschub bat, diese Bitte mit einem Rückblick auf seine Wiener Zeit: Diese sei für ihn eine „unendlich bittere Zeit" gewesen. „Ich war ein junger unerfahrener Mensch ohne jede Geldhilfe und auch zu stolz, eine solche auch nur von irgend jemand anzunehmen, geschweige denn zu erbitten. Ohne jede Unterstützung nur auf mich selbst gestellt, langten die wenigen Kronen oft auch nur Heller aus dem Erlös meiner Arbeiten kaum für meine Schlafstelle. Zwei Jahre lang hatte ich keine andere Freundin als Sorge und Not, keinen anderen Begleiter als ewigen unstillbaren Hunger. Ich habe das schöne Wort Jugend nie kennen gelernt."[101] Vier der

[100] Vgl. Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, S. [18 f.].
[101] Adolf Hitler an den Magistrat der Stadt Linz, 21. 1. 1914, in: Jäckel/Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen, Dok. Nr. 20, hier S. 55.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sechs Behauptungen in diesem Bericht sind nachweislich falsch. Erstens hatte Hitler Geldhilfe erhalten, von seiner Familie und durch seine Waisenrente. Zweitens war er durchaus nicht zu stolz gewesen, solche Hilfe anzunehmen. Drittens hatte er bei seiner Tante Klara auch um solche Hilfe gebeten. Viertens schließlich hatte Hitler eine materiell durchaus sorgenfreie Jugend. Sie bot ihm Müßiggang und Chancen. Ersteren hat er ausgelebt, letztere nicht genutzt[102].

Was freilich in anderen Zeiten reine Privatsache geblieben wäre, wirkte in der Weimarer Republik politisch, was auch Thomas Mann treffend beobachtete: „Der Bursche ist eine Katastrophe; das ist kein Grund, ihn als Charakter und Schicksal nicht interessant zu finden. Wie die Umstände es fügen, daß das unergründliche Ressentiment, die tief schwärende Rachsucht des Untauglichen, Unmöglichen, zehnfach Gescheiterten, des extrem faulen, zu keiner Arbeit fähigen Dauer-Asylisten und abgewiesenen Viertelskünstlers, des ganz und gar Schlechtweggekommenen sich mit den (viel weniger berechtigten) Minderwertigkeitsgefühlen eines geschlagenen Volkes verbindet, welches mit seiner Niederlage das Rechte nicht anzufangen weiß und nur auf die Wiederherstellung seiner ‚Ehre' sinnt."[103] Zu der Übernahme radikal-völkischer, rassenantisemitischer und sozialdarwinistischer Ideologieelemente, mit denen Hitler das Skript für seine Rolle schrieb, gesellte sich mithin die Inszenierung von Anonymität, Absturz und Demütigung. Diese gleichsam stellvertretend für die Deutschen durchlebt und durchlitten zu haben, zugleich aber das Versprechen, sie in bessere Zeiten zu führen, gehörte zu Hitlers sekundär erworbener politisch-moralischer Authentizität. Dass sie es ihm erlaubte, die letztlich „unechte" Rolle des „Führers" und politischen Messias zu spielen, gehört zu den unhintergehbaren Spezifika der deutschen Geschichte.

V. Das NS-Regime als Bühne der Täter

Für die deutsche und europäische Geschichte vielleicht am folgenreichsten war allerdings noch etwas anderes: Denn auf der Bühne, die Hitler vorfand, erklomm und ausgestaltete, herrschte eine andere als die bekannte Moral. Schon von Beginn an, das heißt seit 1919/20, galten hier andere moralische Maßstäbe als im wirklichen, im echten, eben authentischen Leben. Denn auf Hitlers Bühne fand die Umwertung aller Werte statt: Die Komplexität der realen Welt ließ sich hier

[102] Bezeichnenderweise schrieb Hitler, was er 1914 in einer rein persönlichen Angelegenheit dem Linzer Magistrat mitteilte, zehn Jahre später auch in „Mein Kampf": Wien sei für ihn „die traurigste Zeit meines Lebens" gewesen und habe „fünf Jahre Elend und Jammer [...] für mich enthalten". „Fünf Jahre, in denen ich erst als Hilfsarbeiter, dann als kleiner Maler mir mein Brot verdienen mußte; mein wahrhaft kärglich Brot, das doch nie langte, um auch nur den gewöhnlichen Hunger zu stillen. Er war damals mein getreuer Wächter, der mich als einziger fast nie verließ." Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. I, S. [19]. Faktisch verfügte Hitler aus der Waisenrente, der mütterlichen Hinterlassenschaft sowie Zinserträgen aus dem später auszuzahlenden väterlichen Erbe über Mittel, die es ihm lange Zeit ermöglichten, sein Dasein ohne die Aufnahme einer regelmäßigen Arbeit zu fristen. Vgl. Kershaw, Hitler, Bd. I, S. 37.

[103] Mann, Bruder Hitler, S. 846.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zunächst rein propagandistisch in einen Manichäismus von Gut und Böse, Freunden und Feinden, Opfern und Schuldigen verwandeln. Auf der Basis solcher Feindbildkonstruktionen ließen sich auf dieser Bühne weitgehend ungestraft Hass predigen, Gewalt androhen und Vernichtung fordern. Das Resultat war eine neue, eine nationalsozialistische Moral, die den universalistischen Prinzipien der christlich-aufgeklärten Zivilisation eine radikale und bösartige Partikularität entgegenstellte[104]. Schon während der Aufstiegsphase der NSDAP 1930–1933 folgten ihr viele junge SA-Männer, als die Gewalt eskalierte. Die bereits auf der Bühne der Wahlkämpfe und der bürgerkriegsartigen Kämpfe gegen Republik und Kommunismus einstudierten Rollen und der hierzu gehörige, durch extremen Nationalismus angetriebene Gewaltkult prägten die Mentalitäten vieler späterer NS-Täter[105]. Indes gehört es zu den beklemmendsten Vorgängen in der deutschen Geschichte, dass diese neue Moral nach dem 30. Januar 1933 rasch zur herrschenden Moral avancierte[106]. Binnen kürzester Zeit war das, was eine jahrhundertealte christlich-aufklärerische Tradition von Moral und Gewissen, Recht und Gesetz ganz selbstverständlich als blankes Unrecht verurteilt hatte, nicht nur erlaubt, sondern wurde sogar prämiert. Sofern sie sich gegen die „richtigen", als „Feinde" stigmatisierten Menschen richteten, konnten Nötigung und Diebstahl, Körperverletzung und Totschlag, am Ende auch unverblümter Mord im Sinne der nationalsozialistischen Moral durchaus anerkennenswerte Taten sein. Wer sich daher auf der nationalsozialistischen Bühne, die nun freilich zum Regime geworden war, hervortat, indem er die gebrandmarkten, politisch oder rassistisch definierten „Feinde" drangsalierte und verfolgte, ging nicht nur straffrei aus, sondern wurde belohnt. Das NS-Regime zerrte gewissermaßen das Schlechteste im Menschen hervor und prämierte es mit den Maßstäben seiner Moral. Tatsächlich konnte man im „Dritten Reich" zum Verbrecher werden und dabei „anständig" bleiben[107].

Dem NS-Regime war damit von vornherein ein irreduzibel zwiespältiger Zug eingeschrieben. Die Interaktion zwischen dem nämlich durchaus fortbestehenden authentischen Bewusstsein für Gut und Böse, Recht und Unrecht einerseits und der forcierten, aber nicht-authentischen nationalsozialistischen Moral ande-

[104] Vgl. hierzu aufschlussreich Harald Welzer, Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt a. M. [5]2011; Raphael Gross, Anständig geblieben. Nationalsozialistische Moral, Frankfurt a. M. 2010.

[105] So etwa die Täter der Aktion T4 sowie der „Aktion Reinhardt"; siehe Sara Berger, Experten der Vernichtung. Das T4-Reinhardt-Netzwerk in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka, Hamburg 2013, S. 299 f.

[106] Vgl. eindrucksvoll Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933, Stuttgart/München 2000.

[107] Siehe Gross, Anständig geblieben, passim, und den „locus classicus", Heinrich Himmlers (erste) Posener Rede vom 4. 10. 1943. Der Wortlaut der Rede in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg, 14. November 1945–1. Oktober 1946, Bd. 29, Nürnberg 1948, S. 110–173, hier S. 145; vgl. auch Bernhard Gotto, Die Erfindung eines „anständigen Nationalsozialismus". Vergangenheitspolitik der schwäbischen Verwaltungseliten in der Nachkriegszeit, in: Peter Fassl (Hrsg.), Das Kriegsende in Schwaben, Augsburg 2006, S. 263–283.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rerseits erzeugte ein „gespaltenes Bewusstsein", das sich wie Mehltau über die Lebenswirklichkeit der NS-Zeit legte: „Die Zerstörungen, die der Nationalsozialismus angerichtet, die physischen und die moralischen sind ohne Beispiel. Was er an Blut und Gut gekostet durch seine Raub- und Mordwut, seine teuflische Entvölkerungspolitik ist unermeßlich; grauenvoller fast noch das seelische Unheil, das er mit seinem Terror gestiftet, die Schändung und Verderbnis, die menschliche Erniedrigung und Zerrüttung durch den Zwang zur Lüge und zum Doppeldasein, die Gewissensnötigung."[108]

Eben dies war der Kontext, in dem auch „ganz normale" Menschen zu Tätern wurden[109]. Noch einmal wirft dabei das Problem der personalen Authentizität, also des eigentlichen „Beisichselbstseins" eines Menschen, wie es sich bei Hitler paradigmatisch stellte, ein neues Licht auf die Mechanismen des NS-Regimes. Denn die häufig gestellte Frage, wie in solch letztlich unfassbar großem Ausmaß individuelle Täterschaft entstehen und konkrete Schuld aufgehäuft werden konnte, lässt sich leichter und plausibler beantworten, wenn man das Motiv der nationalsozialistischen Bühne und der auf ihr herrschenden Moral berücksichtigt. So dürfte es vielen Tätern letztendlich klar gewesen sein, dass sie einer durch Dauerpropaganda geformten barbarischen Partikularmoral folgten und damit gegen das ihnen durchaus bekannte Strafrecht, das natürliche Sittengesetz und schlicht gegen einfachste Grundsätze der Menschlichkeit verstießen. Dies zu tun und mögliche Gewissensregungen zu überwinden fiel ihnen allerdings in dem Maße leichter, in dem sie sich auf eine Bühne gerufen wussten, auf der sie eine spezifische Rolle zu spielen und bestimmte Funktionen zu erfüllen hatten. Wie oben ausgeführt, lässt sich eine solche Dynamik schon bei Hitler selbst in gleichsam paradigmatischer Form beobachten. Was aber für Hitler galt, betraf erst recht die Vielzahl seiner aktiven Anhänger, die ihm „entgegen arbeiteten": In der zunehmend tödlichen Praxis des NS-Regime ließ sich eine subjektive Distanz zu der gespielten Rolle aufbauen. Eine solche „Rollendistanz" erlaubte es dem Einzelnen dann auch, sich von seiner „eigentlichen", eben authentischen Existenz und Lebensführung zu entfernen[110]. Anders gesagt: Die Täter waren, als sie ihre Taten verübten, keine authentischen Persönlichkeiten, das heißt nicht wirklich „bei sich".

Natürlich impliziert eine solche Überlegung keine „mildernden Umstände"; auch muss hier nach verschiedenen Kategorien von Tätern differenziert werden, insbesondere danach, wann und wie sie die Bühne betraten. Für Hitler selbst etwa

[108] Thomas Mann, Deutsche Hörer! 16. 1. 1945, in: Ders., Gesammelte Werke, Bd. 12, Berlin (Ost) 1956, S. 730. Vgl. auch Hans Dieter Schäfer, Das gespaltene Bewußtsein. Vom Dritten Reich bis zu den langen Fünfziger Jahren, Göttingen 2009.

[109] Vgl. Christopher R. Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung" in Polen, Reinbek b. Hamburg 1993. Einen Überblick über die aktuelle Täterforschung gibt Frank Bajohr, Täterforschung. Ertrag, Probleme und Perspektiven eines Forschungsansatzes, in: Ders./Andrea Löw (Hrsg.), Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung, Frankfurt a. M. 2015, S. 168–185.

[110] Zum Konzept der Rollendistanz siehe die – teilweise im Anschluss an Erving Goffman – gemachten, interessanten Ausführungen bei Welzer, Täter, S. 38–40 u. ö.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und für diejenigen, die schon lange vor 1933 mit ihm die nationalsozialistische Bühne geformt hatten, war die dort gespielte Rolle faktisch ihre Lebenswirklichkeit geworden. Andere wie etwa die Vertreter der „Generation des Unbedingten" hingen ebenfalls schon lange vor 1933 einer ebenso radikalen wie partikularen völkischen Idee an, so dass ihnen der Umstieg vom Denken zum Handeln, von der Propaganda zur Tat, als logisch konsequent und geradezu als authentischer Schritt erschienen sein mag[111]. Aber ungezählte Hitler-Sympathisanten und Helfershelfer wurden dadurch zu NS-Tätern, dass sie ab 1933 auf die nationalsozialistische Bühne mit ihrer pervertierten Moral drängten, weil sie sich konkrete Vorteile davon versprachen, oder weil sie auf sie gerufen wurden. In jedem Fall glichen das Besteigen der Bühne und die Akzeptanz der dort zu spielenden Rolle einem persönlichen *point of no return*, der eine Umkehr, wenn überhaupt, dann nur noch unter Inkaufnahme eines tiefen und schwerwiegenden biografischen Bruchs zuließ. Für „die Schwierigkeit, Intentionalität und Innenleben eines Einzelnen zu rekonstruieren"[112], kann eine solche Perspektive hilfreich sein.

Das Spielen einer letztlich „unechten", nicht authentischen Rolle wurde durch die Suggestion erleichtert, sich an einem notwendigen, weltgeschichtlichen Stück zu beteiligen. Dies galt insbesondere unter den Bedingungen des Zweiten Weltkriegs und seiner Deutung als weltgeschichtlich entscheidender Überlebenskampf der Deutschen. In der unstrittigen Kraft, die diese Suggestion ausübte, offenbart sich nicht nur die Wirkung der nationalsozialistischen Propaganda, sondern auch die bereits längst vor 1933 bestehende tiefe Imprägnierung der deutschen politischen Kultur durch die Versatzstücke einer menschenverachtenden sozialdarwinistischen und antisemitischen Ideologie. Die Berufung auf eine notwendige, wenngleich „harte" weltgeschichtliche Rolle, die die Deutschen kollektiv wie individuell zu spielen hatten, prägte jedenfalls den Geist von Himmlers erster Posener Rede ebenso wie den Abgang von Joseph Goebbels: Kurz vor seinem familiär erweiterten Suizid erklärte er in einer vielsagenden, theatralisches Rollenbewusstsein und propagandistische Technologiebegeisterung noch einmal miteinander verschränkenden Ansprache an seine engsten Mitarbeiter: „Meine Herren, in hundert Jahren wird man einen schönen Farbfilm über die schrecklichen Tage zeigen, die wir durchleben. Möchten Sie nicht in diesem Film eine Rolle spielen? Halten Sie jetzt durch, damit die Zuschauer in hundert Jahren nicht johlen und pfeifen, wenn Sie auf der Leinwand erscheinen."[113]

Unter den Mitgliedern des engsten NS-Führungskreises machte sich Goebbels, Zyniker, der er war, wahrscheinlich die wenigsten Illusionen darüber, dass er auf der verbrecherischen, moralisch pervertierten und doch welthistorischen Bühne des NS-Regimes eine im Kern „unechte", nicht-authentische Rolle spielte. Insofern

[111] Vgl. Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996; Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.

[112] Mark Roseman, Lebensfälle. Biographische Annäherungen an NS-Täter, in: Bajohr/Löw (Hrsg.), Holocaust, S. 186–209, hier S. 197 f.

[113] Goebbels im April 1945 zum Film „Kolberg", zit. nach Erwin Leiser, „Deutschland erwache!" Propaganda im Film des Dritten Reiches, Reinbek 1989, S. 120.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

war die Form seines Abtritts von dieser Bühne konsequent. Und nicht wenige andere NS-Täter wählten ebenfalls den Suizid, weil sie für sich keine Möglichkeit mehr zur Rückkehr in die authentische Realität sahen. Das Konzept der Authentizität vermag daher auch einen Beitrag zu leisten, um die am Ende immer deutlicher erkennbare Tendenz zur Selbstzerstörung zu erklären, die dem NS-Regime innewohnte. Denn zumal wenn eine Rückkehr zur Authentizität nicht mehr möglich schien, implizierte der nationalsozialistische Rollenzwang die Notwendigkeit, die Bühne und das Stück, das auf ihr gegeben wurde, bis zum letztmöglichen Augenblick zu verteidigen. Zumindest teilweise lassen sich von hier aus die selbstzerstörerischen Inszenierungen des Kriegsendes und die mit ihm verbundenen, schrecklich irrationalen sogenannten Endphasenverbrechen erklären[114].

Die meisten freilich suchten die Bühne möglichst rasch und unerkannt zu verlassen und sich in die Realität des authentischen Lebens zurückzufinden. Vielen gelang dies, und die eigene Rolle in der NS-Zeit blieb ein abgegrenzter, gleichsam verpuppter, eben nicht-authentischer Lebensabschnitt. Eine offene Kommunikation über ihn war daher nach 1945 kaum möglich[115]. Und diejenigen, deren NS-Vergangenheit vor Gericht kam, leugneten in aller Regel, eine nationalsozialistische (Täter-)Rolle gespielt zu haben.

VI. Fazit

Hitlers Authentizität, so lässt sich als Fazit festhalten, ruhte in seinem von Jugend an geäußerten Wunsch, „Künstler“ zu sein und sich als solcher zu verwirklichen, zunächst als Kunstmaler, sodann als Architekt und Baumeister. Bis 1914 lebte er diesen Traum und führte eine letztlich perspektivlose Randexistenz ohne erkennbare politisch-ideologische Orientierung. Sein Aufstieg als politischer Agitator und Propagandist seit August 1919 entsprang daher keineswegs einer politischen Intention. Vielmehr lässt er sich als bloße Funktion des biografischen Erfolgs deuten, den Hitler eher zufällig und erstmals in seinem Leben erfuhr. Erst nach dem Zusammenbruch seiner erfolgreichen Münchner Agitatorenexistenz im November 1923 und unter den Bedingungen der Landsberger Festungshaft konstruierte Hitler in „Mein Kampf“ eine sekundäre Authentizität als ideologisch gefestigter „Politiker“. Um entsprechende Glaubwürdigkeit zu gewinnen, stilisierte er die Entstehung seiner rassistischen und sozialdarwinistischen „Weltanschauung“ zum Resultat systematischer Studien, die er in Wien betrieben haben wollte: eine Behauptung, die durch praktisch alle anderen verfügbaren Quellen falsifiziert wird.

Das Konzept der Authentizität erlaubt es daher stringenter, als dies bisher möglich war, intentionalistische und funktionalistische Aspekte des NS-Regimes miteinander zu verbinden. Zwar ist die mit diesen Begriffen verbundene große Kontroverse der 1970er Jahre obsolet; aber darüber, wie beide Elemente sich in der

[114] Siehe v. a. Sven Keller, Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45, München 2013.

[115] Vgl. Harald Welzer, „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a. M. 2002.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wirklichkeit des Nationalsozialismus zueinander verhielten, ist das letzte Wort noch längst nicht gesprochen. Hitlers Biografie lässt sich jedenfalls ohne ihre dezidiert funktionalistische und opportunistische Dimension nicht begreifen. Seine „Weltanschauung" war weitgehend die *Funktion* seines ersten und einzigen Erfolgserlebnisses, das er bis zu seinem 31. Lebensjahr zu verzeichnen hatte. Zugleich und gerade deswegen begründete dieses Erfolgserlebnis einen dauerhaften propagandistischen Rollen- und Bestätigungszwang. Hitler nahm seine neu gefundene Rolle in einer Art und Weise an, dass seine ursprüngliche personale Authentizität weitgehend überschrieben wurde. Er ergriff seine unverhoffte Lebenschance und Rolle als Propagandist mit einer nie mehr zur Debatte stehenden Folgerichtigkeit; sie bestmöglich und mit den größten Aussichten auf Erfolg auszufüllen, wurde fortan zu seiner alles andere überragenden, genuinen *Intention*. „Was funktionaler Betrachtung zugänglich ist, kann durchaus auch geglaubt werden, ganz oder zu Teilen."[116] Insofern sind die miteinander verschränkten, propagandistisch-funktionalen und ideologisch-intentionalen Elemente, zwischen denen das NS-Regime oszillierte, bereits in der Person Hitler angelegt.

Indem Hitler freilich seiner im Kern „unechten", weil letztlich instrumentellen und sekundär konstruierten Authentizität als Politiker und Ideologe folgte, trat er nicht als gereifte, innerlich gefestigte, eben authentische Persönlichkeit auf, sondern spielte eine Rolle auf einer politischen Bühne. Dass er hiermit nach der Entlassung aus der Haft und dann vor allem seit 1929 im nationalen Maßstab erneut Erfolg hatte, präjudizierte wichtige Merkmale des NS-Regimes. Dies gilt insbesondere für den inszenatorischen Charakter der NS-Politik. Dieser ist zwar häufig festgestellt worden; allerdings sollte der inszenatorische und damit nicht-authentische Grundzug des Nationalsozialismus auch für die Akteursebene stärker, als dies bisher der Fall ist, reflektiert werden. Denn Täter konnte man im NS-Regime gerade dann werden, wenn man authentische Gewissensregungen in Bezug auf Recht und Unrecht zugunsten einer Rolle überschrieb, die man im Rahmen der partikular pervertierten nationalsozialistischen Moral spielte. Die als psychologisches Phänomen bekannte Möglichkeit zur Rollendistanz erleichterte dies. „Führer" und Gefolgschaft begegneten sich so auf der nationalsozialistischen Bühne, deren gegebenes Stück freilich aus realer Gewalt, Vernichtung und Selbstzerstörung bestand.

[116] Herbst, Hitlers Charisma, S. 193.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wer vom Faschismus spricht, denkt zumeist an die deutschen Nationalsozialisten oder die Schwarzhemden Benito Mussolinis. Die faschistischen Bewegungen Südosteuropas wie die Pfeilkreuzler in Ungarn oder die Legion „Erzengel Michael" in Rumänien sind dagegen weitgehend vergessen – ganz zu Unrecht, gehörten sie doch zu den Protagonisten der faschistischen Herausforderung vor 1945. Oliver Jens Schmitt gibt nicht nur einen kurzen Überblick über die Geschichte der rumänischen Faschisten, sondern entwirft auf der Basis bislang kaum genutzter Akten an einem Fallbeispiel ein Sozialprofil der Bewegung in der langen „Kampfzeit" und in der kurzen Regimephase 1940/41. Damit erhalten die rumänischen Faschisten in der Provinz erstmals ein Gesicht.

Oliver Jens Schmitt

Wer waren die rumänischen Legionäre?

Eine Fallstudie zu faschistischen Kadern im Umland von Bukarest 1927 bis 1941

1. Leerstellen

Die Bewegung der rumänischen Legionäre ist regelmäßig Gegenstand vergleichender Untersuchungen zum europäischen Faschismus[1]. Dabei wird häufig übersehen, dass die empirische Basis erstaunlich schmal ist[2]. Zwar stehen die rumänischen Archive – das zentrale Staatsarchiv und das Archiv für die Erforschung der *Securitate*[3] – offen, doch steckt die Erschließung des außerordentlich umfangreichen Materials noch in den Anfängen. In der rumänischen, oft aber auch der spärlichen internationalen Forschung zur Legionärsbewegung überwiegt eindeutig die Ideologie- und Intellektuellengeschichte[4]. Dem zentralistischen Blick

[1] Als Beitrag jüngeren Datums vgl. den Tagungsbericht Revolution and Eternity. Fascism's Temporality. 15. 3. 2013–17. 3. 2013, Villa Vigoni, in: H-Soz-u-Kult http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=4985 [27. 8. 2013].

[2] Vgl. dazu die Einführung zu Armin Heinen/Oliver Jens Schmitt (Hrsg.), Inszenierte Gegenmacht von rechts. Die „Legion Erzengel Michael" in Rumänien 1918–1938, München 2013, S. 7–12.

[3] Arhivele Naţionale Istorice Centrale (Nationalarchiv für Geschichte, künftig: ANIC) bzw. Centru naţional pentru studierea arhivelor Securităţii (Nationales Zentrum für die Erforschung der Archive der Securitate, künftig: CNSAS).

[4] Aus der Fülle der Literatur vgl. Leon Volovici, Nationalist Ideology and Antisemitism. The Case of Romanian Intellectuals in the 1930s, Oxford 1991; Zigu Ornea, The Romanian Extreme Right. The Nineteen Thirties, Boulder/New York 1999; Alexandra Laignel-Lavastine, Cioran, Eliade, Ionesco. L'oubli du fascisme, trois intellectuels roumains dans la tourmente du siècle, Paris 2002; Florin Ţurcanu, Mircea Eliade. Le prisonnier de l'histoire, Paris 2003; Patrice Bollon, Cioran. Der Ketzer, Frankfurt a. M. 2006; Sorin Lavric, Noica şi miscarea legionară, Bukarest 2007; Marta Petreu, Diavolul şi ucenicul său. Nae Ionescu – Mihail Sebastian, Bukarest 2009; dies., De la Junimea la Noica. Studii de cultură românească, Jassy 2011. Eine sozialgeschichtliche Analyse unternahm Irina Livezeanu, Cultural politics in Greater Ro-

VfZ 64 (2016) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2016 DOI 10.1515/vfzg-2016-0021

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der rumänischen Geschichtsforschung folgend, werden Diskussionen in Bukarester Elitenkreisen bis in das letzte Detail seziert. Über die soziale Zusammensetzung der Bewegung, ihre Mobilisierungsmechanismen und die Präsenz außerhalb der Hauptstadt ist bislang fast nichts bekannt[5]. Vor allem fehlen belastbare statistische Angaben zu den Legionären selbst.

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen die Kader der Legion in der ländlichen Umgebung Bukarests zwischen 1927 und 1941. Auf der Grundlage von Angaben zu rund 1.500 Personen bietet der vorliegende Aufsatz die bisher umfangreichste Analyse faschistischer Kader in Rumänien[6]. Diese Fallstudie soll gesicherte Eindrücke von der sozialen Zusammensetzung und der Mobilisierungsdynamik vermitteln und damit die Forschung zum rumänischen Faschismus stärker zu einer archivgestützten Sozialgeschichte hinlenken.

2. Zum Stand der Forschung

Die Arbeiten zur Legionärsbewegung litten bis vor Kurzem unter der schwierigen Quellenlage. Nicht einmal die beiden klassischen Monografien von Armin Heinen und Francisco Veiga konnten eine zufriedenstellende Datenbasis zur Sozialstruktur präsentieren[7], auch wenn Heinen auf der Grundlage der zugänglichen Quellen sozialgeschichtliche Konturen der Bewegung erarbeitet hat. Ihm lagen mehrere Listen von Legionären vor: Aufstellungen über Angeklagte bei Prozessen, über Teilnehmer an Arbeitscamps (Sommerlager zum Bau von Kirchen und für gemeinnützige Arbeiten besonders 1935/36) sowie über Legionäre, die 1938/39 von den Behörden ohne Prozess erschossen worden waren. Diese Daten sind allerdings nicht repräsentativ, handelt es sich doch um Angaben zu aktiven

mania. Regionalism, Nation Building & Ethnic Struggle, 1918–1930, Ithaca 1995. Auf wesentlich breiterer Archivgrundlage ruht das wohl beste Buch zur universitären extremen Rechten von Lucian Nastasă (Hrsg.), Antisemitismul universitar în România, 1919–1939. Mărturii documentare, Klausenburg 2011.

[5] Die wenigen Regionalstudien sind rein deskriptiv; vgl. Viorica Nicolenco, Extrema dreaptă în Basarabia, 1923–1940, Kischinau 1999; Puiu Dumitru Bordeiu, Mişcarea legionară în Dobrogea între 1933–1941, Konstanza 2003; Radu Florian Bruja, Extrema dreaptă în Bucovina, Târgovişte 2012. Mir nicht zugänglich war: Ştefan Păun, Viaţa politică în perioada interbelică. Judeţul Vlaşca, Bukarest 2007.

[6] Für die Datengrundlage: CNSAS, Fond documentar D 15170. Eine Untersuchung, die auf Daten aus der Zwischenkriegszeit beruht und auch einfache Mitglieder berücksichtigt, bietet Oliver Jens Schmitt, Approaching the Social History of Romanian Fascism. The Legionaries of Vâlcea County in the Interwar Period, in: Fascism. Journal of comparative fascist studies 3 (2014), S. 117–151.

[7] Vgl. Armin Heinen, Die Legion „Erzengel Michael" in Rumänien. Soziale Bewegung und politische Organisation, München 1986; Francisco Veiga, La mística del ultranacionalismo. Historia de la Guardia de Hierro, Rumania, 1919–1941, Bellaterra 1989; ders., Istoria Gărzii de Fier, 1919–1941. Mistica ultranaţionalismului, Bukarest 1993. Neuere Überblicksdarstellungen gehen empirisch darüber nur bedingt hinaus; vgl. Radu Harald Dinu, Faschismus, Religion und Gewalt in Südosteuropa. Die Legion Erzengel Michael und die Ustaša im historischen Vergleich, Wiesbaden 2013; Traian Sandu, Un fascisme roumain, Paris 2014; Roland Clark, Holy Legionary Youth. Fascist Activism in Interwar Romania, Ithaca 2015.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

beziehungsweise besonders exponierten Legionären. Im Prozess wegen der Ermordung des Ministerpräsidenten Ion Gheorghe Duca im Dezember 1933 fanden sich unter den 78 Angeklagten 37 Prozent Studenten, 2,7 Prozent Bauern, 1,4 Prozent Handwerker, 11 Prozent Lehrer sowie 11 Prozent Publizisten und Künstler. Von 93 am 21./22. September 1939 hingerichteten Legionären waren 33 Studenten, 14 Anwälte, neun Akademiker, drei Arbeiter und einer Bauer. Unter den 710 männlichen und 82 weiblichen Teilnehmern des Arbeitscamps in Carmen Sylva am Schwarzen Meer im Sommer 1936 besaßen 70 Prozent eine höhere Schulbildung.

Die umfangreichste Datensammlung bezieht sich auf jene 2.633 Legionäre, die man wegen der Beteiligung an bürgerkriegsähnlichen Unruhen im Januar 1941 verurteilt hatte. Von diesen waren 20,5 Prozent qualifizierte und 14 Prozent unqualifizierte Arbeiter, 18,3 Prozent arbeitslos, 17,5 Prozent Bauern, 5,6 Prozent Chauffeure, 5,3 Prozent Staatsbedienstete, 5,3 Prozent kaufmännische Angestellte, 3,3 Prozent Intellektuelle und 3,3 Prozent Handwerker; dazu kamen ein Prozent Gymnasiasten, ein Prozent Gemeindewächter und 0,9 Prozent Frauen[8]. Es handelte sich dabei nicht um durchschnittliche, sondern um besonders gewaltbereite Mitglieder in der Spätphase der Bewegung, die nicht zuletzt von einem starken Mitgliederzuwachs in der kurzen Regimezeit zwischen September 1940 und Januar 1941 gekennzeichnet war; unmittelbare Rückschlüsse auf die lange Bewegungsphase in der Opposition sind daher unzulässig. Einen Einblick in die Strukturen, wie sie in der rumänischen Provinz herrschten, vermittelt schließlich eine Statistik der Teilnehmer an Arbeitscamps im Bezirk Rădăuţi (Bukowina), einer Hochburg der Legion: 69 Prozent der Teilnehmer waren Bauern, acht Prozent Handwerker, fünf Prozent Studenten und ein Prozent Gymnasiasten[9].

Diese Zahlen verweisen auf die soziale Zusammensetzung der rumänischen Bevölkerung in der Zwischenkriegszeit (rund 80 Prozent Bauern). Doch erstaunt der hohe Anteil von akademisch Gebildeten und Angehörigen der Mittel- und Oberschicht in der Mehrzahl der Datensätze keineswegs. Die Legionäre gehörten zu den nationalistisch-antisemitischen Bewegungen der frühen 1920er Jahre (in Rumänien spricht man von der „Generation von 1922“) und hatten eine so strukturierte Führungsgruppe als harten Kern. Unter den von Heinen für Dezember 1937 errechneten rund 272.000 Mitgliedern der Legion bildete diese elitäre Gruppe eine Minderheit.

Aussagen über die soziale Struktur der überwältigenden Mehrheit der Legionäre kamen bisher zumeist über Hypothesen nicht hinaus oder mussten aus kleinen Datensätzen extrapoliert werden. Solche Datensätze wurden in den letzten Jahren aus den Beständen des Zentralen Staatsarchivs zusammengestellt. Sie stammen aus Polizeiberichten der *Siguranţa*, also der politischen Polizei. Neben einer problematischen, da alles andere als vollständigen Mitgliederliste der Legions-Partei „Alles für das Vaterland“ aus dem Jahre 1937 stehen als aussagekräftigste Quellen eine Statistik von Mitgliedern und Sympathisanten in einigen nord- und

[8] Vgl. Veiga, Istoria Gărzii de Fier, S. 350.
[9] Vgl. Heinen, Legion Erzengel Michael, S. 386, S. 389 f., S. 392 u. S. 436.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

südrumänischen Bezirken sowie vereinzelte Datensätze zu Orten vor allem in Südwestrumänien zur Verfügung[10]. Umfangreiche Datensätze zu Bezirken oder größeren Gebietseinheiten[11] liegen weniger im Zentralen Staatsarchiv, sondern im CNSAS-Archiv.

3. Das Material: Charakter und methodische Probleme

Der vorliegende Aufsatz basiert auf einem von der *Securitate* im Jahre 1959 erstellten Regionaldossier für das Umland von Bukarest, genauer für folgende Unterbezirke (*Raion*): Alexandria, Brăneşti, Călăraşi, Drăgăneşti, Domneşti, Giurgiu, Lehliu, Turnu Măgurele, Olteni, Olteniţa, Răcari, Roşiori de Vede, Slobozia, Snagov, Titu, Urziceni, Videle, Vidra und Zimnicea. Dabei handelt es sich um ein Gebiet, das sich von der Donau im Süden bis in die ländlichen Vororte im Westen, Norden und Osten von Bukarest erstreckt.

Für eine sozialgeschichtliche Untersuchung des rumänischen Faschismus wurden die Dossiers der *Securitate* bisher noch nicht herangezogen. Dieser Beitrag stellt daher die erste Auswertung eines Bestands dar, der außerordentlich umfangreich ist und in den kommenden Jahren Gegenstand weiterführender Forschungen sein wird. Vergleichsstudien, die auf Dossiers der *Securitate* beruhen, liegen nicht vor. Dagegen wertet der Verfasser derzeit Unterlagen der *Siguranţa* für andere Regionen aus. Die Legionäre führten zwar Mitgliederlisten, mussten diese aber wegen behördlicher Repressionen des Öfteren vernichten. Fragmente solcher parteiinterner Statistiken haben sich zwar erhalten, wurden aber ebenfalls noch nicht ausgewertet. Wie schon skizziert, ist die Datenbasis zur Sozialstruktur der Legionäre schmal und lückenhaft; daher war es bisher auch kaum möglich, die zeitliche Dynamik der Mitgliederentwicklung zu rekonstruieren. Das vorliegende Dossier erfasst die Kaderstrukturen einer Großregion. Eine Analyse kann sowohl einen Rahmen für vergleichende Studien auf der Mesoebene setzen als auch helfen, das Frageraster für detaillierte Mikrostudien zu strukturieren.

Allerdings sind bei der Auswertung dieses mehr als 600 Seiten umfassenden Dossiers quellenkritisch-methodische Vorbehalte angebracht. Das Dossier wurde 1959 angelegt, also 18 Jahre nach der Zerschlagung der Legionärsbewegung durch Marschall Ion Antonescu im Januar 1941. Die Legionäre wurden danach massiv verfolgt; nicht wenige fanden sich an besonders exponierten Stellen der

[10] Vgl. Roland Clark, European Fascists and Local Activists. Romania's Legion of the Archangel, 1922–1928, Diss., Pittsburgh 2012; Oliver Jens Schmitt, „Eine mächtige Bewegung auf den Dörfern": Mechanismen der politischen Mobilisierung der rumänischen Legionärsbewegung im ländlichen Raum (1933–1937). Vorskizze zu einer Sozialgeschichte der „Eisernen Garde", in: Marija Wakounig/Wolfgang Mueller/Michael Portmann (Hrsg.), Nation, Nationalitäten und Nationalismus im östlichen Europa. Festschrift für Arnold Suppan zum 65. Geburtstag, Wien 2010, S. 389–418; Oliver Jens Schmitt, „Zum Kampf, Arbeiter". Arbeiterfrage und Arbeiterschaft in der Legionärsbewegung (1919–1938), in: Heinen/Schmitt (Hrsg.), Inszenierte Gegenmacht von rechts, S. 277–360, hier S. 337–341.

[11] Beispielsweise Walachei, Moldau, Bessarabien, Bukowina, Siebenbürgen, Partium/Crişana, Banat.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ostfront wieder, wo viele von ihnen fielen. Andere gingen in den Untergrund, wurden in deutschen Lagern interniert oder flohen nach 1944 in das westeuropäische und (süd-)amerikanische Exil. Sowohl die Antonescu-Diktatur wie das kommunistische Regime sahen in den Legionären ihre gefährlichsten Gegner. Entsprechend dicht war die geheimdienstliche Überwachung. Die kommunistische *Securitate* übernahm die Archive der *Siguranţa*, wobei es zu erheblichen Verlusten an Dokumenten kam. Das komplexe Verhältnis zwischen den rumänischen Kommunisten und den Legionären kann hier nicht im Detail geschildert werden. Nur soviel: die sozialrevolutionären Faschisten trugen durch ihren kurzlebigen Pakt mit der Kommunistischen Partei maßgeblich zur Zerschlagung der Gegner der extremen Rechten und der extremen Linken bei[12]. Als die Kommunisten der Unterstützung durch die Faschisten nicht mehr bedurften, überzogen sie diese mit mehreren Verfolgungswellen[13].

In diesen Zusammenhang gehört das 1959 von Gheorghe Aurel, einem Offizier der *Securitate*, verfasste Dossier zu den *Raions* der Region Bukarest. Es enthält Angaben zu den Kadern der Legion, die die Dienststellen der Geheimpolizei vor Ort der *Securitate* gemeldet hatten. Auf welche Datenbasis sich diese Listen stützten, ist nicht klar. Aufstellungen der ehemaligen *Siguranţa* können hier vermutet werden, zudem eigene Ermittlungen der *Securitate* sowie Denunziationen. Die Liste umfasst nur die 1959 noch lebenden Kader; sie bietet also keine umfassende Aufstellung aller Kader der Legion im Umland von Bukarest zwischen 1927 und 1941. Ein vollständiges Bild wird sich daher nicht gewinnen lassen, aber ein Gesamteindruck von der Sozialstruktur der Legion in der ländlichen Umgebung Bukarests sollte im Rahmen des Möglichen liegen. Dieser Eindruck wird sich auf den Untersuchungsraum als solchen beziehen; Mikroanalysen für einzelne Dörfer verbieten sich wegen der genannten Webfehler im Datenmaterial und der Schwierigkeit, etwa die jeweilige Bedeutung von Denunziationen zu ermitteln[14].

Das Dossier enthält zu jeder verzeichneten Person folgende Angaben: Wohnort, Name, Geburtsdatum, Beruf, Rang bei den Legionären. Die einzelnen *Raion*-Verantwortlichen der *Securitate* erstellten keine formal ganz einheitlichen Listen. Der Grundbestand an Daten ist aber derselbe. Die Auswertung hat zudem veränderte Verwaltungsstrukturen zu berücksichtigen. 1950 und 1952 griff das kommunistische Regime zweimal tief in die Provinzorganisation ein und zerschlug die (ebenfalls nicht stabile) Gebietseinteilung der Zwischenkriegszeit. Kompliziert wird die Analyse durch mehrfache kleinere Anpassungen und Verschiebungen

[12] Vgl. Schmitt, Arbeiterfrage und Arbeiterschaft in der Legionärsbewegung, in: Heinen/Schmitt (Hrsg.), Inszenierte Gegenmacht von rechts, S. 360.

[13] Die Legionärsbewegung der Nachkriegszeit ist nur in Ansätzen erforscht. Für eine erste Orientierung vgl. Ilarion Ţiu, The Legionary Movement after Corneliu Codreanu from the Dictatorship of King Carol II to the Communist Regime (February 1938–August 1944), Boulder 2009; ders., Istoria mişcării legionare 1944–1968, Târgovişte 2012.

[14] Daher ist es derzeit auch noch nicht möglich, Sozialstruktur und einzelne Biografien zu korrelieren, wie das etwa Sven Reichardt, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, Köln u. a. 2002, S. 275–326, gefordert hat.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

von Gebieten zwischen den Bezirken (*Judeţ*). Die *Raione* ersetzten die Vorkriegsunterbezirke (*Plasă*). Die im Dossier erfassten *Raione* stimmen im Wesentlichen mit den Vorkriegs-*Judeţen* Vlaşca, Teleorman, Ialomiţa, Ilfov und dem Süden des Bezirks Dîmboviţa überein. Diese Verschiebungen erschweren es, Zusammenhänge zwischen der Sozialstruktur der Kader und ihrer gesellschaftlichen Umgebung exakt zu untersuchen.

4. Zum Forschungszusammenhang

Der vorliegende Beitrag kann sich zwar nicht auf umfangreiche Voruntersuchungen zur Sozialstruktur der Legionäre stützen, wohl aber auf eine sehr ausdifferenzierte Forschung zu anderen faschistischen Bewegungen wie dem deutschen Nationalsozialismus. Diese Arbeiten werden hier als methodisch-theoretischer Orientierungsrahmen verwendet. Für einen größeren Vergleich zwischen den Verhältnissen in Rumänien und im Deutschen Reich reicht der Forschungsstand zum rumänischen Fall aber noch nicht aus.

Die soziale Zusammensetzung der NSDAP und das Profil ihrer Wählerschaft sind Gegenstand einer umfassenden Debatte. Im Zusammenhang mit unserer Themenstellung sind die konzeptionellen Ansätze der NS-Forschung besonders dort von besonderem Interesse, wo es um die statistische Untersuchung von Mitgliederstrukturen geht. Studien von Jürgen W. Falter, Michael Kater und Detlef Mühlberger können bei der Analyse des rumänischen Materials mit großem Gewinn herangezogen werden[15].

Ähnlich wie in der älteren Forschung zur Zusammensetzung der NSDAP sind auch für die rumänischen Faschisten Thesen im Umlauf, die empirisch nicht erhärtet sind. Vorstellungen von mystisch verzückten Bauern und berittenen Legionären in Tracht halten sich zäh. Trotz der bescheidenen Datenbasis hat die Geschichtswissenschaft aber inzwischen erkannt, dass die Legionäre nicht nur als ländlich-agrarische Protestbewegung von Modernisierungsverlierern zu begreifen sind. Insbesondere Michael Mann hat für die zweite Hälfte der 1930er Jahre auf

[15] Vgl. Michael H. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919–1945, Cambridge, MA. 1983; Wolfgang Schieder, Die NSDAP vor 1933. Profil einer faschistischen Partei, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 141–154; Jürgen W. Falter, Zur Soziographie des Nationalsozialismus. Studien zu den Wählern und den Mitgliedern der NSDAP, in: Historical Social Research – Historische Sozialforschung (25) 2013; darin besonders: The Young Membership of the NSDAP between 1925 and 1933. A Demographic and Social Profile, S. 260–279, sowie Die „Märzgefallenen" von 1933. Neue Forschungsergebnisse zum sozialen Wandel innerhalb der NSDAP-Mitgliederschaft während der Machtergreifungsphase, S. 280–302; Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder. Vom Blockleiter zum Gauleiter, Frankfurt a. M. 2009, darin besonders: Phillip Wegehaupt, Funktionäre und Funktionseliten der NSDAP, S. 39–59, und Ingo Haar, Zur Sozialstruktur und Mitgliederentwicklung der NSDAP, S. 60–73. Als Regionalstudie anregend: Anne Becker/Detlef Mühlberger, The Sociography of the Nazi Party in a Catholic County: The 1939 Census of the Membership of the NSDAP in County Aachen, in: Totalitarian Movements and Political Religions 6 (2005), S. 243–269.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ihren proletarisch-sozialrevolutionären Charakter hingewiesen[16]. Während die These, die NSDAP sei stark vom Mittelstand geprägt gewesen, inzwischen als widerlegt gilt – der vergleichsweise hohe Anteil an Arbeitern unter den eingeschriebenen Nationalsozialsten ist empirisch gesichert –, ist für die Legionäre die Gewichtung der verschiedenen sozialen Gruppen sowie deren quantitative und qualitative Bedeutung unklar[17]. Selbst für das viel diskutierte Intellektuellenmilieu liegt keine sozialgeschichtliche Analyse vor; es überwiegen Extrapolationen, die von besonders bekannten Figuren wie Mircea Eliade, Emil Cioran oder Constantin Noica ausgehen. Demgegenüber ist über die Beteiligung etwa von Bauern kaum etwas bekannt.

Was die Stellung der Legionärsbewegung im rumänischen Parteiensystem der Zwischenkriegszeit angeht, so muss man feststellen, dass es kaum Studien über einzelne Parteien gibt, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen[18]. Eine Ausnahme macht die Liberale Partei, zu der jüngst gewichtige Monografien vorgelegt wurden, die auch auf regionale Eliten abheben, und zwar für Siebenbürgen und das Banat im Jahr 1932: von 605 erfassten Funktionsträgern waren 124 Anwälte, 94 Grundbesitzer, 77 Lehrer, 77 Professoren, 77 Priester, 44 Kaufleute, 21 Ärzte, 20 Kaufleute, aber nur zwei Bauern; das Bild einer staatstragenden Elitenpartei drängt sich geradezu auf[19].

[16] Vgl. Michael Mann, Fascists, Cambridge 2004, S. 15–17 u. S. 266–272.

[17] Vgl. Falter, Young Membership, in: Ders., Soziographie des Nationalsozialismus, S. 273–277.

[18] Vgl. grundlegend Hans-Christian Maner, Parlamentarismus in Rumänien. Demokratie im autoritären Feld 1930–1940, München 1997. Besonders wichtig sind die seit Jahren von Vasile Ciobanu und Sorin Radu (Universität Hermannstadt/Sibiu) organisierten Sammelbände zur Parteigeschichte; pars pro toto sei genannt: Vasile Ciobanu/Sorin Radu (Hrsg.), Partide politice şi minorităţii naţionale din România în secolul XX, Hermannstadt 2006. Wahlgeschichtliche Arbeiten enthält Sorin Radu, Electoratul din România în anii democraţiei parlamentare: 1919–1937, Jassy 2004; Florin Müller, Elite parlamentare şi dinamică electorală în România (1919–1937), Bukarest 2009; vgl. auch Stelu Şerban, Elite, partide şi spectru politic în România interbelică, Bukarest 2006. Die besten Arbeiten zur extremen Rechten wie der radikal-antisemitischen Liga der national-christlichen Verteidigung sind ausschließlich ideen- und programmgeschichtlich ausgerichtet; vgl. Horia Bozdoghină, Antisemitismul lui A.C. Cuza în politica românească, Bukarest 2012; Lucian T. Butaru, Rasism românesc. Componenta rasială a discursului antisemit din România, până la al doilea război mondial, Klausenburg 2010.

[19] Vgl. Ovidiu Buruiană, Liberalii. Structuri şi sociabilităţi politice liberale în România interbelică, Jassy 2013, S. 251–330, besonders S. 302–311, und in unserem Zusammenhang S. 320–326. Im zweiten Band seiner Parteigeschichte analysiert der Autor die Liberale Partei in der Opposition, also in der Zeit der Regierung der Nationalen Bauernpartei; vgl. Ovidiu Buruiană, Construind opoziţia. Istoria politică a Partidului naţional liberal între anii 1927 şi 1933, Jassy 2013.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

5. Der Untersuchungsraum

Gegenstand der Analyse ist ein wichtiger Teil der historischen Region Muntenien, das heißt der Walachei östlich des Flusses Olt. Mit Ausnahme des Großraums Bukarest gehörte diese Region nicht zu den Hochburgen der Legionäre – im Gegenteil, man hat es hier mit einem Gebiet zu tun, in dem die Legion erst spät Fuß fassen konnte. Der Untersuchungsraum liegt zwischen Bukarest, zugleich walachische Metropole und rumänische Hauptstadt, und der Donau. Geografisch handelt es sich um eine ausgedehnte Tiefebene mit stark kontinentalem Klima; gegen Osten hin geht die Ebene in die Bărăgan-Steppe (Bezirk Teleorman) über[20]. In der Zwischenkriegszeit war dies eine fast ausschließlich agrarische Region mit – nach der Landreform von 1921 – eingeschränktem Großgrundbesitz und einer durch die Weltwirtschaftskrise pauperisierten Kleinbauernschaft. Nach der Volkszählung von 1930 lebten

- im Bezirk Dîmboviţa 310.310 Menschen. Der Bezirk ist nur teilweise in der Liste von 1958 aufgenommen, und zwar der Südteil als *Raion* Titu. Die *Plasă* Titu besaß 1930 48.208 Einwohner;
- im Bezirk Ialomiţa 295.500 Menschen, davon 34.300 (11,6 Prozent) in städtischen Siedlungen (in Călăraşi 17.890, in Slobozia 7605, in Urziceni 8705);
- im Bezirk llfov (ohne Bukarest-Stadt mit 631.288 Einwohnern) 361.128 Einwohner im ländlichen Einzugsgebiet der Hauptstadt. Von diesen lebten nur 10.396 in einer Stadt (Oltenița);
- im Bezirk Teleorman 348.027 Menschen, davon 59.114 (16,9 Prozent) in städtischen Siedlungen. Die größte Stadt, Alexandria, zählte 19.387 Einwohner, die kleinste, Zimnicea, gerade 10.933;
- im Bezirk Vlaşca 296.614 Menschen, davon 30.348 im Donauhafen Giurgiu.

Die Analphabetenrate lag eher hoch; relativ viele Rumänen, die Lesen und Schreiben konnten (die Alphabetisierungsquote betrug im Landesdurchschnitt 57 Prozent), gab es im Agglomerationsbezirk Ilfov mit 69,6 Prozent (Männer 80,8 Prozent, Frauen 58,7 Prozent) sowie mit 57,3 Prozent in Ialomiţa. Schon im Bezirk Dîmboviţa waren wesentlich weniger Menschen alphabetisiert (53,1 Prozent; Männer 72,7 Prozent, Frauen 34,6 Prozent), ähnlich war die Lage im Tiefland an der Donau (nur 44,5 Prozent im Steppenbezirk Teleorman)[21]. Da Bukarest alle Zentralfunktionen und das gesamte städtische Leben der Walachei seit dem 16. Jahrhundert an sich zog, bestanden neben diesem übermächtigen Zentrum nur kleinere Landstädtchen als regionale Verwaltungszentren und Marktorte. Industrie fehlte fast ganz. Alexandria, der wichtigste Ort im Bezirk Teleorman, wurde in der offiziellen Nationalenzyklopädie als Getreidemarkt beschrieben, der zwei moderne und drei Bauernmühlen aufwies, zwei Schreinerwerkstätten, ein Kühlhaus und drei mechanische Werkstätten besaß; dazu kamen die Oberschulen des

[20] Instruktive Bezirksstudien bietet die in den späten 1930er Jahren erstellte rumänische Nationalenzyklopädie: Enciclopedia României, Bd. 2: Ţara românească, Bukarest 1938; die folgenden Angaben finden sich ebenda.

[21] Vgl. auch Şerban, Elite, S.82.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bezirks, die Bürgermeisterei, Polizei, Steueramt, Gericht, Post und Telefon sowie ein Sanitätsdienst; nur rudimentär ausgebildet war das Vereinswesen (ein Chor, zwei Sportclubs und ein Jagdverein)[22].

Was die rumänische Nationalenzyklopädie von 1939/40 an industrieller Produktion in den 10.000 bis 15.000 Einwohner zählenden Bezirks- und Unterbezirkshauptorten verzeichnet, beschränkte sich auf die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (vor allem Industriemühlen). Der Bezirk Ilfov, das unmittelbare Umland Bukarests, zählte 100 Mühlen, eine Zuckerfabrik, acht Ziegeleien, fünf Konserven- und und drei Textilfabriken. Der Urbanisierungsgrad war gering und lag durchgehend unter 20 Prozent; im Bezirk Ialomița betrug er 11,5 Prozent und in Teleorman 16,9 Prozent. Ethnisch und konfessionell war der Untersuchungsraum sehr homogen, also rumänisch und orthodox; Minderheiten gab es kaum. Wirtschaftlich und politisch orientierte sich das gesamte Gebiet stark auf Bukarest hin.

Ein Vergleich mit rumänischen Durchschnittswerten zeigt, dass die Untersuchungseinheit in Bezug auf Wirtschaftsleistung, Industrialisierungsgrad, Bildungsstand und politische Teilhabe als rückständig gelten muss. Es war die Regierung, die in hohem Maße Wahlentscheidungen und Wahlergebnisse beeinflusste[23]; es ist also kein Wunder, dass die Region bei den von der Regierung gesteuerten Wahlen jeweils die Partei unterstützte, die gerade an der Macht war. Rumänien kannte in der Zwischenkriegszeit so etwas wie eine gelenkte Demokratie. Gerade strukturschwache Bezirke waren für oppositionelle Parteien ein hartes Pflaster[24], denn in diesen Regionen war die Repression durch Gendarmerie, Inlandsgeheimdienst und andere Behörden besonders ausgeprägt – und zwar weit über das landesübliche Maß hinaus. In Rumänien herrschte, besonders in den Grenzgebieten im Westen und Osten, in der Zwischenkriegszeit fast durchgehend der Ausnahmezustand – 1919 bis 1921, 1924/25, 1927 bis 1930, 1933 bis 1936 und mit kurzen Unterbrechungen 1938[25]. Hinzu kamen auch in politischen Zentren eine weitreichende Pressezensur und Beschränkungen der Versammlungsfreiheit selbst für große Oppositionsparteien; auch deren Führungsfiguren waren bei Wahlkampfreisen in die Provinz vor Verhaftungen nicht geschützt[26]. Nicht zu unterschätzen ist die damit verbundene massive Gewaltausübung durch Gendarmerie und Armee, aber auch durch organisierte Schlägerbanden von Parteien. Als Gewalthöhepunkt galt die Wahl von 1926, bei der Legionäre allerdings keine Rolle spielten. Vor diesem Hintergrund sind die Aktionen der Legionäre in einer

[22] Vgl. hierzu und zum Folgenden Enciclopedia României, Bd. 2, S. 461, S. 252 u. S. 459.
[23] Vgl. Radu, Electoratul, S. 125–145.
[24] Instruktiv sind die Karten bei Armin Heinen, Wahl-Maschine. Die Legion „Erzengel Michael“, die Wahlen 1931–1937 und die Integrationskrise des rumänischen Staates, in: Heinen/Schmitt (Hrsg.), Inszenierte Gegenmacht von rechts, S. 130–154, hier S. 144 f.; vgl. auch die Karte der regierungstreu-wählenden Bezirke bei Şerban, Elite, S. 343 sowie S. 80–85.
[25] Vgl. Radu, Electoratul, S. 223.
[26] Vgl. ebenda, S. 241–304. Beliebt war auch die politische Ernennung von Präfekten im Umfeld von Wahlen – vor den Wahlen von Dezember 1937 wurden neben vielen anderen Bezirken auch in Teleorman und Vlașca die Präfekten ersetzt; vgl. ebenda, S. 255.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Region mit hoher staatlicher Kontrolldichte und fehlender Tradition zivilen Widerstands zu interpretieren.

6. Die Legion „Erzengel Michael" – eine Skizze

In der rumänischen Politik der Zwischenkriegszeit spielte der Antisemitismus, der insbesondere zwischen 1919 und 1922 neu aufgeladen und umgedeutet wurde, eine gewichtige Rolle[27]. Rumänien sah sich zwar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs als Siegermacht und stieg durch den Anschluss Siebenbürgens, des Banats, des Partium (ostungarische Komitate), der Bukowina und Bessarabiens flächenmäßig zum achtgrößten Staat Europas auf. Die außen- und innenpolitische Lage erwies sich jedoch als fragil. Zeitweise war Rumänien gleich von drei Staaten umgeben, in denen erfolgreiche bolschewistische Revolutionen stattgefunden hatten, wie in der Sowjetunion, oder in denen es starke kommunistische Bewegungen gab, wie in Ungarn und Bulgarien. Die revolutionäre Dynamik hatte das ehemals russische Bessarabien voll erfasst, während im sogenannten Altreich (Walachei und Moldau), wo man der bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit das allgemeine Wahlrecht und eine umfassende Landreform versprochen hatte, gespannte Unruhe herrschte. Die strukturell sehr heterogenen Landesteile wurden überhastet in einem zentralistischen Staat nach französischem Vorbild zusammengeführt, wobei Forderungen rumänischer Eliten in Siebenbürgen, aber auch in Bessarabien nach Berücksichtigung regionaler Besonderheiten oder nach regionaler Autonomie kein Gehör fanden.

Die politischen und sozialen Erschütterungen des Kriegs führten 1919/20 zu massiven Streiks, die die Revolutionsfurcht der rumänischen Eliten schürten. Corneliu Zelea Codreanu (1899–1938), der spätere Führer der Legionäre, wurde als antibolschewistischer Streikbrecher im ostrumänischen Iaşi (Jassy) politisch sozialisiert[28]. Sein Vater war bereits vor 1914 in der antisemitischen Bewegung der Universitätsprofessoren Alexandru Constantin Cuza (1857–1947) und Nicolae Iorga (1871–1940) aktiv gewesen; Cuza stand Pate bei Codreanus Taufe und wurde später zu seinem politischen Mentor. Dieses radikal antisemitisch-nationalistische Milieu stellte sich in den Dienst der Regierung, um die Streikbewegung und sozialistisch inspirierte Unruhen zu bekämpfen. Die Auseinandersetzungen verlagerten sich bald an die Universitäten, einem Brennpunkt politischer und sozialer Konflikte. Nach den schweren antisemitischen Unruhen vom Herbst 1922 trat Codreanu als Führer der antisemitisch-radikalen Studentenschaft von Iaşi hervor und tat sich bald mit gleichgesinnten Extremisten im siebenbürgischen Cluj (Klausenburg) zusammen. Aus diesen nationalistisch-antisemitischen Studentenbewegungen und älteren judenfeindlichen Strömungen formierte sich

[27] Zum Folgenden vgl. Heinen/Schmitt (Hrsg.), Inszenierte Gegenmacht von rechts; Bozdoghină, Antisemitismul; mit apologetischer Tendenz Gabriel Asandului, A.C. Cuza. Politică şi cultură, Jassy 2007.

[28] Vgl. hierzu und zum Folgenden Oliver Jens Schmitt, Căpitan Codreanu. Aufstieg und Fall des rumänischen Faschistenführers, Wien 2016 (im Druck).

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

in der ostrumänischen Region Moldau 1923 die Liga der national-christlichen Verteidigung (*Liga apărării naţionale creştine*, LANC), in der Corneliu Zelea Codreanu eine herausragende Rolle spielte. Im Oktober 1923 planten Codreanu und seine Gefolgsleute die Ermordung führender Politiker und jüdischer Persönlichkeiten. Sie wurden deswegen angeklagt, aber im März 1924 freigesprochen; das Verfahren vergrößerte Codreanus Popularität noch. Mordplan und Prozess fielen zeitlich und in der politischen Dynamik mit Hitlers Münchner Putsch und dem Verfahren gegen ihn zusammen. Ermutigt von der Unterstützung durch nationalistische Medien und politische Kreise, ermordete Codreanu am 25. Oktober 1924 den Polizeipräfekten von Iaşi, der für die Unterdrückung der Studentenproteste verantwortlich war. Wiederum kam Codreanu mit einem Freispruch davon und wurde von rechtsnationalistischen Kreisen landesweit als Held gefeiert. Einen Höhepunkt erreichte dieser Kult im Juni 1925, als Codreanu seine Hochzeit mit einer antisemitischen Aktivistin zu einer Großkundgebung mit mehreren zehntausend Teilnehmern umwandelte.

Codreanus aktivistisch-gewaltbereite und systemfeindlich-revolutionäre Haltung führte zum Bruch mit Cuza, dem Führer der LANC. 1927 gründete Codreanu die Legion „Erzengel Michael", deren politischer Arm bis 1938 unter verschiedenen Namen auftrat. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und die „Machtergreifung" Hitlers erklären im Wesentlichen den ersten Höhepunkt der Mobilisierung im Jahr 1933. Von seiner Machtbasis in der Region Moldau, besonders dem tief religiös-konservativen Bezirk Neamţ im südöstlichen Karpatenvorland, wo sich Codreanu auf ein dichtes Netz aus Klöstern und kirchlich-nationalistischen Kreisen stützte und wo er 1931 ein Parlamentsmandat errang, dehnte sich die Bewegung über andere Teile Rumäniens aus. Regierungskreise zeigten sich im Umgang mit den Legionären gespalten. Zuspruch erhielten sie vor allem von Alexandru Vaida-Voevod aus Siebenbürgen, der 1932/33 als Ministerpräsident amtierte, während Vertreter der Nationalen Bauernpartei früh den systembedrohenden Charakter der Bewegung erkannten und für entsprechende Gegenmaßnahmen eintraten.

Auf verstärkte Repression und den Ausschluss von den für Ende 1933 geplanten Parlamentswahlen antwortete die mit der Eisernen Garde (*Garda de Fier*) als politischem Arm operierende Legion mit der Ermordung von Ministerpräsident Ion Gheorghe Duca. Die Eiserne Garde wurde daraufhin verboten, viele Legionäre fanden sich im Gefängnis wieder. Erst 1935 wagte sich die im Untergrund weiter aktive Bewegung wieder mit der Partei „Alles für das Vaterland" (*Totul pentru Ţară*) in das öffentliche Leben, unter der Hand gefördert von Prinz Nicolae, dem Bruder des Königs, und Teilen der Regierung, welche die Legion als Druckmittel gegen die Opposition einsetzte. Durch die Organisation von Arbeitscamps und landesweiter Agitation wuchs die Bewegung 1936/37 stark an, wobei die südliche Moldau, die Bukowina mit Teilen der Nordwestmoldau, das Banat, Westsiebenbürgen sowie das Industriegebiet nördlich und westlich von Bukarest Schwer-

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

punkte bildeten[29]. In dieser Zeit genoss die Legion zeitweise die Unterstützung von Regierungskreisen und punktuell auch von König Carol II., der im Februar 1937 vergeblich hoffte, sich an die Spitze der Bewegung setzen zu können. Besonders mobilisierend wirkte der Wahlkampf im Spätjahr 1937. In den – gefälschten – Wahlen erhielt die mit der Legion verbundene Partei offiziell 15,57 Prozent der Stimmen, tatsächlich waren es aber wahrscheinlich rund 25 Prozent. Zum Jahreswechsel 1937/38 glaubten die Legionäre und mit ihnen weite Teile der rumänischen Gesellschaft an eine baldige legale Machtübernahme Codreanus. Der im Dezember 1937 eingesetzten antisemitischen Regierung unter Octavian Goga und Alexandru Constantin Cuza schien nur eine kurze Amtszeit beschieden zu sein.

In diesen Monaten befand sich die Legion auf dem Höhepunkt ihrer Macht; zugleich lieferten sich in der Bewegung mehrere Fraktionen erbitterte Auseinandersetzungen: Anhänger des Königs standen gegen eine adelige Fronde, die gegen den Monarchen, bisweilen sogar gegen die Monarchie kämpfte, dann gab es das sozialrevolutionär ausgerichtete Legionäre Arbeiterkorps sowie regionale Gruppierungen. Am 10. Februar 1938 hob Carol II. die Verfassung auf und errichtete eine Königsdiktatur, die vor allem ein Ziel verfolgte: die Unterdrückung der Legionäre, die in allen Bevölkerungsschichten vom Hochadel bis zur Arbeiterschaft Anhänger gefunden hatten.

In einem Schauprozess wurde Codreanu verurteilt. Die führerlose Bewegung zerfiel rasch in einen terrorbereiten Flügel und jene, die Codreanus Aufruf folgten, die Maßnahmen der Regierung hinzunehmen. Ohne einen handlungsfähigen charismatischen Führer wurde die Bewegung von ihren inneren Spannungen zerrissen. Überdies zeigte sich, dass die Arbeiter unter den Legionären, die auf handfeste materielle Gewinne und politische Teilhabe aus waren, den religiösen Mystizismus Codreanus und seines engsten Umfelds und das davon abgeleitete Ziel einer „Auferstehung der Nation“ im transzendenten Sinne nicht verstanden. 1938 gingen die sozialrevolutionären Kräfte, die Codreanu selbst geschaffen und über die er die Kontrolle verloren hatte, über ihn hinweg.

Eine von westrumänischen Legionären unter Horia Sima (1906–1993) zu verantwortende Terrorwelle führte im November 1938 zur Hinrichtung von Codreanu und zwölf wegen Mordes verurteilten Legionären. Diese ohne Gerichtsurteil erfolgte Exekution galt auch Gegnern der Legion als Justizmord und Niederlage des Rechtsstaats. Die führerlose Bewegung geriet in eine tiefe Krise. Während zahlreiche Aktivisten sich unter dem Druck der Regierung öffentlichkeitswirksam von der Legion lossagten, setzte eine andere Gruppe unter Horia Sima weiterhin auf Terror. Die nun einsetzende Spirale der Gewalt erreichte 1939 ihren Höhepunkt: Im September ermordeten Legionäre den für die Repression verantwortlichen Innenminister Armand Călinescu. Daraufhin wurden – wieder ohne Gerichtsurteil – alle inhaftierten Spitzenkader der Legion sowie zufällig verhaftete Legionäre getötet, alles in allem etwa 250 Personen.

[29] Vgl. Heinen, Wahl-Maschine, in: Heinen/Schmitt (Hrsg.), Inszenierte Gegenmacht von rechts, hier die Karten auf S. 141 u. S. 146.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ohne die radikale Veränderung der außenpolitischen Konstellation 1939/40 – Bessarabien, die Nordbukowina, Nordsiebenbürgen und die Süddobrudscha mussten an die Nachbarstaaten Sowjetunion, Ungarn und Bulgarien abgetreten werden –, den damit verbundenen territorialen Zusammenbruch Groß-Rumäniens und die Diskreditierung der Königsdiktatur wäre die Legion im September 1940 nicht an die Macht gekommen. Ihr neuer Führer Horia Sima musste sie allerdings mit General Ion Antonescu teilen. Der sogenannte „Nationallegionäre Staat" basierte auf einer Doppelherrschaft von Legion und Armee. Den Legionären fehlte es dabei an fähigen Kadern zur Regierungsübernahme, die Bewegung wuchs zudem stark und offenbar wenig kontrolliert an. Die offensichtliche Unfähigkeit, Regierungsaufgaben wahrzunehmen, und die tödliche Gewalt gegen Angehörige der gestürzten politischen Elite brachten die Legionäre binnen weniger Monate auch in den Augen Adolf Hitlers in Misskredit, der schlagkräftige rumänische Streitkräfte für den Krieg gegen die Sowjetunion benötigte. Den Machtkampf entschied letztlich im Januar 1941 die Armee für sich, wobei die Legion im Zuge der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen auch vor pogromartigen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung nicht zurückschreckte.

7. Politische Dynamik und Sozialstruktur

In der Opposition war die Legion eine der erfolgreichsten faschistischen Bewegungen Europas. Ihre Geschichte besteht aus einer langen Bewegungsphase zwischen 1927 und 1939 und einer sechsmonatigen Regimephase 1940/41, die durch eine tiefe Zäsur – die Liquidierung des Führers und der Führungsmannschaft – voneinander getrennt sind. Der Aufstieg der Legion erfolgte zeitweise mit Unterstützung einflussreicher Politiker, zu denen neben Vaida-Voevod von 1933 bis 1936 auch Innenminister Ion Inculeţ gehörte, die aber die Bewegung nicht unter Kontrolle bringen konnten. Besonders der Sicherheitsapparat stand der Legion feindlich gegenüber, was sich in der Provinz bei zahlreichen Zusammenstößen zeigte.

Um das Mobilisierungspotenzial der Legion zu verstehen, muss man sich vor Augen halten, dass die Bewegung nicht nur extremistisch und systembedrohend war, sondern auch so wahrgenommen wurde. Der Eintritt in die Legion ist daher nicht mit dem Beitritt zu einer der politischen Parteien des Landes zu vergleichen, sieht man von der kleinen kommunistischen Partei einmal ab. Die Legion forderte vor allem von beruflich und sozial etablierten Personen einen ausgeprägten Willen zum Bekenntnis. Das galt insbesondere für Staatsangestellte, die starker politischer und sozialer Kontrolle unterlagen[30]. Nicht umsonst schuf Codreanu mit den „Freunden der Legion" eine geheim agierende Organisation, an deren Spitze herausragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens standen[31].

[30] Vgl. Falter, Die „Märzgefallenen", in: Ders., Soziographie des Nationalsozialismus, S. 291.

[31] ANIC, Direcţia generală a poliţiei (DGP; übersetzt: Generaldirektion der Polizei), 264/1937, S. 437; Mitglieder des Komitees waren etwa der Bankier Grigore T. Coandă und Gheorghe Vrânceanu, Präsident der Allgemeinen Vereinigung der Unteroffiziere im Ruhestand; in: Ebenda, DGP, 15/1937, f. 6.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Legion verstand sich weniger als Massenbewegung denn als Elite der Nation. Ihren Charakter als Avantgarde wollte die Führung der Legion durch ein mehrstufiges, strenges Aufnahmeverfahren absichern. Die Legionäre sprachen vom „legionären Glauben" und von der Legion als einer „Schule des Neuen Menschen". Constantin Iordachi hat die Legion jüngst als „charismatische Gemeinschaft" beschrieben[32]. Nicht nur der charismatische Führer Codreanu, sondern auch zentrale Elemente des „legionären Glaubens" – Nationalismus, tiefe Frömmigkeit und orthodoxe Mystik, die Verheißung eines Neuen Menschen, sozialrevolutionäre Parolen einer klassenlosen Volksgemeinschaft, aber auch Antisemitismus – übten eine starke Anziehungskraft auf alle Gesellschaftsschichten aus. Entsprechend heterogen war die Legion, und zwar sowohl mit Blick auf ihre Programmatik als auch auf ihre Mitgliederschaft. Dass dieses Faktum in der Historiografie oft übersehen worden ist, liegt nicht zuletzt daran, dass eine stark ideengeschichtliche Forschung lange mit einem sehr kleinen Textcorpus gearbeitet und weder regionalen, noch sozialen, noch diachronen Dynamiken genügend Aufmerksamkeit geschenkt hat. Ähnliches gilt für das Innenleben der Bewegung, das weitaus konfliktreicher war, als bisher angenommen[33].

Heinen und Veiga haben die soziale Dynamik der Bewegung so beschrieben: Ausgangspunkt war die rechtsextrem radikalisierte Studentenschaft, der es zu Beginn der 1930er Jahre gelang, erste Brückenköpfe auf dem Land zu gewinnen. Regional war die Legion bis 1932 auf Gebiete im östlichen Rumänien konzentriert: die Moldau, die Bukowina und das südliche Bessarabien. Der Export in die Dörfer erfolgte durch Studenten bäuerlicher Herkunft sowie durch die Rekrutierung von Lehrern und Priestern. Die meisten Aktivisten waren jung und zählten weniger als dreißig Jahre.

Erst die ab 1931/32 spürbaren Folgen der Weltwirtschaftskrise sowie die Rückwirkung der nationalsozialistischen „Machtergreifung" verliehen der Bewegung 1933 jenen Schub, der eine Ausweitung der Organisation auf andere Landesteile und Gesellschaftsschichten ermöglichte. Das Verbot der Eisernen Garde bewirkte eine Veränderung des Politikstils; gewalttätige Aktionen wichen sogenannter konstruktiver Arbeit in den Arbeitscamps, die wesentlich dazu beitrug, dass dörfliche Eliten und Bauern für die Legion gewonnen werden konnten. Anfang der 1930er Jahre begann auch die Rekrutierung im Intellektuellenmilieu Bukarests und in der von der Krise besonders betroffenen Arbeiterschaft. Da sich zunehmend auch Vertreter des Bojarenadels zur Legion „Erzengel Michael" bekannten, konnte sie spätestens Mitte der 1930er Jahre als *catch-all*-Bewegung angesehen werden. Bei den Wahlen vom Dezember 1937 kristallisierten sich vier regionale Schwerpunkte der Partei „Alles für das Vaterland" heraus: 1. der für rumänische Verhältnisse stark industrialisierte Westen des Landes (historisches Banat); 2. die Industriezone um Bukarest; 3. die traditionelle Hochburg im südlichen Teil der Moldau

[32] Vgl. Constantin Iordachi, Faschismus, Charisma und Politik. Die Legion „Erzengel Michael" im Zwischenkriegsrumänien 1927–1941, in: Heinen/Schmitt (Hrsg.), Inszenierte Gegenmacht von rechts, S. 20–68.

[33] Vgl. dazu ausführlich Schmitt, Căpitan Codreanu.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sowie die Industrie- und Hafenorte an der unteren Donau; 4. der nördliche Teil der Moldau als zweite traditionelle Hochburg. „Ihre Erfolge erzielte die Legion in jenen Judeţen, die aus der politischen Rückständigkeit aufgebrochen waren, ohne freilich in den politischen Prozess integriert zu werden."[34]

Freilich sind die genauen Abläufe auf der Mikro- und Mesoebene – insbesondere die Mechanismen der Mobilisierung und Durchdringung verschiedener sozialer Milieus – bislang nur schemenhaft nachvollziehbar. Wie ausgeführt, fehlt eine belastbare Datenbasis für die Bewegungszeit zwischen 1927 und 1940. Es war wohl die Verbindung von säkularem und transzendentalem Heilsversprechen, die auf eine Gesellschaft wirkte, die sich in einem tiefgreifenden sozialen Umbruch befand. Dies war die Antwort des rumänischen Faschismus auf die Krise der Moderne. Die Behörden sahen in dem gleichsam religiösen Charakter der Bewegung zeitweise eine besondere Gefahr. Legionäre wurden wiederholt massenhaft verhaftet; Staatsbedienstete, Soldaten und – über die orthodoxe Kirche als offizieller Kirche Rumäniens – ebenfalls vom Staat abhängige Geistliche, aber auch Inhaber staatlicher Konzessionen liefen Gefahr, ihre wirtschaftliche Grundlage zu verlieren, wenn sie sich offen zur Legion bekannten.

Die sozialstatistischen Kategorien

Wie in der NS-Forschung stellt die Bildung trennscharfer und aussagekräftiger sozialstatistischer Kategorien auch in unserem Fall ein besonderes Problem dar[35]. Die Studien zur Mitgliederschaft der NSDAP stützten sich auf die Aufstellungen der Parteiverwaltung, die tausende von Berufsbezeichnungen enthalten – Berufsbezeichnungen, die zur statistischen Analyse in umfassendere Kategorien überführt werden mussten. Zugleich ist zu klären, welche Begriffe sich verwenden lassen, um die soziale Schichtung angemessen zu beschreiben. Was die rumänischen Legionäre in unserem Untersuchungsraum angeht, so ist die Zahl der Berufsbezeichnungen überschaubar. Rund zwei Drittel der erfassten Kader waren Bauern (*agricultor*), wobei sich damit die soziale Realität auf dem Land nicht abbilden lässt. Anders als in anderen Landesteilen wie Siebenbürgen, wo solche Angaben erfasst wurden, geben die Daten für die ländliche Umgebung von Bukarest keine Auskunft darüber, ob die Bauern wohlhabend oder arm waren und welche Schulbildung sie genossen hatten. Das heißt auch, dass es angesichts dieser Materiallage weder möglich noch sinnvoll ist, die Legionäre in das gängige Schema Ober-, Mittel- und Unterschicht einzuteilen.

Was die Kategorie Arbeiter angeht, so hat man es mit ähnlichen Problemen zu tun, da zwischen ungelernten, angelernten und Facharbeitern nicht unterschieden wurde. Da es im Untersuchungsraum aber nur verhältnismäßig wenige Arbeiter gab, fällt diese Blindstelle weniger ins Gewicht. Bedeutsamer ist die Unter-

[34] Heinen, Wahl-Maschine, in: Heinen/Schmitt (Hrsg.), Inszenierte Gegenmacht von rechts, S. 140.

[35] Vgl. Falter, Die „Märzgefallenen", in: Ders., Soziographie des Nationalsozialismus, S. 301, und Falter, Young Membership, in: Ebenda, S. 273.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

scheidung zwischen traditionellen Handwerkern (etwa Schreiner oder Schneider) und modernen, technisch orientierten Handwerkern (etwa Elektriker). Das Dossier nennt hier sowohl traditionelle Handwerker als auch „Techniker" (*tehnician*). Eine Differenzierung ist also ansatzweise möglich und erfolgt hier durch die Bildung der beiden Gruppen „Handwerker alt" (traditionelle Handwerke) und „Handwerker neu" (technische Handwerke). Als besondere Kategorien geführt werden Lehrer und Priester (zu denen auch Kantoren zählen). Diese bildeten dörfliche Eliten, deren Bedeutung in häufig nur oberflächlich alphabetisierten Dorfgesellschaften gar nicht zu überschätzen ist. Beide Berufsgruppen waren sehr stark politisiert, nicht zuletzt wegen schlechter materieller Bedingungen. Traditionell stellten sie die sogenannte Dorfintelligenz und waren das wichtigste Bindeglied zwischen der Dorfgemeinschaft und der Außenwelt; sie wirkten als eigentliche Transmissionsriemen zwischen dem Lebensraum Dorf auf der einen, Staat und Gesellschaft auf der anderen Seite. Die sehr kleine Gruppe der Freiberufler setzt sich aus Ärzten, Veterinären und Anwälten zusammen. Dazu kommen die Angestellten, deren Zahl allerdings gering war.

Eine weitere Variable ist das Geschlecht: Die Legion besaß zwar eine eigene Frauenorganisation, in den ländlich geprägten Gebieten Südostrumäniens war die Teilhabe von Frauen aber nur schwach – wie überhaupt im Europa der Zwischenkriegszeit Frauen in der Politik unterrepräsentiert waren; Falter zeigte dies am Beispiel der NS-Bewegung auf[36].

Ganz auf der Quellenterminologie beruht die Analyse der Daten hinsichtlich der Stellung der Legionäre in der Bewegung. Die Legion war nach dem Führerprinzip stark hierarchisch gegliedert. Im Laufe ihrer komplizierten organisatorischen Entwicklung kam es zu einer erheblichen Ausdifferenzierung. Die Grundeinheit der Parteiorganisation bildete von Anfang an das Nest (*cuib*), das drei bis 13 Mitglieder umfasste und sich bei weiterem Wachstum zu teilen hatte. Das Nest unterstand dem Nestchef (*şef de cuib*). Die nächsthöheren Einheiten waren die Garnison (*garnizoană*) und der Sektor (*sector*). Die staatliche Verwaltungseinteilung (*plasă)* findet sich im Rang des *plasă*-Chefs (*şef de plasă*). Von den Dienstgraden der Legion erscheinen im Dossier der *comandant legionar* und der *comandant ajutor legionar* (Kommandant und Stellvertreter) sowie der *instructor legionar* und der *instructor ajutor legionar* (Instruktor und Stellvertreter). Der Senat der Legion (*senat legionar*), der jedoch keine Machtbefugnisse hatte, sondern prominente Legionäre vereinte, war im rumänischen Südosten kaum vertreten. Über eine eigene Hierarchie verfügte die Frauenorganisation. Ihre wichtigste Einheit war die Festung (*cetăţuia*), die von einer Festungschefin (*şefa de cetăţuia*) geleitet wurde. Die Kategorien „Bürgermeister 1940" und „Bürgermeister 1941" betreffen ausschließlich die Monate der Regimephase 1940/41.

[36] Vgl. Falter, Young Membership, in: Ders., Soziographie des Nationalsozialismus, S. 264 f.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Kader der Legion in der südöstlichen Walachei

Zunächst sollen die allgemeinen Daten für den gesamten Untersuchungsraum vorgestellt werden, also räumliche Verteilung, Aufteilung nach Dienstgraden, Jahr des Beitritts, Alter im Jahr des Beitritts, Beruf. Die Kategorie Geschlecht ist kaum relevant, weil es sich beinahe durchwegs um Männer handelt: Frauen stellen nur 1,53 Prozent der insgesamt 1.517 Personen, was angesichts der ausgesprochen konservativen Struktur des Untersuchungsraums wenig überrascht. Die regionale Verteilung deutet auf eine höhere Zahl von Kadern in der Agglomeration Bukarest (Hauptstadtbezirk Ilfov, hier ohne Bukarest-Stadt, sowie die hauptstadtnahen Kreise der anderen Bezirke) als im armen agrarischen Tiefland der Bezirke Vlaşca und Teleorman. Die niedrigeren Zahlen für den Bezirk Dîmboviţa erklären sich dadurch, dass die *Securitate* dieses Gebiet nur teilweise (den Süden) erfasst hat. Von den Kadern (N = 1.517) stellten: Judeţ Dîmboviţa 8,8 Prozent, Judeţ Teleorman 25,8 Prozent, Judeţ Ilfov 30 Prozent, Judeţ Ialomiţa 24,1 Prozent, Judeţ Vlaşca 11,1 Prozent.

Aktenkundig sind folgende Dienstgrade: 927 Nestführer, 241 Garnisonschefs, 57 Sektorchefs, 11 Plasă-Chefs, 22 Festungs-Führerinnen, fünf Leiter von Kreuzbruderschaften (Schülerorganisation der Legionäre), vier Instruktoren, zwei Hilfskommandanten, ein Senator der Legion. Als Funktionsträger des „Nationallegionären Staates“ finden sich verzeichnet: 237 Bürgermeister, ein Prätor, sechs Polizeichefs. Im Untersuchungsraum fanden sich vor allem Vertreter der niederen Ränge. Dass es nur wenige hohe Würdenträger gab, deutet darauf hin, dass das ländliche Umland der Hauptstadt Bukarest nicht zu den frühen Mobilisierungsräumen der Legion zählte.

Bei der Auswertung der Tabelle ist zu berücksichtigen, dass keine Angaben zu Austritten aus der Legion vorliegen. Dennoch zeigt die Aufstellung deutlich, dass die Legion vor 1936 in der östlichen Walachei kaum Fuß gefasst hatte. 1933, auf dem ersten Höhepunkt der Mobilisierung in anderen Regionen, waren gerade 3,66 Prozent aller Kader eingetreten. Im Januar 1934 zählten die Behörden in Dîmboviţa 56 Nester, in Ialomiţa 53, in Ilfov (mit Bukarest) 145, in Vlaşca 27, in Teleorman jedoch nur neun. Die Nähe zu Bukarest wirkte sich demnach deutlich auf die Mobilisierung aus; dem entsprechend war die Legion in der Bărăgan-Steppe kaum verankert[37]. Von den landesweit 3.500 Nestern entfielen auf die südöstliche Walachei damals gerade einmal 2,5 Prozent. Zu einem stärkeren Schub kam es ein Jahr nach der Gründung der Partei „Alles für das Land“. Die Eintritte der Jahre 1935 und besonders 1936 sind auch auf die Mobilisierung durch die zahlreichen Arbeitscamps der Legion zurückzuführen, wobei sich ein genauer Zusammenhang in der Region nun auch detailliert aufzeigen lässt[38]. Als entscheidend erweist sich das Wahlkampfjahr 1937: Eine erste Mobilisierungswelle hatte

[37] ANIC, Ministerul de Interne [Innenministerium], Diverse 14/1933, S. 83.

[38] Vgl. Rebecca Haynes, Work Camps, Commerce, and the Education of the „New Man“ in the Romanian Legionary Movement, in: The Historical Journal 51 (2008), S. 943–967; Schmitt Approaching the Social History.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Jahr des Eintritts in die Legion „Erzengel Michael“

Jahr	Prozent	Kumulierte Prozente
1927	0,13	0,13
1928	0,06	0,19
1929	0,13	0,32
1930	0,26	0,58
1931	0,13	0,71
1932	0,91	1,63
1933	2,03	3,66
1934	1,58	5,23
1935	2,7	7,93
1936	8,92	16,85
1937	42,39	59,25
1938	15,81	75,05
1939	13,46	88,51
1940	11,42	99,93
1941	0,07	100
Total	100	100

N= 1.517

zu Jahresbeginn die Beisetzung der gefallenen Spanienkämpfer Ion Moţa und Vasile Marin, zwei führende Ideologen der Legion, ausgelöst[39]. Beinahe die Hälfte aller Kader des Untersuchungsraums trat der Legion in diesem Jahr bei. Intensive Werbung und die weitere institutionelle Ausdifferenzierung der Bewegung – vor allem durch die Ende 1936 eingerichteten Arbeiterkorps der Legion (*Corpul muncitoresc legionar*) – erwiesen sich auf Landesebene als ausschlaggebend. Die südöstliche Walachei spiegelt diese landesweite Entwicklung wider, die sie als strukturschwache Region jedoch nicht prägte. Vielmehr ist die rasante Mobilisierung in dieser Region als Zeichen dafür zu sehen, dass die Legion aus ihren Kernräumen heraus auch in strukturschwachen Regionen mit geringer Tradition politischer Teilhabe (erst recht in radikalen Antisystemparteien!) landesweit Anhänger zu rekrutieren vermochte.

Viele Beitritte des Jahres 1938 werden in den ersten beiden Monaten des Jahres erfolgt sein, als man allgemein eine Regierungsübernahme der Legion erwartete. Da eine Aufschlüsselung nach Monaten nicht möglich ist, muss die Analyse grob bleiben – dabei wäre hier besonders interessant zu eruieren, wie hoch nach dem Wahlerfolg der Legion der Anteil von „Dezember-“ oder „Januargefallenen“ lag. Eine genauere zeitliche Differenzierung (vor und nach der Selbstauflösung der Partei im Zuge des Übergangs zur Königsdiktatur und der verstärkten Repression)

[39] Vgl. Valentin Săndulescu, Sacralised Politics in Action: the February 1937 Burial of the Romanian Legionary Leaders Ion Moţa and Vasile Marin, in: Totalitarian Movements and Political Religions 8 (2007), S. 259–269.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

würde ebenfalls viel über Opportunismus und Bekenntnistreue aussagen. In diese Richtung weisen die erstaunlich hohen Beitrittszahlen für 1939, als die Repression ihren Höhepunkt erreichte; vielleicht sind einige Beitritte sogar als Reaktion auf die Ermordung Codreanus im November 1938 erfolgt. Vergleichsweise bescheiden nehmen sich die Beitritte von Kadern im Jahr 1940 aus. Ab dem 6. September 1940 war die Legion an der Macht, was eine Beitrittswelle einfacher Mitglieder auslöste. Doch machen die Zahlen klar, dass die von der Legion gestellte Regierung rund 90 Prozent ihrer Kader aus vor 1940 Beigetretenen rekrutierte. Bei der Analyse der Beitritte in der kurzen Regimephase ist zudem zu berücksichtigen, dass viele Sympathisanten und Unterstützer erst nach der Regierungsübernahme ein offenes Bekenntnis wagten, dass also nicht alle Beitritte opportunistischem Verhalten zuzuschreiben sind. Vergleicht man die Zahlen der Beitritte ostwalachischer Kader mit der Entwicklung der Legion auf Landesebene, fällt der schleppende Beginn auf, während 1936/37 als Mobilisierungsjahre die Region im Einklang mit der gesamtrumänischen Entwicklungen stehen.

Alter zum Zeitpunkt des Eintritts

Alter	Prozent	Kumulierte Prozente
16	0,66	0,66
17	0,73	1,39
18	1	2,39
19	1,13	3,52
20	1,53	5,05
21	2,25	7,3
22	1,92	9,22
23	3,24	12,47
24	4,7	17,18
25	3,91	21,1
26	4,91	26,01
27	6,23	32,25
28	5,05	37,3
29	5,06	42,36
30	5,19	47,55
31	5,25	52,8
32	5,24	58,05
33	5,24	63,29
34	4,32	67,61
35	4,44	72,06
36	3,92	75,99
37	2,53	78,51
38	3,19	81,71
39	2,39	84,1

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

40	2,59	86,69
41	2,06	88,76
42	1,26	90,02
43	1,4	91,42
44	1,06	92,48
45	1	93,48
46	0,86	94,34
47	0,73	95,07
48	0,86	95,94
49	1,13	97,07
50	0,67	97,74
51	0,4	98,13
52	0,6	98,73
53	0,4	99,13
54	0,27	99,4
55	0	0
56	0,2	99,6
57	0,2	99,8
58	0,13	99,93
67	0,7	100

Minimum = 16 Jahre, Maximum = 67 Jahre, Median = 31,84 Jahre

Wie Mitglieder anderer faschistischer Bewegungen waren die Legionäre verhältnismäßig jung. Mit knapp 32 Jahren lag das Durchschnittsalter der Kader beim Eintritt in die Bewegung aber höher als etwa das Durchschnittsalter von Mitgliedern der NSDAP, wobei ein genauer Vergleich erst möglich ist, wenn Daten zu einfachen Legionären vorliegen.

Als nächstes ist die berufliche Verteilung zu betrachten: 65,46 Prozent der Kader (N = 1.517) waren Bauern, 12,23 Prozent Handwerker (alt), 4,9 Prozent Lehrer, 4,01 Prozent Priester, 3,68 Prozent Beamte, 2,11 Prozent Angestellte, 1,7 Prozent Kaufleute, 1,7 Prozent Handwerker (neu), 0,89 Prozent Staatsbahnen, 0,75 Prozent Arbeiter, 0,75 Prozent Angehörige Freier Berufe; der Rest – sehr geringe Werte von 0,7 Prozent und weniger – entfällt auf Gutsbesitzer, Fabrikanten, Chauffeure, Hirten und Hausfrauen.

Angesichts der agrarisch-ländlichen Struktur des Untersuchungsraums können diese Zahlen nicht überraschen. Rund zwei Drittel der Kader entstammten dem Bauernstand, wobei keine Differenzierung nach Besitz und Status im Dorf vorgenommen werden kann. Dennoch waren die Bauern in einer Region mit einem Urbanisierungsgrad von zehn bis 16 Prozent unterrepräsentiert. Rund neun Prozent sind der sogenannten Dorfintelligenz zuzurechnen, also Lehrern und Priestern. Der geringe Urbanisierungsgrad spiegelt sich auch in den niedrigen Werten für Freiberufler, Arbeiter und Handwerker neuer Branchen wider,

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

während Dorf- und Kleinstadthandwerker nach den Bauern die zweitgrößte Gruppe bildeten.

Im Folgenden sollen einige Zusammenhänge näher betrachtet werden, beginnend mit der Frage, welche Berufsgruppen die verschiedenen Mobilisierungsstufen prägten. Es geht also, mit anderen Worten, um den Zusammenhang von Eintrittsjahr und Beruf (N = 1.517):

Erste Zahl = Reihe
Zweite Zahl = Kolonne

	Bauer	Handwerker alt	Lehrer	Priester	Beamter	Angestellter	Kaufmann	Handwerker neu
1927	100%	0	0	0	0	0	0	0
	0,2%	0	0	0	0	0	0	0
1928	0	0	0	100%	0	0	0	0
	0	0	0	1,65%	0	0	0	0
1929	0	100%	0	0	0	0	0	100%
	0	1,09%	0	0	0	0	0	1,09%
1930	75,04%	0	0	0	0	33,33%	0	0
	0,31%	0	0	0	0	3,16%	0	0
1931	50%	0	0	50%	0	0	0	0
	0,1%	0	0	1,67%	0	0	0	0
1932	57,14%	7,14%	21,43%	0	0	0	6,67%	6,67%
	0,82%	3,94%	4,1%	0	0	0	3,94%	0,55%
1933	35,48%	19,35%	9,68%	9,68%	3,23%	9,68%	6,45%	19,35%
	1,13%	3,29%	4,12%	5,03%	1,83%	9,56%	7,91%	3,29%
1934	62,50%	0	8,33%	12,5%	8,33%	0	0	0
	1,54%	0	2,75%	5,04%	3,67%	0	0	0
1935	58,54%	17,07%	2,44%	9,76%	4,88%	0	0	17,07%
	2,48%	3,87%	1,38%	6,74%	3,68%	0	0	3,87%
1936	59,23%	16,16%	1,54%	4,61%	4,62%	2,31%	2,31%	15,38%
	7,97%	11,64%	2,77%	10,14%	11,06%	9,64%	11,96%	11,08%
1937	65,6%	14,56%	4,96%	3,2%	2,88%	1,6%	1,76%	14,58%
	42,56%	50,54%	43,02%	33,9%	33,27%	32,23%	44%	50,54%
1938	73,8%	10,92%	5,68%	1,75%	2,18%	1,75%	0,87%	10,92%
	17,59%	13,93%		18,09%	6,8%	9,27%	12,93%	8,02%
1939	72,96%	8,16%	2,04%	4,08%	4,59%	2,04%	1,53%	8,16%
	14,93%	8,94%	5,58%	13,64%	16,73%	12,97%	12,07%	8,94%
1940	58,33%	6,55%	7,74%	5,36%	6,51%	3,55%	1,78%	7,1%
	10,26%	6,16%	18,19%	15,39%	20,5%	19,5%	12,1%	6,72%
1941	100%	0	0	0	0	0	0	0
	0,1%	0	0	0	0	0	0	0

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die frühe Mobilisierung der Legion, die im Wesentlichen 1933 einsetzte, wurde nur zu einem Drittel von Bauern getragen. Die im ländlichen Umland damals recht schwache Bewegung (in Ilfov erreichte sie 1932 bei den Wahlen mit 0,78 Prozent ihr bestes Ergebnis, in Dîmboviţa, Ialomiţa, Teleorman und Vlaşca ließ sich ihr Stimmenanteil kaum messen)[40] setzte sich in dieser Phase aus Dorfintelligenz (jeweils rund 10 Prozent Priester und Lehrer), rund 20 Prozent Handwerkern und rund 10 Prozent Angestellten zusammen. Ganz offensichtlich hatte die Legion damals erst in den Kleinstädten, aber noch nicht nachhaltig auf den Dörfern Fuß gefasst. Doch hatte ihr Gedankengut über Lehrer und Priester dort Eingang gefunden. Die kleine Bewegung des Jahres 1933 kann am ehesten noch als mittelständisch charakterisiert werden, wenn man diesen Begriff mit aller Vorsicht auf rumänische Verhältnisse anwendet. Bemerkenswert ist auch die frühe Mobilisierung der wenigen Freiberufler: 16,47 Prozent der Anwälte traten 1932 der Bewegung bei.

Die Saat, die 1933 in den Dörfern ausgebracht worden war, ging schon 1934 auf. Obwohl die Behörden den parteipolitischen Arm der Legion verboten hatten und da nach dem Duca-Mord tausende Funktionsträger in Haft saßen, verschob sich das Gewicht eindeutig zugunsten der Bauern: 1934 waren 62,5 Prozent der neuen Legionäre Bauern, 1935 58,54 Prozent, 1938 sogar 73,8 Prozent. 1934/35 hielt auch der Zustrom von Lehrern und Priestern an (1934 über 20 Prozent der Neumitglieder, 1935 rund 12 Prozent). Sie bildeten das eigentliche Rückgrat der Legion in den Dörfern und zogen zugleich weitere Angehörige ihrer Berufsgruppe mit. Im Hauptmobilisierungsjahr 1937 stellten sie immer noch acht Prozent der Neumitglieder, und dies bei einer stark gestiegenen Zahl neuer Legionäre. Von Interesse ist der Vergleich der Jahre 1937 (Mobilisierung) und 1939 (Repression): Die Hälfte der Handwerker (beide Gruppen), 44 Prozent der Kaufleute, 43 Prozent der Lehrer und rund ein Drittel der Priester, Beamten und Angestellten strömten 1937 in die Legion. Als der Sicherheitsapparat hart gegen die Legion vorging, erwiesen sich – sofern man Loyalität an Neueintritten misst – Bauern (1939 mit 72,96 Prozent aller Beitritte), Priester, Beamte und Angestellte als besonders loyal, während Handwerker vorsichtiger waren. Legt man die Daten des Regimejahres 1940 daneben, verstärkt sich dieser Eindruck: Nur 10,26 Prozent der Bauern waren 1940 beigetreten, aber 14,93 Prozent im Repressionsjahr 1939. Dafür optierten rund 20 Prozent der Lehrer, Beamten und Angestellten erst nach der Machtübernahme im September 1940 offen für die Legion. Dies erklärt sich mit den staatlichen Pressionen, denen gerade diese Gruppen ausgesetzt waren.

Untersucht man nun den Zusammenhang von Beruf und Stellung in der Bewegung, so wird es zunächst wenig überraschen, dass Bauern bei den basisnächsten Funktionären, also bei den Nestführern, überrepräsentiert waren: 70,35 Prozent von ihnen waren Bauern, 11,99 Prozent Handwerker (alt), 3,3 Prozent Lehrer, 2,71 Prozent Priester, 3,65 Prozent Beamte, 1,77 Prozent Handwerker (neu), 1,18 Prozent Arbeiter und 0,82 Prozent Kaufleute. Unter den Garnisonskommandanten fanden sich dagegen mit 53,7 Prozent vergleichsweise wenige Bauern, während Handwer-

[40] Vgl. Heinen, Legion Erzengel Michael, S. 497 f.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ker (alt) mit 16,2 Prozent, Priester mit 9,72 Prozent, Lehrer mit 7,88 Prozent, Beamte mit 3,25 Prozent, Kaufleute mit 2,31 Prozent, Angestellte mit 2,78 Prozent und Handwerker (neu) mit 2,32 Prozent überrepräsentiert waren. Die Garnisonskommandanten, die mehrere Nester leiteten, gehörten tendenziell der gebildeteren Schicht an, wobei die Führungsfunktion der Dorfintelligenz klar hervorsticht.

In der nächsthöheren Ranggruppe der Sektorchefs finden sich nur 17,92 Prozent Bauern, dafür 23,06 Prozent Lehrer, 25,66 Prozent Priester, 10,27 Prozent Beamte, 7,69 Prozent Kaufleute, 7,69 Prozent Handwerker (alt) sowie 2,57 Prozent Anwälte. Die Dominanz von Männern mit höherer Bildung ist eindeutig. Man würde nun annehmen, dass die 1940 ernannten Bürgermeister ein ähnliches Profil aufwiesen. Das ist aber nicht der Fall, vielmehr dominierten Bauern ganz eindeutig: 76,42 Prozent der Bürgermeister aus der Legion von 1940 waren Bauern, 11,6 Prozent Handwerker, während die Dorfintelligenz aus Lehrern (0,43 Prozent) und Priestern (0,42 Prozent) fast leer ausging.

Es lässt sich damit ein Unterschied zwischen den Eliten der Bewegungs- und der Regimephase erkennen: Die Dorfintelligenz sowie die kleinstädtischen Bildungsgruppen traten in der Bewegungsphase wesentlich deutlicher hervor, während bei den Verwaltungskadern der von der Legion dominierten Regierung Bauern den Ton angaben; der hohe Bauernanteil unterstreicht auch die lokale Verwurzelung der Bewegung. Dabei handelte es sich zumeist um junge Bauern: 9,27 Prozent waren zwischen 20 und 24 Jahre alt, 24,91 Prozent zwischen 25 und 30, weitere 28,21 Prozent zwischen 31 und 35; 62,39 Prozent der Bauern-Bürgermeister zählten bei Amtsantritt weniger als 35 Jahre. Das von der Legion bestimmte Regime war damit die bevorzugte Option radikalisierter Jungbauern, die auf einschneidende soziale Veränderungen hofften.

Aufgrund ihrer Bedeutung verdient die Dorfintelligenz eine eingehendere Analyse, wobei zu den Priestern und Lehrern auch Theologen und Lehramtskandidaten gezählt werden. Beginnen wir mit einem Blick auf das Alter beim Eintritt in die Legion im Vergleich zu den Mitgliedern anderer Berufsgruppen:

Alter / Beruf	Bauer	Lehrer	Priester	Handwerker alt	Handwerker neu
16–20	3,75%	4,92%	5%	5,6%	7,98%
21–25	11,63%	27,73%	27,4%	19,49%	24,02%
26–30	23,2%	40,35%	30,5%	33,52%	35,97%
31–35	26,83%	19,45%	22,14%	22,35%	16,03%
36–40	18,01%	4,18%	8,5%	9,51%	7,99%
41–45	8,12%	0	1,7%	6,72%	8,01%
46–50	5,21%	1,38%	3,38%	2,24%	0
51–55	2,29%	0	1,7%	0,5%	0
über 55	0,83%	0	0	0	0

Diese Zahlen verweisen auf erhebliche Unterschiede, die auf Berufszugehörigkeit und Bildungsstand zurückzuführen sind. Besonders auffällig ist die Radikalisie-

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rung der Junglehrer (73 Prozent waren im Jahr des Beitritts 30 Jahre und jünger), aber junge Priester und Theologen standen ihnen kaum nach (62,9 Prozent). Die Altersstruktur der Legionäre, die sich aus diesen beiden für die Mobilisierung im ländlichen Raum so wichtigen Berufsgruppen rekrutierten, war also ähnlich, wobei man vor allem hinsichtlich der Lehrer davon sprechen kann, dass die Bewegung von jungen Angehörigen dörflicher Funktionseliten getragen wurde. Wie jung die zur Dorfintelligenz zählenden Legionäre waren, zeigt ein Vergleich mit der Masse der bäuerlichen Kader, von denen immerhin 16,56 Prozent über 40 Jahre alt waren. Wenn sich junge Priester offen zur Legion bekannten, ist dies übrigens zumindest teilweise als Protest gegen die Amtskirche zu deuten, die sich zunächst ambivalent gab, bevor sie sich seit 1936 gegen die Bewegung stellte, obwohl in einzelnen Regionen (nicht aber in der östlichen Walachei) einzelne Kirchenfürsten wie die Metropoliten von Siebenbürgen und Bessarabien die Legion unterstützten[41].

Ähnliche Tendenzen lassen sich bei den Handwerkern feststellen, wobei Angehörige technischer Berufe eine etwas stärkere Neigung erkennen ließen, sich der Legion schon früh anzuschließen. Dass Vertreter dieser neuen Handwerker in den älteren Kohorten fehlen, ist mit der technischen Modernisierung zu begründen, die eher Lehrlinge und Berufseinsteiger anzog. Deutlich anders ist das Verhalten von Bauern zu bewerten: Vor allem die Altersgruppe der 21- bis 25-jährigen Bauern war weit schwerer für die Legion zu begeistern als ihre Altersgenossen der Dorfintelligenz; noch bei den 26- bis 30-Jährigen bestand dieses Gefälle fort. Bei den älteren Kohorten kehrten sich die Verhältnisse um: 15,62 Prozent der Bauern waren zum Zeitpunkt des Eintritts in die Legion bereits 41 Jahre und älter – bei den Lehrern hingegen waren dies gerade 1,38 Prozent, bei den Priestern immerhin 6,78 Prozent und bei den Handwerkern acht bis neun Prozent.

Damit stellt sich allgemein die Frage, wie die Altersstruktur der Kader nach dem Eintrittsjahr aussah. Verglichen werden die Mobilisierungsjahre 1933 und 1936 bis 1940 (für die Zeit vor 1933 sowie für 1941 ist die Datenbasis zu schmal):

Eintrittsjahr/Alter	16–20	21–25	26–30	31–35	36–40	41–45	46–50	über 50
1933	19,37%	41,94%	25,81%	11,2%	3,23%	0	3,23%	0
1936	2,96%	18,5%	17,77%	26,66%	17,78%	6,66%	8,14%	1,48%
1937	2,98%	16,74%	27,7%	29,27%	12,81%	5,95%	2,81%	1,72%
1938	6,72%	13,86%	31,08%	17,64%	18,48%	6,3%	2,94%	2,94%
1939	4,99%	10,45%	30,35%	20,9%	17,42%	7,47%	6,48%	3%
1940	8,76%	7,59%	20,46%	23,38%	15,2%	12,86%	7,01%	4,66%

[41] Vgl. Mirel Bănică, Biserica Ortodoxă Română. Stat și societate în anii '30. Bukarest/Jassy 2007; zu Metropoliten und Bischöfen, die der Legion wohlgesonnen waren, vgl. Oliver Jens Schmitt, Der orthodoxe Klerus in Rumänien und die extreme Rechte in der Zwischenkriegszeit, in: Aleksandar Jakir/Marko Trogrlić (Hrsg.), Klerus und Nation in Südosteuropa vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, Frankfurt a. M. u. a. 2013, S. 187–213.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Übergang von der Splittergruppe zur Massenbewegung ist deutlich ablesbar an der Verschiebung der Altersstruktur: Die kleine Kadergruppe von 1933 bestand zu 61,31 Prozent aus Mitgliedern im Alter zwischen 16 und 25. Über 30-Jährige stellten gerade 17,8 Prozent der erfassten Kader. Ab 1936 verschoben sich die Gewichte hin zur Altersgruppe der 26- bis 35-Jährigen, die 1936 44,43 Prozent und 1937 56,97 Prozent der neuen Kader stellten; in den folgenden Jahren blieb dieser Anteil mit rund 45 bis 50 Prozent hoch. Die Gruppe der sehr jungen Mitglieder unter 25 – hier ist nochmals daran zu erinnern, dass die Legion aus einer studentischen Jugendbewegung hervorging und auch an weiterführenden Schulen massiv mobilisieren konnte – hielt sich bis 1938 bei rund 20 Prozent der neu eintretenden Kader, sank dann aber deutlich. Die „Machtergreifung" von 1940 brachte vor allem ältere Kader in die Legion.

Auffallend ist, dass die Gruppe der über 40-Jährigen mit der Breitenmobilisierung ab 1936 wuchs: Stellte sie 1933 nur 3,23 Prozent der eintretenden Kader, so lauten die Zahlen für 1936 16,28 Prozent, für 1937 10,48 Prozent, für 1938 12,18 Prozent, für 1939 16,95 Prozent und für 1940 24,53 Prozent. Dass nach der Machtübernahme viele ältere Sympathisanten der Legion beitraten, wird wenig überraschen. Bemerkenswerter ist die Bereitschaft zu diesem Schritt 1939, im Jahr der Repression, während sich die Älteren 1937, im wichtigsten Mobilisierungsjahr, vergleichsweise zurückhaltend gaben.

Was wissen wir über den Zusammenhang zwischen dem Eintrittsalter und der Hierarchie in der Legion? Oder anders gefragt: Wie sah die Altersstruktur der Nestführer, Garnisons- und Sektorchefs sowie der 1940 ernannten Bürgermeister aus?

Alter/Grad	Nestführer	Garnisonschef	Bürgermeister 1940	Sektorchef
16–20	5,77%	4,58%	1,64%	6,92%
21–25	16,14%	18,77%	11,61%	20,93%
26–30	26,45%	29,37%	22%	30,28%
31–35	25,05%	22,5%	28,21%	27,89%
36–40	13,98%	14,24%	16,2%	7,01%
41–45	6,71%	6,88%	7,9%	4,64%
46–50	3,45%	1,84%	9,55%	2,35%
51–55	2,31%	0,46%	1,67%	0
über 55	0,47%	0,46%	1,26%	0

Am auffallendsten ist der Vergleich zwischen Bürgermeistern und Sektorchefs, die schon früh in die Legion eintraten; 27,85 Prozent waren jünger als 25, es fanden sich kaum über 40-jährige Männer (6,99 Prozent). Demgegenüber wurde das Bürgermeisteramt, das stärker mit Honoratiorenfunktionen in Verbindung zu bringen war, zu 20,38 Prozent von Männern bekleidet, die 40 Jahre und älter waren, als sie zur Legion stießen. Die unteren Parteichargen bestätigen im Vergleich dazu den Eindruck einer starken Mobilisierung in der Altersgruppe der 26- bis

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

35-Jährigen (51,5 Prozent der Nestführer und 51,87 Prozent der Garnisonschefs). Bei den höheren Parteifunktionären lag der Anteil dieser Altersgruppe sogar bei 58,17 Prozent, während die Bürgermeister dem Durchschnitt der basisnahen Eliten entsprechen (50,21 Prozent).

8. Zum Vergleich: die Legion im Donauhafen Giurgiu 1933

Die bisher analysierten Daten lassen sich nur durch einen umfassenden lokal- oder regionalhistorischen Zugriff überprüfen. Da dies angesichts des Forschungsstands nicht für den gesamten Untersuchungsraum zu leisten ist, soll ein besser dokumentiertes Fallbeispiel genügen: der Donauhafen Giurgiu, zu dem die Nummern 405 bis 418 des hier ausgewerteten Dossiers gehören. Herangezogen werden dabei Berichte der politischen Polizei und des Inlandsgeheimdiensts aus dem Jahr 1933.

Die politische Polizei meldete, dass am 24. August 1933 eine erste Versammlung der Eisernen Garde stattgefunden habe, in der 17 Teilnehmer für insgesamt 19 Nester gesprochen hätten. Einige Nester hätten noch nicht die volle Stärke (drei bis 13 Mitglieder) erreicht. Als Vizekommandant des Bezirks trat der Gärtner Alexandru Georgescu Drăjneanu auf. Man beschloss, die umliegenden Dörfer zu agitieren, besonders Oinac, Brăniştea und Gostin; Mihai Cristescu, der kommissarische Bezirksführer, sollte die Aktion leiten. Cristescu hob in einer Rede die Bedeutung der Taktik von Märschen durch die Dörfer hervor, die zu direkten Kontakten zwischen den Legionären und der bäuerlichen Bevölkerung führten. Gemäß den Weisungen Corneliu Codreanus sollten nur Studenten und „gut beleumundete Personen“ in die Nester aufgenommen werden. Wie sehr die Legion von Giurgiu noch in den Anfängen steckte, zeigt die erstmalige Verteilung des „Handbuchs für Nestführer“, der wichtigsten Handreichung für die Unterführer der Legion[42]. Die Behörden nahmen aber auch diese Anfänge ernst und hatten schon im Juli 1933 gemeldet, die Legionäre planten illegale Unternehmungen[43].

Im September 1933 richtete Cristescu dann ein erstes Manifest an die Bewohner des Bezirks:

> „Rumänen des Bezirks Vlaşca! Eine neue und entschlossene Bewegung, die ausgerichtet ist im Glauben an eine rumänische Aktion des Opfers und Ehrenhaftigkeit bei der Führung des Staates, hat den Ruf des Leidens und des Aufbegehrens eines ganzen Volkes vernommen. Für dieses Land, das von einer Bande von selbstsüchtigen Politikern und Plünderern betrogen wird, das in seinem Innersten von allen Fremden und Verfremdeten [gemeint ist alles Jüdische] bedroht und erniedrigt wird, tritt heute die Eiserne Garde auf als Bewegung voll Schwung und Jugend, Enthusiasmus und kriegerischer Disziplin. Unter dem Schirm des Glaubens unserer Ahnen ruft sie zum Kampf für die Inthronisierung eines neu-

[42] ANIC, Ministerul de Interne, Diverse 9/1933, Bd. 2, S. 87.
[43] ANIC, Ministerul de Interne, Diverse 36/1933, S. 106.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

en Lebens in Ehrbarkeit und Gerechtigkeit. An ihrer Spitze steht der Sohn der Moldau Corneliu Zelea Codreanu, der Verfolgung erduldete und Leiden auf sich nahm und der unentwegt für die Erlösung unseres Volkes und den Triumph der Gerechtigkeit kämpft. Auf seinen Befehl hin habe ich die Führung der Eisernen Garde in diesem Bezirk übernommen, und es ist meine heilige Pflicht als Rumäne, dass ich jene in diese Organisation rufe, denen der Herd der Ahnen teuer geblieben ist und die entschlossen sind, im Geiste des Opfers neben uns für den Triumph des Rumänentums und der Gerechtigkeit zu kämpfen. Intellektuelle, Handwerker, Pflüger und Arbeiter – versteht das Gebot der Zeit und schreibt euch ein in die Eiserne Garde."[44]

Dieser Aufruf weist keine regionalen Besonderheiten auf, sondern gibt Sprache und Denkweise der Legion im Jahre 1933 paradigmatisch wieder.

In Giurgiu formierte sich fast zur selben Zeit eine Einheit der antisemitischen LANC von Alexandru Constantin Cuza, dessen Sohn Gheorghe am 1. Oktober 1933 in einem Kinosaal eine Versammlung mit 400 Teilnehmern abhielt und ein der SA nachgebildetes „Sturmbataillon" (*batalion de asalt*) gründete. Gheorghe Cuza war am Bahnhof von drei „Zenturien" dieser rumänischen SA empfangen worden. Die Jugendorganisation der LANC marschierte unter der Führung von Studenten auf, ein Protopope zelebrierte mit mehreren Priestern eine Messe. Der antisemitische Funktionär I.C. Ghika lobte die Region „als Zitadelle des integralen Nationalismus" und klagte, die Behörden behinderten die Propaganda der LANC auf den Dörfern. Cuza selbst verglich in seiner Rede den Kommunismus und den deutschen Nationalsozialismus und erklärte in diesem Zusammenhang, die Völker würden sich nun gegen „die Machenschaften des Judentums" organisieren[45]. Die Gründung einer Frauensektion sollte die Cuzisten in Giurgiu zusätzlich verankern[46].

Die „Machtergreifung" der Nationalsozialisten hatte die rechtsextreme Agitation offensichtlich beflügelt; zusätzlichen Rückenwind erhielt sie in Giurgiu aber auch durch die Arbeiterunruhen im Bukarester Eisenbahnerviertel Griviţa, die von rechtsextremen Gruppierungen ebenso instrumentalisiert wurden wie von der äußersten Linken. An einer Sitzung der Cuzisten am 3. Juli 1933 nahmen neben etlichen Jugendlichen auch rund 30 Arbeiter sowie eine unbekannte Anzahl von Bauern teil, denen die Unruhen als jüdische Verschwörung dargestellt wurden. Der Legionär Georgescu, ein Gärtner, nahm in einer Nestversammlung am 8. September 1933 ebenfalls auf die Unruhen Bezug und erklärte in diesem Zusammenhang, dass die Kommunisten „in ihrer großen Mehrheit Juden" seien[47].

Eine besondere Rolle kam in Giurgiu Schülern und Studenten zu, einer Kernklientel der Legion, aber auch der Cuzisten. Ende September 1933 griffen Schüler, die zur Legion standen, Stadtpolizisten an, und Kommandant Cristescu mar-

[44] ANIC, Ministerul de Interne, Diverse 12/1933, S. 85.
[45] ANIC, Ministerul de Interne, Diverse 12/1933, S. 128, S. 132, S. 136 u. S. 138.
[46] ANIC, Ministerul de Interne, Diverse 36/1933, S. 63 ; das Folgende nach ebenda, S. 123.
[47] ANIC, Ministerul de Interne, Diverse 12/1933, S. 78 ; das Folgende nach ebenda, S. 99.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schierte im Gerichtssaal mit 26 Männern im Grünhemd auf. Besonders brisant war, dass der Führer der cuzistischen Schläger niemand anders war als der Sohn des Vizekommandanten der Bezirksgendarmerie, der vom Diensttelefon des Vaters aus Anweisungen gab. Sein Auftreten führte wiederholt zu schwierigen Situationen, wenn Gendarmen den Agitatoren den Zutritt zu den Dörfern verwehrten[48].

Gleichen wir nun diese Berichte mit den quantitativen Daten ab: Das Dossier der *Securitate* zur Stadt Giurgiu verzeichnet lediglich 14 Legionäre, was angesichts der Verankerung der Legion in der Hafenstadt erstaunt. Von diesen 14 hat sich gerade einer 1933 eingeschrieben. Die Berufe (drei Kaufleute, ein Priester, ein Lehrer, ein Techniker, ein Müller, zwei Angestellte, drei Handwerker, ein Bauer, eine Hausfrau) entsprechen dem kleinstädtischen Milieu. Das Fehlen von Arbeitern fällt auf. Dieser kurze Blick auf die Liste der *Securitate* zu Giurgiu bestätigt daher die eingangs formulierten quellenkritischen Einwände bezüglich der Zuverlässigkeit der hier untersuchten Daten. Sie bilden bestenfalls allgemeine Tendenzen ab, dürfen aber nicht für bare Münze genommen werden.

9. Zusammenfassung

Zusammenfassend ist zu betonen, dass die besondere Sozialstruktur der untersuchten Region keinesfalls unmittelbare Rückschlüsse auf andere Teile Rumäniens oder auf die Sozialstruktur der Legion insgesamt erlaubt. Die östliche Walachei war gekennzeichnet durch einen niedrigen Grad an Urbanisierung und Industrialisierung, traditionell geringe politische Teilhabe, ein niedriges Bildungsniveau, starke Kontrolle des politischen Lebens durch Behörden und Notabeln sowie durch eine hohe Anfälligkeit der Wahlergebnisse für Manipulationen. In dieser Region folgten die Wähler ganz überwiegend der Regierungspartei. Radikal-oppositionelle, gegen das System gerichtete Kräfte waren in der agrarisch strukturierten Tiefebene schwach. Studenten, Schüler, Intellektuelle und Arbeiter – tragende Kräfte der Legion – spielten daher im Untersuchungsraum kaum eine Rolle.

Dafür lassen die hier analysierten Daten erstmals Einblicke in eine Region zu, in der die Legion auf massive strukturelle Hindernisse stieß und Ende der 1930er Jahre dennoch erfolgreich operieren konnte. Südostrumänien kann als Gegenbeispiel jener Gebiete angesehen werden, in denen die Legion schon früh Fuß gefasst hatte, wie etwa in Teilen der Moldau oder der Bukowina. Wenn die Legion auch die Menschen im Südosten des Landes mobilisieren konnte, dann hatte sie bewiesen, dass sie im ganzen Land zu einem ernstzunehmenden politischen Faktor geworden war. Wie stark das nationale Moment bei der Mobilisierung war, zeigt der starke Zustrom an Kadern 1937. Aus kleinen Zirkeln entstand eine flächendeckend aktive Schicht von Funktionären. Das Momentum der Mobilisie-

[48] ANIC, Ministerul de Interne, Diverse 36/1933, S. 120.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

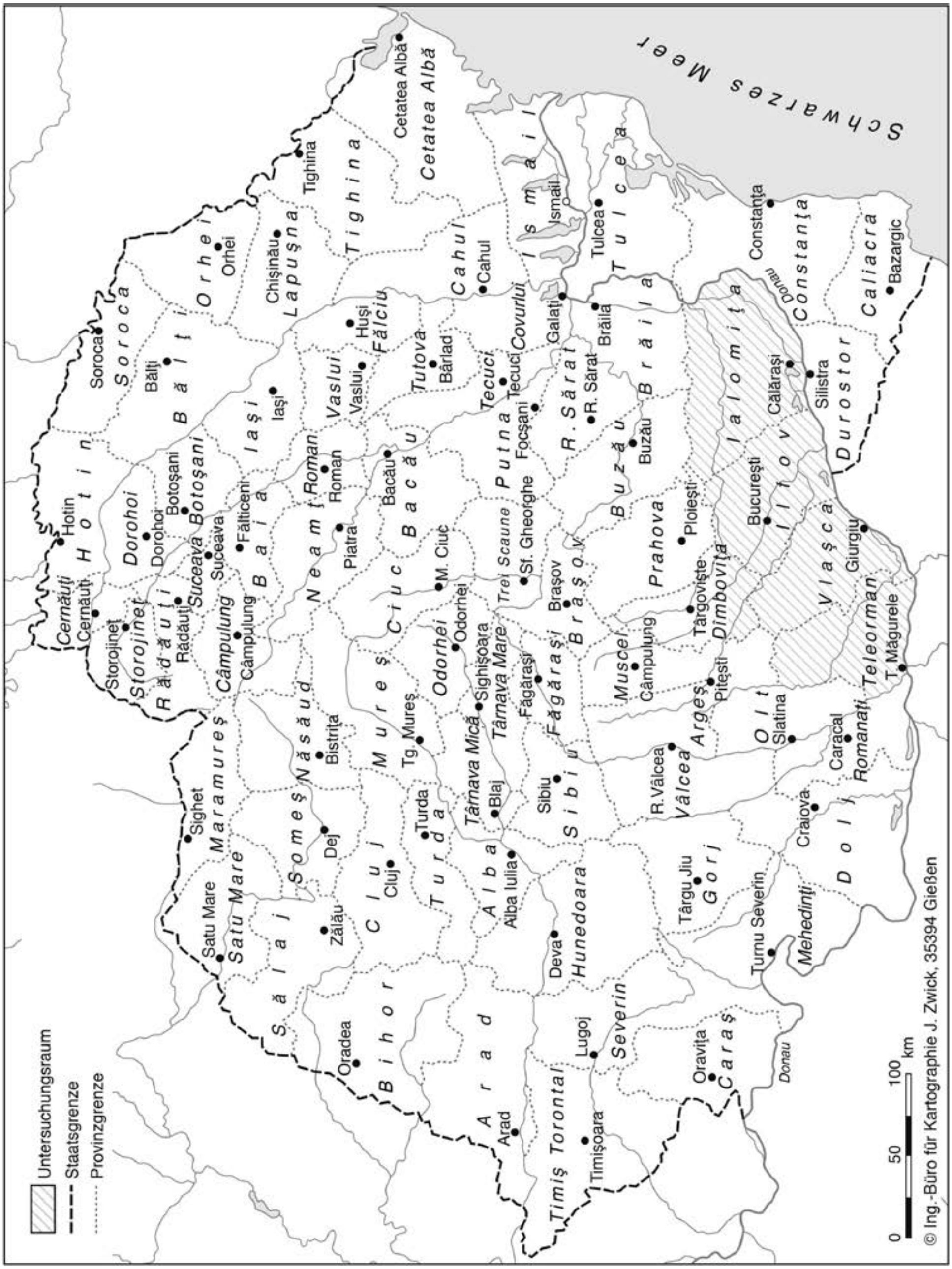
rung erwies sich als so kräftig, dass der Zuwachs – wenn auch nicht mehr so stark – in den Jahren der Repression zwischen 1938 und 1940 anhielt.

Die frühen Nuklei der Jahre zwischen 1927 und 1936 wiesen eine Sozialstruktur auf, die sich von derjenigen der 1937 eintretenden Kader oder der von der Legion gestellten Verwaltungseliten im Herbst/Winter 1940/41 unterschied. Lehrer, Priester und Handwerker sowie vereinzelte Vertreter freier Berufe bildeten bis 1936 ein dünnes Organisationsnetz. Bei Wahlen – sofern sie zugelassen war – scheiterte die Bewegung vor 1937. Erfolgreicher war die auch in anderen Regionen zu beobachtende stille Propaganda durch dörfliche Meinungsmacher wie Lehrer und Priester. Deutlich erkennbar ist bei diesen dörflichen Eliten ein generationell bedingter Protest von radikalisierten Junglehrern und jungen Priestern. Als die Legion 1936 mit ihren Arbeitscamps und der massiven Propaganda städtischer Aktivisten im ländlichen Raum vermehrt in den Dörfern sichtbar wurde, erhielt die Mobilisierung einen ersten Schub. 1937 erwies sich dann als eigentliches Erfolgsjahr der Legion in der südöstlichen Walachei, die damit Anschluss an Entwicklungen fand, die für andere Regionen angenommen werden dürfen, empirisch aber noch nicht erhärtet sind. In ihrer sozialen Zusammensetzung wurde die Bewegung bäuerlicher und schlug damit auch außerhalb dörflicher Funktionseliten in der ländlichen Gesellschaft Wurzeln.

Wichtig dabei ist, dass die bäuerlichen Kader andere Alterskohorten erfassten als die Dorfintelligenz: Die Legion gewann deutlich bei Männern über 35 (34,46 Prozent der bäuerlichen Kader; nur 5,56 Prozent der Lehrer waren zum Zeitpunkt des Eintritts älter als 35 Jahre). Aus radikalisierten jüngeren Bauern rekrutierte die Legion dann ihre Verwaltungskader während der kurzen Diktatur im Herbst/Winter 1940/41. Es waren weniger die „alten Kämpfer" aus der Dorfintelligenz, jene Männer, die im Verständnis der Legion als „Gläubige" gelten konnten, sondern junge, sozialrevolutionär ausgerichtete Kader, die 1940 an die Macht kamen. Dieser funktionale und teilweise auch generationelle Unterschied ist gerade für die Deutung der kurzen Diktaturphase wichtig. Die jüngeren Kader setzten Gewaltpraktiken aus der Epoche Codreanus fort, zeigten sich aber weniger erfasst von der mystischen Dimension des Heilsversprechens, das besonders Intellektuelle angezogen hatte. Wenn sich diese Binnendifferenzierung durch weitere Studien zu Südrumänien erhärten lässt, wird sie für die künftige Einschätzung des rumänischen Faschismus und dessen Gliederung in Bewegungs- und Regimephase bedeutsam sein[49].

[49] Vgl. Schmitt, Approaching the Social History. Im Wintersemester 2015/16 hat der Verfasser mit den Teilnehmern eines Seminars an der Universität Wien eine Untersuchung zur nördlichen Walachei, das heißt einer unmittelbar an die hier untersuchte Region angrenzende Landschaft, durchgeführt. Die dabei analysierte Region umfasst das Kernstück der rumänischen Erdölindustrie, war also deutlicher stärker von der Industrialisierung erfasst, als der im vorliegenden Aufsatz behandelte Raum. Die aus den Daten (rund 2.000 Kader der Legion) ableitbaren Tendenzen und die für rund 1.300 Mitglieder im walachischen Bezirk Vâlcea vorliegenden, weitaus belastbareren Daten aus der Zwischenkriegszeit, fügen sich in jenes Bild, das in der Zusammenfassung des vorliegenden Aufsatzes skizziert wird.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Beziehungen zwischen dem Nationalsozialismus und der arabischen Welt werden in den letzten Jahren häufig und vielfach kontrovers diskutiert. Wie kompatibel oder gar verwandt waren die Weltanschauungen des NS-Regimes und der arabisch-nationalistischen und islamistischen Strömungen im Nahen Osten? Inwieweit zogen diese Kräfte an einem Strang? Hans Goldenbaum kommt bei seiner Analyse der arabischsprachigen NS-Rundfunkpropaganda und ihrer Rezeption zu einer differenzierten Sicht. Gestützt auf die umfassende Erschließung neuer Quellen kann er indes klar zeigen, dass es den Berliner Stellen ausschließlich um die Instrumentalisierung arabischer Befindlichkeiten für eigene Interessen ging.

Hans Goldenbaum

Nationalsozialismus als Antikolonialismus

Die deutsche Rundfunkpropaganda für die arabische Welt

Die Auslandspropaganda des NS-Regimes, die vor allem für außereuropäische Regionen bisher kaum erforscht wurde, ist im letzten Jahrzehnt in den Fokus gerückt. Vor dem Hintergrund aktueller Auseinandersetzungen um Islam, Islamismus, Antisemitismus und Nahostkonflikt hat man dabei vor allem nach der Wahrnehmung des deutschen Nationalsozialismus in den Bevölkerungen des Nahen und Mittleren Ostens in den 1930er und 1940er Jahren gefragt, nach Formen der Kollaboration und ideologischen Affinitäten, nach Transfers und Kontinuitäten. Dabei wurde die nationalsozialistische Auslandspropaganda in der Region, wo man vorwiegend auf das Medium der Kurzwellenradiosendungen in arabischer, aber auch in persischer und türkischer Sprache zurückgriff, meist im Sinne eines Ideologietransfers thematisiert – sowie im Sinne einer einfluss- und folgenreichen Kollaboration auf der Basis „gemeinsamer Leidenschaften und Interessen“[1]. Oft konstatierten Historiker, Politikwissenschaftler und Publizisten Kontinuitäten zwischen der NS-Propaganda und dem heutigen Islamismus und postulierten dabei eine kausale Verbindung. Dies hat den Blick auf die historischen Phänomene radikal verengt.

Die Folgen deutscher Einflussnahme sind also bereits – und zwar kontrovers – debattiert worden, bevor deren Umfang und die Rezeption, ja bevor die eigent-

[1] Jeffrey Herf, Nazi Propaganda for the Arab World, New Haven 2009, S. 4; vgl. auch ders., Hitlers Dschihad. Nationalsozialistische Rundfunkpropaganda für Nordafrika und den Nahen Osten, in: VfZ 58 (2010), S. 259–286, hier S. 263; ders., Nazi Propaganda to the Arab World During World War II and the Emergence of Islamism, in: Charles A. Small u. a. (Hrsg.), Global Antisemitism. A Crisis of Modernity, Bd. IV: Islamism and the Arab World, New York 2014, S. 81–90; Matthias Küntzel, Von Zeesen bis Beirut. Nationalsozialismus und Antisemitismus in der arabischen Welt, in: Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt a. M. 2004, S. 271–294; Barry Rubin/Wolfgang G. Schwanitz, Nazis, Islamists and the Making of the Modern Middle East, New Haven 2014.

VfZ 64 (2016) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2016 DOI 10.1515/vfzg-2016-0022

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lichen Inhalte der Propaganda umfassender rekonstruiert worden waren. Das Ausmaß des Interesses fand keine Entsprechung im Bereich der historischen Grundlagenforschung[2]. Mit Jeffrey Herfs Studie „Nazi Propaganda for the Arab East" von 2009 ist bisher nur eine umfassende Untersuchung zum Thema erschienen. Herf hatte dabei mit dem Problem umzugehen, dass aufgrund seiner Quellenbasis Aussagen nicht nur zur Rezeption, sondern auch zum institutionellen Ort, zur Struktur und zu den Inhalten der Propaganda schwierig waren. Für die Rekonstruktion der arabischsprachigen Rundfunkpropaganda griff er vorwiegend auf die Zusammenfassung und Übersetzung von Themen und Inhalten der Radiosendungen durch amerikanische Stellen in Ägypten zwischen 1942 und 1945 zurück. Herfs Studie konnte Forschungslücken schließen und erstmals in größerem Umfang Aussagen über die deutsche Propaganda für den Nahen Osten treffen[3]. Allerdings hatte er einige einschlägige Publikationen nicht zur Kenntnis genommen[4], und auch relevante Quellenbestände nicht berücksichtigt. Dies sind insbesondere die umfangreichen Sendungsplanungen des deutschen Kurzwellensenders für das arabische Programm von Januar 1940 bis August 1941[5], ferner die einem *monitoring*-Dienst der Politischen Abteilung der Jewish Agency zuzuordnenden hebräischen Übersetzungen und Zusammenfassungen der arabischsprachigen deutschen Sendungen für die Jahre 1940 bis 1944[6], überwiegend in hebräischer, aber auch in französischer und englischer Sprache vorliegende Bestände interner nachrichtendienstlicher Mitteilungen der Jewish Agency über Propaganda- und anderweitige Aktivitäten deutscher Akteure für die Zeit zwischen 1933 und 1945[7] sowie Erinnerungsberichte von Mitarbeitern des deutschen Kurzwellensenders[8]. Diese erstmals erschlossenen Bestände bilden die Grundlage des vorliegenden Aufsatzes.

---

[2] Dabei hatte etwa Tillmann bereits 1965 die Erforschung der Rundfunksendungen in arabischer Sprache angemahnt, habe doch „bei der propagandistischen Durchdringung der arabischen Nahostländer der deutsche faschistische Rundfunk das relativ wirksamste Instrument" geliefert. Heinz Tillmann, Deutschlands Araberpolitik im zweiten Weltkrieg, Berlin (Ost) 1965, S. 84.

[3] Vgl. kritisch zur Studie Götz Nordbruch, „Cultural Fusion" of Thought and Ambitions? Memory, Politics and the History of Arab-Nazi German Encounters, in: Middle Eastern Studies 47 (2011), S. 183–194.

[4] Vgl. insbesondere Reimund Schnabel, Mißbrauchte Mikrofone. Deutsche Rundfunkpropaganda im Zweiten Weltkrieg, Wien 1967; Willi A. Boelcke, Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924–1976, Frankfurt a. M. 1977, wird zwar bei Herf erwähnt, seine Ergebnisse zu verschiedenen Mitarbeitern des Kurzwellensenders oder zum Geheimsender Concordia finden aber keine Berücksichtigung, anders als bei David Motadel, Islam and Nazi Germany's War, Cambridge, MA. 2014, S. 92 f., der in einem Kapitel auf das Programm und – ebenfalls auf Basis der US-amerikanischen Übersetzungen – dessen Inhalte eingeht.

[5] Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch Berlin), R78/1802 bis R78/1826.

[6] Aus dem Zionistischen Zentralarchiv in Jerusalem (künftig: CZA), insbesondere S25/5524 bis S25/5527, und dem Archiv der Haganah in Tel Aviv (künftig: HA), 117/14.

[7] CZA, S25.

[8] Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArch Koblenz), B187/3729; Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt a. M., A18.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Auswertung macht es möglich, präzise Aussagen zu Entstehungskontext, institutionellem Ort sowie Struktur der nationalsozialistischen arabischsprachigen Rundfunkpropaganda zu treffen. So kann der Mitarbeiterstab der „Orientzone" des Kurzwellensenders – er ist entgegen bisheriger Annahmen klar den Strukturen des Propagandaministeriums zuzuordnen – erstmalig rekonstruiert werden. Das betrifft die deutschen, aber insbesondere auch die arabischen Mitarbeiter. Zudem kann auch und insbesondere für die zentrale Frage nach den Propagandainhalten der bisherige Forschungsstand korrigiert und erweitert werden. Wurde bisher vor allem deren vermeintlich religiöse Ausrichtung in den Mittelpunkt gestellt – d. h. also der diskursive Bezug auf den Islam, die autoritativen religiösen Überlieferungen und die islamische Geschichte bzw. Tradition[9] –, wird dieser Fokus nach der Rekonstruktion von Programmstrukturen und Sendeinhalten fragwürdig.

Dies macht deutlich, dass es sich bei den Sendungen um Nachrichtenprogramme handelt, die in manchen Sendeblöcken mit Kommentaren ergänzt wurden; Meldungen über die Stärke des Deutschen Reiches und die Schwäche seiner Gegner sowie Verweise auf den europäischen Schauplatz nahmen einen zentralen Platz ein. Implizit und explizit wurden Bezüge zwischen nationalsozialistischer Politik und der Situation im Nahen und Mittleren Osten hergestellt – die lange unterdrückte deutsche Nation, die sich im Kampf um ihre Souveränität gegen die Kolonialmächte befand, richtete sich an die Kolonisierten. Berufungen auf den Islam lassen sich dabei in vielen Fällen zudem als der Form nach islamisierte säkulare, zumeist nationalistische Inhalte dechiffrieren.

Die arabische Rundfunkpropaganda deutscher Stellen lässt sich auf den Begriff eines spezifisch nationalsozialistischen, antisemitisch fundierten Antikolonialismus bzw. Antiimperialismus bringen. Diese Feststellung soll im Folgenden auf der Basis der Untersuchung der Sendeinhalte begründet und erläutert werden. Nach Ausführungen über Beginn und institutionellen Kontext der Sendungen werden die inhaltlichen Schwerpunkte „Das Deutsche Reich und seine Gegner", „Neue Ordnung", „Kolonialismus und Antikolonialismus", „Antizionismus und Antisemitismus" sowie „Islam" in diesem Sinne in den Grundzügen rekonstruiert, bevor abschließend die Rezeptionsfrage erörtert wird.

Anlass, Beginn und Struktur der arabischen Sendungen

Die Fragen nach Anlass, Kontext und genauem Beginn der arabischsprachigen Rundfunksendungen in den Nahen Osten sind in der Forschung bisher widersprüchlich und unzureichend beantwortet worden[10]. Sie sind jedoch durchaus

[9] „These religious messages offered a cultural point of entry that would hopefully establish a willingness among devout Muslim audiences to listen to Nazism's political messages", in: Herf, Nazi Propaganda, S. 53 sowie S. 4 u. S. 262; vgl. auch Küntzel, Zeesen bis Beirut, in: Rabinovici/Speck/Sznaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus?, S. 272 f. u. S. 276.

[10] So haben Arsenian, Barbour und Lewis den Sendebeginn ohne Quellenangaben für Anfang bzw. Mitte 1938 angenommen, Schwipps datiert ihn unter Berufung auf eine ihm vorliegende Mitteilung auf den 25. 4. 1939. Herf, Hitlers Dschihad, nennt „Herbst 1939" (S. 259), ders., Nazi

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

genauer zu klären. Die ersten fremdsprachigen Sendungen des deutschen Kurzwellensenders lassen sich als Reaktion auf die Kritik an nationalsozialistischen Maßnahmen verstehen, die in deutschen Sendungen der *BBC* seit September 1938 geäußert wurde[11]. Das im Februar 1939 von Hitler und dem Propagandaministerium vorgegebene Ziel war es, „mit nationalsozialistischer Gründlichkeit" zurückzuschlagen, um durch rundfunkpropagandistischen Druck auf die englische Regierung ein Ende ihrer Einmischung im Allgemeinen und ihrer deutschsprachigen Rundfunksendungen im Besonderen zu erzwingen[12]. Es sollte darum gehen, für arabische oder etwa irische Hörer die „peinlichen Fragen des Empires polemisch aus[zu]walzen", also Kolonial- und Mandatskonflikte oder den Nordirlandkonflikt[13]. Zuvor war der Konflikt im Mandatsgebiet Palästina bereits von der deutschen Presse immer wieder aufgegriffen worden, zuletzt, um internationale Kritik aufgrund der antisemitischen Übergriffe und Maßnahmen seit dem 9. November 1938 zu neutralisieren[14]. Die *raison d'être* der Propagandasendungen ist also in der machtpolitischen Auseinandersetzung des Reichs insbesondere mit Großbritannien zu sehen. Der arabische Rundfunk wie auch die Kontakte zu und die Unterstützung von arabischen Nationalisten und „Islamisten" standen unter der Maßgabe der Schädigung oder „Niederschlagung Englands"[15].

propaganda, nennt gleichzeitig September 1939 (S. 3), Oktober 1939 (S. 9) aber dann auch 25. April 1939 (S. 37) unter Bezug auf Schwipps. Vgl. Werner Schwipps, Wortschlacht im Äther, in: Deutsche Welle (Hrsg.), Wortschlacht im Äther. Der deutsche Auslandsrundfunk im Zweiten Weltkrieg. Geschichte des Kurzwellenrundfunks in Deutschland 1939–1945, Berlin 1971, S. 13–97, hier S. 58; Nevill Barbour, Broadcasting to the Arab World, in: Middle East Journal 5 (1951), S. 57–69, hier S. 63; Seth Arsenian, Wartime Propaganda in the Middle East, in: Middle East Journal 2 (1948), S. 417–429, hier S. 419; Bernard Lewis, „Treibt sie ins Meer!" Die Geschichte des Antisemitismus, Frankfurt a. M. 1989, S. 171. Schon im Januar 1938 hatte man im Orientreferat der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes (AA) die Möglichkeit arabischer Sendungen diskutiert. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA AA), R104800, Pol VII, Zur Frage eines Funks in arabischer Sprache durch deutsche Sender, 7. 1. 1938.

[11] Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands hrsg. von Elke Fröhlich, Teil 1: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 6: August 1938–Juni 1939, bearb. von Jana Richter, München 1998, Tagebucheintrag vom 17. 11. 1938, S. 189. Zu den deutschsprachigen Sendungen der BBC vgl. u. a. Stephanie Seul, „Any reference to Jews on the wireless might prove a double-edged weapon". Jewish images in the British propaganda campaign towards the German public, 1938–1939, in: Martin Liepach/Gabriele Melischek/Josef Seethaler (Hrsg.), Jewish Images in the Media, Wien 2007, S. 203–232, hier S. 203 f.

[12] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, T. 1, Bd. 6, Tagebucheintrag vom 22. 2. 1939, S. 265.

[13] Ebenda u. Tagebucheintrag vom 28. 2. 1939, S. 270: „Wir arbeiten ein System von Rundfunksendungen aus, die den Engländern weh tun. In Englisch, Arabisch und Irisch. Dann wird ihnen das Senden in Deutsch schon bald vergehen."

[14] „Ich lasse in der deutschen Presse scharf und mit viel Material gegen die englische Palästinapolitik polemisieren. Das tut den Engländern sehr weh und gibt uns eine gewisse Entlastung. [...] Nachmittags kommt der Führer. Er ist gut in Stimmung. Scharf gegen die Juden. Billigt ganz meine und unsere Politik. Auch mit unseren Angriffen gegen London bzgl. Palästina ist er einverstanden." In: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, T. 1, Bd. 6, Tagebucheintrag vom 17. 11. 1938, S. 189.

[15] Vgl. dazu auch „Aufzeichnung zur Arabischen Frage", 7. 3. 1941, Dok. 110, in: Schnabel, Rundfunkpropaganda, S. 259–270, hier S. 259.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Den Startschuss für englischsprachige Nachrichtensendungen gab man in Berlin Ende März 1939. Gleichzeitig begann ein Probelauf mit arabischen Sendungen in den Nahen Osten, die dort, wie die zionistische Tageszeitung *Palestine Post* vermeldete, erstmalig in der Woche ab dem 20. März 1939 zu hören waren[16]. Wie zeitgenössische Medienberichte belegen, setzten regelmäßige arabische Abendnachrichtensendungen von *Radio Berlin* dann ab dem 24. April ein[17]. Der Sendebetrieb des zusätzlichen Geheimsenders *Stimme des freien Arabiens* wurde am 9. Mai 1941 aufgenommen[18]. Er trat als Untergrundsender ägyptischer Nationalisten auf, mit der „Tendenz: Anti-britische, hauptsächlich auf Ägypten abgestellte, den pan-arabischen Gedanken vertretende Freiheitspropaganda"[19]. Unmittelbarer Kontext, wenn nicht Anlass der Inbetriebnahme war der antibritische Militärputsch im Irak unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rašīd ʿĀlī al-Kīlānī im April 1941, der als Zündfunke einer überregionalen arabischen Aufstandsbewegung dargestellt und von manchen Mitarbeitern der Orientabteilungen auch so verstanden wurde. Um die „Sendearbeit zum Irak" verstärken zu können, setzte Goebbels sogar andere Fremdsprachensendungen ab[20].

Bereits im November 1939 wurden von *Radio Berlin* drei Sendungen täglich ausgestrahlt. Auch mit Blick auf die seit den italienischen Angriffen auf Ägypten im September 1940 eskalierende Kriegssituation in Nordafrika wurden Sendungsanzahl und -umfang weiter ausgebaut und eine zusätzliche Morgensendung eingeführt[21]. Nachdem der „ägyptische" Geheimsender *Stimme des Freien Arabiens* im Kontext des Kīlānī-Putsches mit täglich zwei Sendungen à 15 Minuten in Berlin die Arbeit aufgenommen hatte, wurde dann 1941 auch die Zahl der arabischen

[16] Vgl. „New Nazi Arabic Propaganda", in: Palestine Post vom 26. 3. 1939, S. 2.

[17] „Altruistic Mufti, British Atrocities, Unbiased News", in: Palestine Post vom 26. 4. 1939, S. 5; „Prescience", in: Ebenda vom 5. 5. 1939, S. 8; „First German Broadcast in Arabic", in: The Times vom 29. 4. 1939, S. 13. Der von Schwipps unter Bezug auf eine „Mitteilung" Rotts genannte 25. April ist der Tag, an dem der Beginn der arabischsprachigen Sendungen in Berlin offiziell verkündet wurde. Vgl. „German Propaganda", in: The Times vom 26. 4. 1939, S. 15. Die falsche Datierung auf Anfang bzw. Mitte 1938 bei Arsenian, Barbour und Lewis (wie Anm. 10) könnte auf eine Verwechslung bzw. Identifizierung des arabischsprachigen mit dem deutschsprachigen Kurzwellenrundfunk in den Nahen Osten zurückzuführen sein. Seit Mitte 1938 wurden nämlich deutsche Programme über Kurzwelle in den Nahen Osten ausgestrahlt, wobei in den zwei täglichen Nachrichtenprogrammen ausgiebig die „blutigen Zwischenfälle", „Kämpfe" und „Hungersnöte" im palästinensischen Mandatsgebiet behandelt wurden, mit einem subtil wohlwollenden Schwerpunkt auf den Aktionen palästinensischer „Freischärler" und „Freiheitskämpfer" gegen „Engländer" und „Juden". Vgl. Das Abhören von Radio Berlin und Bagdad [handschriftl., hebr.], S[hertok] und G[olan], 27. u. 31. 8. 1939, in: CZA, S 25/10013–84f. u. 88, sowie diverse Transkripte ebenda, 66–83.

[18] Anfänglich wohl gegen den Willen des AA; vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, T. 1, Bd. 9: Dezember 1940–Juli 1941, bearb. von Elke Fröhlich, München 1998, Tagebucheintrag vom 13. 5. 1941, S. 308.

[19] „Übersicht über die am 25. 6. 1942 in Betrieb befindlichen Concordia-Sender", 26. 6. 1942, Dok. 38, in: Schnabel, Rundfunkpropaganda, S. 94f.

[20] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, T. 1, Bd. 9, Tagebucheintrag vom 11. 5. 1941, S. 304.

[21] Gustav Bofinger, Entstehung und Geschichte der Zone Orient KWS (Kurzwellensender), in: BArch Koblenz, B187/3729, S. 16, u. Tagesplanung Orient v. 4. 5. 1941, in: BArch Berlin, R78/1823.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Sendungen von *Radio Berlin* auf sechs erhöht[22]. Die beachtliche tägliche Gesamtsendezeit der offenen und verdeckten Propaganda aus Berlin betrug damit über zweieinhalb Stunden[23]. Drei Hauptabendsendungen dauerten länger als 30 Minuten und setzten sich aus Nachrichten und ihnen folgenden „Talks" – d.h. Kommentaren oder Glossen – zusammen. Von Beginn an dominierten die Nachrichten klar das Programm bzw. das Propagandakonzept[24].

Die propagandataktische Anrufung von und ausdrückliche Identifikation mit dem Kollektivsubjekt „Araber" in der deutschen Propaganda ist dabei keineswegs als Widerspruch zur rassistischen Ideologie und Politik der deutschen Stellen zu verstehen. Positiv und negativ aufgeladene orientalisierende Fremdbilder und Zuschreibungen sowie die Klassifikation von Arabern als „fremdvölkische" bzw. „fremdrassige Ausländer", deren Kontakt mit der „arischen" Bevölkerung unerwünscht war, gingen einher mit einer Inszenierung des Arabers als „politischer Freund" gegenüber Kollaborateuren und in der Auslandspropaganda[25]. Dass es den deutschen Stellen durchweg um arabische Akteure als Objekte, und nicht als Subjekte einer ideologischen oder politischen Konvergenz und Kollaboration ging, wie dies schon in den frühen Studien Hirszowiczs, Melkas oder Tillmanns deutlich wurde[26], wird auch durch die Untersuchung der Inhalte – so findet man

[22] Arabische Sendungen der Radiostationen [hebr.], 14. 7. 1941, in: CZA, S25/5526–330.

[23] Ende 1941 nahm schließlich noch der vom Oberkommando der Wehrmacht und dem AA geleitete Sender Athen arabischsprachige Sendungen auf. Eine Untersuchung des Athener Rundfunks steht noch aus. Die bekannten Quellen enthalten jedenfalls keine Anhaltspunkte für Abweichungen von den hier rekonstruierten Propagandainhalten.

[24] Herf konstatiert unzutreffend, dass sich die Sendungen der Jahre 1939 und 1940 nicht mit tagesaktuellen Ereignissen beschäftigten. Diese Einschätzung erklärt sich daraus, dass er Aussagen für diese Zeit auf der Basis eines Quellenbestandes trifft, der nur einzelne Übersetzungsvorlagen weniger und zudem extern beigesteuerter „Talks" aus einem Zeitraum von drei Monaten umfasst, von denen unklar ist, ob sie in die Programmplanung übernommen und gesendet wurden. Auch Aussagen zum *arabischen* Stil und Sprachniveau der Sendungen trifft er auf Basis dieser deutschen Manuskripte. Vgl. Herf, Nazi Propaganda, S. 44; BArch Berlin, R901/73039 (AA, Rundfunkpolitische Abteilung – Sendemanuskripte). Herfs Betonung einer Zäsur in der inhaltlichen Gestaltung der Propaganda, die er mit dem Eintreffen Ḥusainīs und anderer arabischer Exilanten und ihrem angenommenen Einfluss auf die Rundfunkpropaganda begründet, lässt sich auch als Fehlinterpretation dieses Bestandes erklären – für die Zeit bis August/September 1941 lagen Herf schlicht keine Quellen vor. Für die Zeit danach scheint zudem die Frage nach dem Fokus der Protokollanten, in seinem Fall der amerikanischen Stellen, bei der Auswertung nicht problematisiert worden zu sein.

[25] Vgl. Sophie Wagenhofer, „Rassischer" Feind – politischer Freund? Inszenierung und Instrumentalisierung des Araberbildes im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 2010; vgl. auch Peter Wien, The Culpability of Exile. Arabs in Nazi Germany, in: Geschichte und Gesellschaft 37 (2011), S. 332–358.

[26] „A contemptuous attitude to the Arabs, aversion to their character and political behaviour, disbelief in their state-forming capacity and their loyalties as allies are expressed by many statements of German leaders and officials. [...] Whatever the promises made to the Arabs – and there were not many even of them – the Germans never for a moment doubted that the Arabs would remain dependent and dominated by European masters after the Nazi total victory." In: Lukasz Hirszowicz, The Third Reich and the Arab East, London 1966, S. 315. Vgl. Tillmann, Araberpolitik, und Robert Lewis Melka, The Axis and the Arab Middle East,

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

etwa keinerlei klare Positionierungen zur Frage der Unabhängigkeit der arabischen Länder – und Strukturen der deutschen Auslandspropaganda bestätigt.

Die Orientzone im Kurzwellensender – die deutschen Mitarbeiter

In Bezug auf den geografischen und institutionellen Ort sowie auf die Mitarbeiter des Kurzwellensenders ist es bisher vor allem zu Fehlinterpretationen gekommen. Es lässt sich jedoch eindeutig klären, dass die Sendungen vom *Deutschen Kurzwellensender* der Reichsrundfunkgesellschaft, also von Einrichtungen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP), inhaltlich bestimmt und ausgestrahlt wurden[27]. Die Fremdsprachenredaktionen des Senders waren zunächst Unterabteilungen des Drahtlosen Dienstes, einer Agentur des Propagandaministeriums, im April 1941 wurden sie als „Zonenredaktionen" des Senders direkt der Reichsrundfunkgesellschaft angegliedert. Aus Abteilungen des Auswärtigen Amtes (AA), das versuchte, hier seinen Einfluss geltend zu machen, wurde teilweise Material beigesteuert, auch war das AA häufig an der nachträglichen Kontrolle der Sendemanuskripte beteiligt. Verbindungsmann zwischen den Ministerien und zum Kurzwellensender war Kurt Georg Kiesinger, Mitarbeiter der Rundfunkabteilung des Amtes und außerhalb der Strukturen des Propagandaministeriums in dieser Funktion wohl einflussreichster Akteur in der fremdsprachigen nationalsozialistischen Rundfunkpropaganda[28]. Angesiedelt waren

1933–1945 [Diss.], University of Minnesota 1966. Berücksichtigung fanden derweil insbesondere die regionalen Interessen Italiens, gewissermaßen auch Vichy-Frankreichs.

[27] Herf rechnet Programmverantwortlichkeit und Sender dem AA zu und erwähnt daher die eigentlich relevanten Strukturen des Propagandaministeriums und die deutschen und arabischen Mitarbeiter der „Zone Orient" nicht. Vgl. u. a. Herf, Hitlers Dschihad, S. 263 ff., und ders., Nazi propaganda, S. 40. Doch die Abteilung Rundfunk (Ru) „produzierte" keine Sendungen und durfte an Programminhalten auch nur stark begrenzt mitwirken. Die in diesem Zusammenhang von ihm getroffene Einschätzung, dass Hitler Ende 1941 den Streit um die Verantwortlichkeit für die Auslandspropaganda zugunsten des AA entschieden habe, trifft nicht zu. So stärkte das von Herf diesbezüglich angeführte „Arbeitsabkommen" sogar das Propagandaministerium zuungunsten des AA, insbesondere in Fragen des Auslandsrundfunks. Entwurf, Propagandaminister an Reichskanzlei, betrifft: Betrieb von Rundfunksendern im Ausland durch das Auswärtige Amt, 3. 6. 1941, in: BArch Berlin, R55/20893–28-31, und Entwurf, Goebbels an Reichskanzlei, Betr.: Anwendung des Führer-Erlasses vom 8. 9. 1939 und 9. 6. 1941, in: Ebenda, R55/20893–34 f.; vgl auch Peter Longerich, Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop, München 1987, S. 143 f., u. Willi A. Boelcke, Kriegspropaganda 1939–1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, Stuttgart 1966, S. 126 f. Spätestens im Frühjahr 1944 war sogar nur noch von „verschwindenden Reste[n] personellen Einflusses des Auswärtigen Amtes im Auslandsrundfunk" die Rede. Leiter Rundfunk an Min.Direktor Naumann, Betr.: Einflußnahme des AA auf den Auslandsrundfunk, 16. 4. 1944, in: BArch Berlin, R55/20011–12.

[28] Vgl. zur Struktur Geschäftsübersicht des AA, September 1943, Digitalisat auf http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/373334/publicationFile/3850/GeschaeftsvertPlanSeptember1943.pdf [20. 1. 2015].

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Sender und Redaktionen am Berliner Kaiserdamm, bis sie im Verlauf des Jahres 1943 kriegsbedingt nach Königs Wusterhausen ausgelagert wurden[29].

Die ersten Sendungen wurden zwischen März und Herbst 1939 von einem kleinen Übersetzer- und Sprecherteam unter der Leitung des Arabisten Gerhard Rott erarbeitet und durchgeführt[30]. Im August 1939 wurde der Journalist Gustav Bofinger mit dem Aufbau der „Zone Orient" für den deutschen Kurzwellensender beauftragt. Dabei waren maximal zwei deutsche Redakteure vorgesehen. Sie sollten laut Bofinger „die deutschen Nachrichtentexte schreiben, Kommentare entwerfen, Musik einschneiden und die orientalische Einfärbung des Sendestoffes den Übersetzer-Redaktionen überlassen"[31]. Jeweils einem der den Redaktionen vorstehenden deutschen Orientalisten oblag es, die Übersetzungen zu betreuen und die Sprecher zu überwachen. Nachdem die Orientzone sich im September 1939 konstituiert hatte, blieb Bofinger bis zum Januar 1941 ihr einziger deutscher Redakteur. Er war verantwortlich für die arabischen, die auf Nordafrika ausgerichteten „maghrebinischen", die türkischen, persischen und indischen Sendungen bzw. die entsprechenden Ländergruppen[32]. Erst im Frühjahr 1941 wurden stellvertretende Zonenleiter und zusätzliche deutsche Redakteure für die verschiedenen Redaktionen eingestellt. Bis 1941 war Gerhard Rott der leitende Arabist der Orientzone, 1942 folgte ihm bis Kriegsende Martin Abel[33], Rott wechselte als Leiter in das Geheimsender-Projekt mit dem Tarnnamen *Büro Concordia* zur *Stimme des Freien Arabiens*[34]. Rott muss wohl als eine der bedeutendsten und inhaltlich prägenden Figuren des deutschen Auslandsrundfunks in arabischer Sprache gelten. Mit den „Neu-Arabischen Stilproben" von 1940 veröffentlichte er die erste deutsche modernarabische „Chrestomathie", eine einzigartige, bisher unbeachtete Sammlung von frühen Propagandanachrichtentexten aus dem Rundfunkprogramm der Orientzone, zusammengestellt vom „Leiter der Arabischen Redaktion des Drahtlosen Dienstes"[35]. 1942 wurde er mit der Arbeit „Kawākibī, ein arabischer Nationalist" promoviert[36]. Abel, Arabist und Afrikanist, hatte vor Beginn seiner Arbeit in der Orientzone bereits für militärische Stellen ein „Tuareg-Lesebuch" sowie ein „Soldaten-Wörterbuch Deutsch-Berberisch" und ein „Soldaten-Wörterbuch Deutsch-Tuareg" für den „Feldgebrauch" verfasst[37]. Andere in der

[29] Zeesen bei Berlin war nicht Standort des Senders, wie Herf, Schwanitz, Küntzel u. a. annehmen. Dort befanden sich lediglich technische Abstrahlungsanlagen.
[30] Bofinger, Entstehung und Geschichte, in: BArch Koblenz, B187/3729, S. 1.
[31] Ebenda, S. 2.
[32] Ebenda, S. 3.
[33] Vgl. Martin Abel, Die arabische Vorlage des Suaheli-Epos Chuo Cha Herkal. Textkritische Edition und Übersetzung. Ein Beitrag zur Kenntnis der legendären Maġāzī-Literatur, Berlin u. a. 1938, Diss., Universität Hamburg 1938.
[34] Bofinger, Entstehung und Geschichte, in: BArch Koblenz, B187/3729, S. 25; Übersicht über die am 25. 6. 1942 in Betrieb befindlichen Concordia-Sender, 26. 6. 1942, Dok. 38, in: Schnabel, Rundfunkpropaganda, S. 94 f.
[35] Vgl. Gerhard Rott, Neu-Arabische Stilproben, Leipzig 1940.
[36] Vgl. ders., Kawākibī, ein arabischer Nationalist, Diss., Universität Berlin 1942.
[37] Vgl. Martin Abel (Hrsg.), Tuareg-Lesebuch. Poesie und Prosa, Berlin 1940; ders. (Hrsg.), Soldaten-Wörterbuch – Deutsch-Berberisch. Mit Redewendungen für Feldgebrauch, Berlin

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Orientzone tätige Orientalisten wie Liselotte Kulisch oder Hans-Joachim Kissling waren hingegen weniger in Zeitgeschehen und modernen Sprachen als in klassischer Philologie versiert[38]. Aufgrund ihrer vermuteten oder tatsächlichen Sprachbegabung waren auch sie für Begleitung und Kontrolle der Übersetzungsarbeit und der Sprecher der Sendungen eingebunden worden.

1944 sprachen die Orientalisten SS-Standartenführer Prof. Dr. Walther Wüst, Rektor der Universität München, Prof. Dr. Richard Hartmann, Kooperationspartner der SS-Mullahschule und nach dem Krieg Mitbegründer und Leiter des Instituts für Orientforschung der Berliner Akademie, sowie Prof. Dr. Helmuth Scheel, von 1939 bis 1952 Herausgeber der Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft und erster Generalsekretär der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur von der „Arbeit der deutschen Wissenschaft vom Orient", „die als ein unentbehrliches Glied der geistigen Rüstung des deutschen Volkes auch im Kriege nicht ruhen durfte und nicht ruhte"[39]. Hans Heinrich Schaeder, bis 1957 Professor in Göttingen, betonte im gleichen Jahr, dass „die deutsche Orientforschung bei aller Verschiedenheit ihrer Aufgaben und ihrer Mitarbeiter eine geschlossene Arbeitsgemeinschaft darstellt, die [...] der Anspannung aller Kräfte des Deutschtums zu seiner freien Durchsetzung und Entfaltung, dienen will und zu dienen weiß"[40]. Diese Worte verweisen auf den Platz der Orientalistik im Kontext der Selbstmobilisierung einer nationalisierten Wissenschaft und Kollaborationszusammenhänge, die von Hanisch und Ellinger in weiten Teilen bereits untersucht worden sind[41]. Hingegen ist die Rolle von Orientalisten in der nationalsozialistischen Auslandspropaganda für den Nahen und Mittleren Osten, eine ihrer folgenreichsten praktischen Dimensionen, bisher nicht thematisiert worden[42].

1940; ders. (Hrsg.), Soldaten-Wörterbuch. Deutsch-Tuareg. Rund 2000 Wörter und gebräuchliche Redewendungen für Feldgebrauch, Berlin 1941.

38 Vgl. Liselotte Kulisch, Die türkischen Lehnsbriefe in der Landesbibliothek zu Kassel. Mit einem Überblick über die Lehnsverwaltung in frühtürkischer Zeit, Diss., Universität Berlin 1938; Hans-Joachim Kissling, Die Sprache des ʿĀšiḳpašazāde. Eine Studie zur osmanisch-türkischen Sprachgeschichte, München 1936 [Diss., Universität Breslau].

39 Walther Wüst/Richard Hartmann/Helmuth Scheel, Vorwort, in: Richard Hartmann/Helmuth Scheel (Hrsg.), Beiträge zur Arabistik, Semitistik und Islamwissenschaft, Leipzig 1944, S. V f., hier S. V.

40 Hans Heinrich Schaeder, Vorwort des Herausgebers, in: Ders. (Hrsg.), Der Orient in deutscher Forschung. Vorträge der Berliner Orientalistenforschung Herbst 1942, Leipzig 1944, S. V.

41 Vgl. Ludmila Hanisch, Die Nachfolger der Exegeten. Deutschsprachige Erforschung des Vorderen Orients in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wiesbaden 2003; dies., Ausgegrenzte Kompetenz. Porträts vertriebener Orientalisten und Orientalistinnen 1933–1945, Halle/Saale 2001; Ekkehard Ellinger, Deutsche Orientalistik zur Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945, Berlin 2006, S. 419: „Betrachtet man die orientalistischen Wissenschaftsinhalte und das orientalistische Netzwerk der Jahre 1933–45 in ihrer Gesamtheit, so stellt sich die deutsche Orientalistik dieser Jahre als Wissenschaftsdisziplin dar, die sich durch einen hohen Identifikationsgrad mit dem NS auszeichnet."

42 Personen wie Abel, Kulisch oder Kissling unterlaufen dabei auch den Topos des Orientalisten, der sich während des Nationalsozialismus auf Philologie und Geschichte zurückzieht.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Orientzone im Kurzwellensender – die „Orientalen"

Ebenso wenig wie den deutschen wurde in der Forschung bisher den ausländischen Mitarbeitern der Orientzone Aufmerksamkeit gewidmet, Bofinger spricht rückblickend von über 20 „Orientalen"[43]. Neben den bereits 1939 eingestellten Mitarbeitern Yūnus Baḥrī, Muḥammad Taqī ad-Dīn al-Hilālī, Farağ Allāhwardī, Alimcan Idris und ʿAzīz Ḍūmiṭ konnten nun die Namen von 16 weiteren Ausländern identifiziert werden, die mit Sicherheit oder wahrscheinlich für die arabische Ländergruppe und den Geheimsender des *Büros Concordia* gearbeitet haben[44]. Einige Mitarbeiter wie Kamāl ad-Dīn al-Ğalāl und Bahrām Šārūḫ waren nicht nur in der Rundfunkpropaganda sondern auch in der fremdsprachigen Publizistik des Propagandaministeriums beschäftigt, der erst die „Sprachendienste" der Reichsrundfunkgesellschaft bzw. des Drahtlosen Dienstes zuarbeiteten, dann ab 1941 die „Fremdsprachendienst[-Verlags] GmbH"[45]. Ğalāl und Šārūḫ gaben die wichtigsten Publikationen des Dienstes für den Nahen Osten heraus, die „Illustrierte" *barīd al-šarq* (Ende 1939 bis Mitte 1944) und das persische Magazin *ğahāne nō* (Februar 1940 bis Juni 1941)[46].

Der mit Abstand bekannteste Mitarbeiter der Orientzone war der Sprecher Yūnus Baḥrī, der innerhalb der Ländergruppe eine Leitungsfunktion einnahm und im Nahen Osten gewissermaßen als Aushängeschild von *Radio Berlin* galt. Deutschen und alliierten Stellen galt er als rhetorisch versiert, charismatisch und bei der Hörerschaft beliebt[47]. Bis 1939 war Baḥrī als Publizist und Herausgeber sowie als Sprecher im nationalistischen und betont antizionistischen und antibritischen „Palastsender" König Ġāzīs ein bedeutender Aktivist der nationalistischen antikolonialen Bewegung im Irak gewesen[48]. Bereits in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre hatte er Kontakte zu deutschen Stellen, insbesondere zum deutschen Botschafter in Bagdad Fritz Grobba. Für diesen hatte er gegen Bezahlung deutsche Propagandaartikel übersetzt und in die irakische Presse, vermutlich auch in eine eigene Zeitung, lanciert[49]. Bis kurz vor Kriegsende 1945 war Baḥrī im arabischen Auslandsrundfunk aktiv. Allerdings war er Anfang 1942 auf Betreiben

[43] Bofinger, Entstehung und Geschichte, in: BArch Koblenz, B187/3729, S. 1 f.

[44] Für die Genannten Mitteilung vom 17. 8. 1939, in: BArch Berlin, R55/549–38.

[45] Vgl. dazu auch Thomas Schiller, NS-Propaganda für den „Arbeitseinsatz": Lagerzeitungen für Fremdarbeiter im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1997, S. 133–136.

[46] Gerhard Höpp, Muslim Periodicals as Information Sources on Arab Life in Germany, in: Zentrum Moderner Orient (künftig: ZMO), Nachlass Gerhard Höpp (NL Höpp), 01. 21. 42.

[47] Vertraulicher Bericht – Aufklärungsausschuß Hamburg-Bremen an RMVP, 30. 11. 1939, in: BArch Berlin, R55/20013–3, S. 4.

[48] Vgl auch Handschriftliche Aussage Fritz Grobbas vom 5. 3. 1946 [russ.], in: Christoforov, Tajny diplomatii Tret′ego Rejcha, Onlineversion auf http://istmat.info/node/21944; Handschriftliche Aussage Fritz Grobbas vom 22. 3. 1946 [russ.], in: Christoforov, Tajny diplomatii Tret′ego Rejcha, Onlineversion auf http://istmat.info/node/21945 [20. 1. 2015].

[49] Handschriftliche Aussage Fritz Grobbas vom 5. 3. 1946 [russ.], in: Christoforov, Tajny diplomatii Tret′ego Rejcha, Onlineversion auf http://istmat.info/node/21944; Handschriftliche Aussage Fritz Grobbas vom 22. 3. 1946 [russ.], in: Christoforov, Tajny diplomatii Tret′ego Rejcha, Onlineversion auf http://istmat.info/node/21945 [20. 1. 2015].

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

des Politikers, ehemaligen Muftis von Jerusalem und „islamischen Nationalisten" Amīn al-Ḥusainī, der kurz zuvor in Berlin eingetroffen war, kurzzeitig entlassen und mehrere Monate aus der Orientzone ausgeschlossen worden[50]. Während Baḥrī ein säkularer Nationalist war, der in der Rückschau auf seine Berliner Zeit mit Promiskuität und nächtlichen Vergnügungen prahlte[51], war der im heutigen Marokko geborene und aus einem traditionalen, sufisch geprägten Milieu stammende Muḥammad Taqī ad-Dīn al-Hilālī hingegen ein früher „Islamist", ein Vertreter der Neo-*salafiya* in Europa[52], der sowohl vom saudischen Wahhabismus als auch vom politischen Islam der ägyptischen Muslimbruderschaft beeinflusst war[53]. Hilālī, ein bedeutender Vertreter des transnationalen Netzwerks panislamischer antikolonialer Intellektueller um die im Schweizer Exil lebende, zentrale organisatorische und intellektuelle Führungsfigur Šakīb Arslān[54], war auf dessen Vermittlung nach Deutschland gekommen, wo er promovierte und für den deutschen Propagandaapparat und seine Orientzone arbeitete[55]. Der vermutlich seit Ende 1941 für die Orientzone arbeitende Salīm ʿAbd ar-Raḥmān wiederum war wie Ḥusainī einer der frühen palästinazentrierten, doch zunächst panarabischen bzw. pansyrischen Nationalisten der „Faiṣal-Generation" um 1920 und hatte mit diesem, mit ʿAbd al-Qādir al-Muẓaffar und anderen bereits 1918 den „Arabischen Klub" (an-nādī al-ʿarabī) gegründet[56].

[50] Dokumente über einen Disput des Mufti mit Yunis Bahry (Yūnus Baḥrī), ehem. Sprecher des arab. Rundfunk in Berlin, sowie über dessen Rückkehr nach Berlin, in: ZMO, NL Höpp, 01.27.030; Bericht über die Anschuldigungen Ḥusainīs gegenüber Baḥrī, in: Ebenda, 01.30.146; Arabische Sendungen der Radiostationen [hebr.], 20.4.1942, in: HA, 117/14. Ḥusainī befand sich nach Stationen im Libanon, Irak und Iran im deutschen Exil. Vgl. dazu u.a. Klaus Gensicke, Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten. Eine politische Biographie Amin el-Husseinis, Darmstadt 2007.

[51] Vgl. u. a. Yūnus Byaḥrī, hūna Birlīn, ḥayya al-ʿarab [Hier ist Berlin, Heil den Arabern], Bd. 4, Beirut 1956.

[52] Diese seit der Jahrhundertwende erstarkte intellektuelle Bewegung grenzte sich von einer Tradition ab, die sie als dekadent ablehnte, und orientierte sich an einem „reinen" und vermeintlich authentischen Islam der Altvorderen, der salaf aṣ-ṣāliḥ. Vgl. einführend Ali Merad, Iṣlāḥ, in: Encyclopedia of Islam 2, 4, Leiden 1978, S. 141–171.

[53] Muḥammad bin Saʿd aš-Šuwaiʿar, ḥaula aš-šaiḫ Taqī ad-Dīn al-Hilālī [Über Scheich Taqī ad-Dīn al-Hilālī] 2 (2008), Digitalressource unter http://www.alhilali.net/?c=3&p=2&f=63&a=ard [20.1.2015]; Interview mit Taqī ad-Dīn al-Hilālī, in: daʿwa al-ḥaqq 1 (1957) 3, Onlineversion auf www.alhilali.net/ index.php?c=3&p=2&f=67 [20.1.2015].

[54] Vgl. zu diesem bedeutenden, gleichzeitig überaus ambivalenten, Akteur auch William L. Cleveland, Islam against the West: Shakib Arslan and the Campaign for Islamic Nationalism in the West, Austin 1985.

[55] Vgl. zu Hilālī den ertragreichen Aufsatz von Umar Ryad, A Salafi Student, Orientalist Scholarship, and Radio Berlin in Nazi Germany: Taqi al-Din al-Hilali and His Experiences in the West, in: Ders./Götz Nordbruch (Hrsg.), Transnational Islam in Interwar Europe. Muslim Activists and Thinkers, New York 2014, S. 107–156.

[56] Vgl. Manuel Hassassian, The Palestinian National Movement, 1919–1939, in: Paul Scham/Walid Salem/Benjamin Pogrund (Hrsg.), Shared Histories. A Palestinian-Israeli Dialogue, Walnut Creek, CA. 2005, S. 92–100, hier S. 93; Zvi Elpeleg, The Grand Mufti. Haj Amin Al-Hussaini, Founder of the Palestinian National Movement, Abingdon 1993, S. 4 f.; Benny Morris, Righteous Victims. A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881–1998, New York 2001,

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Nicht zuletzt wäre noch der germanophile protestantische Dichter ʿAzīz Ḍūmiṭ zu erwähnen, ein Schriftsteller und Dramatiker, der in der Zwischenkriegszeit mehr als ein Jahrzehnt mit zionistischen Stellen in Palästina korrespondiert und pro-zionistische Werke, etwa das Drama „Jossef Trumpeldor", verfasst hatte – beides in deutscher Sprache[57]. In Ägypten geboren, in Syrien in einem deutschen Internat ausgebildet, in Haifa mit einer deutschen Ehefrau lebend und zuletzt im Irak arbeitend war Ḍūmiṭ wohl eher zufällig – wie Baḥrī auf Vermittlung Grobbas – als Übersetzer zum Drahtlosen Dienst bzw. zur Reichsrundfunkgesellschaft nach Berlin gekommen; dort musste er sich nach der Einreise wöchentlich bei der Polizei melden. Aufgrund von Auseinandersetzungen mit Bofinger und Mitarbeitern der Orientzone sowie der Tatsache, dass er wie einige arabische Studenten in Berlin eine finanzielle Unterstützung der US-amerikanischen Botschaft in Anspruch genommen hatte, wurde er 1940 vom Propagandaministerium entlassen und fast vier Monate inhaftiert – um wiederum während der kurzzeitigen Absetzung Baḥrīs Anfang 1942 sogar als Sprecher eingesetzt zu werden[58]. 1943 starb er an einem Herzleiden.

Für Herf sind die Sendungen der Orientzone das Resultat der „politischen und ideologischen Kollaboration" und „gemeinsamer Leidenschaften und Interessen" von arabischen Exilanten und Nationalsozialisten: Arabische und deutsche Mitarbeiter des Propagandaapparates habe ein gemeinsames Projekt der „Radikalisierung ihrer Traditionen" verbunden[59]. Der Versuch, diese Mitarbeiter aus verschiedensten Sozialisations- und politischen Kontexten und ihre Denkformen mit dem Theorem der „radikalisierten *Tradition*" zu erfassen und dabei auch noch die religiösen Bezüge in den Mittelpunkt zu stellen, ist offensichtlich verfehlt. Zudem waren die arabischen Exilanten Angestellte, nicht Partner der leitenden Kader des deutschen Propagandaapparats. Das unterstreichen auch die eingangs rekonstruierte *raison d'être* und der Entstehungskontext der Propagandasendungen. Die bekannten und vergleichsweise einflussreichen Exilanten und Kollaborateure Amīn al-Ḥusainī und Rašīd ʿĀlī al-Kīlānī hatten, anders als Herf sowie Küntzel und andere politische Publizisten bisher annahmen, die insbesondere dem „Mufti" eine große Bedeutung, ja sogar Leitungsfunktionen in der deutschen Auslandspropaganda zuschrieben, keinen direkten Einfluss auf die Rundfunkpropaganda,

S. 35 f.; vgl. das Kapitel „muntaṣif tammūz/yūlyū 1941" in: Kāmil Murūwa, Bairūt Barlīn Bairūt. mušahādāt fī Urūbbā wa-Almānīya iṯnāʾ al-ḥarb al-ʿālamīya aṯ-ṯānīya [Beirut Berlin Beirut. Beobachtungen in Europa und Deutschland während des Zweiten Weltkriegs], Beirut 2005, Onlineversion unter http://www.almasalik.com/module.do?moduleId= 636&passageId=6085 [20. 1. 2015].

57 Vgl. ʿAzīz Ḍūmiṭ, Jossef Trumpeldor. Trauerspiel in drei Akten. Erster Akt, in: Das Zelt. Eine Jüdische illustrierte Monatsschrift 1 (1924), H. 5, S. 168–179.

58 Zuvor war er eigentlich vertraglich ins AA gewechselt, wo er für Übersetzungstätigkeiten zuständig war. Vgl. Mitteilung vom 17. 8. 1939, in: BArch Berlin, R55/549–38, und Aktenauszüge in: Die Tätigkeit Asis Domets als Übersetzer in den Jahren 1941–1943 in offiziellen Dokumenten, in: ZMO, NL Höpp, 07. 07. 023, sowie Asis Domet im Nationalsozialismus, in: ZMO, NL Höpp, 07. 07. 029. Vgl. zudem Inspiration aus Berlin [hebr.], in: Herut. Freie Zeitung vom 10. 3. 1942, S. 2.

59 Vgl. u. a. Herf, Hitlers Dschihad, S. 261 u. S. 263, sowie ders., Nazi propaganda, S. 4.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und insgesamt scheint bezüglich ihrer Stellung im nationalsozialistischen Berlin schon länger eine Revision notwendig zu sein[60]. Pro-deutsche arabische Kollaborateure hatten jedoch nicht nur keinen direkten Zugriff auf die Programmgestaltung, sie waren von dieser zudem – glaubt man deutschen Kontaktleuten im Nahen Osten – sowohl was den Inhalt, als auch was die Qualität angeht, teils enttäuscht[61].

Die Mitarbeiter der Länderstäbe der Orientzone waren als letztes Glied der institutionellen Hierarchie nicht für die Erarbeitung und Gestaltung, sondern nur für die konkrete Umsetzung von Propagandasendungen zuständig. Aus den Sendeplänen wird ersichtlich, dass sämtliche Sendeinhalte vom Zonenleiter und den deutschen Redakteuren bzw. in manchen Fällen den Mitarbeitern der korrespondierenden Länderabteilung der Rundfunkabteilung des AA zumindest in Grundzügen schriftlich vorgegeben wurden, oft aber auch als deutscher oder sogar bereits ins Arabische übersetzter Volltext. Die in seltenen Fällen von den arabischen Mitarbeitern eingereichten Texte wurden von den deutschen Mitarbeitern und dem Zonenleiter begutachtet, die auch über seine Sendung entschieden. Die generelle Ausrichtung der Inhalte wurde wiederum in Leitlinien festgelegt und auf den täglichen Konferenzen von weisungsbefugten Stellen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda bis hin zu Goebbels unter Beteiligung des Auswärtigen Amtes bestimmt[62]. Die Umsetzung durch die Übersetzerredaktionen

[60] Herf, Nazi Propaganda, schreibt ihnen eine zentrale Rolle für den Auslandsrundfunk zu, Küntzel, Zeesen bis Beirut, in: Rabinovici/Speck/Sznaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus?, S. 273, Ḥusainī gar Leitungsfunktionen. Ḥusainī und Kīlānī nahmen aber keine Funktionen im arabischen Rundfunk des KWS ein und hatten keinerlei Einfluss auf Programminhalte und -gestaltung. Aufnahmen ihrer Reden oder entsprechende Meldungen wurden von den deutschen Programmplanern bei Bedarf ins Programm genommen. Der kleine Zirkel arabischer Kollaborateure war nicht nur mehr oder weniger ohne Einfluss bezüglich der politischen Entwicklungen in den arabischen Ländern, sondern darüber hinaus gespalten und verfeindet. Vgl. beispielhaft zu Ḥusainīs Intrigen Anm. 50, und Laila Parsons, Soldiering for Arab Nationalism. Fawzi al-Qawuqji in Palestine, in: Journal of Palestine Studies 36 (2007), H. 4, S. 33–48, hier S. 42–45. Zur Diskussion des Forschungsstands vgl. insbesondere Francis Nicosia, Nazi Germany and the Arab World, New York 2015, zur Konkurrenz zwischen Ḥusainī und Kīlānī u. a. S. 182 u. S. 211, zur Verweigerung von Zusagen S. 161 f., S. 194, S. 258 u. S. 277 ff.

[61] „Erstens das Verhalten Deutschlands gegenüber der Unabhängigkeitserklärung bezüglich Syriens und des Libanon, zweitens das Zurückgehen der deutschen Streitkräfte in Rußland, welches von der britischen Propaganda dazu ausgenutzt wird, um es in eine Katastrophe zu verwandeln, von der Deutschland sich niemals erholen wird, drittens die vom Berliner Rundfunk begangene Ungeschicklichkeit, ungenaue Meldungen über die arabischen Länder zu verbreiten, die an Ort und Stelle gehört werden und nicht den Tatsachen entsprechen, all das hat die nationalsozialistischen und sympathisierenden [arabischen] Kreise enttäuscht und entmutigt." Wiedergabe des Berichts eines „aus Syrien eingetroffenen V-Mannes", Deutsche Inf. Stelle III, 31. 1. 1942, S. 1, in: BArch Berlin, R901/48061–87ff., hier 88.

[62] Vgl. Boelcke, Kriegspropaganda, S. 37; beispielhaft dazu Die Tagebücher von Joseph Goebbels, T. 1, Bd. 7: Juli 1939–März 1940, bearb. von Elke Fröhlich, München 1998, Tagebucheinträge vom 11. 9. 1939, 7. 1. 1940, 8. 2. 1940 u. 4. 4. 1940, S. 100 f., S. 262 u. S. 301; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, T. 1, Bd. 8: April–November 1940, bearb. von Jana Richter, München 1998, Tagebucheintrag vom 4. 4. 1940, S. 33.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Orientzone und die häufig vorproduzierten, also auf Schallplatte eingesprochenen Beiträge wurden dann zumindest der Theorie nach ebenfalls von fremdsprachenkundigen Orientalisten kontrolliert, die grundsätzlich auch die Sprecher überwachten[63].

Übersetzung ist allerdings immer auch Interpretation, weshalb der semantische Spielraum berücksichtigt werden muss, den die Muttersprachler auch den wenigen fremdsprachenkundigen deutschen Mitarbeitern gegenüber hatten. Zudem wurden „viele Versuche beobachtet, durch kaum merkliche Veränderungen der deutschen Manuskripte oder eigenmächtige Einschübe […] ein bisschen orientalische Hausmachtpolitik zu treiben, eigene Interessen als deutsche auszugeben usw"[64].

Insbesondere dem Hauptsprecher Yūnus Baḥrī wurden immer wieder Eigenmächtigkeiten vorgeworfen. So gab er etwa wiederholt vor, das ihm vorgegebene Sendematerial stamme aus seiner Feder, vor allem aber konnte er die nicht vorproduzierte freie Rede während der Modulation der Wellenlängen vor dem Beginn der eigentlichen Sendungen zumindest in den ersten Sendemonaten dazu nutzen, ohne Wissen der vorgesetzten deutschen Mitarbeiter der Orientzone politische Kommentare oder Nachrichtenmeldungen einzusprechen[65]. Derartige Eigenmächtigkeiten konnten mit Versetzung oder Entlassung geahndet werden, Baḥrī blieb jedoch – wohl aufgrund mangelnder Alternativen angesichts einer sehr geringen Anzahl arabischer Kollaborateure in Deutschland – letztlich vor derartigen Konsequenzen geschützt[66].

Die Propaganda folgte dem strategischen Ziel, Großbritannien unter Druck zu setzen und zur Entlastung der Kriegsschauplätze Gewalt in von Alliierten kontrollierten Gebieten bzw. gegen die Alliierten im Nahen und Mittleren Osten zu stimulieren[67]. Ebenso wenig wie die bereits erwähnte Rede von „gemeinsamen Leidenschaften und Interessen" wird in diesem Zusammenhang die These, dass die *Propaganda*aktivitäten mit dem *Ziel* verbunden waren, den Holocaust auf den Nahen Osten auszudehnen, von den Quellen gedeckt[68].

---

[63] Von Ryad nachgewiesene, von Hilālī 1939 als Manuskripte eigener Radiokommentare publizierte Texte könnten allerdings auf gewisse Einflussmöglichkeiten der arabischen Mitarbeiter in den ersten Sendemonaten vor Gründung der Orientzone verweisen. Vgl. Ryad, A Salafi Student, in: Ders./Nordbruch (Hrsg.), Transnational Islam, S. 136 f. u. S. 149 f.

[64] Bofinger, Entstehung und Geschichte, in: BArch Koblenz, B187/3729, S. 6.

[65] „Der deutsche Pressenachrichtendienst und die deutsche Propaganda im Vorderen Orient. (Erfahrungsbericht im Zusammenhang mit einer Reise des Pg. [Leopold] v. Mildenstein nach Ägypten)", 17. 8. 1939, S. 19 f., in: BArch Berlin, R58/783–84-105, hier 103 f.; Aufzeichnung von Kurt Munzel, Ru VII (Orient), 6. 2. 1942, S. 2, in: Ebenda, R901/48061–90 f., hier 91.

[66] Bofinger, Entstehung und Geschichte, in: BArch Koblenz, B187/3729, S. 6.

[67] Das betont auch Thomas Kehoe, Fighting for our mutual benefit: understanding and contextualizing the intentions behind Nazi propaganda for the Arabs during World War Two, in: Journal of Genocide Research 14 (2012), H. 2, S. 137–157. Sein Ansatz, dies nur aus Quellen zu den Propagandainhalten herzuleiten, ist problematisch.

[68] Was nicht heißt, dass deutsche Stellen dies in der Region nicht versucht hätten – entsprechende Pläne existierten – oder dass der Antisemitismus nicht zentral für die Propaganda war.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Inhalte der Rundfunkpropaganda

Der Großteil der Nachrichtenmeldungen von *Radio Berlin* auf Arabisch, das geht insbesondere aus der Untersuchung der Tagespläne des Senders hervor, thematisierte die wirtschaftliche, politische, kulturelle und militärische Stärke des Reiches, die „Neuordnung" Europas oder die wirtschaftliche, politische und militärische Schwäche und Dekadenz der Gegner, insbesondere Großbritanniens. Programmpunkte mit direktem Regionalbezug waren hingegen in der Minderheit. Die qualitativ bedeutendsten Programmanteile, die „Talks", thematisierten jedoch überwiegend arabische Fragen. Berücksichtigt man zusätzlich wahrscheinliche Präferenzen der arabischen Mitarbeiter bei der Nachrichtenauswahl, ist davon auszugehen, dass Nachrichten und „Talks" mit Regionalbezug durchaus einen größeren Teil der Sendezeit der Hauptabendsendungen von *Radio Berlin* ausgemacht haben können. Zu Zeiten von Eskalationen in der Region, etwa während der Kampfhandlungen im Irak im Mai 1941, kam es zu Programmveränderungen, in deren Folge an einigen Tagen vermutlich sogar 70–80 Prozent der Sendeinhalte unmittelbaren regionalen Bezug hatten[69]. Durch verschiedene, oft antisemitische Bezüge wurden zudem der europäische Kriegsschauplatz und die politischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten miteinander in Beziehung gesetzt, die Gesamtheit der Meldungen wurde von den Beiträgen über den Kolonialismus und den „Freiheitskampf der Araber" gerahmt. Das Deutsche Reich präsentierte sich als Freund der Araber und Muslime, der auf dem europäischen Kriegsschauplatz gegen England und Frankreich kämpfte – die kolonialen und imperialistischen Mächte.

Laut Herf war der Koran, d.h. seine „selektive Aneignung und Interpretation", der wichtigste Text und „kulturelle Zugangspunkt" der Nationalsozialisten zu arabischen und muslimischen Hörern[70]. Diese These konnte die Untersuchung der Sendeinhalte in keiner Weise bestätigen. Sie lassen sich vielmehr, wie im Folgenden dargelegt, in die thematischen Schwerpunkte „Das Deutsche Reich und seine Gegner", „Neue Ordnung", „Kolonialismus und Antikolonialismus", „Antizionismus und Antisemitismus" und „Islam" gliedern und auf einen spezifisch nationalsozialistischen, antisemitischen Antikolonialismus- bzw. „Antiimperialismus"-Diskurs beziehen[71].

[69] Zur Umstellung der Tagespläne nach Ausbruch der Kämpfe in Folge des britischen Angriffs am 2. 5. 1941 vgl. die entsprechenden Tagespläne, in: BArch Berlin, R78/1823.

[70] Herf, Nazi Propaganda, S. 262, und ebenda, S. 53: „These religious messages offered a cultural point of entry that would hopefully establish a willingness among devout Muslim audiences to listen to Nazism's political messages."

[71] Dieses Ergebnis findet letztlich auch in den von Herf verwendeten Quellen seine Bestätigung. Vgl. ders., Hitlers Dschihad, S. 266–286, insb. Dok. 1: Allgemeine Zusammenfassung von Tendenzen in arabischsprachigen Rundfunksendungen der Achse, S. 266–270; Kehoe, Mutual benefit, betont nach der (Re-)Lektüre der US-Berichte ebenfalls die zentrale Rolle eines „Antiimperialismus", seine Aussagen insbesondere zur vermeintlichen Differenz zwischen deutschem Antikolonialismus und Antisemitismus erfassen jedoch nicht die grundsätzlich antisemitische Semantik des Propagandadiskurses.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Das Deutsche Reich und seine Gegner

In den Sendungen wurde die militärische, ökonomische, diplomatische und kulturelle Überlegenheit des Deutschen Reiches suggeriert. Der eigenen Stärke stellte man die militärische, ökonomische und diplomatische Schwäche vor allem Englands, seltener Frankreichs (bis 1940) sowie der USA und der Sowjetunion (ab 1941) gegenüber. Die Lageberichte des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht (OKW-Berichte) und in einem geringeren Maße sogar die italienischen Heeresberichte wurden täglich in fast allen Sendungen wiedergegeben und machten so einen Großteil der Nachrichten aus. Der Schwerpunkt lag also auf der deutschen Waffenstärke, die regelmäßig durch Nachrichten über die verheerenden Resultate der „vernichtende[n] Schläge der deutschen Luftwaffe", versenkte Schiffe und U-Boote, Panzer-, Tonnage- oder Flugzeugverluste, sowie die Gefangennahme von Soldaten des Feindes betont wurde[72]. Damit die Hörer die vermeintlichen Dimensionen der deutschen Siege erfassten, bemühte man sich um Anschaulichkeit:

> „Wenn wir die 1.200.000 Gefangenen, die wir im letzten Feldzug gefangengenommen haben, nebeneinander aufreihen, erhalten wir eine 950 km lange Reihe. [...] Wenn wir den ersten in Bagdad aufstellen, kommt der letzte bis nach Al-Bahrain, und wenn der erste in Kairo steht, endet die Reihe in Benghazi."[73]

Regelmäßig wurde „die niederschmetternde Wirkung des OKW-Berichts" beim Gegner vermeldet, der „immer schlechter werdende Zustand der heimkehrenden [britischen] Soldaten" oder die „düstere Stimmung" in London[74]. Im Zusammenhang mit „deutschen Siegen" berichtete der Sender hingegen oft über angebliche Freudenfeiern oder -kundgebungen auch in arabischen Ländern, bei denen etwa „nationalistische Lieder" gesungen und „Hochrufe auf Hitler, [...] die Araber und den Islam" ausgebracht wurden[75]. Die Kriegssituation in Europa verschränkte sich dabei in den Sendungen mit den politischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten, die Siege des Deutschen Reichs gegen Frankreich und England wurden als Niederlagen der Kolonialmächte begrüßt. Während reale oder vermeintliche eigene Erfolge oder die der Achsenpartner – etwa der „bei den asiatischen Völkern" und insbesondere „den Muslimen" laut *Radio Berlin* überaus beliebten „asiatischen Großmacht Japan" 1941 – dabei ausführlich behandelt wurden, kam es im Zuge der sowjetischen Winteroffensive auf den deutschen Sendern zu „fast vollständigem Schweigen zum Geschehen an der Ostfront"[76].

---

[72] Tagesplan vom 20.4.1941, in: BArch Berlin, R78/1822.

[73] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 6.6.1940, in: CZA, S25/10013–19; Tagesplan vom 6.6.1940, in: BArch Berlin, R78/1808.

[74] Tagesplan vom 18.6.1940, in: Ebenda, R78/1809, und 17.4.1941, in: Ebenda, R78/1822.

[75] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 19.6.1940, in: CZA, S25/10013–7.

[76] Vgl. u.a. Arabische Sendungen der Radiostationen [hebr.], 24.12.1941 u. 6.1.1942, in: HA, 117/14.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Berichte über Erfolge der deutschen Industrie und Wirtschaft oder über Handelsabkommen mit verbündeten oder neutralen Staaten sollten auf ökonomische und diplomatische Stärke verweisen, Berichte über öffentliche Veranstaltungen und Reden Hitlers und hoher NS-Funktionäre zu bedeutenden (außen-)politischen Ereignissen auf die Stärke des Führerstaats und die Größe und Autorität der Person des „Führers". Demgegenüber thematisierte man das Versagen der gegnerischen Regierungen mit Meldungen über Versorgungsengpässe, Preissteigerungen und die daraus resultierende Unzufriedenheit der Bevölkerung. Medien und Politiker aus der Sowjetunion und aus den USA wurden bis zu deren Kriegseintritt grundsätzlich als objektive, neutrale Stimmen angeführt, die vermeintliche Ablehnung des Krieges durch „die Arbeiterschaft" und das Zögern der US-Regierung und US-amerikanischer Industrieller bei der Waffenlieferung an Großbritannien hervorgehoben und neutralistische bzw. pazifistische Positionen in politischen Auseinandersetzungen thematisiert. Nach 1941 wurden häufig angebliche Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten gemeldet[77].

Immer wieder ging es auch um die „Friedenssehnsucht" des Reiches, die mit den „Aggressionen" und der „Kriegstreiberei" seiner Gegner kontrastiert wurde. Ein aussagekräftiges Beispiel ist die Thematisierung der bekannten „Friedens"-Rede Hitlers vor dem Reichstag am 19. Juli 1940, in der er einen „Appell an die Vernunft" Englands richtete und den angeblichen deutschen Friedensbestrebungen die Kriegspläne „der blutbefleckten jüdisch-kapitalistischen Kriegshetzer" und „Rüstungsinteressenten" gegenüberstellte[78]. So hieß es in einem der Rede gewidmeten „Talk" mit dem Titel „Das sterbende England":

> „Die Rede Hitlers wurde auf der ganzen Welt freudig aufgenommen, denn sie war der Beweis für eine außergewöhnliche Geduld. Der Führer Deutschlands wollte England nicht angreifen, bevor es gewarnt war [...]. Deutschland hat es auf sich genommen, diese Schnorrer mit vorgehaltener Schwertklinge zu geißeln. England liegt im Sterben und der Tag ist nah, an dem die Welt befreit wird von Churchill, Eden, den Juden in der Downing Street und ihren Freimaurerfreunden."[79]

Der Sender präsentierte Deutschland als geeintes und friedensuchendes, dabei ökonomisch und militärisch starkes Reich, als einzigen Partner unter den Großmächten ohne eigensüchtige Interessen, der zudem in der Lage und auf dem Weg war, die Kolonialmächte zu besiegen.

[77] Vgl. u. a. Arabische Sendungen der Radiostationen [hebr.], 7. 2. 1943, in: HA, 117/14.
[78] Adolf Hitler, Die Rede des Führers im Reichstag. Berlin, den 19. Juli 1940, in: Ders., Der Großdeutsche Freiheitskampf, Bd. 2, München 1941, S. 20–47, hier S. 22 f.
[79] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 22. 7. 1940, in: CZA, S25/5524–512.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Neue Ordnung"

Zeitweise wurden nahezu täglich Meldungen über politische Umwälzungen in Ost- und Südosteuropa gesendet, die das Zusammenbrechen der von den „alten", imperialistisch-demokratischen Mächten dominierten Ordnung und das Erstehen einer „neuen" Ordnung souveräner Nationen „unter Führung der Achse" bzw. des Reiches bezeugen sollten, in der jede „Nation" den ihr „gebührenden Platz" erhalten würde[80]. Der Meldung über die Neubildung der kroatischen Regierung und deren Unabhängigkeitsproklamation etwa folgten die Nachrichten, dass Italien und das Deutsche Reich die neue kroatische Regierung anerkannten. Zudem wurden die „interessante[n] Ausführungen" des Muftis von Agram ausführlich zitiert, der „der Genugtuung der muselmanischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina über die Gründung des kroatischen Staates Ausdruck" verlieh und „besonders die Befreiung vom serbischen Joch" unterstrich[81]. Der Mufti habe betont, dass „die ganze islamische Welt auch ihre Befreiung von der Unterjochung der demokratisch-freimaurerischen Mächte erwartet" – die lokale Zäsur wurde so eingebettet in den generellen „antiimperialistischen" Diskurs.

Die propagierte neue Ordnung war der absolute Gegenentwurf zur alten des Völkerbundes, zur – wie es in Propagandarichtlinien hieß – „durch Juden, Bolschewisten und Plutokraten gepredigten internationalen Anarchie", die von den Dreierpaktmächten „durch den Aufbau geschlossener Lebensräume nach dem Motto: Europa den Europäern [usw.]" überwunden werden solle[82]. Die „Nationalisierung" der Staaten wurde dabei als – siegreicher – antiimperialistischer Kampf um die Souveränität der Nation in Szene gesetzt. Ausführlich berichtete der Sender etwa über die Verstaatlichung der rumänischen Erdölwirtschaft und die „Säuberungen" rumänischer, ungarischer und anderer Staatsapparate[83]. Ein „Platz im Neuen Europa" bedeutete dabei „für jedes Volk [...] nationale Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand"[84]. Berichte über gute Beziehungen des Reiches zu diversen, insbesondere (süd-)osteuropäischen Staaten, zunächst auch noch zu Jugoslawien und bis 1941 auch zur Sowjetunion präsentierten das Reich als Vorkämpfer der Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen und als Gegner der Imperialisten und „Plutokraten".

Der Diskurs über die „neue Ordnung", ja die „neue Welt", wurde insbesondere in den „Talks" auch immer wieder auf das Ideal einer antikolonialen Neuordnung des Nahen Ostens bezogen. Er war dabei grundsätzlich antisemitisch fundiert – das Fortschreiten der „Nationalisierung", das Erringen der „Souveränität" war ver-

[80] Aus den arabischen Sendungen [hebr.], 2. 4. 1940 [24. 11. 1940], in: CZA, S 25/5524–577.
[81] Tagesplan vom 15. 4. 1941, in: BArch Berlin, R78/1822.
[82] Allgemeine Standardthesen für die Auslandspropaganda vom 29. 12. 1941, in: [AA], Zusammenstellung der Standardthesen und Richtlinien für die deutsche Auslandspropaganda, o.O., o.J. [1943], S. 4–6, hier S. 6.
[83] Beispielhaft aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 6. 6. 1940, in: CZA, S 25/10013–21.
[84] Standardthesen für den gesamten Südostraum, in: Zusammenstellung der Standardthesen, S. 45–49, hier S. 46 f.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

knüpft mit der fortschreitenden „Ausschaltung“ der Juden als Agenten der „alten Ordnung“ der Fremdbestimmung.

Kolonialismus und Antikolonialismus

Einer der wichtigsten Bestandteile der deutschen Auslandspropaganda im Nahen Osten war die Diffamierung der englischen und anfänglich bzw. zu geringeren Teilen auch der französischen Kolonialpolitik. Diverse Meldungen und der Hauptanteil der „Talks“ prangerten Ausbeutung, Unterdrückung und Terror in den Kolonien und Mandatsgebieten sowie Preissteigerungen und Versorgungsengpässe an. Für alle Jahre lässt sich als „Standardlinie der Propaganda“ rekonstruieren: „Hunger und Mangel in allen Ländern des Orients“[85], als Resultat britischer oder etwa russischer Maßnahmen. Thematisiert wurden angebliche Massenverhaftungen sowie Polizei- und Militäraktionen gegen die einheimische Bevölkerung und die Verachtung der Imperialisten und Kolonialisten für die einheimische Kultur, Tradition und Religion, deren Größe und Würde ebenso betont wurde wie die vermeintlich selbstverständlich von deutscher Seite dem „Arabertum“ und Islam entgegengebrachte Wertschätzung. Regelmäßig berichtete man über aktuelle oder vergangene, tatsächliche und angebliche Gräueltaten der Kolonialmächte, die „die Araber nur als wirtschaftliche Ausbeutungsobjekte“ betrachteten: Engländer und Franzosen „verhafteten […], folterten […] und raubten, als sei die ganze Welt ihr Eigentum“[86]. Auch *straight news* wurden dabei mit Übertreibungen und wertenden Kommentaren angereichert. Berichtete etwa *Radio Beirut* aus Jerusalem schlicht über „die Verhaftung vieler arabischer Führer“, meldete Berlin zur gleichen Zeit die Verhaftung „*alle[r]* arabische[n] Führer in Jerusalem […] außer de[n] Verräter[n] [wie] Faḫrī Našāšībī“[87]. Angebliche Morde britischer Polizisten und Soldaten an unschuldigen Zivilisten wurden ebenso thematisiert wie die Schändung von Heiligtümern – besonders aufrütteln sollten hier Meldungen von Schändungen durch „Negersoldaten“[88]. Immer wieder wurde in Bezug auf „arabische Freiheitskämpfer in Palästina“ von Urteilsverkündungen und -vollstreckungen berichtet. Der Kampf gegen den Zionismus in Palästina war innerhalb dieses Themenkomplexes von größter Bedeutung; der Konflikt im Mandatsgebiet wurde als Brennpunkt aller kolonialen bzw. antikolonialen Auseinandersetzungen und Kämpfe und letzter Grund der arabischen Misere behandelt. Das Thema hatte offensichtlich absoluten Vorrang. Im September 1939 erklärte der Sprecher des Senders etwa, „dass der Führer die Anweisung gegeben habe“, „das komplette Memorandum“ des nationalistischen Politikers Ǧamāl al-Ḥusainī an den Völkerbund „zu senden und die Sendung anderer Dinge

[85] Arabische Sendungen der Radiostationen [hebr.], 27. 4. 1942, in: HA, 117/14.
[86] Tagesplan vom 16. 6. 1940, in: BArch Berlin, R78/1809; Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 20. 7. 1940, in: CZA, S 25/5524–516.
[87] Aus dem arabischen Programm [hebr.], 3. 6. 1941, in: CZA, S25/5526–493.
[88] Tagesplan vom 17. 4. 1941, in: BArch Berlin, R78/1822.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zu verschieben"[89]. Das Memorandum beklagte und kritisierte u. a. „die Böswilligkeit der britischen Polizisten und Soldaten bei Razzien in Dörfern und arabischen Häusern" sowie „die ‚Tyrannei' der jüdischen Hilfspolizisten und die Notstandsgesetze der Regierung"[90]. Ein anderes Mal rief der Sender die Hörer zum bewaffneten Aufstand auf und versprach ihnen die Hilfe Deutschlands[91].

Der Sender kommentierte regelmäßig bedeutende politische Entwicklungen in der Region, wobei er grundsätzlich gut informiert wirkte und regelmäßig zentrale Akteure auf zionistischer, arabischer und britischer sowie französischer Seite erwähnte. Eine zentrale Figur war dabei der als „Großmufti" auftretende und präsentierte ehemalige Mufti von Jerusalem Ḥusainī, den die deutsche Propaganda von Beginn an als zentrale Identifikationsfigur und integren Repräsentanten antikolonialer Bestrebungen bzw. „der arabischen Sache" aufbaute. So berichtete *Radio Berlin* beispielsweise schon Ende 1939 „unter Bezug auf eine vertrauenswürdige irakische Quelle", dass

> „die Engländer einen Anschlag auf das Leben des Mufti planen, so wie sie auch König Ghazi ermordeten und so wie sie in diesen Tagen auch ein Attentat auf das Leben Hitlers versucht haben. Es ist zu empfehlen, […] dass der Mufti nicht jüdische Straßenzüge in Bagdad passiert."[92]

Immer wieder wurde auf Ḥusainī Bezug genommen oder aus seinen Reden oder Artikeln vorgetragen. Nach Ausbruch der irakisch-englischen Kämpfe im Mai 1941 berichtete *Radio Berlin* sogar, dass „der Kampf gegen England" in der gesamten Region „unter der Führung des Gross-Muftis von Jerusalem" organisiert werde und seine Aufrufe „das irakische Volk" begeistern würden[93]. Auch manch anderer arabische Nationalist wurde vom Berliner Sender herausgehoben, insbesondere der irakische Militär und Politiker Kīlānī, der 1941 das Putschistenregime im Irak bis zum Ende der irakisch-britischen Kämpfe anführte. In den Tagen nach dem Putsch vom 1. April 1941 sendete *Radio Berlin* in den zentralen Abendsendungen euphorische Kommentare, wonach „das irakische Heer, das stets Träger der nationalen Bewegung […] war", gegen die „englandfreundliche Politik" des Regenten und der Regierung, „die mit den Bestrebungen und Interessen des irakischen Volkes nicht vereinbar ist", eingeschritten sei[94]. Kīlānī wurde als „arabischer Bismarck" gefeiert, der die arabische Einigung herbeiführen werde. Während der Kämpfe im Irak berichtete der Sender von seinen Besuchen bei Verwundeten,

[89] Memorandum von Ǧamāl al-Ḥusainī an den Völkerbund [hebr.], S[asson] an Sh[ertok], 21.9. und 22.9.1939, in: CZA, S25/10013–89.
[90] Ebenda.
[91] Aus den Meldungen von Radio Berlin [hebr.], S[asson] an Yosef, 11.1.1940, in: CZA, S 25/10013–37.
[92] Meldungen von Radio Berlin auf Arabisch [hebr.], S[asson] an Yosef, 11.11.1939, in: CZA, S 25/10013–35.
[93] Tagesplan vom 9.5.1941, in: BArch Berlin, R78/1823, und vom 22.5.1941, in: Ebenda, R78/1824.
[94] Tagesplan vom 4.4.1941, in: Ebenda, R78/1822.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

heroischen Aktionen der „irakischen Wehrmacht" unter seiner Führung oder Solidaritätstelegrammen aus der gesamten arabischen Welt an seine Adresse, in denen Jugendliche verschiedener Länder ihm „Gut und Leben im Freiheitskampf" zur Verfügung gestellt hätten[95]. Die arabische Bevölkerung wurde als grundsätzlich deutsch- bzw. achsenfreundlich dargestellt, wobei mit identitätslogischen Bezugsgrößen wie „das Arabertum", „die Araber", „die Iraker" oder „die Muslime" operiert und ein authentischer, einheitlicher Wille des Kollektivsubjekts vorausgesetzt wurde, der auf die grundsätzlich nur abstrakt gefasste „nationale Befreiung" abzielte. Wo, wie in den meisten Fällen, Regierungsvertreter und andere Politiker nicht mit antikolonialen Kämpfen bzw. offener Opposition gegen die Kolonialmächte in Verbindung gebracht werden konnten, wurde in den Kurzwellensendungen ihre Bemühung um Neutralität hervorgehoben und als nützlich für die Achse präsentiert. Entsprechende Erklärungen ägyptischer Politiker und Regierungsvertreter wurden regelmäßig im Nachrichtenprogramm referiert, parallel zu Meldungen über britischen Druck auf die Regierung sowie Versuche, Ägypten „in den Krieg zu ziehen". Dass es in der Folge „unter den Ägyptern zu großer Wut auf England" gekommen sei, „so groß, dass die Engländer [nun] einen Aufstand in Kairo befürchten", berichtete der Sender ausführlich und detailreich in zahlreichen Sendungen[96]. Die Berichterstattung über vermeintlich (immer wieder) kurz vor dem Ausbruch stehende Aufstände wurde in den Sendungen mit der Aufforderung zum heroischen antikolonialen Freiheitskampf verknüpft, der wiederum mit dem „Freiheitskampf" Deutschlands in Europa in Beziehung gesetzt wurde. Auch Nachrichten aus anderen „antikolonialen" Kämpfen wurden suggestiv vermeldet, etwa über die Irisch Republikanische Armee, die zwischen Irland und England mit Anschlägen auf Passagier- und Frachtdampfer aktiv sei[97]. Im fingierten Brief eines Hörers aus Beirut, der verlesen wurde, hieß es dementsprechend: „England unterdrückt die anderen Nationen. Ich denke dabei an die Araber, an die Buren, an die Iren und an die Inder."[98]

Das „Erwachen" der arabischen Gemeinschaft, der *umma*, folgte in dieser Perspektive dem des deutschen Volkes: „Bald wird die ganze Welt hören, dass die Araber die Juden und die Engländer aus Palästina vertrieben haben, so wie die Deutschen die Engländer aus Frankreich vertrieben haben."[99] Immer wieder betonten die Sprecher, dass die Araber „von Deutschland die erforderliche Lektion" erhalten hätten, „wonach die Freiheit mit brachialer Gewalt errungen wird"[100]. Aus Angst vor Gewalttaten würden die Juden nun schon gemeinsam mit den Engländern „vor Angst zittern"[101]. Dass ein Sieg Deutschlands ebenfalls ein Sieg der

[95] Tagespläne vom 5. bis 9. 5. 1941, in: Ebenda, R78/1823.
[96] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 10.7. und 14. 7. 1940, in: CZA, S 25/5524–533 und 527.
[97] Tagesplan vom 1. 8. 1940, in: BArch Berlin, R78/1810.
[98] Tagesplan vom 4. 4. 1941, in: Ebenda, R78/1822. Der Originaltext des „Briefes" lag nur als deutsche Vorlage vor und musste erst ins Arabische übersetzt werden.
[99] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 1. 7. 1940, in: CZA, S25/5524–549.
[100] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 22. 6. 1940, in: CZA, S25/5524–565.
[101] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 1. 7. 1940, in: CZA, S25/5524–549.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Araber sei, der „zu ihrer schnellen Befreiung führen wird“, wurde dabei immer vorausgesetzt[102].

Den heroischen Freiheitskämpfern und integren Neutralisten wurden die arabischen „Kollaborateure“, „Verräter“, „Feinde der Araber“ und „Lakaien der Engländer und Juden“ gegenübergestellt, zu denen der Sender auch verschiedenste nationalistische arabische Politiker zählte. Ganz besonders im Fokus standen die führenden Našāšībīs in Palästina, Nūrī as-Saʿīd im Irak und ʿAbd ar-Raḥmān Šāhbandar in Syrien sowie Herrscher wie König ʿAbdallāh in Jordanien oder der irakische Prinzregent ʿAbd al-Ilāh, denen nach Aussagen des Senders die öffentliche Meinung in den arabischen Ländern grundsätzlich feindlich gesonnen war. Sie wurden durchgehend negativ gezeichnet und diffamiert, etwa als „Dr. Šāhbandar, Knecht und Spekulant der Engländer“ oder „Faḫri Našāšībī, der Schwanz von Emir ʿAbdallāh“[103]. Wortspiele wie „Sir Nūrī Bāšā“, die Bezeichnung des Betreffenden mit dem osmanischen und dem englischen Ehrentitel, oder „ʿAbdallāh, Knecht der Juden“ (ʿAbdallāh ʿabd al-yahūd) assoziierten die Betroffenen einprägsam mit osmanischer oder englischer „Despotie“ und dem jüdisch-zionistischen Feind[104]. Mehrfach riefen die Sprecher des Senders auch mehr oder weniger subtil zur Ermordung der „bezahlten[n], gewissenlose[n], verräterische[n] Elemente“ auf, „die sich dem Namen nach Araber nennen“. Auf das „Haupt dieser britischen Söldlinge, die ihr Volk und Vaterland verraten“, „die eigene Religion mit Füssen treten“ und sich am „Mammon der Briten“ bereichern würden, werde das „Blut der Gemordeten“ kommen[105]. Das arabische Programm von *Radio Berlin* lieferte dabei Informationen über angebliche Geheimbeziehungen der Betroffenen zu Kolonialregierungen oder ihren Sicherheitskräften sowie zu „den Juden“ in Palästina. Über den arabischen Nationalisten Faḫrī an-Našāšībī, einen Konkurrenten Amīn al-Ḥusainīs, wusste der Sender etwa im Juni 1939 zu berichten:

> „Er verhaftet, lässt frei, hängt, tötet usw. Er bekommt seinen Lohn von den Briten und den Juden. […] Die Juden geben ihm alle verlangten Summen, damit er Banden aufstellen kann, die gegen die Freiheitskämpfer [*muǧāhidīn*] kämpfen. Zuletzt haben die Juden ihm sein Haus möbliert. Faḫrī und seine Leute gehen des Nachts auf Besuch in jüdische Häuser […], schmieden Pläne und verschwören sich, und kehren, bevor es hell wird, mit reicher Ausbeute an jungen Jüdinnen [!] nach Hause zurück.“[106]

[102] Weshalb sich „die Araber“ auch „die ganze Zeit“ für Deutschland „begeisterten“. Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 24. 6. 1940, in: CZA, S 25/5524–561; Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 6. 6. 1940, in: CZA, S25/10013–21; Tagesplan vom 6. 6. 1940, in: BArch Berlin, R87/1808.

[103] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.] vom 20.6. und vom 1. 7. 1940, in: CZA, S 25/10013–4 und S25/5524–549.

[104] Ebenda.

[105] Tagesplan vom 24. 7. 1941, in: BArch Berlin, R78/1825.

[106] Die arabische Sendung aus Berlin [hebr.], S[asson] an Sh[ertok], 22. 6. 1939, in: CZA, S 25/10013–87.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Den Diffamierten, „die das Wohl ihrer Länder auf dem Altar der Fremden geopfert haben", wurde im Namen der arabischen *umma* Rache geschworen[107]. Den Juden und Kolonialisten zugeordnet, waren sie aus der Gemeinschaft ausgeschlossen.

Während man den Kolonialmächten und ihren vermeintlichen Kollaborateuren die Bestechung und Manipulation arabischer Medien und die Verbreitung von Lügen auch im arabischen Kurzwellenrundfunk etwa der *BBC* vorwarf, trat *Radio Berlin* als Stimme der Wahrheit auf. Immer wieder wurde die Authentizität der eigenen Position suggeriert, indem ihre Übereinstimmung mit den Positionen arabischer Führer oder Denker betont oder der Sender als Sprachrohr von in der Region unterdrückten Stimmen in Szene gesetzt wurde. Regelmäßig attackierte der Sender arabische, oft ägyptische Zeitungen, etwa „die imperialistisch eingestellte Zeitung *al-ahrām*, die fremden Interessen dient und heute für de Gaulle und seine Genossen eintritt und in diesem Sinne der Zeitung *al-muqaṭṭam* Konkurrenz macht"[108]. Konsequenterweise baten denn auch gerade angeblich „arabische Journalisten" die Hörer, „der arabischen Presse keinen Glauben zu schenken und ihre Nachrichten einzig und allein aus dem deutschen Radio zu beziehen"[109].

Antisemitismus und Antizionismus

Mit dem Ziel, gesellschaftliche Spannungen zu forcieren, die Lage in Ländern des Nahen Ostens zu destabilisieren und Gewalt auszulösen, um insbesondere England unter Druck zu setzen, appellierte die deutsche Propaganda im gleichen Maße an das Kollektivsubjekt muslimische Araber, wie sie ethnoreligiöse Minderheiten zur Zielscheibe machte. Dabei ging es etwa gegen Armenier, aber auch gegen Kurden, als potenzielle fünfte Kolonne, manchmal auch als russisch-kommunistische Spione und Propagandisten[110]. Nichts war für die deutsche Propaganda jedoch von so zentraler Bedeutung wie der Antisemitismus. Nachrichtenmeldungen und „Talks" von *Radio Berlin* berichteten über angebliche jüdische Verschwörungen sowie Akteure hinter den Kulissen der englischen, französischen, dann auch der amerikanischen und sowjetischen Politik; zudem stand immer wieder jüdische „Gräuelhetze" im Zentrum. Des Weiteren beklagte man die Rolle der Juden bei der „Kriegstreiberei" gegen das Reich in England, Frankreich oder den USA. Dabei wurden vorgebliche jüdische und freimaurerische Netzwerke sowie

[107] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 17. 6. 1940, in: CZA, S 25/10013–10.

[108] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 17. 7. 1940, in: CZA, S 25/5524–521; Tagesplan vom 7. 8. 1941, in: BArch Berlin, R78/1825. Am 30. 5. 1941 attackierte der „schwarze" ägyptische Sender des Büros Concordia ebenfalls „die britische Zeitung ‚al-muqaṭṭam'", „das Propagandawerkzeug der Briten". Es sei eine Schande, dass „sie in einem arabischen Land wie Ägypten" erscheine und „die Barbarei der Engländer" unterstütze. Aus dem arabischen Programm, 30. 5. 1941, in: CZA, S25/5526–503.

[109] Das Abhören von Radio Berlin [hebr.], S[asson] an Yosef und Z[aslani], 13. 10. 1939, in: CZA, S 25/10013–33.

[110] Arabische Sendungen der Radiostationen [hebr.], 27. 3. 1942, in: HA, 117/14.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der jüdische Hintergrund von Politikern – etwa Franklin Roosevelt als „Exponent des Weltjudentums" – angesprochen[111]. In Meldungen über das Geschehen in den verschiedensten Ländern wurden Juden als illoyale und gefährliche „Dritte" dargestellt, innen „nicht zugehörig" und außen ohne „Ort im Sinne von Volk/Staat/Nation"[112]. Sie personifizieren „das tertium non datur der Zwei-Seiten-Form: die nicht-identische, anti-nationale Nation"[113].

Das Bild, das in den Meldungen von Juden gezeichnet wurde, assoziierte sie vor allem mit – unrechtmäßig angeeignetem – Reichtum und mit Verrat am nationalen Kollektiv. So wurde während des Zusammenbruchs der französischen Front „aus Bordeaux" gemeldet, unter den Flüchtlingen überwiege

> „das jüdische Element. Der Jude Léon Blum sass schweigend im Restaurant „Avenue Clemenceau". Er war umgeben von einem Berg von Koffern und hatte ein Glas Milchkaffe [!] vor sich stehen. Der ewige Jude!"[114]

Für *Radio Berlin* war das „der Weg der Juden. Sie fliehen, nachdem sie Unglück über die Länder gebracht haben, in denen sie leben."[115] Diverse Meldungen und Kommentare widmeten sich der angeblichen Teilhabe von Juden an der Ausbeutung der Völker in Europa wie in den Kolonien, denunzierten kriminelles Handeln und enorme Reichtümer der Juden. Gleichzeitig waren viele Programmbeiträge, die den ersten vier Themenkomplexen zuzuordnen sind, antisemitisch fundiert. Der Sender berichtete ausgiebig über antijüdische Gesetze und Maßnahmen verschiedener europäischer Regierungen, was die Notwendigkeit wie die Möglichkeit der „Lösung der Judenfrage" durch souveräne Nationen in der „Neuen Ordnung" suggerieren sollte. In diesem Zusammenhang wurden auch Nachrichten über Demonstrationen gegen Juden und Übergriffe auf Juden in verschiedensten Ländern der Welt gesendet. Bereits Ende November 1942 ging *Radio Berlin* dabei auf die Ermordung der Juden in Osteuropa ein, wie ein Protokollant in Palästina festhielt. So sei der Sender auf „die Empörung angesichts der Gräueltaten der Nazis gegen die Juden Europas" eingegangen, habe jedoch in diesem Zusammenhang „nichts bestritten, außer ein Detail: es sei nicht richtig, dass die Deutschen jüdische Leichen zur Produktion von Fett und Seife nutzten [!]"[116].

---

[111] Vgl. u. a. Allgemeine Standardthesen für die Auslandspropaganda vom 29. 12. 1941, Nr. 1, in: Zusammenstellung der Standardthesen, S. 4. Einen Tag nach der Sendung des oben zitierten „Talks" über das „sterbende England" wurden etwa nach der Wiederholung der Aussage, dass England unter dem Einfluss von Juden und Freimaurern die „Mahnung des Führers" zum Frieden ablehne, die „nationalen Araber" zum Kampf gegen Freimaurer und Juden aufgerufen. Tagesplan vom 23. 7. 1940, in: BArch Berlin, R78/1810.

[112] Klaus Holz, Die antisemitische Konstruktion des „Dritten" und die nationale Ordnung der Welt, in: Christina von Braun/Eva-Maria Ziege (Hrsg.), Das „bewegliche" Vorurteil. Aspekte des internationalen Antisemitismus, Würzburg 2004, S. 43–61, hier S. 54.

[113] Ebenda.

[114] Tagesplan vom 21. 6. 1940, in: BArch Berlin, R78/1809.

[115] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 19. 6. 1940, in: CZA, S 25/10013–7.

[116] Arabische Sendungen der Radiostationen [hebr.], 2. 12. 1942, in: HA, 117/14.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Von zentraler Bedeutung war die Behandlung der angeblichen jüdischen bzw. zionistischen Kollaboration mit England in Palästina und des vermeintlichen jüdischen Terrors gegen Araber. Zionistische Politiker und Kader wurden dabei scharf attackiert und oft vulgär diffamiert, David Ben Gurion etwa „mit den Attributen: Verbrecher, Räuber, vergießt das Blut von Arabern, Kopf der jüdischen Banden in Palästina“[117]. In diesem Zusammenhang behandelte man auch angebliche zionistische Pläne für ein Großisrael im Nahen Osten, die – so hieß es – die Vertreibung und Unterjochung der arabischen Bevölkerung beinhalteten. Immer wieder gab es in diesem Sinne Meldungen über vermeintliche Verhandlungen und Abkommen über die Gründung einer jüdischen Armee und Pläne für einen jüdischen Staat im Nahen Osten. So berichtete *Radio Berlin* im Mai 1940, dass eine 100.000 Mann zählende jüdische Truppe in Palästina aufgestellt werden solle, im Rahmen „einer jüdisch-englischen Verschwörung, [...] die es den Juden ermöglichen soll, über Palästina und Syrien zu herrschen und Millionen Juden nach Palästina zu bringen“[118]. Zwei Monate später gab der Sender den Inhalt einer „geheimen Vereinbarung“ zwischen der „Jewish Agency“ und der britischen Regierung wieder. Demnach solle

> „Palästina ein englisches Dominion mit jüdischer Regierung werden, der englische König auch der König der Juden, Abyssinien soll eine palästinensische Kolonie werden; es sollen eine jüdische Armee aufgestellt und alle Araber aus dem Land vertrieben werden.“ [119]

Dieses Motiv wurde regelmäßig aufgenommen, so auch Ende Mai 1942 vom arabischen Sender des *Büros Concordia*, der – sich als Untergrundsender ägyptischer Aufständischer gerierend – „Freude“ über angebliche Anstrengungen „amerikanischer Juden“ zur „Aufstellung einer jüdischen Armee von 200.000 Mann“ äußerte: „Die Rekrutierung der Juden ist der beste Weg zu ihrer Vernichtung. Wir sind froh über diese Armee, die uns als Ziel unserer Kugeln dienen wird.“[120]

Nicht nur Zionisten oder Juden in Palästina, auch und insbesondere die jüdische Bevölkerung der verschiedenen arabischen Staaten erschien in der deutschen Propaganda ebenso wie die jüdische Bevölkerung der europäischen Staaten als feindliche und gefährliche Gruppe, als illoyales Element im Inneren. In diesem Sinne wurde „Jude“ auch als Chiffre für „Verräter“ verwendet, etwa wenn vom irakischen Regenten „ʿAbd al-Ilāh dem freimaurerischen Juden“ die Rede war oder pro-alliierte Positionen als „Worte irgendwelcher Juden, Gesinnungsjuden, wenn auch nicht der Rasse nach“, attackiert wurden[121].

[117] Bericht von E[liyahu] S[asson] vom 9. 5. 1940, in: CZA, S 25/10013–28.
[118] Ebenda.
[119] Meldungen aus Berlin [hebr.], 6. 7. 1940, in: CZA, S25/5524–540.
[120] Arabische Sendungen der Radiostationen [hebr.], 3. 6. 1942, in: HA, 117/14.
[121] Aus dem arabischen Programm [hebr.], 29. 5. 1941, in: CZA, S25/5526–506; Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 16. 6. 40, in: CZA S25/10013–6.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Im Laufe des Jahres 1941, erst recht nach dem Scheitern des pro-deutschen Putsches im Irak, klangen die Formulierungen zunehmend roher, die Aufrufe zur Gewalt waren immer weniger verhüllt[122]. Die irakischen Juden etwa seien Freunde der Briten – „täglich bemüht, […] bei der Knebelung der arabischen Bevölkerung teuflische Henkersdienste zu leisten"[123]. In einer direkten Zusammenführung von Antikolonialismus und Antisemitismus kommentierte Berlin:

> „Die Saat, die hier von den Juden gesät wird, wird einmal hundertfaltige Frucht tragen und sich in einer furchtbaren Abrechnung gegen das Judenpack entladen. Die Briten aber […] beweisen durch ihre schändlichen Taten immer wieder […], dass britisch und jüdisch dasselbe ist."[124]

Etwa zwei Wochen nach der deutschen Eroberung Tobruks, als man in Deutschland eine Kriegswende in Nordafrika erwartete und eine Niederlage der britischen Streitkräfte in Ägypten möglich schien, sendete der „ägyptische" Sender des *Büros Concordia* eine der offensten antisemitischen Vernichtungsaufforderungen, die für die Zeit seines Bestehens belegt sind. Im Anschluss an die Meldung, dass in Ägypten an Juden, aber auch an Griechen, Armenier und freie Franzosen leichte Waffen ausgeteilt worden seien, und verbunden mit dem Hinweis, dass es die Juden seien, die „die imperialistische Politik der Briten in den arabischen Ländern" ausführten, erklärte der Sprecher laut Übersetzung der Kairoer US-Botschaft, dass es, um die ägyptische Nation zu retten, das beste sei, wenn die Ägypter wie ein Mann aufstehen und die Juden töten würden, bevor diese eine Chance bekämen, das ägyptische Volk zu verraten. Es sei die Pflicht eines jeden Ägypters, so der Sprecher, „die Juden zu vernichten und ihren Besitz zu vernichten"[125]. Die Ermordung der Juden sei notwendige Selbstverteidigung, bewaffne Großbritannien doch die Juden, um die Araber zu töten und das Britische Empire zu retten. Doch dieses, so hatte der Sender schon in seinen ersten Sendungen ein Jahr zuvor erklärt, sei sowieso dem Untergang geweiht, auch wenn es auf „die Armee Roosevelts" hoffe, „die nur aus Juden" bestehe[126].

Authentifiziert werden sollten derartige Aussagen vielfach auch mit antijüdischen Textpassagen des Koran, aus denen willkürlich in verschiedensten Kontexten zitiert wurde[127].

---

[122] Hier könnten individuelle Einflüsse eine Rolle gespielt haben. So wurden etwa viele der „roheren" antisemitischen „Talks" nicht mehr von Bofinger, sondern vom Redakteur Christian Kölbach (mit-)verfasst.

[123] Tagesplan vom 24. 7. 1941, in: BArch Berlin, R78/1825.

[124] Ebenda.

[125] Voice of Free Arabism, July 7, 1942, 8:15 p.m., „Kill the Jews before They Kill You", Kirk to Secretary of State, No. 502 (July 21, 1942), 13–14, zit. nach Herf, Nazi Propaganda, S. 125.

[126] Aus dem arabischen Programm [hebr.], 2. 6. 1941, in: CZA, S25/5526–499.

[127] Vgl. auch Coordinator of Information, Axis Propaganda in the Moslem World, 23. 12. 1941, 4, Reel 1, Office of Strategic Services, Part VII, The Middle East, University Publications of America, Washington, D.C., in: Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek (künftig: SUB Göttingen), MA 82–112-69, Rollenabschnitt 2.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Islam

Bezüge auf „den Islam“ nahmen einen zentralen Platz im Programm ein: Neben dem Zitieren des sakralen Textes des Koran fällt darunter etwa die Verwendung von Vokabular aus der religiösen Tradition, das Anreden der Hörer als Muslime oder Gläubige oder die Anrufung Gottes[128]. Beispielhaft lässt sich die Art der Bezüge an folgendem Ausschnitt aus einem „Talk“ vom Juni 1940 beobachten:

> „Nun hat die Sonne Englands und ihres krummen Schwanzes [=Anhängsels] Frankreich sich verdunkelt, und beide sind gestürzt, ohne Chance, wieder aufstehen zu können, möge Gott ihnen nicht helfen. Sie haben das Land mit Blut und Schmerz gefüllt. Vor zwei Tagen fiel Paris vor unseren Truppen und wir haben Gott gedankt, dass er die Rache seiner gläubigen Diener vollzogen hat.“[129]

Oft handelt es sich wie bei diesem Beispiel um lediglich formelhafte Verwendungen solcher Bezüge; in den meisten Fällen handelt es sich jedenfalls um der Form nach islamisierte säkulare Inhalte. Unter diesem spezifischen „islamischen Diskurs“ wären hier nach Reinhard Schulze

> „all die Medien, Institutionen, sprachlichen Äußerungen und Symbole zu verstehen, für welche bewusst ein Vokabular und ein Zeichensystem benutzt wurden, die Begriffe der islamischen Tradition transportierten. Der islamische Diskurs ist so in erster Linie eine äußere Form und verfügt keinesfalls über einen besonderen Inhalt.“[130]

Zentrale Bezugspunkte waren auch in diesem Zusammenhang der (koloniale) Staat, der Anspruch auf Souveränität und die Gemeinschaft, wobei die synonymische und metonymische Verwendung der Identitätsmarker „Muslime“ und „Araber“ auffällig ist. Das durch die gemeinsame Religion bestimmte Kollektiv der „Araber“ (die Muslime), „nationale“ Kollektive in den verschiedenen Kolonialstaaten (Ägypter, Iraker) und das „nationale“ Kollektiv aller Araber wurden gleichzeitig angerufen:

> „Oh ihr Araber! Es ist an euch, eure Rechnung mit den englischen und französischen Kolonisatoren zu begleichen! Ihr seid die Mächtigen [Träger] des Islam, ihr seid die Reiter Mohammeds, lasst die Juden nicht über euch und eure Länder herrschen!“[131]

---

128 Vgl. hierzu Motadel, Islam and Nazi Germany's War, S. 92–114, der „concentrate[s] only on selected cases to highlight the role that religious slogans, terminology, and rhetoric played in these broadcasts“ (S. 94 f.).

129 Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 16. 6. 1940, in: CZA, S25/10013–6.

130 „Ein mit islamischen Termini und Symbolen ausgestatteter Diskurs muss nicht religiös sein. Das ist daran abzulesen, dass er im Grunde nicht mit anderen Religionen kommuniziert, sondern mit einem ‚europäischen Diskurs‘“, zit. in: Reinhard Schulze, Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 21 f.

131 Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 29. 5. 1940, in: CZA, S25/10013–31.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Oft wurden Artikel oder andere Beiträge des neo-salafitischen Nationalisten Šakīb Arslān vorgetragen, nach dessen Worten „Britannien sein Imperium auf den Trümmern des Islam“ gebaut habe: „Doch nun erwachen die Muslime und der Tag ist nahe, an dem England seine Sachen packt und die Länder der Araber verlässt.“[132]

Die Sprecher des Senders bezeichneten den jordanischen König ʿAbdallāh als „Feind der Araber und des Islam“[133], dem irakischen Nationalisten Nūrī Saʿīd wurde vorgeworfen, er agiere „gegen das Arabertum und den Islam“[134], *Radio Berlin* berichtete aus „Haifa, [von] der arabisch-muslimischen Küste“[135]. „Araber!“ wandte sich ein Sprecher an die Mitglieder seiner *umma*: „Liebe das Vaterland! Denn Vaterlandsliebe ist eine religiöse Pflicht! Sprich Arabisch! Bewahre Deine Religion!“[136] Sakralisierung des Politischen, des Nationalen, und säkularisierende Politisierung des Sakralen sind hier ineinander verschränkt.

Im grundsätzlich nationalistischen Diskurs waren „Muslim“ und „muslimisch“ sowie „Araber“ und „arabisch“ dabei als Identitätsmarker austauschbar, sie implizierten sich gegenseitig. Es hätte auch „Ägypter“ oder „Araber“ stehen können, als der Sprecher ein Kalenderblatt zur Erinnerung an Kolonialgräuel wie folgt einführte: „Die Muslime werden nicht für einen Moment vergessen, was die Engländer am 13. Juni 1906 Ägypten angetan haben.“[137]

Die religiösen Bezüge wirken dabei oft konstruiert. So wurde etwa in einen Beitrag über den Kampf der „Patrioten […] in Palästina“, der ohne jeden religiösen Bezug formuliert war und ein „Communiqué palästinensischer Freiheitskämpfer“ zitierte, ein Text eingefügt, den ein arabischer Mitarbeiter „anlässlich des Geburtstages Mohammeds verfasst“ hatte[138]. Appelle an religiöse Gefühle standen meist im Kontext der antikolonialen antibritischen Rhetorik der deutschen Sender. So bezeichnete der „ägyptische“ Sender des *Büros Concordia* die Festnahme von Azhar-Gelehrten bei einer Polizeiaktion in Kairo als einen „Angriff auf die Männer der Religion“: „Wenn England einen der Schüler oder Lehrer der Azhar anrührt, ist es so, als würde es die gesamte arabische Welt anrühren.“[139] Oft wurde, wie in den erwähnten Berichten über die „Schändung“ von Heiligtümern durch „Negersoldaten“ oder Meldungen über die zwangsweise Verabreichung von Alkohol an muslimische Kolonialsoldaten in der französischen Armee, die Verletzung kultureller Tabus skandalisiert[140].

Die explizit religiösen „Wochentalks“ bemühten sich, religiöse islamische Traditionen auf die Gegenwart zu beziehen. So rief man etwa Gleichheit und Gerech-

[132] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 30.6.1940, in: CZA, S25/5524–550.
[133] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 20.6.1940, in: CZA, S25/10013–4.
[134] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 27.6.1940, in: CZA, S25/5524–555.
[135] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 7.6.1940, in: CZA, S25/10013–22.
[136] Aus dem arabischen Programm [hebr.], 2.6.1941, in: CZA, S25/5526–502.
[137] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 14.6.1940, in: CZA, S25/10013–11.
[138] Tagesplan vom 9.4.1941, in: BArch Berlin, R78/1822.
[139] Aus dem arabischen Programm [hebr.], 3.6.1941, in: CZA, S25/5526–492.
[140] Tagesplan vom 17.4.1941, in: BArch Berlin, R78/1822; Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 15.6.1940, in: CZA, S25/10013–11.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tigkeit als islamische Ideale, ja Naturgesetze an, die in Zeiten der kolonialen Unterdrückung nicht verwirklicht seien[141]. Dabei wurden religiöse Traditionen im Sinne des nationalsozialistischen antisemitischen Antiimperialismus interpretiert, der Islam als schaffende „Religion der Arbeit" inszeniert[142]. Die vom AA gelieferten „Talks" imitierten oft den Diskurs der Neo-*salafīya*[143]. Betonte man in anderen Kontexten angesichts eines „Umschwung[s] der Stimmung unter den Muslimen" bereits, „dass die arabische Gemeinschaft aus ihrer Lethargie erwacht ist", wandte man sich in religiösen „Wochentalks" belehrend und mahnend an „die Mohammedaner", die sich „seit langer Zeit […] in tiefem Schlaf und in Vergessenheit" befänden[144].

Der Kampf für Gott, *fī sabīl allāh*, wurde regelmäßig thematisiert. In einem anderen „Talk" begann der Sprecher etwa

> „mit einer ganzen Reihe von [Sunna-]Traditionen über den *ǧihād*. Dann wandte er sich an die Araber und sagte ihnen, dass die Stunde gekommen sei, sich aus der Herrschaft der Engländer und Juden zu befreien. Das britische Empire wurde vom Regen der deutschen Schläge erschüttert. Auf der ganzen Welt gibt es keinen Muslim, Araber, Türken, Iraner, Inder oder Afghanen, dessen Blick nicht auf den kämpfenden Irak gerichtet ist. […] Die Bereitstellung des Besitzes für den Heiligen Krieg ist nicht weniger bedeutsam als die Bereitstellung des eigenen Lebens, und deshalb bevorzugte Mohammed [die Spende des] Vermögen[s] vor dem [Einsetzen des] Leben[s]."[145]

Nicht nur die gleichzeitig entdifferenzierende und Differenz herstellende Ambivalenz der national und religiös entworfenen Gemeinschaft fällt hier auf, sondern auch die auf den Spendenaufruf abgestimmte, konkreten pragmatischen Überlegungen geschuldete „Exegese", wonach Mohammed materielle Gaben für den *ǧihād*, d. h. hier den „Heiligen Kampf", am meisten bevorzugt habe[146]. Und noch eine weitere Ambivalenz prägte die religionsbezogenen Beiträge: Authentifizierte das deutsche Auslandsprogramm den eigenen Diskurs gegenüber der Hörerschaft unter Verwendung typischer, verbreiteter arabischer Floskeln, wonach „Gott allein" zum Siege verhelfen könne, und es keinen Sieg und keinen Erfolg „außer durch Gott" gebe, rief es gleichzeitig in religiös gefärbten, aber vor allem in den säkularen „Talks" ohne jeden Gottes- oder Religionsbezug die Hörer dazu auf, selbst aktiv zu werden, da es *nur an ihnen* sei, sich zu befreien:

[141] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 30. 5. 1940, in: CZA, S25/10013–15.
[142] Tagesplan vom 6. 6. 1940, in: BArch Berlin, R78/1808.
[143] Vgl. die erwähnten Manuskripte, in: BArch Berlin, R901/73039.
[144] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 1. 7. 1940, in: CZA, S25/5524–549; Kult R, Ref. VIII (Orient), Mu/Ei, Talk vom 6. 2. 1941, Wachet auf!, in: BArch Berlin, R901/73039.
[145] Aus dem arabischen Programm [hebr.], 29.[5.]1941, in: CZA, S25/5526–504.
[146] Vgl. Sure 4:95 und 9:111. An anderen Stellen wurden etwa Kampfhandlungen irakischer mit britischen Truppen als *ǧihād* bezeichnet: Aus dem arabischen Programm [hebr.], in: CZA, S25/5526–497.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Wisset, ihr jungen fortschrittlichen Araber, dass die Freiheit nur kraft des Gewehrs errungen werden kann, wie auch der Ausspruch des verstorbenen [Königs] Faiṣal lautet: Freiheit wird errungen und nicht gegeben."[147]

Im Programm der Sender standen säkulare, der Form nach islamisierte sowie neosalafitische Argumentationen und Bezüge nebeneinander. Dies ist zum einen mit dem identitätslogischen Zugriff der deutschen Verantwortlichen auf die potenzielle Hörerschaft zu erklären, die als muslimisch oder arabisch bzw. muslimisch und arabisch determiniert gesehen wurde, wobei man sich, wie bereits dargelegt, Arabertum und Islam als quasi ontologische Wesenheiten vorstellte. Aus diesem Grund stritten sich auch Vertreter der „islamischen" und der „arabischen" Linie in den zuständigen und auch Programminhalte beisteuernden Stellen; die Meinung des Leiters der Politischen Abteilung des AA Woermann, wonach der „islamische Gedanke (‚Heiliger Krieg')", da sich „Arabertum und Islam" nicht deckten, „bei der gegenwärtigen Mächteverteilung nicht verwendbar" sei, wurde keineswegs allgemein geteilt[148]. Zum anderen sind unterschiedliche rhetorische Formen im protokollierten Material auch damit zu erklären, dass die verschiedenen arabischen Mitarbeiter, die als Übersetzer oder Sprecher die Vorlagen bearbeiteten, selbst aus unterschiedlichen nationalistischen und antikolonialen Diskursen stammten. Unterschiedliche Akteure wie Baḥrī, ein säkularer Nationalist aus der irakischen *effendīya*, oder Hilālī, ein aus Marokko stammender islamgelehrter Akteur der Neo-*salafīya* mit sufischem Hintergrund, mussten zwangsläufig nicht nur in der rhetorischen Form, sondern auch in ihrem semantischen Verständnis und ihren Interpretationen Differenzen aufweisen.

Rezeption und Wirkung

Die geschätzte Zahl der Rundfunkgeräte in der Region – wahrscheinlich mehr als 300.000 zur Kriegsmitte – war zwar gemessen an der Gesamtbevölkerung gering, aber durchaus beachtlich, bedenkt man die Multiplikatorenfunktion einzelner Rundfunkempfänger innerhalb der sozialen Netzwerke ihrer Besitzer und die Tatsache, dass ein zentraler Ort der nahöstlichen Öffentlichkeit Kaffeehäuser und, zu geringeren Teilen, Clubs waren, in denen sich die Gäste vor den Rundfunkempfängern versammelten[149]. Die Anziehungskraft des technisch sehr modernen

[147] Aus der arabischen Sendung in Berlin [hebr.], 30.5.1940, in: CZA, S25/10013–15.

[148] „Die in unser Spiel einzubeziehenden Araber kämpfen nicht für religiöse, sondern für politische Ziele." Ernst Woermann, Aufzeichung zur arabischen Frage, 7.3.1941, in: ZMO, NL Höpp, 01.12.002.

[149] Eine zeitgenössische populärwissenschaftliche amerikanische Publikation nennt schon für 1940 die Zahl von 273.000 Empfängern. Im Mandatsgebiet Palästina gab es 1938 knapp 36.000 Empfänger, 1942 bereits über 53.000, bis zu 20% gehörten Arabern. Eine deutsche Studie von 1937 nennt für diesen frühen Zeitpunkt für den Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika über 260.000 Rundfunkteilnehmer, in den Folgejahren dürfte sich diese Zahl vervielfacht haben. Auf dieser Basis könnte eine Anzahl von mindestens 300.000 Empfängern und bei einer niedrig angesetzten Zahl von durchschnittlich drei bis vier Mithörern

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und eindrucksvollen Kurzwellenfunks machte das Radio neben den Zeitungen in urbanen Räumen zum Unterhaltungs- und Informationsmedium ersten Ranges. So erinnert sich etwa der iranische Großayatollah Ḥusain ʿAlī Montaẓerī in seinen Memoiren an die Anschaffung eines Radios in einem Isfahaner Kaffeehaus gegen Ende der 1930er Jahre: „Tausende Menschen" seien gekommen, um das Radio zu sehen und zu hören, auch er selbst sei dabei gewesen, der sich vorher gefragt habe: „Was ist ein Radio?"[150] Die meisten Kaffeehausbetreiber kauften Rundfunkgeräte, um Gäste zu halten und anzuziehen. Um das Jahr 1940 hatte sich das Radio in größeren Städten der Region als relevantes Medium durchgesetzt[151].

Deutsche Stellen schätzten den Rundfunk als überaus erfolgreich ein, wenn auch von einigen Verantwortlichen festgestellt wurde, dass die Hörerschaft überwiegend *aʿyān* und *effendīya* zuzuordnen war, Großgrundbesitzern, Händlern, Bürokraten und Bildungsbürgern[152]. Trotzdem würden die Inhalte der deutschen Sendungen durch mündliche Kommunikation weitere Verbreitung in der Bevölkerung finden[153]. Bereits 1939 ergriffen die Kolonialmächte Maßnahmen, um den Empfang der deutschen Sender wenigstens in der Öffentlichkeit zu verhindern. Diese zeigten auch eine Wirkung, trotzdem kommentierte der britische Konsul in Beirut, dass deutsche Sendungen „immer noch ihren Einfluss auf die Mehrheit der arabischen Hörer aufrechterhalten"[154]. Genauso gibt es aus dem Mandatsgebiet Palästina noch 1940 und danach Berichte über das Hören der deutschen, aber auch italienischer Sendungen selbst in Kaffeehäusern mancher Städte sowie

an einem Gerät von etwa einer Million unmittelbaren Radiohörern im Nahen Osten und in Nordafrika angenommen werden. Aufgrund der Tatsache, dass die Zahl der Rezipienten von Radiosendungen etwa in Kaffeehäusern eher jeweils im hohen zwei- bzw. dreistelligen Bereich anzusiedeln ist, wäre diese Zahl vermutlich deutlich nach oben zu korrigieren. Vgl. Robert L. Baker, Oil, Blood and Sand, New York 1942, S. 112; Thomas Grandin, The Political Use of the Radio, Genf 1939, S. 96 ff.; Palestine Broadcasting Service Technical News, o. D. [1946], Israeli State Archives (künftig: ISA), „Palestine Broadcasting Service" 657/13-פ.

150 Ittiḥād-e Nāšerīn-e Irānī dar Urūpā [Verband iranischer Verleger in Europa] (Hrsg.), ḫāṭerāt-e Āyat Allāh Montaẓerī [Die Erinnerungen von Āyat Allāh Montaẓerī], Essen 2001, S. 27.

151 Vgl. Douglas A. Boyd, Broadcasting in the Arab World. A Survey of Radio and Television in the Middle East, Philadelphia 1982; Göran Larsson, Muslims and the New Media. Historical and Contemporary Debates, Farnham 2011, S. 100.

152 Zur *effendiya*, manchmal als neue Mittelschicht bezeichnet, vgl. Lucie Ryzova, Egyptianizing Modernity through the „New Effendiya". Social and Cultural Constructions of the Middle Class in Egypt under the Monarchy, in: Arthur Goldschmidt/Amy J. Johnson/Barak A. Salmoni (Hrsg.), Re-envisioning Egypt 1919–1952, New York 2005, S. 124–163, und Michael Eppel, The Elite, the Effendiyya, and the Growth of Nationalism and Pan-Arabism in Hashemite Iraq, 1921–1958, in: International Journal of Middle East Studies 30 (1998), S. 227–250.

153 Herf, Nazi Propaganda, S. 62, bezieht sich auf Gerhard Rühle, Aufzeichnung betr. Die Rundfunkpropaganda in den arabischen Raum, Berlin, 5. 5. 1941, in: PA AA, R67482.

154 Political Report. Syria. No. 26, 17. 10. 1939, in: Michael G. Fry/Itamar Rabinovich (Hrsg.), Despatches from Damascus. Gilbert MacKereth and British Policy in the Levant, 1933–1939, Tel Aviv 1985, S. 223 ff., hier S. 225.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

pro-deutsche Äußerungen[155]. Jüngere Arbeiten betonen auf der Basis zeitgenössischer französischer oder englischer Quellen ebenfalls den Einfluss der deutschen Sendungen zumindest in den ersten Kriegsjahren bis 1942[156].

Wie Meir Litvak und Esther Webman schreiben, finden sich in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in verschiedenen arabischen autobiografischen Werken „offene Eingeständnisse" von verbreiteter Sympathie und sogar Begeisterung für Deutschland in den 1930er Jahren und während des Krieges[157]. Als ein Beispiel führen sie Aḥmad aš-Šuqairī an, aus dessen Erinnerungen sie übersetzen:

> „Die Meldungen über deutsche Siege in Europa erfüllten unsere Herzen mit großer Hoffnung. Ich saß gewöhnlich mit einem Bleistift vor der Landkarte, hörte die militärischen Communiqués und freute mich über deutsche Siege."[158]

Aussagen wie diese deuten an, dass deutsche Rundfunksendungen bewusst zur Informationsbeschaffung genutzt wurden. Schon 1937 forderte der Programmdirektor des Jerusalemer Senders des *Palestine Broadcasting Service* (PBS) in einem internen Memorandum bezüglich der Propaganda des Achsensenders *Bari* die Verbesserung und den Ausbau der arabischen Nachrichtenprogramme: „Die Nachrichten haben die größte tägliche Zuhörerschaft", das Verlangen nach Nachrichten sei universal[159]. Nicht nur weil der Unterhaltungswert der Sendungen – im Vergleich etwa mit dem Kairoer Sender und bald vor allem mit der britischen Station *šarq al-adnā*[160] – eher gering war, ist für die Achsensender, nach 1939 insbesondere für *Radio Berlin*, nicht von einer passiven „Indoktrination", sondern einer

---

155 Kurze Tour im Land, Bericht von Sasson an Shertok [hebr.], 29.5.1940, S.3, in: CZA, S25/3872–326ff., hier 328; Bericht eines arabischen Informanten an Sasson, 30.5.1940, S.1, in: CZA, S25/3872–323ff., hier 323.

156 Vgl. etwa Meir Zamir, Against the Tide. The Secret Alliance between the Syrian National Bloc Leaders and Great Britain, 1941–1942, in: Israel Gershoni (Hrsg.), Arab Responses to Fascism and Nazism. Attraction and Repulsion, Austin, TX. 2014, S.55–72, hier S.60ff. Auf die eingeschränkte deutsche Flugblattpropaganda wird hier nicht eingegangen. Die von Zamir genannten Grundthemen der Flugblattpropaganda in Syrien und Libanon gleichen aber denen der hier rekonstruierten Rundfunkpropaganda; vgl. ebenda, S.61f.

157 Meir Litvak/Esther Webman, From Empathy to Denial. Arab Responses to the Holocaust, London 2009, S.292.

158 Zit. in: Ebenda.

159 Stephen Fry an Postmaster General, Subject: New Bulletins, 11.5.1937, S.1, in: ISA, „Reorganization of the Palestine Broadcasting Service" 399/14-מ. Bari stehe in Konkurrenz mit Kairo, weshalb es seine Nachrichten zeitgleich sende. Würde der Jerusalemer Sender nun ebenfalls zeitgleich einen „first-rate news service in Arabic" ausstrahlen, würden Hörerzahl und Einfluss Baris abnehmen; ebenda, S.6.

160 Šarq al-adnā war eine verdeckte, als autochthon-arabischer Sender auftretende Kurzwellenstation des britischen Militärs, die Ende 1941 erst in Jenin und dann in Jaffa im Mandatsgebiet Palästina auf Sendung ging und deren Hintergrund – insbesondere in Palästina – vielen Hörern bekannt war. Er wurde als Gegengewicht zur deutschen Rundfunkpropaganda vom britischen Militär bzw. Militärnachrichtendienst aufgebaut und betrieben. Vortrags- und Diskussionsmanuskript „Edwin Samuel, Problems of Broadcasting in Palestine – A Bilingual Country", S.8ff., in: ISA, „Palestine Broadcasting Service" 657/13-פ; kurze Hinweise bei Eisuke Naramoto, The Palestine Broadcasting Service. A British Response to German

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

aktiven Rezeption und Aneignung auszugehen. Darauf verweisen auch seltene Einblicke in den politischen Alltag palästinensischer Nationalisten in den Vorjahren, die Telefonabhörprotokolle nachrichtendienstlicher zionistischer Strukturen gewähren. Aus Gesprächen von einflussreichen nationalistischen Politikern und Publizisten, etwa Rāġib und Faḫrī an-Našāšībī und ʿAǧǧāǧ Nuwaihiḍ, wird die große Bedeutung insbesondere der Presse, aber auch des Radios deutlich[161]. So nahm das Radiohören einen bedeutenden Platz in ihren Tagesabläufen ein, des Öfteren sprachen sie über Nachrichten des Jerusalemer Senders, aber auch von *Radio London* und *Radio Bari*. Die Nachrichten kommentierten sie bezüglich ihres Informations- und Wahrheitsgehalts. Die Betreffenden waren Notabeln und nahmen einflussreiche Positionen im kolonialen System sowie in der „kollaborationistischen" nationalistischen Bewegung ein; sie waren also keine typischen *effendīs*. Doch zeigt sich hier klar die Bedeutung der Medien innerhalb der politisierten arabischen Öffentlichkeit. Regelmäßige Hinweise auf die starke und schnelle Verbreitung von Gerüchten, die etwa auf Meldungen der Stationen in Bagdad oder Bari – an deren Diskurs *Radio Berlin* ab 1939 anknüpfte – beruhten, verweisen zudem auf den weiteren Einfluss insbesondere gerüchteorientierter Radiopropaganda, die gerade in krisenhaften Situationen und bei unbefriedigender Nachrichtenversorgung einen besonderen Stellenwert einnimmt[162]. Nicht ohne Grund war auch in den Augen arabischer Kollaborateure die Bedeutung des Radios zentral, Baḥrī war bereits im Irak in der Rundfunkpropaganda tätig gewesen, Hilālī hatte die Fragen von Rundfunk und antikolonialem Kampf in seiner Publizistik eingehend erörtert[163].

Die deutschen Sendungen wurden in jedem Fall wahrgenommen, sie waren ein Thema öffentlichen Interesses und öffentlicher Auseinandersetzung. Die arabischen Programme Londons, Kairos und anderer pro-alliierter Sender bezogen sich oft negativ auf *Radio Berlin* sowie andere Achsensender – und *vice versa*[164]. Das heißt allerdings eben auch, dass die – offenen und verdeckten – deutschen Sendungen dauerhaft in Informations- und Deutungskonkurrenz zu lokalen Presseerzeugnissen und gegnerischen Sendern standen, in deren Programm antifaschistische Inhalte einen prominenten Platz einnahmen[165]. Bei *šarq al-adnā* gab es

and Italian Propaganda [japan.], in: The Housei University economic review 77 (2010) 3, S. 361–384.

161 Ausgewertet wurden diverse Gespräche zwischen Mai und September 1938. Vgl. hierzu den Bestand in: CZA, S25/22346.

162 Vgl. dazu u. a. Manfred Bruhn/Werner Wunderlich (Hrsg.), Medium Gerücht. Studien zu Theorie und Praxis einer kollektiven Kommunikationsform, Bern 2004.

163 Vgl. Ryad, A Salafi Student, in: Ders./Nordbruch (Hrsg.), Transnational Islam, S. 129–134.

164 Das zeigen die hebräischen Abhörberichte, auch Bofinger, Entstehung und Geschichte, in: BArch Koblenz, B187/3729, S. 11–14, hier S. 13a-b, hebt diese Tatsache hervor, auch wenn er vom Einfluss des Senders eher wenig überzeugt scheint, was allerdings im Rahmen einer apologetischen, die eigene Rolle marginalisierenden Strategie gelesen werden könnte.

165 Neben der BBC insbesondere der Jerusalemer Sender des PBS, vgl. al-qism al-ʿarabī fī dār al-iḏāʿa al-filisṭīnīya [Die arabische Abteilung des PBS] (Hrsg.), ḥadīṯ al-iḏāʿa [Radio-Talks], Jerusalem 1941, insb. S. 192–213.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

längere Zeit einen eigenen Sendeplatz für die „Analyse der Lügen der Achse“[166]. Die geringe Aktualität und Fehlerhaftigkeit vieler deutscher Nachrichtenmeldungen, die auch deutsche Stellen bemängelten, ist in diesem Zusammenhang ebenfalls hervorzuheben[167]. Zudem vermuteten selbst diese, dass „das einfachere arabische Volk, das von der europäischen Politik nur einen schwachen Schimmer hat“, durch das beim italienischen Sender *Bari* „beigegebene Unterhaltungsprogramm angenehmer auf seine Kosten komme“. Auch in Kairo bringe man „recht unterhaltsame Sendungen“, im Londoner Sender wiederum würden des Öfteren „hervorragende Persönlichkeiten der arabischen Welt“ das Wort ergreifen[168]. Das quantitativ und qualitativ überlegene Programm von *šarq al-adnā*, bisher in der Forschung unbeachtet, kam als weiterer Konkurrent hinzu[169]. Auch dass propagandistische „Talks“ und Kommentare „geschickt“ mit Koranzitaten „vermischt wurden“, war weder eine Besonderheit *Radio Berlins*[170], noch der offenen und verdeckten deutschen Propagandaprogramme insgesamt[171]. Im arabischen Programm der *BBC* aus London wurden die Sendungen wohl grundsätzlich mit gesungenen Koranrezitationen eingeleitet, was der Orientzone offenbar als Vorbild

166 Arabische Sendungen der Radiostationen [hebr.], 20. 7. 1943, in: HA, 117/14.

167 Wiedergabe eines Berichts eines „aus Syrien eingetroffenen V-Mannes“, Deutsche Inf. Stelle III, 31. 1. 1942, S. 1, in: BArch Berlin, R901/48061–87ff., hier 88; vgl. auch Anm. 61.

168 Vertraulicher Bericht – Aufklärungs-Ausschuß Hamburg-Bremen an RMVP, 30. 11. 1939, in: BArch Berlin, R55/20013–3, S. 4.

169 Dass „kein anderer Sender“ sich in der arabischen Welt „einer größeren Beliebtheit“ erfreute als Radio Berlin (Küntzel, Zeesen bis Beirut, in: Rabinovici/Speck/Sznaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus?, S. 272), ist nicht belegt und angesichts des hier angesprochenen Konkurrenzangebots eine mehr als fragwürdige Behauptung. Auf der anderen Seite ist es ebenso fragwürdig, einer in Zusammenarbeit mit den Mandatsbehörden unter Kriegs- und Zensurbedingungen durchgeführten Erhebung, die einen geringen Höreranteil der Achsensender und eine mehrheitlich ablehnende Haltung der Hörerschaft gegenüber Achsenpropaganda ergab, einen Aussagewert für reales Hörverhalten zuzuschreiben, wie es Wildangel tut. Aufgrund des Erhebungskontexts und bei Betrachtung des Fragebogendesigns ist hier klar ein *bias* bezüglich der Erwünschtheit der Angaben anzunehmen. Zudem heißt es in der Originalstudie: „Almost half of the public refrained from expressing themselves on the truthfulness of the various stations. If ever they did so, they insisted that their frank expressions of opinion should under no circumstance be recorded. [...] Beirut, Bari, and Berlin were stigmatized as giving the most coloured news by about 5% of the public. The fact that 85% of this sample of the public did not indicate any station as ‚least true‘ in its news, may be due either to lack of opinion, or to reticence under war conditions, in unknown proportions.” Stuart C. Dodd u. a., A Pioneer Radio Poll in Lebanon, Syria and Palestine, Jerusalem 1943, S. 26. Vgl. René Wildangel, More than the Mufti. Other Arab-Palestinian Voices on Nazi Germany, 1933–1945, and their Postwar Narrations, in: Gershoni (Hrsg.), Arab Responses, S. 101–125.

170 Das scheint aber etwa Matthias Küntzel anzunehmen; ders., Zeesen bis Beirut, in: Rabinovici/Speck/Sznaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus?, S. 272 f.; Matthias Küntzel, Die Deutschen und der Iran. Geschichte und Gegenwart einer verhängnisvollen Freundschaft, Berlin 2009, S. 62. Auch Motadel, Islam and Nazi Germany’s War, S. 95, hält die Koranverse für „quite distinct from the other stations broadcasting“.

171 So lässt sich nachweisen, dass auch die arabischen Sendungen Concordias mit einem Koranvers eingeleitet wurden; vgl. Sendungen [hebr.], 8. 6. 1941, in: HA, 117/14.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

diente, auch das arabische Programm des Senders *Kairo* begann mit der Rezitation aus dem Koran[172].

Die arabischen Übersetzer und Sprecher, die den nationalsozialistischen Antiimperialismus „arabisierten", waren *effendīs*. Auch die Hörerschaft, die die Voraussetzungen für den Radioempfang besaß und auf die der moderne antimoderne Diskurs der deutschen Sendungen – wohl eher nicht gezielt – zugeschnitten war[173], war dominiert von der *effendīya*, sie war urban, gebildet und nationalistisch. Doch nicht nur unter urbanen Eliten, auch in der weiteren Bevölkerung wurden – auch deutsche – Nachrichten zum Kriegsverlauf aufmerksam wahrgenommen und auf die Lage und Entwicklung im Nahen Osten bezogen, insbesondere in modifizierten sekundären Verbreitungsformen, als Gerücht. Ob man sich dabei gegenüber dem Deutschen Reich eher positiv, eher neutral oder eher negativ positionierte, hing auch deutlich von Konjunkturen ab, die mit der Entwicklung der Kriegssituation – immer bezogen auf mögliche Auswirkungen auf die koloniale Situation im Nahen Osten – zusammenhingen.

Das zeigt sich insbesondere im Mandatsgebiet Palästina, für das die Quellen bisher die meisten Hinweise zur Rezeptionsfrage bieten. So berichten interne Lageberichte der Politischen Abteilung der Jewish Agency nach deutschen Erfolgen in den ersten Kriegsjahren wiederholt, dass diese von vielen positiv aufgenommen worden seien[174]. Das Ausschlachten der Kriegshandlungen in Syrien für antibritische Propaganda jedoch finde, so eine andere Einschätzung von 1941, nur ein schwaches Echo[175]; über die Sendung einer Rede Ḥusainīs im Mai 1942 wird aus vielen Orten berichtet, sie sei entweder gar nicht gehört worden oder habe keine Wirkung hinterlassen[176]. Im Dezember 1941 finden sich zudem ebenso Berichte über Bewunderung russischer Heldenhaftigkeit, auch wird festgestellt, dass das pro-britische Lager angesichts deutscher Niederlagen rapide anwachse[177]. In den Berichten finden sich jedoch zugleich kontinuierlich Gerüchte wieder, die direkt auf rezipierte, mündlich verbreitete und modifizierte deutsche Propagandathemen und -meldungen zurückzuführen sind. Man erzählte sich, dass nach einem deutschen Sieg Rašīd ʿĀlī al-Kīlānī zum Herrscher über den Irak, Yūnus Baḥrī [!] zum Herrscher über Transjordanien, Šakīb Arslān [!] zum Herrscher über Syrien und Libanon und der „Mufti" Amīn al-Ḥusainī zum Herrscher über Palästina gemacht würden[178]; zu einem anderen Zeitpunkt war in einigen Orten

[172] Vertraulicher Bericht – Aufklärungs-Ausschuß Hamburg-Bremen an RMVP vom 30. 11. 1939, in: BArch Berlin, R55/20013–3, S. 4.

[173] Zu Bofingers stark orientalistisch gefärbten Aussagen über Rezipienten der Orientzone: Ders., Entstehung und Geschichte, in: BArch Koblenz, B187/3729, S. 4.

[174] CZA, S25/32789f.

[175] Meldungen, 2. 7. 1941, in: CZA, S25/32789.

[176] So sei über eine Rede Ḥusainīs in Tulkarem kaum geredet worden, in Hebron habe man sie eigentlich nicht gehört, da die dortigen Radioempfänger sich „in den Händen von Freunden Englands" befänden, auch im Süden sowie im Bereich Tiberias und Petah Tikva habe die Rede keinerlei Wirkung hinterlassen. Meldungen, 1. 6. 1942 u. 11. 6. 1942, in: CZA, S25/32789.

[177] Meldungen, 4. 12. 1941 u. 18. 12. 1941, in: Ebenda.

[178] Meldungen, 6. 7. 1941, Gerüchte, in: Ebenda.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

im Mandatsgebiet Palästina die Rede davon, die USA hätten eine jüdische Armee mit 15.000 Soldaten aufgestellt, die in Palästina gegen die Araber kämpfen solle – anderswo, diese Armee von 50.000 Mann sei beim Schiffstransport von einem deutschen U-Boot versenkt worden[179]. Der junge antizionistische Nationalist Sarī as-Sakākīnī, Mitarbeiter des US-amerikanischen Konsulats in Jerusalem, fand bei nicht-repräsentativen Befragungen insbesondere urbaner, gebildeter *effendīs* in Palästina in den Jahren 1941 und 1942 nach eigener Aussage weitgehend positive Einstellungen zum Deutschen Reich. Sakākīnī, der die Rolle der Radiopropaganda betont, resümiert aus nationalistischer Perspektive:

> „Worauf hoffen die Araber? Sie hoffen auf (1) politische Freiheit in dem [Gebiet], was sie selbst als ‚Arabische Welt' definieren. Und (2) ein Ende aller zionistischen Machenschaften. Es ist daher natürlich, dass der Samen, den die Deutschen aussäen, in den Arabern einen fruchtbaren Boden finden wird [...]. Deutsche Propaganda – wahr oder unwahr – gibt dem Araber Hoffnung und das Gefühl, dass er für die größeren Entwicklungen [wörtl.: general scheme of things] von Bedeutung und Notwendigkeit ist. Britische Propaganda – wahr oder unwahr – besteht darauf, dass die beste Ordnung der Welt diejenige ist, die die Briten für sie erdacht haben."[180]

Die Rezeption der deutschen Sendungen war in jedem Fall eine engagierte, aktive, in der die Inhalte in verschiedenen Regionen des Nahen Ostens und von unterschiedlichen Akteuren jeweils vor dem eigenen „Erfahrungsraum" und „Erwartungshorizont" angeeignet und interpretiert wurden[181]. Mit Koselleck wäre der Kontext der Rezeptionssituation vor allem mit Blick auf die urbanen Räume als die Temporalisierung der nationalistischen Utopie nationaler Befreiung, Souveränität und Identität zu beschreiben[182]. In Bezug auf bildungsferne Schichten sowie jene Rezipienten, die noch stärker traditionalen Sozialstrukturen und Lebenswelten verhaftet waren, ist eine Attraktivität von relativ jungen und widersprüchlichen nationalistischen Diskursen jedoch nicht unbedingt in den Mittelpunkt zu stellen; Anknüpfungspunkte boten hier vermutlich eher die Anrufung von relativ flexibel besetzbaren identitätslogischen Größen wie „Tradition", „Arabertum" und „Islam", die säkulare wie islamisierte Gleichheitsrhetorik des natio-

[179] Meldungen, 13. 3. 1942, Gerüchte, in: Ebenda.

[180] Sarī as-Sakākīnī, Public Opinion Poll, o.D. [Juni 1942], in: CZA, S25/9226; ders., Poll, 7. 3. 1941, in: Ebenda.

[181] Von einer passiv vorgestellten Indoktrination auszugehen, deren Erfolg auf religiöser Semantik beruht, wäre in diesem Sinne nicht nur bezüglich der Sendeinhalte, sondern auch bezüglich der Rezeptionssituation irreführend.

[182] Vgl. Reinhart Koselleck, „Erfahrungsraum" und „Erwartungshorizont" – zwei historische Kategorien, in: Günther Patzig u. a. (Hrsg.), Logik, Ethik, Theorie der Geisteswissenschaften, Hamburg 1977, S. 191–208.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nalsozialistischen Antiimperialismus sowie die personalisierte Kritik von ökonomischen Verwerfungen und Krisenerscheinungen[183].

Der größere Diskursraum, in dem die deutsche Propaganda rezipiert und diskutiert wurde, umfasste in jedem Fall eine Pluralität von Positionierungen zum Nationalsozialismus zwischen Faszination, Sympathie, Ablehnung und Schrecken, wie gerade die bahnbrechenden Arbeiten Gershonis, Nordbruchs und anderer in den letzten Jahren gezeigt haben[184]. Die Bewertung Deutschlands und der Achsenmächte durch den Rundfunk-Hörer sagte zudem wenig über dessen politische Positionierung innerhalb des kolonialen Staates und zu diesem aus, und *vice versa*. Die politischen und mehrheitlich nationalistischen Eliten positionierten sich aus verschiedenen politischen und machtstrategischen Gründen letztlich an der Seite der „Demokratien" bzw. nicht an der Seite der Achse. Mehr oder weniger pro-deutsche Akteure waren marginalisiert, Netzwerke wie das Ḥusainīs zudem über die Positionierung im Krieg uneins[185]. Die zentralen pro-deutschen Akteure befanden sich in Deutschland und Italien – fernab des Geschehens. Der Ruf der offenen und verdeckten deutschen Propaganda zwischen 1939 und 1945 nach Solidaritätsdemonstrationen, antibritischen Gewalttaten und Aufständen blieb daher auch letztlich weitestgehend folgenlos[186]. Dass die zentrale Sendung „Lügen der Achse" im Juli 1943 aus dem Programm von *šarq al-adnā* genommen wurde, dem Herzstück der britischen *counterpropaganda*, deutet darauf hin, dass alliierte Stellen zumal vor dem Hintergrund der Kriegslage zu

[183] Bericht des britischen Botschafters in Bagdad: „This theme appeals to a mass of men and women little interested in either Germany's might or Hitler's sympathy for Arab nationalism, and talk of the blessings that nazism would bring to the poor at the expense of the rich is now common in the Bagdad coffee-shops frequented by working men." Basil Newton an Anthony Eden, 26. 3. 1941, in: The National Archives London, 371/27067.

[184] Vgl. Israel Gershoni, Confronting fascism in Egypt. Dictatorship versus democracy in the 1930s, Stanford, CA. 2010; ders./Götz Nordbruch, Sympathie und Schrecken. Begegnungen mit Faschismus und Nationalsozialismus in Ägypten, 1922–1937, Berlin 2011; ders./Ulrike Freitag (Hrsg.), Arab encounters with fascist propaganda 1933–1945 (= Geschichte und Gesellschaft 37 (2011), H. 3); ders. (Hrsg.), Arab Responses; vgl. auch René Wildangel, Zwischen Achse und Mandatsmacht. Palästina und der Nationalsozialismus, Berlin 2007; Joachim Scholtyseck, Fascism – National Socialism – Arab „Fascism". Terminologies, Definitions and Distinctions, in: Die Welt des Islams 52 (2012), H. 3–4, S. 242–289; Peter Wien, Arabs and Fascism. Empirical and Theoretical Perspectives, in: Ebenda, S. 331–350; Orit Bashkin, The Barbarism from Within – Discourses about Fascism amongst Iraqi and Iraqi–Jewish Communists, 1942–1955, in: Ebenda, S. 400–429; Israel Gershoni, Why the Muslims Must Fight against Nazi Germany: Muḥammad Najātī Ṣidqī's Plea, in: Ebenda, S. 471–498; Götz Nordbruch, Islam as a „Giant Progressive Leap" – Religious Critiques of Fascism and National Socialism, in: Ebenda, S. 499–525, sowie die Aufsätze in der Themenausgabe von Manfred Sing (Hrsg.), Rethinking totalitarianism and its Arab readings (= Orient Institute Studies (2012), H. 1).

[185] Vgl. dazu u. a. Bericht Sasson, Was gibt es Neues unter den palästinensischen Arabern [hebr.], 15. 12. 1939, in: CZA, A291/8; Bericht Sasson, Die Araber während des Kriegs [hebr.], 4. 10. 1943, in: Ebenda.

[186] Auf die Situation im Irak 1941, insbesondere das antijüdische *farhūd*-Pogrom am 1. u. 2. 6. 1941, und den anzunehmenden katalysatorischen Effekt der antisemitischen deutschen Propaganda auf eine Gruppe organisierter pro-faschistischer irakischer Nationalisten und Teile der Bagdader Bevölkerung kann hier nicht eingegangen werden.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

diesem Zeitpunkt in der deutschen und Achsenpropaganda im Nahen Osten keine direkte Bedrohung mehr sahen[187].

Neu fokussiert, ist die Frage nach dem Einfluss der Propaganda trotzdem von zentraler Bedeutung. Die Ambivalenz der Rezeptionssituation ergibt sich daraus, dass der antikoloniale Diskurs der deutschen Propaganda ideologisch und irrational, die Auseinandersetzung mit den Kolonialmächten in der Region aber real war. Der Diskurs des antisemitischen nationalsozialistischen Antiimperialismus überlagerte antikoloniale und nationalistische, angesichts der Internationalisierung des „Palästinaproblems" in Politik und Presse zunehmend antizionistische und teilweise auch antisemitische Diskurse im Nahen Osten von Beginn an – aufgrund gleicher Inhalte, jedoch mit einer zumeist bzw. zunächst gänzlich anderen Semantik. Genau diese Schnittstelle hätten weitere Forschungen in den Blick zu nehmen, auch jene, die die bisher kaum erforschte Durchsetzung der modernen antisemitischen Denkform im Nahen Osten um die Mitte des 20. Jahrhunderts erklären wollen, die sich auch als eine Verschiebung der Semantik verstehen lässt[188].

Dass die deutsche Propaganda dabei keineswegs in einem einfachen verdinglichten Verständnis als Export bzw. Import verstanden werden sollte, sondern mit Ideologiebildungs- und aktiven Aneignungsprozessen und Kollaborationen vor dem Hintergrund lokaler politischer und krisenhafter gesellschaftlicher Verhältnisse in Verbindung gebracht werden muss, unterstreicht dabei auch ein einmaliger Einblick in die Sendungen des irakischen Palastsenders *qaṣr az-zuhūr*, zu dem in der Forschung bisher noch nichts bekannt war[189]. Noch vor dem Einsetzen deutscher Rundfunkpropaganda in den Nahen Osten in arabischer Sprache sendete dieser vom irakischen König unter Mitarbeit nationalistischer *effendīs* wie Yūnus Baḥrī betriebene Sender ein auf den antizionistischen Kampf in Palästina

[187] Arabische Sendungen der Radiostationen [hebr.], 20. 7. 1943, in: HA, 117/14.

[188] Vgl. als Überblick Gudrun Krämer, Antisemitism in the Muslim World. A Critical Review, in: Die Welt des Islams 46 (2006), H. 3, S. 243–276, und Esther Webman, The Challenge of Assessing Arab/Islamic Antisemitism, in: Middle Eastern Studies 46 (2010), H. 5, S. 677–697. Es handelt sich um eine besondere Semantik und Denkform unter spezifischen sozioökonomischen und politischen Verhältnissen. Vgl. den Ansatz von Götz Nordbruch, The Socio-Historical Background of Holocaust Denial in Arab Countries. Reactions to Roger Garaudy's The Founding Myths of Israeli Politics, Jerusalem 2001.

[189] Auch in populären Quellen wird davon ausgegangen, dass der Sender auf Mittelwelle sendete und nur einen geringen Empfangsradius hatte. Doch teilweise wird von der Anschaffung eines starken Kurzwellensenders Ende 1937 oder Anfang 1938 berichtet; dass der Sender in Jerusalem empfangen wurde, bestätigt dies. Vgl. iḏāʿa qaṣr az-zuhūr [Rundfunkstation qaṣr az-zuhūr] , in: bilādī al-yaum, Onlineversion auf http://www.beladitoday.com/index.php?aa=news&id22=5194 [20. 1. 2015]; Qāsim al-Ḫiṭāṭ, Yūnus Baḥrī ḏalika al-mūṣulī al-usṭūrī al-muġāmir! [Yūnus Baḥrī dieser legendäre Abenteurer aus Mosul!], in: Mīzūbūtāmiyā 7, 2006, Digitalressource auf http://www.mesopot.com/old/adad7/6.htm [20. 1. 2015], darin: Samīr ʿAbdallāh al-Ṣāniʿ, Yūnus Baḥrī, qarrabahu ar-ruʾasāʾ wa-aḥabbahu an-nās waiqtarana ismuhu bi-hitlir [Yūnus Baḥrī, die politischen Führer suchten seine Nähe, die Menschen liebten ihn und sein Name wurde mit Hitler in Verbindung gebracht].

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

fokussiertes, antisemitisch aufgeladenes Programm im Zeichen eines radikalen Panarabismus – und im Dienst irakischer Expansionsinteressen[190].

Bezogen wurde von den Verantwortlichen Nachrichten- bzw. Propagandamaterial sowohl von deutschen Stellen, vermutlich über Grobba und die deutsche Botschaft, als auch vom „Arabischen Nationalen Büro" (*al-maktab al-qaumī al-ʿarabī*) in Damaskus, einer Gründung nationalistischer Aktivisten um die „Arabische Nationalistische Partei" und das Ḥusainī-Netzwerk[191]. So wurden Nachrichten verlesen „die vom nationalen arabischen Büro stammen, in denen alle Heldentaten der Banden Erwähnung fanden" darunter Berichte über „Mord an Juden, britischen Soldaten und Polizisten, [Legung von] Minen und Angriffe", sowie das „Niederbrennen einer jüdischen Fabrik" oder „die Rodung von 2000 Bäumen und einer Orangenplantage, die der Familie Našāšībī gehören"[192]. Auch deutsche Quellen wurden ausgiebig zitiert, etwa über den „wachsenden Hass auf Juden in der Tschechoslowakei", wo die Presse verlange, dass die Regierung Maßnahmen gegen die ausländischen und tschechoslowakischen Juden ergreife, damit diese

> „aus dem Wirtschaftsleben komplett verschwinden, denn, leider, befinden sich die größten Unternehmen in ihren Händen, und die Juden und die Migranten kontrollieren die großen Fabriken, Migranten, die vorher in Berlin oder Wien waren"[193].

Der irakische Sender strahlte auch täglich antijüdische Lieder und Gedichte teils von Schallplatte aus, etwa mit dem Refrain „Moschee des Heiligtums, mit meinem Blut werde ich dich erlösen" oder mit dem Inhalt:

> „Sie haben uns attackiert und bald werden sie uns verschlingen,
> sie nahmen unsere Güter, haben uns ausgenommen und rauben weiterhin,
> sie nahmen alles und ließen uns nichts, und bald werden sie uns verschlingen."[194]

[190] Vgl. ebenda und Radio Bagdad [handschriftl., hebr. und arab.], 20.10.1938, in: CZA, S25/10013–52-65.

[191] Vgl Martin Thomas, Empires of Intelligence. Security Services and Colonial Disorder after 1914, Berkeley 2008, S. 243; Raghid Solh, The attitude of the Arab nationalists towards Greater Lebanon during the 1930s, in: Nadim Shehadi/Dana Haffar Mills, Lebanon. A History of Conflict, London 1992, S. 149–166, hier S. 163, und Götz Nordbruch, Nazism in Syria and Lebanon. The ambivalence of the German option 1933–1945, London/New York 2009, S. 55 f.

[192] Radio Bagdad [handschriftl., hebr. und arab.], 20.10.1938, in: CZA, S25/10013–52.

[193] Radio Bagdad [handschriftl., hebr. und arab.], 15.10.1938, in: CZA, S25/10013–55f., hier 56 f. Der Protokollant bemerkt zutreffend: „Es ist erwähnenswert, dass dieses lange Telegramm über die Propaganda gegen die Juden in der Tschechoslowakei nicht in der hebräischen Presse erwähnt wurde und auch nicht in der arabischen [...], daraus geht hervor, dass a) diese Meldung von einer deutschen Quelle stammt, und b) dass diese Meldung von einer deutschen Quelle an Bagdad zum Zweck anti-jüdischer Propaganda direkt übermittelt wurde."

[194] Radio Bagdad [handschriftl., hebr. und arab.], 17.10. und 19.10.1938, in: CZA, S25/10013–62f. u. 65.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Einblick in das Radioprogramm dieses arabischen Senders, dessen Akteure sich in ihrer Auseinandersetzung mit Kolonialmächten, Zionisten und konkurrierenden antikolonialen und nationalistischen Akteuren und vor allem innerhalb ihres auf Palästina und einen dortigen Kampf gegen Zionisten bzw. Juden fokussierten nationalistischen und antikolonialen Diskurses deutschen antisemitischen Materials *bedienen*, sich dieses *aneignen*, verweist auf die Komplexität der mit endemischen Ideologiebildungs- und aktiven Aneignungsprozessen verschränkten katalysatorischen Funktion von Propagandainhalten, die auch eine Verschiebung der Semantik des Diskurses forcierte. Eine solche muss in erhöhtem Maße für die in Umfang und Sendeleistung verstärkten Sendungen *Radio Berlins* angenommen werden, das kurz nach dem Ende von *qaṣr az-zuhūr* seine Sendungen aufnahm.
Auch vor dem Hintergrund des erwähnten nachweisbaren Eigenlebens deutscher Propagandainhalte in Form von Gerüchten könnte ein mit zahlreichen Quellen und Informantenberichten belegter interner Bericht des amerikanischen *Office of Strategic Services* – eine seltene zeitgenössische Quelle zu dieser Frage – als Indiz dafür gelesen werden, dass die angesprochene semantische Verschiebung die antisemitische Ideologiebildung und Praxis in der Region tatsächlich forciert und dynamisiert hat:

> „Agenten der Achse [...] haben versucht, diese antizionistische Stimmung in Feindseligkeit gegen lokale Juden zu verwandeln [...], unterstützt von der beständigen anti-jüdischen Propaganda aus Berlin und Rom [...]. Infolgedessen grassierten zu Beginn des Jahres 1943 von der Achse[npropaganda] inspirierte Gerüchte über anglo-amerikanische Intrigen, welche das Eindringen von Zionisten in die beiden Länder [Syrien und Libanon] und deren letztendliche Annexion durch palästinensische Juden zum Ziel hätten. Juden wurden in Moscheen als Feinde des Islams angeprangert, und Studentendemonstrationen in Damaskus, Aleppo, Homs und Hama endeten in Ausschreitungen [...]. Nur das Einschreiten der Polizei verhinderte einen Angriff auf das jüdische Viertel in Damaskus. [...].
> Seit der Zionismus von den Arabern vollständig mit europäischem Imperialismus identifiziert wird, ist Antizionismus ein wesentlicher Bestandteil des arabischen Nationalismus geworden. Die Propaganda, die von diesen [arabisch-nationalistischen] antizionistischen Strukturen verbreitet wird, umfasst die üblichen stereotypen Vorwürfe: dass [...] der Zionismus die territoriale Integrität nicht nur Palästinas, sondern auch seiner Nachbarstaaten bedroht [...] [und] dass die Juden allerorten Diebe und Geschäftemacher sind, die von diesem Krieg profitieren, wie sie seit jeher in Kriegszeiten profitiert haben."[195]

[195] Der Bericht betont die Beziehung zwischen Konjunkturen des arabischen Nationalismus und des Antizionismus, und verweist auf die Projektionsfunktion jüdischer (Groß-)Händler etwa in Bagdad. Office of Strategic Services, Research & Analysis: The Present Position of the Jews in the Arab World, 4. 4. 1944, S.12-19, hier S. 17 f., Reel 1, Office of Strategic Services, Part VII, The Middle East, University Publications of America, Washington, D.C., in: SUB Göttingen, MA 82–112-69, Rollenabschnitt 10. Das qualitativ Neue am antizionistischen Diskurs zeigt sich auch im Vergleich mit früheren arabischen Auseinandersetzungen mit dem Zionismus, die überaus ambivalent und plural waren. Vgl. z. B. Evelin Dierauff, Die Zionis-

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Es ist auch die Wirkmacht des antisemitischen nationalsozialistischen „Antiimperialismus“ der deutschen Auslandspropaganda, die der Bericht andeutet[196]. Für weitere Forschungen und Debatten zu seiner Rezeptions- und Wirkungsgeschichte ist die Rekonstruktion von Inhalt und Semantik des deutschen Propagandadiskurses, zu der dieser Aufsatz in erster Linie beitragen will, die notwendige Voraussetzung.

musdebatte in der palästinensischen Zeitung Filasṭīn, 1911–1913, Mag.arbeit, Universität Halle 2013.

[196] Wie auch die erwähnten Berichte Sakakinis, in denen insbesondere das Motiv „jüdischer Macht hinter“ der englischen und US-amerikanischen Regierung auffällt. Sarī as-Sakākīnī, Public Opinion Poll, o.D. [Juni 1942], in: CZA, S25/9226; ders., Poll, 7. 3. 1941, in: Ebenda.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Auf den ersten Blick erscheinen die transatlantischen Beziehungen in der Ära Adenauer im Zeichen von „Westernisierung“ und „Amerikanisierung“ unbeschwert wie Flitterwochen. Auf den zweiten Blick werden jedoch Verwerfungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis sichtbar, die auf historisch tief verwurzelte politisch-mentale Divergenzen verweisen und die sich erst in den 1960er Jahren verloren. Mario Daniels zeigt auf, welche überraschenden Konstellationen sich daraus ergeben konnten: Die chemische Industrie der Bundesrepublik, exportorientiert und mit den USA geschäftlich eng verbunden, war allen Überzeugungen von den Segnungen freien Handels zum Trotz die stärkste Verfechterin einer Politik des nationalen Schutzes von privatwirtschaftlichem Know-how. Die Bundesregierung dagegen legte weniger Wert auf nationale Sicherheitsinteressen als auf liberale Marktbeziehungen und erteilte dem Wissensprotektionismus der Chemiebranche eine Absage.

Mario Daniels

Brain Drain, innerwestliche Weltmarktkonkurrenz und nationale Sicherheit

Die Kampagne der westdeutschen Chemieindustrie gegen Wissenstransfers in die USA in den 1950er Jahren

1. Einleitung

Versuchten die USA, sich durch Spionage in den Besitz deutschen Know-hows zu bringen? Mit Sorge betrachtete die westdeutsche chemische Industrie in den 1950er Jahren die Bemühungen amerikanischer Unternehmen und staatlicher Organisationen, deutsche Akademiker abzuwerben und andere Kooperationsverhältnisse mit ihnen zu knüpfen. Diese Aktivitäten „nehmen einen immer größeren Umfang an“, konstatierten die Spitzenverbände der Chemie in einem Rundschreiben vom März 1957 an die chemischen Institute der westdeutschen Hochschulen und forderten dazu auf, im „Verkehr mit ausländischen Unternehmungen die grösste Vorsicht walten zu lassen“. So wichtig es erschien, dass Wissenschaftler und Studenten internationale Erfahrungen sammelten, barg doch gleichzeitig jeglicher Austausch die große Gefahr, dass Wissen an das Ausland verloren ging. Über die Angebote amerikanischer Firmen, eigene Nachwuchskräfte an deutsche Hochschulinstitute zu schicken, hieß es:

> „In Wirklichkeit handelt es sich dabei um eine ausgesprochene Spionage, denn diese ausländischen Chemiker haben ja nur die Aufgabe, ihren Firmen über alles das, was in den deutschen Instituten geschieht, zu berichten. In diesem Zusammenhang müssen wir darauf hinweisen, daß heute leider auch die grosszügigen Angebote, jungen deutschen Chemikern an ausländischen Forschungsinstituten eine vertiefte Ausbildung zu geben, kritisch betrachtet werden müssen.

VfZ 64 (2016) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2016 DOI 10.1515/vfzg-2016-0023

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> Wir haben die Erfahrung gemacht, dass [...] nur etwa 50% dieser Spitzenkräfte zurückkehren."[1]

In den 1950er Jahren wies das Wort Spionage weit über die unrechtmäßige Preisgabe von Betriebsgeheimnissen im privatwirtschaftlichen Wettbewerb hinaus. Im Kontext des Kalten Kriegs und im scharf antikommunistischen Klima, das in den USA und der Bundesrepublik gleichermaßen herrschte, insbesondere aber auch im Fahrwasser von (Atom-)Spionageprozessen war dieser Begriff politisch hochgradig aufgeladen und explosiv[2]. Hier konvergierten Konzepte nationaler Sicherheit sowie internationaler wirtschaftlicher und technologischer Konkurrenz. Spionage ließ an hinterhältige Angriffe von außen denken, an Subversion und verdeckte Kriegführung, die gewöhnlich dem ideologischen Gegner jenseits des Eisernen Vorhangs unterstellt wurde. Umso bemerkenswerter erscheint es, dass die Chemiebranche diesen Vorwurf gegen die eng verbündeten USA richtete.

Doch was veranlasste die Chemieindustrie zu dieser scharfen Reaktion? War sie nur Ausdruck einer aggressiven Unternehmerstrategie gegen die amerikanische Konkurrenz? Schließlich basierte die Branche wie kaum eine andere auf Forschung und Entwicklung und zielte traditionell auf globale Exportmärkte; zudem stand sie in den 1950er Jahren vor der Herausforderung, vom Krieg geschwächt auf den Weltmarkt zurückzukehren.

In diesem Aufsatz wird gezeigt, dass es sich hier nicht einfach nur um eine von ökonomischen Interessen geleitete rhetorische Überspitzung handelte. Im Zentrum standen Konzepte von nationaler Sicherheit, die die 1951 beginnende, mehr als ein Jahrzehnt währende, branchenintern und halböffentlich geführte Kampagne der chemischen Industrie gegen die Abwerbung deutscher akademischer Fachkräfte in die USA bestimmten – Konzepte, die wenig später mit dem Schlagwort *Brain Drain* bezeichnet werden sollten[3]. Nationale Sicherheit wurde dabei nicht nur mit militärischen Fragen und der Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Lager in Verbindung gebracht, sondern auch mit der Position Westdeutschlands auf den internationalen Märkten. Die starken wirtschaftlichen Interessen der wieder auf den internationalen Markt drängenden Chemieindustrie waren zwar ein zentrales Motiv für ihren Widerstand gegen die US-Aktivitäten, aber nicht ausschlaggebend. Selbst in den internen Diskussionen

[1] Bayer-Archiv Leverkusen (künftig: BAL), 312/85.1, Rundschreiben des Verbands der Chemischen Industrie (Präsidium-Fond der Chemischen Industrie), der Gesellschaft Deutscher Chemiker und der Arbeitsgemeinschaft der Direktoren selbständiger Unterrichtsinstitute für Chemie v. 1. 3. 1957. Die Orthografie der Zitate wird im Folgenden beibehalten.

[2] Vgl. John Earl Haynes/Harvey Klehr, Early Cold War Spies. The Espionage Trials That Shaped American Politics, Cambridge 2006; Richard M. Fried, Nightmare in Red. The McCarthy Era in Perspective, Oxford 1990.

[3] Zum Begriff vgl. die Diskussionen in Walter Adams (Hrsg.), The Brain Drain, New York 1968. In der englischsprachigen Literatur und Presse setzte sich der Begriff erst seit 1963 durch. Für die 1950er Jahre konnte ich ihn nicht nachweisen, vor 1963 nur zweimal in „The Observer", zuerst in einem Bericht über Südafrika; vgl. Brain Drain, in: The Observer vom 6. 8. 1961, S. 3, und Thomas Pakenham, Anxiety over Brain Drain, in: The Observer vom 28. 10. 1962.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Branchenvertreter waren politische Argumente wichtiger, wobei die Chemieindustrie, ihrem traditionell engen Verhältnis zum Staat entsprechend, im Übrigen eine Interessenkongruenz von Industrie und nationaler Politik voraussetzte – zu Unrecht, wie sich noch herausstellen wird.

Die Diskussionen über amerikanische Abwerbungen waren zum einen eine Fortsetzung der bitteren Debatten über die Technologiebeschaffungsprogramme der Alliierten in Deutschland unmittelbar vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs und in den ersten Jahren danach. Die minutiös geplante Abschöpfung deutschen industriellen und wissenschaftlichen Wissens, bei der US-Behörden und Unternehmen aufs Engste kooperierten, aber auch die Rekrutierung deutscher Forscher im Rahmen etwa der *Operation Paperclip* waren aus der Sicht deutscher Unternehmen nichts anderes als Wirtschaftsspionage größten Ausmaßes gewesen[4]. Zum anderen aber war der Abwehrdiskurs der Chemieindustrie eingebettet in intensive deutsche und amerikanische Reflexionen über die politische und militärische Bedeutung von Technologie. Gerade in den USA rückten Technologietransfers in den 1940er Jahren in den Fokus staatlicher Sicherheitspolitik: Sie wurden „versicherheitlicht"[5]. Mit diesem Konzept lässt sich zeigen, warum und wie die Weitergabe technologischen Wissens nicht nur als Problem der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- oder Bildungspolitik gedeutet wurde, sondern als existenzielle Bedrohung, die danach verlangte, besondere Defensivmaßnahmen zu ergreifen. Die „Versicherheitlichung" von Technologietransfers reflektierte, so die These, die Überzeugung, dass im Zeitalter des Totalen Kriegs nationale ökonomische Leistungsfähigkeit und militärische Macht miteinander verschränkt seien und auf der Verfügbarkeit und Anwendung technologischen Wissens basierten[6].

[4] Gute Überblicke zu diesen Programmen geben John Gimbel, Science, Technology, and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany, Stanford 1990, und Matthias Judt/Burghard Ciesla (Hrsg.), Technology Transfer out of Germany after 1945, Amsterdam 1996. Hier finden sich auch Ausführungen zur Chemieindustrie.

[5] Vgl. Barry Buzan/Ole Waever/Jaap de Wilde, Security. A New Framework for Analysis, London 1998, S. 21–42; vgl. einführend zu diesem aus dem Englischen („securitization") übernommenen Begriff und den von ihm markierten Forschungszweig auch Christopher Daase, Die Historisierung der Sicherheit. Anmerkungen zur historischen Sicherheitsforschung aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Geschichte und Gesellschaft 38 (2012), S. 387–405; Eckart Conze, Securitization. Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz?, in: Ebenda, S. 453–467. Die historische Sicherheitsforschung interessiert sich für den „Wandel von Sicherheitsbegriffen, Sicherheitsverständnissen und Sicherheitswahrnehmungen" (Conze, Securitization, S. 455), also für die „Wandelbarkeit dessen, was als schutzbedürftig angesehen wird" und den „Wandel von Strategien, die für diesen Schutz für zweckmäßig gehalten werden" (Daase, Historisierung der Sicherheit, S. 396). „Versicherheitlichung läßt sich über politische Diskurse und Praktiken" untersuchen und verweist darauf, dass Sicherheit stets ein „grundsätzlich umstrittenes Konzept" ist, in dem unterschiedliche „moralische, ideologische und normative Vorstellungen" aufeinander treffen, in: Conze, Securitization, S. 457 u. S. 456.

[6] Allgemein zum hier auf die umfassende und systematische Integration von Wissenschaft und Technik in die Kriegführung abhebenden Begriff des „totalen Kriegs" vgl. die kritischen Reflexionen von Roger Chickering, Total War: The Use and Abuse of a Concept, in: Manfred F. Boemeke/Roger Chickering/Stig Förster (Hrsg.), Anticipating Total War. The German and American Experiences, 1871–1914, Cambridge 1999, S. 13–28. Für die Relevanz der Erfah-

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Kalte Krieg wurde von dieser Überzeugung nachhaltig geprägt, da die Blockkonfrontation nicht zuletzt in der Arena Wissenschaft und Technik ausgetragen wurde. Wissenschaft und Technik bestimmten aber auch die innerwestlichen Beziehungen[7]. Die westdeutsche Debatte über den *Brain Drain* in die USA zeigt dabei, wie die ökonomischen und sicherheitspolitischen Implikationen von Technologie- und Wissenstransfers die Bündnispolitik des Kalten Kriegs mit den Gepflogenheiten innerwestlicher Weltmarktkonkurrenz kollidieren ließen. Sie wirft ein grelles Licht auf die Spannungen zwischen divergierenden Konzepten nationaler und internationaler Sicherheit und der Vision globalen Freihandels der Pax Americana nach 1945. Der Aufsatz bietet damit eine neue Perspektive auf das Phänomen *Brain Drain*. Die bisherige Forschung hat nämlich nicht nur seine Sicherheitsdimension übersehen[8], sondern das Problem auch vornehmlich oder ausschließlich im Kontext der 1960er Jahre diskutiert, in dem der Begriff kreiert wurde. Dabei stand der in der Literatur immer wieder zitierte europäische Bestseller „Die amerikanische Herausforderung" von Jean-Jacques Servan-Schreiber[9] nicht am Anfang, sondern eher am Ende einer Debatte über die nationale sicherheitspolitische und wirtschaftliche Bedeutung von Technologie. Sie war eng verbunden mit der Erfahrung moderner Kriege – sprich mit dem Zweiten Weltkrieg und dem Korea-Krieg.

rung des „totalen Kriegs" für die US-Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik im Kalten Krieg vgl. Michael J. Hogan, A Cross of Iron. Harry S. Truman and the Origins of the National Security State, 1945–1954, Cambridge 1998, S. 209–264.

7 Vgl. Audra J. Wolfe, Competing with the Soviets. Science, Technology and the State in Cold War America, Baltimore 2013; Klaus Gestwa/Stefan Rohdewald, Verflechtungsstudien. Wissenschaft und Technik im Kalten Krieg, in: Kooperation trotz Konfrontation. Wissenschaft und Technik im Kalten Krieg, Osteuropa 59 (2009), S. 5–14; Corinna R. Unger, Cold War Science. Wissenschaft, Politik und Ideologie im Kalten Krieg, in: Neue Politische Literatur 51 (2006), S. 49–68; John Krige, American Hegemony and the Postwar Reconstruction of Science in Europe, Cambridge, MA., 2006. Zur Rolle von Technologietransfers in den westdeutsch-amerikanischen Beziehungen vgl. einführend Raymond G. Stokes, Technology and the Construction of the Alliance. Technology Transfers, the Cold War, and German-American Relations, in: Detlef Junker (Hrsg.), The United States and Germany in the Era of the Cold War, 1945–1968. A Handbook, Bd. 1, Cambridge 2004, S. 326–332.

8 Vgl. z. B. Stefan Paulus, Vorbild USA? Amerikanisierung von Universität und Wissenschaft in Westdeutschland 1945–1976, München 2010, S. 320–335; Johannes Bähr, Die „amerikanische Herausforderung". Anfänge der Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 115–130; Reinhard Neebe, Technologietransfer und Außenhandel in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 76 (1989), S. 49–75; Daniel Gossel, „The Brain Drain", Großbritannien und die technologische Herausforderung Amerikas in Zeiten des „economic decline", in: Michael Wala/Ursula Lehmkuhl (Hrsg.), Technologie und Kultur. Europas Blick auf Amerika vom 18. bis 20. Jahrhundert, Weimar/Wien 2000, S. 225–247.

9 Vgl. Jean-Jacques Servan-Schreiber, Die amerikanische Herausforderung, Hamburg 1968.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

2. Amerikanische Abwerbungskampagnen

Die Sorgen der Chemieindustrie um Abwerbungen waren nicht aus der Luft gegriffen. Anfang der 1950er Jahre führte der Korea-Krieg zu Engpässen auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt für Wissenschaftler und Ingenieure. Die Einberufungen zum Militär, aber auch der plötzlich erhöhte Personalbedarf der Rüstungswirtschaft sowie der militärischen Forschung und Entwicklung fielen in eine Zeit, in der private, für den zivilen Bedarf produzierende Firmen die akademisch gebildeten Arbeitskräfte bereits weitgehend abgeschöpft hatten. Da die amerikanische Produktion im Korea-Krieg – anders als im Zweiten Weltkrieg – nicht auf Kriegswirtschaft ausgerichtet wurde[10], sondern die zivile Güterherstellung sogar noch expandierte, kam es zu einem Fachkräftemangel, der als akute Krise wahrgenommen wurde[11].

US-Unternehmen wie staatliche Forschungseinrichtungen reagierten auf die Probleme rüstungsnaher Branchen wie Flugzeugbau, Elektronik, Raketen- und Atomtechnik, ihren Personalbedarf zu decken, mit verstärkten Anwerbekampagnen, die zunächst auf das Inland zielten[12]. Über die Flugzeugindustrie hieß es beispielsweise 1953, sie führe „a recruiting campaign that could be the envy of the Marine Corps“[13]. Auch andere Branchen wie die Elektro- und Computerindustrie entsandten Scharen von Headhunters zu Industriemessen und Tagungen, um Ingenieure für ihre Zwecke zu interessieren[14]. Schätzungsweise 5.000 teils freiberufliche, teils in Werbebüros einzelner Unternehmen angestellte „engineering recruiters“ versuchten an amerikanischen Universitäten, die besten Absolventen mit großzügigen Gehaltsangeboten und attraktiven Arbeitsbedingungen für ihre Auftraggeber zu gewinnen[15].

Bald war aber klar: Der US-Arbeitsmarkt konnte den hohen Bedarf nicht decken. Die Werber wandten ihre Aufmerksamkeit deshalb Westeuropa zu. Seit der ersten Hälfte des Jahres 1951 wurden „amerikanische Agenten in grosser Zahl“ in die Bundesrepublik Deutschland entsandt, um gezielt Hochschuldozenten „zur Uebersiedlung nach Amerika zu veranlassen“[16]. Gleiches geschah in der Schweiz,

[10] Vgl. Maury Klein, A Call to Arms. Mobilizing America for World War II, New York 2013.

[11] Vgl. National Manpower Council (Hrsg.), A Policy for Scientific and Professional Manpower. A Statement by the Council with Facts and Issues prepared by the Research Staff, New York 1953, S. 11 f.; Shortage Critical in Engineers' Field, in: New York Times vom 22. 12. 1950, S. 31.

[12] I am a Kidnaper of Sorts, in: Saturday Evening Post vom 14. 9. 1957, S. 42, S. 147, S. 149 f. u. S. 152. Engineers Wanted, in: New York Times vom 11. 10. 1953, S. XX 26.

[13] U.S. recruiting Top Engineers from Europe, in: Chicago Daily Tribune vom 31. 8. 1952, S. A6.

[14] Vgl. z. B. Johnny Apple, Recruiting Teams troop to Trade Shows to lure Engineers away from Employers, in: Wall Street Journal vom 13. 12. 1956, S. 13.

[15] BAL, 312/85.1, Amerikas Abwerber unterwegs. Ausverkauf der europäischen Intelligenz. Gefahren für die deutsche Wirtschaft. Abschrift eines Artikels der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen v. 23. 8. 1956; vgl. auch I am a Kidnaper of Sorts, in: Saturday Evening Post vom 14. 9. 1957; Forscher schwarzgehandelt. USA klagen über Mangel an wissenschaftlichem Nachwuchs, in: Welt am Sonntag vom 8. 7. 1956.

[16] BAL, 312/85.1, Otto Bayer an Wilhelm Alexander Menne v. 5. 7. 1951.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

in Großbritannien, Schweden und Griechenland[17]. Ein anderer Weg, europäisches Fachpersonal zu gewinnen, war die Gründung von Forschungsdependancen. Schon Ende 1951 plante das Battelle Memorial Institute, eine große Vertragsforschungseinrichtung mit Sitz in Ohio, eine Zweigstelle in Westdeutschland zu errichten[18].

Aber nicht nur Unternehmen versuchten, sich deutsches und westeuropäisches Know-how zu sichern. Auch das US-Militär engagierte sich in der Abwerbung von Wissenschaftlern und setzte dabei die *Operation Paperclip* fort, die im November 1950 in *Project 63* umbenannt worden war. Das Programm – seit Kriegsende noch dezidierter antisowjetisch – verfolgte das Ziel, „procuring critical specialists and denying them to a potential enemy (i.e. the Soviet Union) by voluntary utilization and immigration to the United States"[19]. Dabei sollte das Programm der nationalen Sicherheit ebenso dienen wie der ökonomischen Konkurrenzfähigkeit der USA[20]. Zuständig blieben die militärischen Geheimdienste, genauer die Joint Intelligence Objectives Agency. Sie war damit beauftragt, die rekrutierten Fachkräfte dem Bedarf entsprechend an die Militär- und Regierungsdienststellen, aber auch an Hochschulen und die Industrie zu vermitteln[21].

Mit dem Fachkräftemängel der 1950er Jahre rückte der *Denial*-Gedanke in den Hintergrund. *Project 63* sollte nun vor allem helfen, personelle Engpässe in staatlichen und militärischen Forschungseinrichtungen und in der (Rüstungs-)Industrie zu beheben[22]. Zwischen 1949 und 1955 warben Army, Air Force, Navy und Industrie im Rahmen dieses Programms 372 Wissenschaftler und Ingenieure vornehmlich aus Westdeutschland und Österreich an[23]. Pro Jahr wurden 32 bis 55

[17] Ebenda, Amerikas Abwerber unterwegs. Ausverkauf der europäischen Intelligenz. Gefahren für die deutsche Wirtschaft. Abschrift eines Artikels der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen v. 23. 8. 1956.

[18] Vgl. Helmuth Trischler/Rüdiger vom Bruch, Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft, München 1999, S. 51.

[19] National Archives, College Park, Maryland (künftig: NARA), RG 330, Records of the Office of the Secretary of Defense, Entry 1-C, Box 1, Joint Intelligence Objectives Agency: Defense Scientists Immigration Program, Standard Operation Procedure (DEFSIP), März 1958, S. 2.

[20] Vannevar Bush hatte diese doppelte Zielsetzung im August 1944 auf den Punkt gebracht: „I agree that it is important, both from a military standpoint while the war lasts and from an economic and preparedness standpoint after the war, for this country to obtain full information on German progress in industrial technology during the last five or six years. [...] If promptly brought back to American industry from Germany, the knowledge of this technological progress would not only aid the war against Japan but would be an important factor in aiding American industry to maintain its place in world trade after the war." NARA, RG 59, Entry A1 1494D, Vannevar Bush and Henry L. Stimson v. 28. 8. 1944.

[21] NARA, RG 330, Entry 1-C, Box 1, Joint Intelligence Objectives Agency: DEFSIP, März 1958, S. 1f.

[22] Ebenda, Box 1, D.L. Putt, Lieutenant General, United States Air Force, Deputy Chief of Staff, Development, an Directorate of Intelligence v. 13. 7. 1955.

[23] Ebenda, Box 1, DEFSIP Statistics, April 1967. Director of Defense Research and Engineering, gez. Charles B. Martell: Memorandum for the Assistant Secretaries (R&D) of the Navy, Army and Air Force: Study of the DEFSIP v. 24. 4. 1962. Hier werden zehn weitere Staaten aufgeführt, in denen bis in die 1960er Jahre hinein rekrutiert wurde: Großbritannien, Belgien, Frankreich, die Niederlande, Norwegen, Schweden, die Schweiz und Spanien, aber auch der

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Verträge zwischen US-Stellen und deutschen Wissenschaftlern abgeschlossen, 126 im Rekordjahr 1953[24].

Parallel zum *Project 63* unterhielt das Militär Kontaktbüros in Europa, die sich über Grundlagenforschung mit europäischen Hochschulen verständigten. Das *European Office Air Research and Development Command Air Force* hatte Mitte 1958 bereits rund 400 solcher Verträge in Europa abgeschlossen[25]. Die U.S. Army richtete im Frühjahr 1956 eine Research and Development Liaison Group ein. Diese Dienststelle mit Sitz in Frankfurt am Main sollte nicht-geheime Grundlagenforschung an europäischen Universitäten, in Forschungseinrichtungen und in der Industrie koordinieren und finanzieren[26]. Modell standen dabei die engen Beziehungen des amerikanischen Militärs zu US-Forschungseinrichtungen im militärisch-industriellen Komplex, dessen Entwicklung gerade während des Korea-Kriegs einen markanten Schub erfuhr[27].

Die Liaison Group betonte, dass ihre Tätigkeit „zum wechselseitigen Nutzen" der USA und ihrer westeuropäischen Partner sei. „Die Grundlagenforschung wird nicht durch nationale Grenzen und private Interessen eingeengt. [...] Es wird vor allem Wert darauf gelegt, dass die Forschungsergebnisse unbeschränkt veröffentlicht werden, um für den freien Austausch von Informationen zu dienen."[28] Übergeordnetes Ziel der Kooperation mit europäischen Forschern sollte eine „allgemeine Erhöhung des wissenschaftlichen Potentials" und damit des „Verteidigungspotentials" sein, „da ein Krieg heute im wesentlichen eine technische Auseinandersetzung sein wird". Darüber hinaus wurde technologischer Fortschritt auch als Voraussetzung für eine „Erhöhung des Lebensniveaus" in der westlichen Welt angesehen. Dies, hieß es ganz im Sinne der amerikanischen *Containment*-Politik seit den späten 1940er Jahren weiter, „beugt der Verbreitung kommunistischer Ideologien vor und vermindert die Kriegsgefahr"[29].

Iran und Australien. Die angefügte Liste der 1961/62 angeworbenen 77 Personen führt jedoch fast ausschließlich deutsch klingende Namen auf. Insgesamt scheint Westdeutschland das Hauptrekrutierungsgebiet gewesen zu sein. Für die späteren Zahlen sind auch Wissenschaftler enthalten, die für die 1958 gegründete NASA gewonnen wurden. NARA, RG 330, Entry 1-C, Box 2, Director of Defense Research and Engineering, gez. John S. Foster, Jr.: Memorandum for the Assistant Secretaries (R&D) of the Navy, Army and Air Force on the DEFSIP v. 28. 3. 1966.

[24] Ebenda, Box 1, DEFSIP Statistics, April 1967.

[25] BAL, 312/85.1, Carl Angelo Knorr, Technische Hochschule München, an Otto Bayer v. 14. 7. 1958, Anlage 1.

[26] Chemical & Engineering News 34 (1956), Nr. 22 v. 28. 5. 1956.

[27] Vgl. Alex Roland, The Military-Industrial Complex, Washington 2001; Paul A.C. Koistinen, State of War. The Political Economy of American Warfare, 1945–2011, Lawrence 2012; James Ledbetter, Unwarranted Influence. Dwight D. Eisenhower and the Military-Industrial Komplex, New Haven/London 2011.

[28] BAL, 312/85, Informationsbroschüre der United States Army Research and Development Liaison Group, undatiert (1956), Vorwort (unpaginiert), S. 1–5. Die Liaison Group unterstand dem Chief of Research and Development im Department of the Army.

[29] Zusammenfassung der Äußerungen George M. Wyman, der ehemalige Scientific Adviser der United States Army Research and Development Liaison Group und Vertreters des U.S. Army

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

3. Wissenstransfers als Gefahr für die nationale Sicherheit der Bundesrepublik

Trotz aller Bündnisrhetorik erschienen die Abwerbungsversuche der Amerikaner der westdeutschen Chemieindustrie bedrohlich, nicht zuletzt deshalb, weil in der Bundesrepublik während des Korea-Kriegs ein ähnlicher „Engpass an Naturwissenschaftlern" wie in den USA wahrgenommen wurde[30]. Die Situation sollte sich auch nach dem Kriegsende im Fernen Osten weiter zuspitzen. Grund dafür waren die Erholung des Arbeitsmarkts im Zeichen des „Wirtschaftswunders", das innerhalb einer Dekade von einer Arbeitslosenquote von 11 Prozent (1950) in die Vollbeschäftigung führte (0,8 Prozent 1961)[31]. Der Verein Deutscher Ingenieure schätzte im Mai 1956, dass der westdeutschen Industrie trotz jährlich 18.000 Universitätsabsolventen insgesamt etwa 45.000 Ingenieure fehlten, weil sich der Bedarf in den vorangegangenen fünf Jahren verfünffacht hatte[32].

Vor diesem Hintergrund interpretierte die chemische Industrie die amerikanischen Abwerbeaktivitäten als ökonomische aber auch als politische Herausforderung, die Spannungen in der neuen Allianz sichtbar werden ließen, die noch ganz im Schatten der alten Kriegsgegnerschaft stand. Zum Wortführer der scharfen Kritik avancierte Otto Bayer (1902–1982), der nicht mit der Leverkusener Industriellenfamilie verwandt war und von 1934 bis 1951 das Wissenschaftliche Hauptlaboratorium des I.G. Werks in Leverkusen geleitet hatte. Bei Neugründung der Farbenfabriken Bayer AG im Jahre 1951 wurde er Mitglied des Vorstands und später des Aufsichtsrats. Der mit zahlreichen Wissenschaftspreisen und Ehrungen ausgezeichnete Bayer gilt als Pionier der Polyurethanchemie, eines Zweigs der Kunststoffchemie. Er spielte zudem gerade nach dem Zweiten Weltkrieg eine aktive Rolle in der Wissenschafts- und Forschungspolitik, so zum Beispiel durch seine prominente Rolle bei der Gründung des Fonds der Chemischen Industrie, der unter anderem Stipendien vergab[33].

Bayer empörte sich darüber, dass die US-Dienststellen für ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik „überhaupt keine Genehmigung irgendeines maßgebenden Ministeriums eingeholt haben, sondern heute noch wie zu Besatzungszeiten frei schalten und walten"[34]. Der Verband der Chemischen Industrie erhob ebenfalls den brisanten Vorwurf, dass die Amerikaner faktisch die Politik der intellektuellen Reparationen fortsetzten, die nach 1945 üblich gewesen war.

European Research Office, in: BAL, 312/85, Aktennotiz Bayer AG über den Besuch von Wyman in Leverkusen v. 7. 6. 1957.

30 BAL, 312. 85. 1, Vermerk, ungezeichnet, v. 24. 5. 1952.

31 Vgl. Monika Dickhaus, German and American Economic and Monetary Policy, in: Junker (Hrsg.), The United States and Germany, S. 349–361, hier S. 350, Tab. 1, für die Entwicklung der Arbeitslosenquote.

32 Urgent Need of Engineers in West Germany, in: Daily Boston Globe vom 20. 5. 1956, S. B32.

33 Vgl. Karl Heinz Büchel u. a., Otto Bayer, 1902–1982, in: Chemische Berichte 120 (1987), S. XXI-XXXV.

34 BAL, 312/85.1, Otto Bayer an Gerhard Hess, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, v. 13. 2. 1958.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der erzwungene Technologietransfer der unmittelbaren Nachkriegszeit war tatsächlich die Folie für die politische Bewertung der amerikanischen Aktivitäten der 1950er Jahre. Die Fabrikbesuche der alliierten Ausspähungsteams lagen nur wenige Jahre zurück, und in der Zwischenzeit hatte sich die Chemie ebenso wie andere Branchen intensiv darum bemüht, die Verluste an geistigem Eigentum – neben Betriebsgeheimnissen insbesondere auch die im Krieg beschlagnahmten Auslandspatente und Markenrechte – zu taxieren, um bei späteren Verhandlungen über einen Friedensvertrag Regressansprüche geltend machen zu können. Die von betroffenen Unternehmen gegründete Notgemeinschaft für reparationsgeschädigte Industrie legte im Februar 1951 die Ergebnisse einer Erhebung in rund 400 Unternehmen vor, die den Gesamtschaden für die deutsche Wirtschaft auf mindestens zehn Milliarden Deutsche Mark bezifferte. Die I.G. Farben hatte circa eine Milliarde Mark verloren, Bayer allein 155 Millionen Mark[35].

Eine Fortsetzung des Wissensabflusses nach Amerika musste vor diesem Hintergrund besonders herausfordernd wirken, zumal sie auch im Widerspruch zu den US-Wiederaufbauhilfen zu stehen schien. Es sei „widersinnig zu versuchen, auf der einen Seite mit Hilfe von Marshallgeldern die deutsche Industrie wieder zu beleben und sie auf der anderen Seite durch eine erneute Demontage ihrer Köpfe wieder zum Erliegen zu bringen“[36]. Die Chemiebranche stand mit ihrer Position keineswegs allein. Auch „wichtige Vertreter aller großen deutschen Forschungsorganisationen“ – wie die Fraunhofer-Gesellschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft – sahen Initiativen wie die Gründung des Battelle Instituts als „weiteren Schritt amerikanischer ‚intellektueller Ausplünderung‘“[37].

Wissensproduktion und Wissenskontrolle galten nicht nur für die innovationszentrierte Chemieindustrie als überlebensnotwendig, sondern für die Bundesrepublik im internationalen System generell: „Forschung ist“, wie Otto Bayer 1950 formulierte,

> „die beste und höchstverzinsliche Kapitalanlage eines Volkes und die wichtigste Sicherung seiner Zukunft. Wir sind ein rohstoffarmes Land und zugleich ein hochindustrialisiertes Land. Wenn Deutschland buchstäblich nicht verhungern will, dann müssen wir exportieren. Wirtschaftlich durchsetzen werden wir uns jedoch auf die Dauer nicht bei Massengütern oder einem Preisdumping auf niedrigster Grundlage. Der einzige befriedigende Weg, der uns bleibt, ist: Neues zu

[35] BAL, 205/11, Bd. 1, Aktennotiz Direktionsabteilung Bayer v. 27. 9. 1948. Notgemeinschaft für reparationsgeschädigte Industrie an Werner Knauf (Bayer) v. 30. 8. 1950. Bericht der Notgemeinschaft über das Ergebnis der Umfrage 1950 v. 14. 2. 1950. Aktennotiz der Bayer-Direktionsabteilung v. 22. 2. 1951. Vgl. auch Gimbel, Science, S. 153–166. Für eine Diskussion der Reparationsschäden für die Chemieindustrie vgl. Raymond G. Stokes, Assessing the Damages: Forced Technology Transfer and the German Chemical Industry, in: Judt/Ciesla (Hrsg.), Technology Transfers, S. 81–91.

[36] BAL, 312/85.1, Verband der Chemischen Industrie an den Vorsitzenden der Rektorenkonferenz v. 20. 7. 1951.

[37] Trischler/vom Bruch, Forschung, S. 49–55, Zitate S. 49.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

erdenken und zu erfinden, um auf diese Weise die schöpferischen Kräfte, die in unserem Volk ruhen, wirtschaftlich zu realisieren."[38]

Ökonomische Konkurrenzfähigkeit war dabei, ähnlich wie bei den *National Security*-Denkern in den USA, eng mit nationaler Sicherheit verschränkt, wie in vielen militärisch konnotierten Äußerungen aus der Chemieindustrie deutlich wurde. Die US-Konkurrenz, hieß es, sei zu einem „Grossangriff auf die deutschen Hochschul-Institute übergegangen"[39]; die Amerikaner bedienten sich bei ihren Abwerbungen „jeglicher Kriegslist"[40]. Zwei Jahre nach dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik im Jahr 1955 warf Otto Bayer die Frage auf, „ob ein deutscher Staatsangehöriger bzw. Hochschullehrer, der ja im Beamtenverhältnis steht, in den Dienst einer auswärtigen Militärmacht treten darf". Er bezweifelte, dass dies mit dem Grundgesetz vereinbar sei, insbesondere zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da die Grenzen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Militär mehr und mehr verschwimmen würden: „Heute ist es ja ganz gleichgültig, ob man als Söldner in ein fremdes Heer eintritt oder ob man als Wissenschaftler für eine fremde Militärmacht arbeitet."[41] Deutsche Wissenschaftler, die für die USA arbeiteten, wurden so als potenzielle Verräter abgestempelt. Wirtschaftliche Konkurrenz wurde zu einer Frage innerer und äußerer Sicherheit umgedeutet, internationale Arbeitsmigration erschien als „hoheitsrechtliche[s] und politische[s] Problem"[42] und als Gefahr für die „Staatssicherheit"[43].

4. Fachkräftemangel als Problem amerikanischer *National Security*

Diese sicherheitsorientierte Deutung von Innovation und Technik war kein deutsches Spezifikum, sie herrschte auch in den USA vor. Die Auffassungen der Chemiebranche markierten mitnichten eine Extremposition, sie waren vielmehr eine – national eingefärbte – Variante des Technologiediskurses, der sich nach 1945 auf der Basis der Erfahrungen des Totalen Kriegs auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs etabliert hatte. In den USA wurde die sogenannte *Manpower*-Frage[44] als langfristiges Strukturproblem des Kalten Kriegs verstanden. So konstatierte etwa

[38] Otto Bayer: Rede vor der „Arbeitsgemeinschaft Chemische Industrie" v. 24. 2. 1950, zit. nach Büchel u. a., Otto Bayer, S. XXXI.

[39] BAL, 312/85.1, Otto Bayer an Georg Wittig, Universität Heidelberg, v. 18. 3. 1957.

[40] Ebenda, Otto Bayer an Günter Scheibe, Technische Hochschule München, v. 18. 5. 1956.

[41] BAL, 312/85.1, Otto Bayer an Staatssekretär Leo Brandt, Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Nordrhein-Westfalen, v. 14. 6. 1957. Ähnlich auch ebenda, Otto Bayer an Siegfried Balke, Bundesminister für Atomfragen, v. 7. 5. 1957.

[42] BAL, 312/85.2, Otto Bayer an Wyman, U.S. Army European Research Office v. 13. 2. 1958 (hier das Zitat) und Otto Bayer an Staatssekretär Hilger von Scherpenberg, Auswärtiges Amt, v. 26. 6. 1958.

[43] So die Wortwahl eines Rechtsgutachtens in: BAL, 312/85.1, Balke an Otto Bayer v. 28. 5. 1958, mit Anlage. Es handelt sich hierbei um ein Gutachten, das ein Mitarbeiter Balkes verfasst hat.

[44] Vgl. Krige, American Hegemony, S. 193–199. Der Ausdruck „Manpower", der hier auf Wissenschaftler und Techniker angewandt wurde, ist selbst ein Kind des „totalen Kriegs" – er ist ein Neologismus, der in Großbritannien während des Ersten Weltkriegs mit Blick auf die

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Anfang 1951 mit Geldern der Ford Foundation an der Columbia University in New York gegründete *National Manpower Council*, der Lösungen für das Problem des Akademikermangels erarbeiten sollte:

> „The build-up of the military and economic strength of the United States and its allies and a posture of readiness against total war are seen as the foundation stones of long-term national security and peace. As long as the cold war exists, it will stimulate the demand for scientific and professional personnel. The technology of modern warfare requires large expenditures on research and development activities [...]. For such work, scientists and professionals from almost every field, in or out of uniform, are indispensable."[45]

Diese Sicht reflektierte die enge Verbindung von Forschung, Wirtschaft und Militär, die im Zweiten Weltkrieg entstanden war[46]. „In the war", hielt der Präsident der *Scientific Research Board* 1947 fest, „the laboratory became the first line of defense and the scientist, the indispensable warrior"[47].

Bereits in den Forschungsinitiativen der unmittelbaren Nachkriegszeit, wie etwa in Vannevar Bushs einflussreichem Bericht für den Präsidenten „Science: The Endless Frontier" vom Juli 1945, warnte man davor, dass die USA zu wenige Wissenschaftler hätten, um ihre ökonomischen und sicherheitspolitischen Ziele verwirklichen zu können[48]. Prognosen der Absolventen und PhD-Abschlüsse an amerikanischen Universitäten waren seit den späten 1940er Jahren – und die gesamten 1950er Jahre hindurch – ein eigenes Zahlenspiel-Genre der Gesellschaftsanalyse und Politikplanung. Immer kam die Frage auf, wie naturwissenschaftliche Studiengänge und Berufe attraktiver gemacht werden könnten, um die technische Leistungsfähigkeit der Nation aufrechtzuerhalten.

Der Arbeitskräftemangel in den USA erschien umso bedrohlicher, als die Sowjetunion ihre *Manpower* anscheinend erfolgreich aufrüstete. Im Ton typisch für solche Ängste war ein aufwendig recherchierter Artikel auf der Titelseite der *New York Times* vom 7. November 1954:

Mobilisierung der Bevölkerung für die Kriegsproduktion geprägt wurde. Vgl. Keith Grieves, Politics of Manpower, 1914–1918, Manchester 1988, S. 2.

45 National Manpower Council (Hrsg.), A Policy for Scientific and Professional Manpower, S. 245. Zur Gründung des National Manpower Council vgl. ders. (Hrsg.), A Report on the National Manpower Council, New York 1954, S. 3–7.

46 Vgl. z. B. Irvin Stewart, Organizing Scientific Research for War. The Administrative History of the Office of Scientific Research and Development, Boston 1948; Richard Rhodes, The Making of the Atomic Bomb, New York 1986.

47 John R. Steelman (Hrsg.), Science and Public Policy. A Report to the President. The President's Scientific Research Board, Bd. 1: A Program for the Nation, Washington, D.C., 1947, S. 3.

48 Vgl. Vannevar Bush, Science. The Endless Frontier. A Report to the President on a Program for Postwar Scientific Research, Reprint, Washington, D.C., 1960 (zuerst Juli 1945), S. 17 f. u. S. 23–27, Zitat S. 24. Zu Bush siehe G. Pascal Zachary, Endless Frontier. Vannevar Bush, Engineer of the American Century, New York 1997.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„The free world is in danger of losing the important technological race for trained scientists, engineers and technicians. [...] While the democracies of the world, including the United States, are looking the other way, the Soviet Union and its satellites are training scientists and engineers in an almost feverish pace. The Soviet Union has set out [...] to [...] outstrip the free world in the preparation of scientists and engineers essential in the atomic age."

Eine Grafik zeigte, dass die Sowjetunion bereits seit etwa 1952 mehr Studenten pro Jahr graduierte als die USA[49]. Der Herausgeber der *Chemical & Engineering News* hatte schon 1951 auf der Basis von Statistiken des National Research Council vorgerechnet, dass die Zahl der *Bachelor of Science*-Absolventen in den USA zurückging: von 75.000 im Jahr 1950 auf 46.800 im Jahr 1951; 1954 würden es voraussichtlich nur noch 28.800 sein[50].

Es ging aber nicht nur um Quantität. Die *New York Times* betonte, dass alte Einschätzungen über die mangelnde Qualität der Ausbildung in der Sowjetunion überholt seien. Der Gegner hatte offenbar verstanden, dass „in the modern world knowledge plus engineering equals power", er bedrohte nun mit der amerikanischen „technological superiority" die Voraussetzung für nationale Sicherheit und wirtschaftliches Wachstum gleichermaßen[51].

Von diesem Technologiediskurs waren die Auffassungen eines Otto Bayer nicht weit entfernt. Dass die amerikanischen und deutschen Positionen in einem Spannungsverhältnis zueinander standen, war der jeweils unterschiedlichen Gewichtung des „Nationalen" und des „Westens" geschuldet, aber auch der wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik und der westdeutschen Chemieindustrie in den 1950er Jahren.

5. Rückkehr auf den Weltmarkt

Die Debatten über die Folgen von Personaltransfers für die nationale Sicherheit und Konkurrenzfähigkeit fielen nämlich mit der Rückkehr der bundesdeutschen Wirtschaft, insbesondere auch der Chemieindustrie, auf die Weltmärkte zusammen. 1952 erreichte Westdeutschland zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg einen Handelsbilanzüberschuss, der in den folgenden Jahren fast kontinu-

[49] Benjamin Fein, Russia is overtaking U.S. in Training of Technicians, in: New York Times vom 7. 11. 1954, S. 1 u. S. 80.

[50] Vgl. Walter J. Murphy, Is This Stalin's Secret Weapon?, in: Chemical & Engineering News 29 (1951), Nr. 24 v. 11. 6. 1951, S. 2361.

[51] Fein, Russia is overtaking U.S., S. 80. Für die Diskussion vgl. Nicholas De Witt, Soviet Professional Manpower. Its Education, Training, and Supply, Washington, D.C., 1995; National Science Foundation, Scientific Personnel Resources. A Summary of Data on Supply, Utilization, and Training of Scientists and Engineers, Washington 1955. Joint Committee on Atomic Energy, Engineering and Scientific Manpower in the United States, Western Europe and Soviet Russia, Washington, D.C., 1956; Parley Called on Shortage of Scientific Brainpower, in: Washington Post vom 10. 5. 1953, S. M1; Experts Warn U.S. of Soviet Science, in: New York Times vom 30. 1. 1955, S. 13.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ierlich ausgebaut werden konnte. Die Alliierten nahmen Kontrollen und Beschränkungen für Produktion und Handel schrittweise zurück, die Bundesrepublik wurde institutionell in die Marktordnungen Europas und der westlichen Welt eingefügt, die sich unter amerikanischer Führung liberalisierten. Diese intensiven Außenhandelsbeziehungen waren eine wesentliche Voraussetzung des „Wirtschaftswunders" der 1950er Jahre. Der Anteil der Bundesrepublik am Weltexport stieg von 1,3 Prozent im Jahr 1948 auf 8,9 Prozent im Jahr 1960[52], wobei den westeuropäischen Märkten überragende Bedeutung zukam. Hier gelang es beispielsweise der besonders erfolgreichen Investitionsgüterindustrie, gerade auch der starken amerikanischen Konkurrenz Marktanteile abzunehmen. Im Handel mit den USA blieb zwar noch ein erhebliches Defizit, doch wuchs der westdeutsche Amerikahandel kontinuierlich an, bis im Laufe der 1960er Jahre schließlich ein Handelsbilanzüberschuss erzielt werden konnte[53]. War der westdeutsche Wiederaufstieg auch ein zentrales Ziel der US-Außen- und -Wirtschaftspolitik im Kalten Krieg, so war doch unübersehbar, dass die transatlantischen Partner in ökonomischer Konkurrenz miteinander standen.

Für die Chemieindustrie markierten die Jahre zwischen 1951 und 1953 eine wichtige Zäsur. In dieser Zeit war die Zerschlagung der I.G. Farben, die bis 1945 die deutsche Chemie dominiert hatte, abgeschlossen; die drei großen Nachfolgeunternehmen Bayer, BASF und Hoechst nahmen getrennt ihre Geschäfte auf[54]. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte die deutsche Chemieindustrie mit einem Anteil von 21,4 Prozent an der Weltchemieproduktion eine starke Stellung auf den globalen Märkten gehabt. Nach Krieg, Demontagen, Beschlagnahme des geistigen Eigentums, Entflechtung, Produktions- und Handelsbeschränkungen war dieser Anteil auf 5,4 Prozent geschrumpft. Der Wiedereinstieg in den Welthandel vollzog sich für die Branche unter den Bedingungen scharfer Konkurrenz, da der westdeutsche Markt für chemische Produkte im Zeichen des marktwirtschaftlichen Liberalisierungskurses bereits Mitte der 1950er Jahre vollständig für ausländische Unternehmen geöffnet worden war. Dennoch gelang es der westdeutschen Chemie, ihre Umsätze im Laufe der Jahre kontinuierlich zu steigern und 1957 wieder einen Anteil von 6,6 Prozent an der Weltchemieproduktion zu erlangen[55]. Dies war umso bemerkenswerter, als die Branche in diesem Zeitraum einen

[52] Vgl. Patrick Kleedehn, Die Rückkehr auf den Weltmarkt. Die Internationalisierung der Bayer AG Leverkusen nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Jahre 1961, Stuttgart 2007, S. 91.

[53] Vgl. Gerd Hardach, Die Rückkehr zum Weltmarkt 1948–1958, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die Westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn ²1998, S. 80–104, Zitat S. 102; Werner Bührer, Protégé and Partner. The United States and the Return of West Germany to the Liberal World Economic System, in: Junker (Hrsg.), The United States and Germany, S. 310–316; Lutz Frühbrodt, American and German Trade Relations, in: Ebenda, S. 317–325.

[54] Vgl. Kleedehn, Rückkehr, S. 78–80. Vgl. ausführlich zur I.G. Farben in der Nachkriegszeit Raymond G. Stokes, Divide and Prosper. The Heirs of the I.G. Farben Under Allied Authority, 1945–1951, Berkeley 1988.

[55] Vgl. Kleedehn, Rückkehr, S. 91 u. S. 98.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tiefgreifenden technischen Strukturwandel durchlief und von der Kohle- auf die Petrochemie umstellte[56].

Die Bayer AG, die in der Debatte um Akademikerabwerbungen eine führende Rolle spielte, erlebte 1951/52 noch ein kräftiges Auf und Ab. Danach entwickelten sich die Geschäfte gut; das traditionell außenhandelsorientierte Unternehmen erreichte 1957 eine Exportquote von 41,1 Prozent[57]. An Bayers robuster Konkurrenzfähigkeit auf dem heftig umkämpften Weltmarkt[58] hatte ihre Forschungsleistung großen Anteil. Die *Research & Development*-Kapazitäten wurden in den 1950er Jahren konsequent ausgebaut. „1958 machte das Unternehmen bereits die Hälfte seines Umsatzes mit Produkten, die in den letzten 10 Jahren entwickelt worden waren."[59] Einer der großen Innovationserfolge waren petrochemische Kunststoffe, insbesondere die Polyurethane, die am Ende des Jahrzehnts „die bedeutendsten Wachstumsträger für Bayer" waren[60]. 1961 hatten Bayers Laboratorien 7.846 Beschäftigte, von denen 906 Akademiker waren. Die Zahl der Ingenieure stieg zwischen 1949 und 1960 um 241 Prozent von 305 auf 737[61]. Angesichts dieser Entwicklung musste es in der Tat bedenklich erscheinen, wenn sich auf dem Arbeitsmarkt für akademische Fachkräfte unliebsame Konkurrenz tummelte.

6. Diskussion über Gegen- und Abwehrmaßnahmen

Mit welchen Maßnahmen wirkte man den amerikanischen Abwerbungen entgegen? Die Chemieindustrie entwickelte unterschiedliche Strategien, wobei von vornherein klar war, dass gesetzliche Verbote politisch nicht durchsetzbar waren[62]. Einige Branchenvertreter nahmen deshalb direkte Verhandlungen mit amerikanischen Armee- und Regierungsstellen auf. Sie begaben sich damit auf ein außen- und bündnispolitisches Minenfeld, denn die betont nationalen Argumente der Chemiefunktionäre vertrugen sich mit den politischen Entwicklungstrends der deutsch-amerikanischen Beziehungen nur schlecht. Auch mit Blick auf die wirtschaftlichen Interessen der Chemie war Vorsicht angezeigt. Vor dem Zweiten Weltkrieg waren die USA ein zentrales Absatzgebiet gewesen. Wollte man an diese Markterfolge anknüpfen, war man gut beraten, die US-Regierung nicht zu verprellen.

Die Vertreter der US-Regierung und des Militärs begegneten den Einwänden der Chemieindustrie mit Verweisen auf die Herausforderungen des Kalten Kriegs

[56] Vgl. Raymond G. Stokes, Opting for Oil. The Political Economy of Technological Change in the West German Industry, Cambridge 1994.
[57] Vgl. Kleedehn, Rückkehr, S. 97, S. 99 u. S. 137 f.
[58] Dies betont Kleedehn, Rückkehr, S. 137, S. 139 f., S. 142 f. u. S. 154–156.
[59] Ebenda, S. 115–119, Zitat S. 117.
[60] Ebenda, S. 144.
[61] Vgl. Ebenda, S. 118. Kleedehn unterscheidet zwischen „akademischen" (Anstieg von 116 auf 247) und den „übrigen Ingenieuren", wobei unklar ist, was mit der letztgenannten Bezeichnung gemeint ist.
[62] BAL, 312/85.1, Entwurf eines Vermerks für Menne v. 29. 8. 1956.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und die Prinzipien der Marktwirtschaft. US-Botschafter James Bryan Conant, selbst Chemiker, sah „wenig Möglichkeiten", amerikanische Unternehmen in ihren Abwerbungskampagnen einzuschränken, „da es sich ja um eine Frage des freien Wettbewerbs handele"[63]. Das *U.S. Army European Research Office*, mit dessen Vertreter George M. Wyman die Bayer AG seit Sommer 1957 auch direkt verhandelte[64], verwies darauf, dass sein Forschungsförderungsprogramm[65] beiden Seiten zugutekomme und betonte nicht zuletzt die „Zusammenfassung der wissenschaftlichen Arbeit der westlichen Welt" gegen die Gegner im Kalten Krieg[66].

Die Chemieindustrie setzt sich auch mit US-Firmen ins Benehmen. In einer Unterredung mit der Ethyl Corporation brachte die Bayer AG ihre „Verstimmung" über Versuche des Unternehmens zum Ausdruck, mit deutschen Hochschullehrern Kooperationen anzubahnen[67]. Die Ethyl betonte, „im guten Glauben und amerikanischen Gepflogenheiten entsprechend" gehandelt zu haben und in anderen europäischen Staaten stets „wohlwollend aufgenommen worden" zu sein. Am Ende gab sie aber im Interesse der „Freundschaft" der beiden Unternehmen dem Druck Bayers nach. Die Ethyl sagte zu, von weiteren Verhandlungen mit Hochschullehrern Abstand zu nehmen[68]. Mit DuPont wurden ebenfalls Gespräche mit ähnlichen Ergebnissen geführt: Das US-Unternehmen, das 1957 nach einem günstigen europäischen Standort für ein neues Forschungslabor suchte, versprach, dass es „ab sofort die Abwerbung junger Chemiker einstellen werde"[69]. Die Übereinkunft hielt aber anscheinend nicht lange, denn wenige Jahre später bezeichnete Otto Bayer DuPont als den „stärksten und auch rücksichtslosesten Konkurrenten der deutschen Chemiewirtschaft", mit dem zusammenzuarbeiten sich für einen deutschen Hochschullehrer verbiete[70].

Auch finanzielle Gegenmaßnahmen wurden erwogen. Für die Abwanderung von Wissenschaftlern machte man nämlich „in erster Linie wirtschaftliche Gründe" verantwortlich[71]. Unter anderem war von „der katastrophalen finanziellen Lage unserer Dozenten" und der entsprechenden Wirkung „des verlockenden

[63] Ebenda, Wilhelm Klemm, Universität Münster, an Otto Bayer v. 28. 6. 1956.

[64] Wyman kannte die Chemiebranche aus eigener Erfahrung, hatte er doch vor seiner Army-Beschäftigung als promovierter Farbstoffchemiker für die General Aniline Corporation gearbeitet. BAL, 312/85, Otto Bayer an Balke, Ulrich Haberland, Karl Winnacker und Carl Wurster v. 15. 11. 1957.

[65] BAL, 312/85.2, Monroe E. Freeman, European Research Office, U.S. Department of the Army, an Otto Bayer v. 16. 12. 1958.

[66] Ebenda, Rundschreiben Rudolf Scholders, Vorsitzender der Vorstände selbständiger Unterrichtsinstitute für Chemie an deutschen Hochschulen und Technischen Hochschulen, an die Vorstände der Mitgliedsinstitute v. 30. 5. 1958, mit Verweis auf Wyman.

[67] 1957 teilte ein Ethyl-Mitarbeiter Otto Bayer mit, man habe „sieben deutsche Hochschullehrer zur Mitarbeit gewonnen". BAL, 312/85.2, Bayer an Rolf Huisgen, Direktor des Instituts für Organische Chemie der Universität München, v. 4. 10. 1957.

[68] Ebenda, Aktennotiz Bayer AG v. 6. 3. 1957.

[69] BAL, 312/85, Aktennotiz Bayer AG v. 12. 10. 1957.

[70] Ebenda, Otto Bayer an Heinz A. Staab, Universität Heidelberg, v. 23. 1. 1964.

[71] BAL, 312/85.1, Verband der Chemischen Industrie und Gesellschaft Deutscher Chemiker an Bundeskanzler Adenauer, undatiert. Zu den Gehältern in den USA wurden später Informationen eingeholt: Ebenda, E.E. Hardy an Otto Bayer v. 12. 6. 1956.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dollarangebotes“ die Rede[72]. Das war es aber nicht allein, was Amerika attraktiv erscheinen ließ. Hinzu kamen die besseren Karriereaussichten im Hochschulbereich. Da die Zahl der Habilitanden die der Ordinariate übertraf[73], war Hochschullehrer, wie ein junger Chemiker an Otto Bayer schrieb, „einer der am wenigsten aussichtsreichen Berufe“. Anziehend wirkte schließlich auch die Arbeitsatmosphäre, die – „insbesondere seit der Emigration seit 1933“ – vielen deutschen Akademikern liberaler und lockerer erschien als in Deutschland. Es waren also „nicht nur materielle Verlockungen, die junge Wissenschaftler ins Ausland“ zogen[74].

Angesichts leerer öffentlicher Kassen war klar, dass eine direkte Anhebung der Gehälter von Hochschullehrern wenig Aussicht auf Erfolg hatte. Deshalb wurden „Vergünstigungen steuerlicher Art“ vorgeschlagen, um die Nettoeinkommen zu erhöhen[75]. Vor allem aber versuchte man, Wissenschaftler vor den Amerikanern zu warnen. Aus der Sicht Bayers hatten viele – von ihm als „naiv“ bezeichnete – Hochschullehrer die Gefahren der ausländischen Abwerbungen überhaupt nicht erkannt[76]. Deshalb sollten alle Hochschuldozenten persönlich angesprochen und über die Position der Chemieverbände aufgeklärt werden. Eine Pressekampagne war im Gespräch[77], außerdem wollte man per Rundschreiben Plakate an die chemischen Hochschulinstitute und Laboratorien schicken, um Wissenschaftler, aber auch Studenten „auf die Werbemethoden der ausländischen Industrie hinzuweisen“ und ihnen „zu empfehlen, sich vor der Annahme ausländischer Angebote von unserem Verband beraten zu lassen“[78]. Allerdings gab es auch Stimmen, die zur Zurückhaltung rieten. Man müsse den Eindruck vermeiden, die Hochschullehrer gängeln und in ihrer akademischen Freiheit einschränken zu wol-

[72] BAL, 312/85.1, Verband der Chemischen Industrie an den Vorsitzenden der Rektorenkonferenz v. 20. 7. 1951.

[73] Otto Bayer an Hans Brockmann, Verband der Vorstände selbständiger Unterrichtsinstitute für Chemie an deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen, schrieb, die jüngeren Privatdozenten „vermehren sich in einem bedrohlichen Umfang, aber leider nicht im Sinne einer ‚biologischen’ Auslese“. BAL, 312/85.1 v. 7. 9. 1956.

[74] Das ausführliche Schreiben des Chemikers war eine Reaktion auf das Rundschreiben vom 1. 3. 1957. BAL, 312/85.1, Friedrich Kramer an Otto Bayer v. 22. 3. 1957.

[75] BAL, 312/85.1, Vermerk v. 24. 5. 1952. Der Vermerk lässt sich nicht klar einem Autoren zuordnen. Seinem Ton und Inhalt nach stammt er jedoch sicher aus den Reihen der chemischen Industrie.

[76] BAL, 312/85, Otto Bayer an Adolf Krebser, Geigy AG, v. 18. 5. 1956 (hier das Zitat); BAL, 312/85.1, Otto Bayer an Hess, v. 13. 2. 1957; BAL, 312/85, Otto Bayer an Brockmann, v. 7. 9. 1956.

[77] BAL, 312/85.1, Kurzniederschrift über die 20. Sitzung des Engeren Kuratoriums [des Fonds der Deutschen Chemie] v. 11. 8. 1956.

[78] Ebenda, Entwurf eines Vermerks für Menne v. 29. 8. 1956 (hier die Zitate); BAL, 312/85, Rundschreiben Otto Bayers an hochrangige Vertreter der Chemiebranche und Politik v. 1. 6. 1956.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

len[79]. Mehr noch, man dürfe sich nicht dem Verdacht aussetzen, „einseitige Industrieinteressen" zu vertreten[80].

Otto Bayer zog jedoch klare Worte vor. Das eingangs zitierte, im März 1957 „an eine grosse Anzahl von Hochschullehrern" versandte Rundschreiben des Verbands der Chemischen Industrie, der Gesellschaft Deutscher Chemiker und der Arbeitsgemeinschaft der Direktoren selbständiger Unterrichtsinstitute für Chemie trägt seine Handschrift und ist von entschieden nationaler Abwehrrhetorik geprägt[81]. Bayer sprach sich darin dafür aus, dass der Verband der Chemischen Industrie seine Ende 1956 beschlossenen finanziellen Zuwendungen an Hochschullehrer[82] „nur an solche Herren" vergeben solle, „die keinerlei Bindungen zu ausländischen Firmen haben". Die Bayer AG werde jedenfalls „künftighin allen Chemikalien, die an Hochschulinstitute als Geschenk herausgehen, einen Zettel beifügen etwa folgenden Inhaltes: ‚[...] Wir möchten Sie bitten, diese Chemikalien nur anzunehmen, wenn Sie keinerlei geschäftliche Beziehungen zu ausländischen chemischen Firmen unterhalten.'"[83] Eine ähnliche Politik der Mittelvergabe wurde offenbar in der DFG diskutiert[84], und auf dieser Linie lag schließlich auch der Vorschlag des Verbands der Deutschen Chemie an die Rektorenkonferenz, Hochschullehrern „nur nach sorgfältiger Prüfung" Beurlaubungen zu gewähren, wobei entsprechenden Gesuchen „in der Regel dann nicht stattgegeben wird, wenn der Verdacht einer Abwanderung in das Ausland besteht"[85]. Walter Reppe, Vorstandsmitglied und Forschungsleiter der BASF, empfahl „die Überwachung der auf befristete Zeit an Auslandsinstitute gehenden jungen Doktoren", um deren Abwerbung zu verhindern[86]. Dass solche Ideen im Widerspruch zu den Grundsätzen von beruflicher Freizügigkeit und Wissenschaftsfreiheit standen, muss nicht extra betont werden.

Im persönlichen Kontakt mit Hochschullehrern appellierten Vertreter der chemischen Industrie auch an den beruflichen Eigennutz, außerdem verwiesen sie auf die möglichen beruflichen Nachteile, die sich aus den „Giftzähne[n]"[87] der Kautelen von Forschungs- und Arbeitsverträgen mit US-Behörden ergäben, wobei hier auch das Argument der Wirtschaftsspionage bemüht wurde. Professor Carl

[79] BAL, 312/85.1, Haberland, Bayer AG, an Hoffmann, Verband der Chemischen Industrie, v. 2. 1. 1957. Aus den Akten geht nicht eindeutig hervor, ob die Plakataktion realisiert wurde.
[80] BAL, 312/85.2, Otto Bayer an Felix Ehrmann, Verband der Deutschen Chemie, v. 17. 1. 1958.
[81] BAL, 312/85.1, Verband der Chemischen Industrie, Fonds der Chemischen Industrie, an Otto Bayer v. 27. 11. 1956. Hier wird die Zahl von bis zu 348 Adressaten genannt.
[82] Der Verband zahlte allen Hochschullehrern der Chemie zum 1. 1. 1957 einen Zuschuss von 300 DM zum Bezug wissenschaftlicher Zeitschriften. Außerdem wurden Dozentendarlehen vergeben. BAL, 312/85.1, Otto Bayer an Hoffmann, Verband der Chemischen Industrie, v. 27. 11. 1956.
[83] Ebenda, Otto Bayer an Hoffmann, Verband der Chemischen Industrie, v. 12. 2. 1957.
[84] Ebenda, Otto Bayer an Wittig, v. 18. 3. 1957.
[85] Ebenda, Verband der Chemischen Industrie an den Vorsitzenden der Rektorenkonferenz, Hess, v. 20. 7. 1951. Ähnliche Schreiben gingen auch an die DFG, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und den Deutschen Forschungsrat.
[86] BAL, 312/85, Walter Reppe am Otto Bayer v. 15. 6. 1956.
[87] Ebenda, Otto Bayer an Balke, Haberland, Winnacker und Wurster v. 15. 11. 1957.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Angelo Knorr vom Physikalisch-Chemischen Institut der Technischen Hochschule München, der wissen wollte, ob es sich empfehle, einen Vertrag mit dem *European Office Air Research and Development Command* abzuschließen, hörte von Otto Bayer eindringliche Warnungen: Der Vertragstext lasse große Auslegungsspielräume, Knorr würde sich „restlos der amerikanischen Militärjurisdiktion" ausliefern. „So lange bei Ihren Forschungen nichts herauskommt, haben Sie einen finanziellen Vorteil gehabt. So bald [sic!] jedoch etwas technisch Verwertbares anfällt, sind Sie nicht mehr Herr der Dinge. Den Amerikanern kommt es in allererster Linie darauf an, an grundlegend neue Ideen heranzukommen, die [...] sie dann hinter Ihrem Rücken mit einem grossen Aufgebot durcharbeiten lassen. Bedenken Sie auch, dass Sie den amerikanischen Dienststellen jederzeit Zutritt zu Ihrem Laboratorium gestatten müssen."[88] Zudem sei unklar, wie es um die Freiheit bestellt sei, die Forschungsergebnisse zu publizieren. Ein Privatdozent, der ein Abwerbungsangebot erhalten hatte, wurde gewarnt: Der Geldgeber behalte sich „auf alle Fälle die Geheimhaltung wichtiger Dinge" vor[89]. Kurzum: Die US-Verträge seien „für den deutschen Hochschullehrer unannehmbar" und entsprächen nicht „zivilen europäischen Normen"[90].

Die „Bemühungen, die Abwerbungen deutscher Wissenschaftler einzudämmen", hatten bis 1957 „einen gewissen Erfolg"[91]. Man habe, wie Otto Bayer im Juni meinte, die Dinge „innerhalb der deutschen Hochschulchemie [...] einigermaßen wieder in die Hand bekommen"[92]. Doch war dies eine zu rosige Einschätzung. „Unser Rundschreiben ist anscheinend nicht allzu sehr beachtet worden", räumte Bayer schon kurze Zeit später ein[93]. Andere Branchen sahen die Abwerbungen ohnehin gelassener als die Chemie. Der Verein Deutscher Eisenhüttenleute hatte „jedenfalls keine Befürchtungen" in dieser Richtung, „im Gegenteil, wir würden es ganz gern sehen, wenn jüngere Leute Auslandspraxis suchen würden"[94].

Grenzen waren der Kampagne der Chemiebranche nicht zuletzt dadurch gesetzt, dass ihre nationalen Interessen folgenden Argumente mit den handfesten materiellen Vorteilen für Hochschullehrer konkurrierten, die amerikanische Angebote verhießen. Knorr hatte sich selbst davon überzeugt, dass die Militärverträge mit Blick auf Verfügungsrechte über die Forschungsergebnisse und Geheimhaltung fairer waren, als Otto Bayer und andere es sahen. Nicht Abwerbung finde statt, im „Gegenteil würde durch eine positive Stellungnahme zu dem Angebot

[88] BAL, 312/85.1, Otto Bayer an Knorr v. 23. 4. 1958.
[89] Ebenda, Otto Bayer an PD Dr. Schäfer, Universität Frankfurt a. M., v. 28. 3. 1957.
[90] BAL, 312/85, „Kritische Hinweise und Bemerkungen zu den wichtigeren Punkten des Vertrags (Fixed Price Research and Development Contract), den die US-Army zum Nutzen mit deutschen Hochschullehrern abschließen will". Stellungnahme von Hoechst und Bayer v. 25. 2. 1958.
[91] BAL, 312/85.1, Otto Bayer an Balke v. 7. 5. 1957.
[92] Ebenda, Otto Bayer an Brandt, v. 14. 6. 1957.
[93] Ebenda, Aktennotiz für den „Fonds der Chemie" v. 31. 7. 1957.
[94] Ebenda, Verein Deutscher Ingenieure an Kurt Rieß, Vorstandsmitglied Bayer AG, v. 23. 7. 1956.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

das längere Verbleiben einiger meiner Mitarbeiter an der Hochschule sichergestellt“[95]. Auch Professor Theodor Förster von der Technischen Hochschule Stuttgart wog Vor- und Nachteile der Auslandsverträge ab und wies seine Mitarbeiter zwar „ausdrücklich darauf hin, dass sie sich verpflichtet fühlen sollten, ihre Fähigkeiten der deutschen Industrie zur Verfügung zu stellen“, doch hielt er sich „nicht für berechtigt, auf meine Schüler in dieser Richtung einen Druck auszuüben oder ihnen ausländische Stellenangebote zu verheimlichen“[96].

Bei der Suche nach Lösungen blickte die Chemiebranche auch ins Ausland. In Großbritannien konnte man sich zwar nicht zu einer direkten Kontrolle der Verträge mit US-Unternehmen und Militärdienststellen entschließen. Vereinbarungen zwischen der Industrie und britischen Wissenschaftlern wurden als Privatangelegenheit betrachtet, in die sich der britische Staat nicht einmischte[97]. Nach der zum Teil scharfen Kritik der Universitäten, die die US-Seite nach Kräften abfedern wollte, wurde für Militärverträge jedoch ein Registrierungs- und Genehmigungsverfahren eingeführt, wobei die Amerikaner den Briten das Recht einräumten, Anträge zu blockieren. Vor Vertragsabschluss musste ein Gremium konsultiert werden, das aus Vertretern des *Department of Scientific and Industrial Research*, des jeweiligen *University Grant Committee*, der *Royal Society* und dem *Chief Scientist to the Ministry of Supply* bestand. Dieses Verfahren schien Ende 1958 „to work fairly well and so, although there are a number of these U.S. contracts running in this country at present, there are not by any means as many as there would otherwise have been“[98].

Energischer handelte die Schweiz, die 1958 Vertragsabschlüsse ihrer Staatsbürger mit dem US-Militär unterband, weil sie „mit dem Schweizer Neutralitätsgedanken nicht in Einklang zu bringen“ waren und gegen die akademische Freiheit verstießen[99]. Norwegen setzte bei den Arbeitsvermittlungsbehörden an und verbot deren Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen mit dem Hinweis, dass der Staat viel Geld in die Ausbildung seiner Studierenden investiere und sie deshalb im Lande halten wolle[100].

In der Bundesrepublik etablierte sich in den späten 1950er Jahren eine Praxis, die jener in Großbritannien ähnelte, das heißt, in der Regel wurden das Bundesverteidigungsministerium und die DFG über Forschungsverträge mit dem US-

[95] Ebenda, Knorr an Otto Bayer v. 14. 7. 1958.
[96] Ebenda, Theodor Förster, Technische Hochschule Stuttgart, an Otto Bayer v. 30. 7. 1956.
[97] Ebenda, Carl-Heinz Lüders, Vortragender Legationsrat, Auswärtiges Amt, an Otto Bayer v. 14. 10. 1959. Lüders referiert hier den Inhalt eines Gesprächs mit dem Wissenschaftsattaché der Britischen Botschaft.
[98] Ebenda, Alexander Todd, University Chemical Laboratory, Cambridge, an Otto Bayer v. 2. 12. 1958.
[99] BAL, 312/85.2, Otto Bayer an Staatssekretär von Scherpenberg, Auswärtiges Amt, v. 26. 6. 1958 (hier das Zitat). BAL, 312/85.1, Otto Bayer an Knorr, Technische Hochschule München, v. 23. 4. 1958.
[100] Recruiting Abroad. U.S. Concerns Step Up Overseas Search for Scientists, Engineers, in: Wall Street Journal vom 23. 4. 1962.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Militär unterrichtet. Allerdings geschah dies erst nach Vertragsabschluss[101], und den deutschen Stellen wurde nur ein Einspruchsrecht eingeräumt und kein Veto[102]. Der Chemieindustrie reichte das nicht. Sie wollte eine Lösung nach britischem Modell und blieb deshalb insbesondere gegenüber dem *European Research Office* der U.S. Army auf Konfrontationskurs[103]. Noch 1960 war „keine Lösung" für das Problem gefunden[104].

7. Die Reaktion der Bundesregierung: Freier Markt versus Sicherheitsdenken

In Bonn fanden die Argumentation und Lösungsvorschläge der Chemiebranche nur verhaltene Resonanz[105]. Zwar legte die Bundesregierung bald nach Inkrafttreten des Deutschlandvertrags Beschwerde bei der US-Administration über die Abwerbung von Wissenschaftlern ein[106]. Sie machte sich dabei aber nicht die Position der Chemieindustrie zu eigen, sondern beließ es bei unverbindlichen Erklärungen. So schrieb etwa Bundesinnenminister Robert Lehr, seiner Meinung nach komme es „mehr darauf an, insbesondere gegenüber dem deutschen wissenschaftlichen Nachwuchs das Vertrauen in die Stabilität der Lage in der Bundesrepublik zu stärken" und die Länder zu einer besseren Unterstützung der Hochschulen und Wissenschaftsinstitutionen zu bewegen. Eine Intervention bei den US-Stellen hielt der Innenminister für wenig aussichtsreich[107].

Im Bundeswirtschaftsministerium stimmte man hinter verschlossenen Türen den Positionen der Chemieindustrie zu. Die fraglichen Verträge mit US-Firmen und auch mit dem Militär waren aber aus der Sicht des Ministeriums „dem privaten Ermessen der Interessenten überlassen". Gleichwohl wollte es die eigenen Interessen durchaus gewahrt wissen und die deutsche Position im internationalen Wettbewerb absichern. Eine ausschließliche Verwertung von Forschungsergebnissen seitens der US-Auftraggeber hielt das Ministerium für inakzeptabel, allerdings anders als die Chemieindustrie nicht aus protektionistischem Denken

[101] BAL, 312/85, Lüders, Vortragender Legationsrat, Auswärtiges Amt, an Otto Bayer v. 14. 10. 1959.

[102] BAL, 312/85.2, European Research Office, U.S. Department of the Army, an Otto Bayer v. 16. 12. 1958. Die Informationen wurden „usually" an die genannten deutschen Stellen geschickt. „We have asked their advice and guidance. We are confident that they will promptly inform us if any research proposals appear not to be in our mutual interests."

[103] BAL, 312/85.2, Otto Bayer an Wyman v. 20. 11. 1957 und v. 25. 2. 1958.

[104] Ebenda, European Research Office an Otto Bayer v. 20. 4. 1960.

[105] BAL, 312/85.1, Verband der Chemischen Industrie und Gesellschaft Deutscher Chemiker an Bundeskanzler Adenauer, undatiert. Der Brief gelangte wohl nicht an Adenauer, wurde aber im Bundeskanzleramt zur Kenntnis genommen. Ebenda, Referat Forschung und Erziehung, A. Hoffmann, an Otto Bayer v. 16. 10. 1951.

[106] NARA, RG 330, Entry 1-C, Box 3, Secretary of State, Dean Rusk, an US-Botschaft in Bonn v. 27. 11. 1962. Rusk schrieb nach dieser Beschwerde, das Department of Defense „has been extremely circumspect about recruiting scientists in Germany."

[107] BAL, 312/85.1, Bundesminister des Innern an Staatssekretär im Bundeskanzleramt v. 12. 2. 1952.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

heraus. Vielmehr sah es Konkurrenzfähigkeit am besten durch die Bedingungen eines möglichst freien Markts gewahrt. Dementsprechend sprach sich das Ministerium Anfang 1955 gegen Verträge mit der *Basic Research Corporation*, einem US-Forschungsunternehmen, aus, weil es Einschränkungen des freien Wettbewerbs befürchtete[108].

Alles in allem bewerteten die Ministerien den Austausch von Wissen über nationale Grenzen hinweg ungleich positiver als die chemische Industrie. Obgleich der Innenminister ebenfalls „eine übermässige Abwanderung" verhindern wollte, gab er zu bedenken, es dürfe nicht übersehen werden, „dass in zunehmendem Masse sich über die Grenzen der Länder hinweg wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaften entwickeln, deren Tätigkeit zu einem Teil die durch Abwanderung entstehenden Nachteile auszugleichen vermag"[109]. Auch das Wirtschaftsministerium begrüßte amerikanische Impulse für die deutsche Forschung. Es hatte schon in der Gründung des Battelle Instituts 1953 eine willkommene Herausforderung für die Wissenschaftslandschaft der Bundesrepublik und eine Chance erblickt, Anschluss an moderne internationale Forschungsstandards zu finden. Das Ministerium lehnte deshalb nicht nur Gegenmaßnahmen ab, sondern forcierte sogar die Errichtung des Instituts, das als attraktive Ergänzung zur Fraunhofer-Gesellschaft angesehen wurde[110]. All dies atmete den Geist marktwirtschaftlich orientierter internationaler Öffnung und Westbindung.

Trotz der Differenzen – nationales Sicherheitsdenken hier, Marktliberalismus dort – gelang es den Chemieverbänden, die Bundesbehörden zumindest zu einer Maßnahme gegen die ausländischen Abwerbungskampagnen zu bewegen. Dabei griff man, ähnlich wie in Norwegen, auf die Arbeitsämter zurück. Nach dem „Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" bedurfte die „Veröffentlichung von Stellenangeboten für eine Beschäftigung von Arbeitnehmern im Auslande [...] der vorherigen Zustimmung der Bundesanstalt"[111]. Die Ablehnung eines solchen Gesuchs war möglich, „wenn ersichtlich ist, daß eine Werbeanzeige zu einer Schädigung der deutschen Wirtschaft führt". Auf Anfrage sagte die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dem Verband der Chemischen Industrie 1956 zu, ihn in entsprechenden Genehmigungsverfahren zu hören[112]. Daraus entwickelte sich, wenn auch erst ab etwa 1959, ein wirkungsvolles Regulierungsinstrument, mit dem ausländische Abwerbeversuche zumindest in der Presse weitgehend unterbunden wurden. So berichtete das *Wall Street Journal* im April 1962: „Hans Kempe, manager of the German News Co., representative of a dozen German newspapers, says the Bonn agency ‚does not give

[108] BAL, 312/85, Bundesministerium für Wirtschaft, gez. Dr. Michel, an Westdeutsche Rektorenkonferenz v. 23. 2. 1955.

[109] BAL, 312/85.1, Bundesminister des Innern an Staatssekretär im Bundeskanzleramt v. 12. 2. 1952.

[110] Vgl. Trischler/vom Bruch, Forschung, S. 49, S. 51 u. S. 53.

[111] Bundesgesetzblatt I, Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung v. 3. 4. 1957, § 37 Abs. 2 Satz 3, S. 321.

[112] BAL, 312/85.1, Entwurf eines Vermerks für Menne, betreffend „Abwerbung deutscher Wissenschaftler durch das Ausland" v. 29. 8. 1956.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

permission readily. In the last two or three years 80% of American company recruiting ads have been rejected. Before that there was no trouble.'"[113]

Auf Dauer hatten diese Maßnahmen jedoch nicht den erhofften Erfolg. Otto Bayer musste schon 1964 konstatieren, dass ausländische Firmen „z. Zt. wieder sehr energisch" versuchten, Verträge mit Hochschullehrern abzuschließen[114]. Die Debatte über den nun auch so genannten *Brain Drain* ging unvermindert weiter und erhielt neue Nahrung, als der bisher angewandte Passus des Arbeitsvermittlungsgesetzes nach einer Klage des *Südkuriers* (Konstanz) 1967 vom Bundesverfassungsgericht als Verstoß gegen die Pressefreiheit für verfassungswidrig erklärt wurde[115]. „Die deutsche Rechtsprechung hat es", wie *Die Welt* kommentierte, „den amerikanischen Talenträubern inzwischen erleichtert", ihr Treiben fortzusetzen. „Mr. Brain Drain" könne sich wieder ungehindert bewegen[116].

Letztlich waren solche Eingriffe in den Arbeitsmarkt ohnehin keine Politik, die den sicherheitspolitischen Argumenten der chemischen Industrie Rechnung trug. Vieles spricht dafür, dass man in Bonn den Pessimismus der Chemie nicht teilte. Als die Bundesministerien Anfang der 1960er Jahre begannen, sich intensiver mit der Abwanderung deutscher Wissenschaftler und Techniker auseinanderzusetzen, war von den existentiellen Gefahren, die Otto Bayer und andere empfanden und beschworen, wenig zu spüren. Aus dem Bundesforschungsministerium verlautete, „daß die Gefahr [...] ‚maßlos übertrieben' werde"[117]. Das Ministerium stellte 1963 während einer interministeriellen Erörterung des Problemkomplexes fest, dass das Problem im Gegensatz zur Presseberichterstattung von den „wissenschaftliche[n] Institutionen [...] nicht für beunruhigend gehalten" werde. Und der Vertreter des Bundesfinanzministeriums gab zu bedenken, ob „die deutsche Abwanderungsquote" im internationalen Vergleich „nicht etwa als normal zu bezeichnen sei". In der gesamten Unterredung ging es im Wesentlichen um bessere materielle und institutionelle Leistungsanreize für deutsche Wissenschaftler; Argumente, die die nationale Sicherheit betroffen hätten, waren dage-

[113] Recruiting Abroad. U.S. Concerns Step Up Overseas Search for Scientists, Engineers, in: Wall Street Journal vom 23. 4. 1962.

[114] BAL, 312/85, Otto Bayer an Heinz A. Staab, Universität Heidelberg, v. 23. 1. 1964.

[115] Urteil des Bundesverfassungsgerichts v. 4. 4. 1967. Bundesverfassungsgericht 21, 271 – Südkurier, Begründung II, 2. http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv021271.html [7. 9. 2013]. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts revidierte ein Urteil des Bundessozialgerichtes in Kassel von 1964. Der Südkurier hatte dagegen geklagt, dass ihm die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung die Veröffentlichung von Stellenanzeigen Schweizer Unternehmen – es ging hier um die Berufe Schneiderin, Friseurin, Schreiner, Drucker und Hochbauingenieur – untersagt hatte. Das Bundessozialgericht verwies auf die „Nachteile [...], die durch eine Abwerbung von Arbeitskräften ins Ausland, insbesondere in Mangelberufen, der deutschen Volkswirtschaft drohten."

[116] „Sie kommen freiwillig... Mr. Brain Drain kann jetzt auch ins deutsche Geschäft einsteigen", in: Die Welt vom 11. 11. 1968, S. 7.

[117] Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArch Koblenz), B 136/5916, Vermerk Referat 9 [Bundeskanzleramt] v. 20. 4. 1963.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gen nicht zu hören[118]. Ein vom Bundesforschungsministerium 1964 angeregtes und von der Volkswagenstiftung finanziertes Programm zur Rückgewinnung ausgewanderter Wissenschaftler war noch drei Jahre später zu karg ausgestattet, um nennenswerte Erfolge zu erzielen[119].

8. Paradoxien und Widersprüche: Das Problem der nationalen Einhegung des globalen Markts

Die Bundesregierung vertrat also einen Kurs marktwirtschaftlich orientierter internationaler Öffnung und Westbindung. Der Versuch der chemischen Industrie, sie von der existenziellen Gefahr des Transfers nationalen Wissens ins Ausland zu überzeugen und sie aus sicherheitspolitischen Erwägungen zum Einschreiten zu bewegen, scheiterte. In der gesamten, von den frühen 1950er Jahren bis in die 1960er Jahre währenden Debatte wird eine ebenso bemerkenswerte wie überraschende Konstellation sichtbar: Die exportorientierte chemische Industrie, die mit den USA enge Geschäftsbeziehungen unterhielt, war einer der umtriebigsten Befürworter der freien Marktwirtschaft und globalen Wirtschaftsordnung der Pax Americana, pochte aber zugleich auf den nationalen Schutz vom Know-how der Privatwirtschaft. Der Staat hingegen, der Garant äußerer Sicherheit, legte Wert auf die Aufrechterhaltung liberaler Marktbeziehungen und lehnte eine „Versicherheitlichung" von Wissenstransfers ab.

Die Spitzen der Chemie wollten mitnichten den freien Markt zur Disposition stellen[120]. Sie versuchten aber, ihn einzuhegen und die politischen Implikationen des Kalten Kriegs mit ihren ökonomischen und nationalen Interessen in Einklang zu bringen. Das war ein heikler Drahtseilakt, wie man genau wusste. „Wir sind ja längst nicht mehr allein die Gebenden", hieß es in einem Memorandum der Firma Bayer vom August 1956:

> „[W]ir sind auf manchem Gebiet der Wissenschaft und Technik – ich brauche nur an alles, was mit Atomwissenschaft und -technik zu tun hat, zu erinnern – absolut darauf angewiesen, uns ausländischer Vorarbeiten zu bedienen und uns wissenschaftliche und technische Hilfe leisten zu lassen, wenn wir wieder Anschluß an die internationale Entwicklung gewinnen wollen. Können bei zu energischem Vorgehen gegen Abwerbung einzelner deutscher Fachleute [...] nicht bedenkliche Rückwirkungen eintreten?"[121]

[118] BArch Koblenz, B 136/5916, Staatssekretär des Bundeskanzleramts an das Auswärtige Amt und sechs weitere Bundesministerien v. 5.6.1963 (Kurzprotokoll einer Besprechung im Bundeskanzleramt am 21.5.1963).

[119] BArch Koblenz, B 136/5916, Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung an Auswärtiges Amt u.a. v. 4.7.1967.

[120] Kleedehn, Rückkehr, S. 132f., beschreibt etwa den Vorstandsvorsitzenden der Bayer AG, Haberland, als nachdrücklichen Advokaten der freien Marktwirtschaft.

[121] BAL, 312/85.1, Entwurf eines Vermerks für Menne, betreffend „Abwerbung deutscher Wissenschaftler durch das Ausland" v. 29.8.1956.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Hier schien eine zentrale Frage auf: Was sollte die westdeutsche Position in der bipolaren Ordnung zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reichs stärker bestimmen: (Wirtschafts-)Nationalismus oder Westbindung? Obwohl die Abwerbungen auch als ökonomische Herausforderungen wahrgenommen wurden, standen sie für die Vertreter aus Großindustrie, Forschung und Politik in diesem weiteren politisch-ideologischen Kontext. Wie das Problem von Wissenstransfers bewertet wurde, hing dabei nicht zuletzt, „weitgehend von der Beurteilung der künftigen weltpolitischen Lage ab", wie Felix Ehrmann, der Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie erklärte:

> „Unterstellt man als Optimist, daß uns auch in Bezug auf den ‚kalten Krieg' friedliche Entwicklung bevorsteht, so mag das Prinzip extremer Unabhängigkeit der deutschen Wissenschaft am Platze sein. Nimmt man dagegen an, daß die mit Drohungen und Machtbekundungen durchsetzten weltpolitischen Auseinandersetzungen sich bis auf weiteres in der Atmosphäre des ‚kalten Krieges' abspielen, vielleicht sogar hin und wieder an die Grenze des ‚heißen Krieges' heranreichen werden, so bietet sich ein enger Zusammenschluß des wissenschaftlichen Potentials der freien Welt meines Erachtens zwingend an."[122]

Auch wenn in der Chemieindustrie bis zum Ende der 1950er Jahre der nationale Ton vorherrschte und die Dichotomie „deutsch" versus „amerikanisch" jene von „West" versus „Ost" dominierte, dürften Positionen wie die Ehrmanns zusammen mit der mangelnden staatlichen Unterstützung dafür verantwortlich gewesen sein, dass die protektionistische Politik der Chemieverbände in den 1960er Jahren allmählich im Sande verlief.

Die Debatte verweist auf die ambivalente Bedeutung des Technologietransfers im Kalten Krieg. Einerseits wurde dieser Transfer nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem immer wichtigeren Instrument der Entwicklung und Pflege internationaler Allianzen. Die USA verfolgten mit der Weitergabe von Wissen das Ziel der ökonomischen, militärischen und politischen Stärkung ihrer Partner gegen die von der Sowjetunion ausgehenden Gefahren. Wissenstransfer war in diesem Sinne ein wichtiges Element ihrer Europapolitik und bald darauf auch ihrer Versuche, Staaten der sogenannten Dritten Welt auf ihre Seite zu ziehen[123]. Andererseits blieb Wissen ein Bestandteil nationaler Machtpolitik. Um die USA an der Spitze der ökonomischen und militärischen Machtpyramide zu halten, versuchte man, die Weitergabe von Wissen zu überwachen, aber auch neue Wissensquellen zu erschließen. Exportkontrollen, Geheimhaltungsregime und die Informationsgewinnung durch Geheimdienste waren wichtige Elemente dieser Politik, die stets flexibel blieb: Wissenschaftlich-technologischer Austausch und Kontrolle von Transfers wurden mit Blick auf nationale Interessen immer wieder neu ausbalan-

[122] Ehrmann neigte „der letzteren Auffassung zu". BAL, 312/85, Ehrmann an Otto Bayer v. 16. 1. 1958.

[123] Vgl. Krige, American Hegemony; Eugene B. Skolnikoff, Science, Technology, and American Foreign Policy, Cambridge, MA. 1967.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ciert. Das galt nicht nur für den ideologischen Gegner jenseits des Eisernen Vorhangs. Die amerikanische Freigiebigkeit hatte auch gegenüber den Alliierten ihre Grenzen – zum Beispiel auf dem Gebiet der Atomtechnik –, die ebenfalls Gegenstand politischer Aushandlungsprozesse waren und sich kontinuierlich veränderten.

Auch für die Bundesrepublik hatten Technologie- und Wissenstransfers eine doppelte Ausrichtung – allerdings mit einer anderen Gewichtung. Nicht nur der chemischen Industrie, sondern auch zahlreichen anderen wirtschaftlichen und staatlichen Akteuren war klar, dass Innovation und Know-how zu einer fundamentalen Ressource nationaler Wettbewerbsfähigkeit und damit zu einem schützenswerten Gut geworden waren. Wenn die Chemiebranche die amerikanischen Aktivitäten an den westdeutschen Hochschulen und auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik als Wirtschaftsspionage interpretierte und damit auf einen Begriff rekurrierte, in dem Sicherheits- und Wirtschaftspolitik zusammenflossen, stand sie nicht allein. Nicht umsonst wurde in den 1950er Jahren darüber diskutiert, im Zuge einer Reform des Strafrechts den Straftatbestand „Wirtschaftsverrat" einzuführen, der die Weitergabe von Betriebsgeheimnissen an das Ausland in die Nähe von Landesverrat rückte. Im gleichen Zeitraum erlebten in der westdeutschen Industrie Werkschutzinstitutionen eine Blüte, deren Aufgabe nicht nur die Bekämpfung kommunistischer Unterwanderung, sondern insbesondere auch die Abwehr von Wirtschaftsspionen – vor allem aus dem Ostblock – war.

Bei allem Wissensprotektionismus war jedoch unübersehbar, dass die Bundesrepublik von der Offenheit gegenüber Technologietransfers aus den USA stark profitierte. Es lag daher im nationalen Interesse, die Rolle des technologischen Juniorpartners zu akzeptieren und den Austausch zu fördern.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1984 war für Helmut Kohl kein leichtes Jahr. Die „Wende", die seine seit Oktober 1982 regierende christlich-liberale Koalition angekündigt hatte, war ins Stocken geraten, der Flick-Parteispendenskandal empörte die Öffentlichkeit, der Kanzler selbst zog durch missverständliche Äußerungen Kritik und Spott auf sich. In dieser Situation kam einer Affäre noch mehr politische Sprengkraft zu, als sie ohnehin besaß: die Affäre um die Entlassung von General Kießling durch Bundesverteidigungsminister Wörner wegen angeblicher homosexueller Neigungen. Heiner Möllers zeichnet auf der Basis bislang nicht bekannter Quellen die Genesis und den Verlauf der Affäre nach, er analysiert die Funktion der Medien, fragt nach der Rolle der wichtigsten Protagonisten und zeigt auf, dass es schließlich der Bundeskanzler war, der seinen schwer angeschlagenen Minister aus der Schusslinie zog – nicht zuletzt im eigenen Interesse.

Heiner Möllers

Die Kießling-Affäre 1984

Zur Rolle der Medien im Skandal um die Entlassung von General Dr. Günter Kießling

1. Im Zeichen der „Wende"

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner gab am 20. Dezember 1983 seine Jahrespressekonferenz zum Thema „Bilanz und Ausblick". Als führender Wehrexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war er mit dem ersten Kabinett Kohl angetreten, die Bundeswehr nach Jahren sozialdemokratischer Führung politisch neu zu positionieren. Nachdem der Bundestag am 23. November 1983 die Stationierung von US-amerikanischen nuklearen Mittelstreckenraketen in Westdeutschland beschlossen hatte, konnte Wörner darangehen, das Ansehen der Bundeswehr zu stärken, als Minister vor der Truppe zu stehen und die Anfeindungen der Opposition abzufangen. Dazu schien der smart wirkende, offensiv-freundlich agierende Wörner als Reserveoffizier und Kampfflugzeugpilot besonders geeignet. Ihm gegenüber wirkte so mancher Bundesminister blass.

In der Pressekonferenz bezeichnete er es als seinen größten Erfolg, die Bundeswehr aus den Schlagzeilen gebracht zu haben. Er konnte nicht ahnen, dass sich der Wind wenig später drehen würde. Erste Anzeichen einer aufkommenden Gewitterfront erhielt er bereits im anschließenden Zusammentreffen mit Journalisten bei Bier und Gebäck. Da fragte der sicherheitspolitische Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, Alexander Szandar, den Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Altenburg, was denn mit General Dr. Günter Kießling los sei. Altenburg ließ Szandar abblitzen. Das sei eine „ganz schwierige persönliche Angelegenheit", er solle besser den Minister fragen. Dieser antwortete lapidar:

VfZ 64 (2016) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2016 DOI 10.1515/vfzg-2016-0024

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Ach Szandar, lass mich doch mit solchem Scheiß in Ruhe. Wir wollen jetzt erst mal feiern!“[1]

Mit dieser Aussage hatte Wörner offensichtlich den Ehrgeiz Szandars geweckt. Der Journalist löste am 5. Januar 1984 mit seinem Bericht „Wörner entlässt General Kießling“ in der *Süddeutschen Zeitung* die Affäre aus, die erst das Privatleben eines Generals ans Licht der Öffentlichkeit zerrte und schließlich einen beschädigten Minister zurückließ.

Die Kießling-Affäre, später auch zur Wörner-Kießling-Affäre umgedeutet, ist eine der bekanntesten Krisen, die das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) zu überstehen hatte. Die Ereignisse selbst sind weitgehend bekannt[2], obwohl noch immer vieles im Dunkeln liegt: Die Hintergründe des Gerüchts, General Kießling sei homosexuell, und die damit verbundenen Folgen sind bislang nicht umfassend geklärt. Die interministeriellen Abläufe sowie die Interaktionen zwischen Minister, Staatssekretär, General Kießling und insbesondere dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) fanden bislang kaum Beachtung. Einige Zeitzeugen leben noch. Insbesondere ihre Aussagen lassen erstmals eine umfassende Beschreibung der Umstände zu, die zur vorzeitigen Pensionierung des Generals führten, die Kießling als „Entlassung“ empfand[3].

Die Presse- und Medienberichterstattung ist bislang allenfalls vor dem Hintergrund analysiert worden, wie die Medien den Skandal aufdeckten. Dabei blieb jedoch unberücksichtigt, welche Rolle General Kießling selbst spielte. Ebenso wenig sind bislang die Pressearbeit des Verteidigungsministeriums und Kießlings eigene Aktivitäten analysiert worden. Auch deswegen erscheint die Affäre in der Nachbetrachtung bislang als Skandal, den allein die Medien aufgearbeitet hätten.

---

[1] Mitteilung von Alexander Szandar an den Verfasser vom 15. 3. 2013. Dazu auch die Ausführungen Szandars in: Franz Dörner, Das Verhältnis zwischen den Massenmedien und der Bundeswehr. Eine empirische Untersuchung, phil. Diss., Mainz 1991, S. A 117 f.

[2] Vgl. dazu Günter Kießling, Versäumter Widerspruch, Mainz 1993, darin auch die Medienberichterstattung und ihre Rolle für den Verlauf der Affäre. Vgl. auch Thomas Ramge, Günter von der Bundeswehr. General Kießling, Manfred Wörner und die Sittenpolizei (1983/84), in: Ders., Die großen Polit-Skandale. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Frankfurt a. M./New York 2003, S. 180–197. Klaus Storkmann veröffentlichte in jüngster Zeit mehrere ähnliche Aufsätze zum Thema, zuletzt: Cui bono? Entscheidungen und Hintergründe des Wörner-Kießling-Skandals 1983/84 im Spiegel neuer Forschungen, in: Österreichische Militärzeitschrift 6 (2014), S. 716–721, bezieht aber die Medien nicht ein und übersieht damit einige Hintergründe. Vgl. auch Heiner Möllers, Am Anfang war ein Gerücht. Wie sich die Entlassung von General Kießling zur Affäre für Wörner entwickelte, in: if – Zeitschrift für Innere Führung (2014), H. 1, S. 39–45. Dagegen sind die Erinnerungen des damaligen Leiters des Informations- und Pressestabs im Bundesministerium der Verteidigung, Jürgen Reichardt (Hardthöhe Bonn. Im Strudel einer Affäre, Bielefeld/Bonn 2008) reich an Mutmaßungen und Gerüchten und zeugen von einer unkritischen Parteinahme für den damaligen Minister Manfred Wörner. Dennoch geben sie viele Stimmungen im Ministerium anschaulich wieder und enthalten wertvolle Insider-Informationen.

[3] Vgl. Heinz Kluss, Kein Versöhnungsbier in Moskau. Die Affäre Kießling und der militärische Abschirmdienst. 30 Jahre danach als Lehrstück von einem mitverantwortlichen Akteur ausführlich erzählt, o. O. 2014 (ein Exemplar des unveröffentlichten Manuskripts befindet sich im Besitz des Verfassers), sowie Reichardt, Hardthöhe.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Tatsächlich aber erweist sich die ganze Affäre als komplexes Geflecht unterschiedlicher Interaktionen und Intentionen, dessen einzelne Bestandteile sich erst bei genauem Hinsehen erkennen lassen. Dass dies noch nicht geschehen ist, erstaunt umso mehr, als dieser Konflikt seinerzeit „alle anderen Themen und Ereignisse" überlagerte, „die mit ihm um öffentliches Interesse und öffentliche Aufmerksamkeit konkurrierten"[4].

Wenngleich die Affäre bereits vielfach beschrieben wurde, fehlt es bislang zudem an einer Darstellung, die die politische Kontrolle der Bundeswehr in die Analyse einbezieht und die Abläufe im Bundesverteidigungsministerium nachzeichnet. Diese Blindstellen waren nicht zuletzt der schwierigen Materiallage geschuldet. Mit den heute zugänglichen Quellen[5] kann im Zuge einer institutionellen Mediengeschichte die Interaktion zwischen staatlichen Stellen und Medien unter besonderer Berücksichtigung bestimmter Einzelakteure wie General Kießling beschrieben werden. Erstmals wird damit auch die Medienarbeit der Bundeswehr einer quellenkritischen Bewertung unterzogen.

Was die Berichterstattung der Medien und die (Presse-)Arbeit des Verteidigungsministeriums angeht, ist zu untersuchen, ob sich infolge der politischen Handlungen und der Berichterstattung Medienwirkungen mit Einfluss auf politische Prozesse ergaben. Hierbei wird ersichtlich, welche Rolle einzelne Medienformate in der Affäre besaßen. Eine Unterscheidung zwischen (medialem) Mittler und (politischem) Akteur ist dabei kaum mehr zu treffen. Viel zu schnell verwischen diese Rollen, wie es in der Mediengeschichte oft zu beobachten ist[6].

Eine quantitative Analyse der Berichterstattung ist historiografisch wenig ergiebig[7], weil im Januar 1984 nahezu alle Zeitungen und Zeitschriften ausführlich über die Affäre berichteten; sie produzierten nicht zuletzt wegen oftmals gleicher Agenturberichte zahlreiche Redundanzen. Daher konzentriert sich diese qualita-

[4] Rainer Mathes, Medienwirkung und Konfliktdynamik in der Auseinandersetzung um die Entlassung von General Kießling. Eine Fallstudie und ein Drei-Ebenen-Modell, in: Max Kaase/Winfried Schulz (Hrsg.), Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde, Opladen 1989, S. 441–458, hier S. 446 (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 30).

[5] Die einschlägigen und hier ausgewerteten Akten im Bundesarchiv-Militärarchiv (künftig: BA-MA) sind weitgehend auflagenfrei nutzbar, so z. B. die Unterlagen zum Disziplinarverfahren Kießling und die Handakten des Parlamentarischen Staatssekretärs (StS) Peter Kurt Würzbach. Die Personalakte Kießlings (BA-MA, Pers 1/100206) ist auf Antrag zugänglich. Die Protokolle des Bundestags-Untersuchungsausschusses im Parlamentsarchiv unterliegen nur dann Nutzungseinschränkungen, wenn Geheimhaltung vereinbart wurde. Bei den unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehaltenen Sitzungen, die auf Antrag einsehbar sind, handelt es sich jedoch ausnahmslos um Geschäftsordnungsdebatten und Kontroversen um die Verfahrensführung. Im BA-MA sind diese Protokolle nicht vollständig vorhanden.

[6] Vgl. Frank Boesch/Annette Vowinckel, Mediengeschichte, in: Docupedia-Zeitgeschichte. Begriffe. Methoden, Debatten der Zeitgeschichte, S. 4; https://docupedia.de/zg/Mediengeschichte_Version_2.0_Frank_B%C3%B6sch_Annette_Vowinckel (6. 5. 2016).

[7] Vgl. Frank Boesch/Peter Hoeres, Im Bann der Öffentlichkeit? Der Wandel der Außenpolitik im Medienzeitalter, in: Dies. (Hrsg.), Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Göttingen 2013, S. 7–35, hier S. 10. Vgl. dazu aus soziologischer Sicht Mathes, Medienwirkung, zu einzelnen Zahlen die S. 445 f.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tive Analyse auf bestimmte überregionale Tages- und Wochenzeitungen (*Frankfurter Allgemeine Zeitung, Bild, Express, Süddeutsche Zeitung, Der Spiegel* und *Die Zeit*), die in der Affäre eine besondere Rolle spielten. Abgerundet wird die Darstellung durch einen Blick auf das Fernsehen.

Die umfangreiche Berichterstattung zur Affäre ist in der Zeitungsauschnittsammlung des Presse- und Informationsstabs des Bundesministeriums der Verteidigung überliefert[8]. Zieht man den Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags hinzu, so ergibt sich ein Quellenbestand von 16 Leitz-Ordnern, der in nicht mehr als fünf Monaten entstanden ist. Letztlich lässt der vorliegende Aufsatz – ohne eine vollständige Analyse aller Medienveröffentlichungen zu liefern – bislang unberücksichtigte, aber bedeutsame Details der Affäre erkennen.

2. Die Vorgeschichte der Affäre bis zur Entlassung Kießlings (Sommer bis 23. Dezember 1983)

Bereits im Juli 1983 äußerte General Dr. Günter Kießling in einem persönlichen Gespräch mit Minister Wörner, dass er als einer von zwei Stellvertretern des NATO-Oberbefehlshabers Europa (Deputy Supreme Allied Commander Europe, DSACEUR), des US-amerikanischen Generals Bernard W. Rogers, mit seiner Aufgabe nicht zufrieden sei[9] und gerne vorzeitig pensioniert werden wolle. Rogers lasse ihn an wesentlichen Prozessen im NATO-Hauptquartier nicht teilhaben und habe ihm lediglich nachrangige Aufgaben übertragen. Auch zwischenmenschlich sei die Zusammenarbeit mit dem US-General wenig erfreulich[10]. Er strebe daher eine vorzeitige Pensionierung an, auch um einen Lehrauftrag an der Universität in Würzburg zu übernehmen. Wörner sagte zu, den Wunsch zu prüfen.

Im gleichen Monat, am 27. Juli, suchte Regierungsdirektor Artur Waldmann vom MAD das Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptpersonalrats im Bundesministerium der Verteidigung, Werner Karrasch. Waldmann strebte nach einer höher dotierten Beamtenstelle, die aber im Amtsbereich des MAD sein müsse, da er noch wichtige Sicherheitsüberprüfungen, deutsche NATO-Angehörige im Ausland betreffend, abschließen müsse. Karrasch fragte nach, ob diese Überprüfungen auch General Kießling beträfen. Waldmann verneinte, wollte aber wissen, weshalb sich Karrasch ausgerechnet nach diesem er-

[8] Die vom Presse- und Informationsstab des Bundesministeriums der Verteidigung angelegte und im Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam zugängliche Presseausschnittsammlung zur Affäre Kießling umfasst insgesamt elf Leitzordner. Sie enthält alle maßgebenden Printmedien sowie die Berichterstattung von ARD und ZDF bzw. der Landesrundfunkanstalten wie WDR oder NDR. Mathes, Medienwirkung, analysiert zwar die Medienberichterstattung, vernachlässigt jedoch die Ereignisketten sowie die einzelnen Akteure der Affäre. Dafür bietet er eine Phaseneinteilung des Konflikts, die hinsichtlich der zeitlichen Einordnung jedoch korrekturbedürftig scheint.

[9] Vgl. die ähnlichen Erfahrungen seines Nachfolgers General Hans Joachim Mack: Nina Grunenberg, Vier goldene Sterne, aber nichts zu melden, in: Die Zeit vom 5. 4. 1985.

[10] Vgl. Kießling, Widerspruch, S. 395–404; Nina Grunenberg, So jäh verblaßten die vier Sterne, in: Die Zeit vom 13. 1. 1984.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kundigt habe. Der Personalvertreter erwiderte, auf den Fluren des Ministeriums werde über Kießlings Homosexualität gesprochen[11].

Waldmann fertigte nach dieser Unterredung einen Aktenvermerk an, er habe von Karrasch unter Hinweis auf Quellenschutz erfahren, dass General Dr. Günter Kießling homosexuell sein solle. Diesen Aktenvermerk legte er seinen Vorgesetzten vor. Von dort erging der Auftrag, Ermittlungen aufzunehmen, an die MAD-Stelle III in Düsseldorf, zuständig für Nordrhein-Westfalen, sowie die MAD-Stelle S in Bonn, zuständig für das Ministerium und die NATO-Dienststellen. Letztere sollte vor allem in Brüssel ermitteln, obwohl das Supreme Headquarter Allied Powers Europe (SHAPE) 60 Kilometer davon entfernt lag. Auch deswegen und weil er mit Kießling seit dem gemeinsamen Generalstabslehrgang bekannt und wohl auch befreundet war, lehnte der Leiter der MAD-Gruppe S, Oberst Rolf Peter, Ermittlungen ab[12]. Der Kommandeur der MAD-Stelle III, Oberst Heinz Kluss, beauftragte Stabsfeldwebel Peter Idel aufgrund seiner guten Kontakte zur Kölner Kriminalpolizei damit, diese um Unterstützung zu bitten. Mithilfe eines Bilds, auf dem Kießling zu sehen, aber seine Uniform retuschiert war, sollte die Kriminalpolizei in der Kölner Homosexuellen-Szene prüfen, ob dieser Mann dort bekannt sei[13].

Das Ergebnis war alarmierend: Kluss berichtete dem MAD-Amt auf sogenanntem Austria-Papier[14] am 9. September 1983[15]: „Durch geeignete Ermittlungen in der Kölner Homo-Szene konnte festgestellt werden: Café Wüsten [...], einschlägig bekannt als Lokal für Schwule und Lesben. Hier wurde der z[u].Ü[berprüfende]. aus einer Serie von Fotos eindeutig als ‚Günter von der Bundeswehr' erkannt. Günter sei bereits vor 12 Jahren ein guter Gast gewesen. In den letzten Jahren sei er kaum noch erschienen. Disco Tom-Tom [...], einschlägig bekannt als Disco für jugendliche Stricher und Straftäter. Auch hier wurde der z.Ü. eindeutig als Günter von der Bundeswehr identifiziert. Günter verkehre dort auch heute noch monatlich [sic!], und pflege Kontakte zu jugendlichen Strichern gegen Bezahlung. Da

[11] Zu den Hintergründen und Inhalten des Gesprächs und den daraus resultierenden Ermittlungen des MAD vgl. Zur Sache 2/84. Themen parlamentarischer Beratung. Diskussionen und Feststellungen des Deutschen Bundestages in Sachen Kießling. Antrag, Bericht und Aussprache in der Angelegenheit des Bundesministers der Verteidigung. Bericht und Empfehlung des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuss. Beratung und Beschluss des Plenums, hrsg. vom Presse- und Informationsamt des Deutschen Bundestages, Bonn 1984, S. 87–91.

[12] Vgl. Kluss, Versöhnungsbier, S. 4.

[13] Zur Qualität des „Ermittlungsfotos" vgl. Zur Sache 2/84, S. 91 f.

[14] Vgl. Kluss, Versöhnungsbier, S. 10 f.: „Austria-Papier" war „ein Din-A-4-Blatt, dessen rechte Hälfte rot umrandet ist. Das bedeutet: alles was innerhalb des roten Rahmens steht, gilt als unausgegorene Information, die innerhalb des MAD bleiben sollte und die – so die Vorschrift – nicht zum Vorhalt geeignet ist. Es ist eine vage Spur, die weiter verfolgt werden muss, mehr nicht." Das entsprechende „Austria-Papier" ist seinem Beitrag als Anlage angefügt.

[15] Das Dokument liegt dem Verfasser als Kopie vor. In der Kopfzeile ist „Quellenschutz!" angegeben. Handschriftlich wurde unten angefügt: „1) Nur innerhalb des MAD verwenden 2) Nicht als Vorhalt geeignet." Unklar ist, wann diese Ergänzungen hinzugefügt worden sind.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die ersten Anlaufstellen positiv waren, werden, um Unruhe in der Szene zu vermeiden, weitere Ermittlungen nicht vor Ablauf von drei Wochen geführt."

Kluss hielt angesichts dieser Entwicklung eine Unterrichtung des Ministers für unumgänglich. Denn schließlich bezichtigte der MAD mit diesem Bericht – zwar vage, aber immerhin – einen der drei höchsten Militärs der Bundeswehr der Homosexualität. Und Homosexualität galt nach den damaligen Vorstellungen automatisch als Sicherheitsrisiko. Kluss hielt weitere Ermittlungen gegen den General ohne ausdrückliche Zustimmung des Ministers für nicht tragbar und setzte durch, diesen über den Verdacht zu informieren[16].

Der Chef des MAD, Brigadegeneral Hartmut Behrendt, erklärte dem Minister am 14. September, „dass die Identifizierung [Kießlings als homosexuell] *eindeutig* erfolgt sei"[17]. Am folgenden Tag informierte Minister Wörner im Beisein von Generalinspekteur Altenburg Kießling von den „mir vorliegenden Ermittlungsergebnisse[n]" und den Lokalen, in denen er gesehen worden sein soll. Kießling bestritt „seinen Umgang in der homosexuellen Szene".

Am 19. September fand ein weiteres Gespräch Kießlings mit dem Minister und Altenburg statt, bei dem mit Blick auf den Gesundheitszustand Kießlings und dessen Unzufriedenheit bei SHAPE dessen Versetzung in den Ruhestand zum 31. März 1984 vereinbart wurde. Tatsächlich befand sich Kießling danach ab Anfang Oktober 1983 und entsprechend dem Übereinkommen mit dem Minister in Krankenhäusern zur Behandlung. Eine Rückkehr zu SHAPE war nicht mehr vorgesehen. Wörner ordnete zudem an, dass der MAD keine weiteren Ermittlungen mehr anstellen solle, auch um jegliche Öffentlichkeitswirkung zu vermeiden. Da damit der „Fall Kießling" für den Minister abgeschlossen und gelöst schien, soll Manfred Wörner dem Leiter der MAD-Gruppe in Düsseldorf, Oberst Kluss, mitgeteilt haben: „Gute Arbeit, Herr Oberst! Aber die Kuh ist vom Eis. Sie brauchen nichts mehr zu unternehmen."[18]

Obwohl das Übereinkommen zwischen Minister und General nicht nach außen kommuniziert wurde, berichtete Rüdiger Moniac, der stets gut informierte sicherheitspolitische Korrespondent der Tageszeitung *Die Welt* am 28. September 1983: „General Mack Nachfolger von Kießling". Er schrieb: „Wahrscheinlich schon zum kommenden April soll der jetzige Kommandierende General des III. Korps, Generalleutnant [Hans-Joachim] Mack" Kießling in SHAPE beerben[19].

[16] Möglicherweise beeinflussten Kluss zurückliegende Erfahrungen. Kluss, Versöhnungsbier, S. 6, verweist auf die Hintergründe des Rücktritts von Verteidigungsminister Georg Leber 1978, nachdem er durch die Presse von illegalen Abhöraktionen des MAD erfahren hatte.

[17] BA-MA, Bw 1/535370, Bl. 221–228, Minister Wörner an Rechtsanwalt Dr. Konrad Redeker vom 12. 1. 1984; vgl. Zur Sache 2/84, S. 92–95.

[18] Kluss, Versöhnungsbier, S. 16. Oberst Heinz Kluss, langjährig im Flugmelde- und Fliegerleitdienst der Luftwaffe eingesetzt, kannte den Reserveoffizier Manfred Wörner von dessen Wehrübungen als Jetpilot.

[19] Auffällig ist, dass die im Bericht genannten weiteren Stellenwechsel lediglich Folgen von normalen und damit auch bekannten Zurruhesetzungen von Generalen und Admiralen waren. Kießling hätte zu diesem Zeitpunkt noch rund eineinhalb Jahre Dienstzeit bis zum Erreichen der Altersgrenze für Generale gehabt.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bis in den November 1983 hinein geschah nichts, obwohl im Oktober hochrangige deutsche Offiziere aus dem NATO-Hauptquartier SHAPE meldeten, dass Kießlings Gesundheitszustand „Anlaß abträglicher Spekulationen sei, zumal er trotz seiner Krankheit in der Öffentlichkeit auftrete“[20].

Erst die Rückkehr des Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium nach mehrmonatiger Krankheit[21] änderte die Lage grundlegend. Joachim Hiehle war der Auffassung, Kießling könne angesichts der Vorwürfe ein Sicherheitsrisiko darstellen. Seine Sicherheitsüberprüfung müsse infolge der Ermittlungsergebnisse des MAD umgehend abgeschlossen werden, und dies in gleicher Form wie bei jedem anderen Soldaten, ohne Ansehen der Person. Das Agreement zwischen Minister und General war für ihn unvereinbar mit den Vorschriften[22]. Damit entfiel auch die Grundlage für dessen Dienst als DSACEUR – obwohl er diesen ohnehin nicht mehr ausüben wollte. Hiehle, in seinem Fahrwasser der Stellvertreter des Generalinspekteurs, Generalleutnant Walter Windisch, und der MAD-Chef, sahen den Minister in der Pflicht, „Sicherheitsrisiken auszuschließen“. Folglich wies der Staatssekretär den MAD an, „keine weiteren Ermittlungen [anzustellen], dafür einen Abschlussbericht auf der Grundlage der bisherigen Ermittlungsergebnisse in einer Zusammenfassung vorzulegen“[23]. Der Minister folgte am 4. November der Empfehlung seines Verwaltungschefs, wohl aufgrund dessen langjähriger Erfahrung in Ministerien[24].

Der MAD-Chef präsentierte am 6. Dezember 1983 den Abschlussbericht[25], der nicht mehr als die vagen Vermutungen enthielt, die die Kölner Kriminalpolizei im August 1983 zutage gefördert und Oberst Kluss im September auf dem „Austria-Papier“ beschrieben hatte. Im Gegensatz zu den von Kluss seinerzeit abgegebenen zurückhaltenden Wertungen hieß es nun jedoch:

„1. Die homosexuelle Veranlagung des Dr. K. ist auch SACEUR, General Rogers, bekannt.
2. Daraufhin durch den MAD veranlasste Ermittlungen des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf bestätigen die behauptete Veranlagung des Dr. K. Er wurde in der Homo.-Szene Köln eindeutig identifiziert. Das LKA ist gegebenenfalls bereit, durch polizeiliche Maßnahmen – Gegenüberstellung – die Beweisführung anzutreten.
3. Der geschilderte Sachverhalt ist nach Z[entralen]D[ienst]v[vorschrift] 2/30, V[erschluß]S[ache]-N[ur]f[ür]D[ienstgebrauch] Teil C Anlage C 1 Nr. 3 ein

[20] BA-MA, Bw 1/535370, Bl. 221–228, Minister Wörner an Rechtsanwalt Dr. Konrad Redeker vom 12. 1. 1984; vgl. Zur Sache 2/84, S. 95–97.
[21] Hiehle war zwischen dem 25.7. und dem 2. 11. 1983 krankheitsbedingt nicht im Dienst. Vgl. ebenda, S. 97 f.
[22] Vgl. Kluss, Versöhnungsbier, S. 20.
[23] Reichardt, Hardthöhe, S. 93; Zur Sache 2/84, S. 98.
[24] Hiehle war immerhin seit 1974 Staatssekretär – zunächst im Bundesfinanzministerium, dann seit 1978 im BMVg –, während Wörner gerade seit 13 Monaten als Minister amtierte.
[25] BA-MA, Bw 1/535370, Bl. 348 f.; vgl. auch Zur Sache 2/84, S. 101–103, inklusive der dazu angefertigten Zwischenentwürfe.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Sicherheitsrisiko[26]. Dabei ist erschwerend zu berücksichtigen, daß General Dr. K. seine homosexuellen Neigungen bisher bestritten hat. Durch dieses Bestreiten und der dadurch möglichen Erpressbarkeit wiegt das Sicherheitsrisiko schwer. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, daß innerhalb und außerhalb seines Dienstbereichs Informationen über diesen Sachverhalt bekannt geworden sind[27]. Dadurch sind auch dienstliche Belange berührt.

4. Bei diesem Erkenntnisstand ist der Sicherheitsbescheid aufzuheben. Hierzu ist General Dr. K. [...] anzuhören[28]. Obwohl allen Umständen nach durch die Anhörung keine neuen Erkenntnisse zu erwarten sind, ist sie der Vorschrift entsprechend unerlässlich."

Nach Hinweisen zu möglichen Folgen für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland sowie für Kießlings angestrebte Lehrtätigkeit an einer Universität wies der MAD-Chef wiederholt[29] auf einen von Hiehles Auffassungen abweichenden Aspekt hin:

„5. Aus diesen Gründen und im Hinblick auf die vorgesehene vorzeitige Zurruhesetzung [...] wird die Aufhebung des Sicherheitsbescheides für *nicht* zweckmäßig erachtet. Die Entscheidung [...] fällt zwar in meine Zuständigkeit; ich halte es jedoch in diesem besonderen Fall für geboten, eine Entscheidung durch die Ressortleitung [gemeint ist der Minister] herbeizuführen."

Der Stellvertreter des Generalinspekteurs, Windisch, nahm als truppendienstlicher Vorgesetzter des MAD diesen Gedanken auf und leitete den Bericht mit dem Hinweis an Staatssekretär Hiehle weiter, dass für die Entscheidung, den Si-

[26] Zentrale Dienstvorschrift (ZDv) 2/30, Sicherheit in der Bundeswehr, Dezember 1971. In der genannten Ziffer heißt es: „Sicherheitsrisiken gemäß den Sicherheitsrichtlinien des Bundesministers des Inneren (Beschluss der Bundesregierung vom 15. Februar 1971): [...] 3. Sicherheitsrisiken, die in der Person des Betroffenen liegen, a) ernste geistige oder seelische Störungen, b) abnorme Veranlagung auf sexuellem Gebiet [...]." Was „abnorme Veranlagungen" sind, wird in der Vorschrift an keiner Stelle weiter ausgeführt. Ergänzend ist (ebenda, Nr. 803) ausgeführt: „Ermächtigungen zum Zugang oder Umgang mit V[erschluss]S[achen] sind aufzuheben oder einzuschränken, [...] wenn Umstände bekannt werden, die auf Sicherheitsrisiken (Teil C Anlage C1) hindeuten oder Anlaß zu Zweifeln an der Urteilsfähigkeit des Ermächtigten [in diesem Fall General Dr. Kießling] bei der Behandlung von VS geben."

[27] Über die als Gerücht verbreitete Homosexualität Kießlings informierte u. a. der damalige Unterabteilungsleiter P III, Generalmajor Horst Albrecht, am 12. 1. 1984 den Abteilungsleiter Personal im Bundesverteidigungsministerium, Generalleutnant Hans Kubis (BA-MA, Bw 1/535 372, Bl. 4–6). Demnach habe Oberstleutnant von Boguslawski, Albrecht seit ca. 1963 bekannt, geäußert, „daß Dr. K. angeblich homosexuell veranlagt sei. In diesem Zusammenhang wurde auch v. B. erwähnt, daß Dr. K. angeblich einen ganz bestimmten Fahrer mit nach Brüssel nehmen wolle [...]. Zum Abschluß des Gesprächs vereinbarte ich mit v. B. Quellenschutz." Albrecht habe am 18. 2. 1982 dann den damaligen Abteilungsleiter Personal, Ministerialdirektor Dr. Schaefgen, unter Wahrung des Quellenschutzes informiert und darauf hingewiesen, „daß es m.W. keine konkreten Erkenntnisse [...] gebe und es sich lediglich um ein Gerücht handele". Später habe Albrecht im Zuge der Übernahme des Kommandos über die 10. Panzerdivision von Generalleutnant Werner Lange, Kommandierender General des II. Korps, sowie General Leopold Chalupa, damals Commander-in-Chief-Central Europe (CINCENT), erneut von diesem Gerücht gehört.

[28] Eine solche rechtlich vorgeschriebene Anhörung fand nicht statt!

[29] Vgl. Kluss, Versöhnungsbier, S. 20.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

cherheitsbescheid zu entziehen, zwar „kein Ermessensspielraum" bestände. Aber: „Was die Belange der militärischen Sicherheit betrifft, so könnten diese auch als gewährleistet betrachtet werden, wenn bis zum Ausscheiden des Betroffenen aus der Bundeswehr (31. 3. 84) sichergestellt ist, dass er weder Dienst ausübt noch Zugang zu V[erschluss-]S[achen] erhält."[30] Hiehle verwarf diese Möglichkeit. Vielmehr entschied der Minister am 8. Dezember auf seinen Vorschlag hin, den General nunmehr zum 31. Dezember 1983 nach § 50 des Soldatengesetzes in den vorzeitigen Ruhestand zu versetzen. Damit war eine formale Aufhebung der Sicherheitsbescheide ebenso hinfällig wie eine ansonsten vorgeschriebene Anhörung Kießlings, der zu dieser Zeit im Bundeswehrkrankenhaus in München lag[31].

Als Zwischenfazit lässt sich an dieser Stelle festhalten: Der Entzug der Sicherheitsbescheide war formal zwar vorgeschrieben, faktisch aber unnötig, wie auch eine Vakanz auf dem Dienstposten des DSACEUR für das Ministerium hinnehmbar war. Kießling hätte im März 1984 mit allen Ehren aus der Bundeswehr verabschiedet werden können. Lediglich Staatssekretär Hiehle stand dem im Weg, und alle seine Untergebenen wichen Konflikten in diesem besonderen Einzelfall aus, obwohl sie andere Lösungsmöglichkeiten favorisierten. Ganz offenkundig hatte auch die Erwähnung des Landeskriminalamts Nordrhein-Westfalen im Abschlussbericht des MAD Wirkung erzielt. Dies verwundert aus zwei Gründen: Erstens war es bis zu diesem Zeitpunkt nie beteiligt und zweitens hatte der MAD nie mehr ermittelt als das, was Oberst Kluss auf dem „Austria-Bogen" gemeldet hatte. Und diese Ergebnisse wären „nicht zum Vorhalt geeignet", sondern vielmehr noch weiter zu verifizieren gewesen[32].

General Dr. Günter Kießling erhielt am 23. Dezember 1983 vom Staatssekretär in Vertretung des Ministers und im Beisein des Generalinspekteurs der Bundeswehr seine Entlassungsurkunde. Bevor Hiehle den Urkundentext verlesen konnte, übergab Kießling einen an den „Minister o[der]. V[ertreter]. i[m]. A[mt]". gerichteten verschlossenen Brief, mit dem er ein disziplinargerichtliches Verfahren gegen sich selbst beantragte[33]. Wörner war zu dieser Zeit schon im Weihnachtsurlaub, daheim in seinem Wahlkreis Göppingen.

Die rechtliche Grundlage für die von Kießling als Entlassung empfundene Versetzung in den „einstweiligen Ruhestand" war § 50 des Soldatengesetzes[34]. Danach kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Ministers Generale der Bundeswehr

[30] BA-MA, Bw 1/535370, Bl. 350, Stellvertreter des Generalinspekteurs der Bundeswehr (StvGenInspBw) an StS Hiehle vom 7. 12. 1983; vgl. auch Zur Sache 2/84, S. 104 f.

[31] Vgl. ebenda, S. 106. Minister Wörner informierte das Bundeskabinett am 19. 12. 1983 über seine Absicht, Kießling durch den Bundespräsidenten zum 31. 12. 1983 in den Ruhestand zu versetzen. Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung online: http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0001/k/k1983k/kap1_1/kap2_34/para3_6.html (27. 3. 2015).

[32] Vgl. Zur Sache 2/84, S. 100.

[33] Hiehle hat später diesen Brief geöffnet und alle Anwesenden vom Inhalt in Kenntnis gesetzt. BA-MA, Bw 1/535371, Bl. 724, Abteilungsleiter Personal, Erinnerungsprotokoll über die Aushändigung der Urkunde zur Versetzung in den einstweiligen Ruhestand an Gen Dr. Kießling am 23. 12. 1983, angefertigt und unterzeichnet am 20. 1. 1984.

[34] Zum § 50 Soldatengesetz und der dort fixierten Möglichkeit, Soldaten ab dem Dienstgrad Brigadegeneral in den „einstweiligen Ruhestand" versetzen zu können, vgl. Soldatengesetz

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ohne Angabe von Gründen in den Ruhestand versetzen, wenn kein Vertrauensverhältnis mehr gegeben ist. Wenn aber ein General gegen seinen eigenen Willen nach § 50 pensioniert wird oder dafür Gründe angeführt werden – und das war hier der Fall –, sind die genannten Gründe einer rechtlichen Nachprüfung zugänglich, eine solche Zurruhesetzung ist damit rechtlich anfechtbar. General Kießling zog diese Option und gewann den renommierten Bonner Verwaltungsrechtler Professor Dr. Konrad Redeker als Rechtsbeistand[35].

Der Kölner Soziologe Rainer Mathes bezeichnete die Zeit ab dem 8. Dezember, in der die aufkommende Affäre schwelte, als „Latenzphase". Sie reichte für ihn bis zum Bekanntwerden der Pensionierung am 5. Januar 1984[36]. Streng genommen begann diese Phase jedoch bereits im Juli 1983.

3. Eine Bilderbuchkarriere? Günter Kießlings Biografie

Günter Kießling hatte bis zu seiner Pensionierung eine scheinbar normale Generalskarriere durchlaufen[37]. Als 14-Jähriger in eine Unteroffiziersvorschule der Wehrmacht eingetreten, erlebte er das Kriegsende als Leutnant der Infanterie. Nach verschiedenen Gelegenheitstätigkeiten studierte er seit 1948 an der Freien Universität Berlin Volkswirtschaft und wurde 1957 zum Dr. rer. pol. promoviert. Schon 1954 war Kießling in den Bundesgrenzschutz eingetreten und 1956 als Hauptmann in die Bundeswehr überführt worden. Im Bundesministerium der Verteidigung war er ein enger Mitarbeiter von Wolf Graf von Baudissin in der Abteilung Innere Führung und begleitete ihn, als dieser in Göttingen Kommandeur einer Kampfgruppe, der späteren Panzergrenadierbrigade 4, wurde; Kießling war in seinem Stab Personaloffizier. Von dort ging er 1961 an die Führungsakademie der Bundeswehr nach Hamburg, um am 4. Generalstabslehrgang teilzunehmen. Mit ihm absolvierten der spätere Generalinspekteur der Bundeswehr, Jürgen Brandt, sowie die späteren Generale Helmut Kommossa, Heinz von zur Gasthen und Hans Kubis den gleichen Lehrgang. Obwohl Kießling aus noch zu erklärenden Umständen, die auch für die Affäre bedeutsam sein sollten, den Lehrgang vorzeitig beenden musste, erlebte er anschließend den für Generalstabsoffiziere normalen, schnellen Wechsel von Truppen- und Stabsverwendungen. Durchgängig fachlich hervorragend beurteilt, war er jeweils kurzzeitig Kommandeur des Panzergrenadierbataillons 62 in Neustadt/Hessen, der Panzerbrigade 15 in Koblenz sowie der 10. Panzerdivision in Sigmaringen und bis April 1982 Commander der Allied Land Forces Jutland, also aller Landstreitkräfte der NATO nördlich der Elbe und in Dänemark. Seit dem 1. April 1982 war er bis

und Vorgesetztenverordnung. Kommentar, begründet von Werner Scherer, München [5]1976, S. 252 f.

[35] Vgl. Kießling, Widerspruch, S. 421 f. Zu Redeker vgl. auch Hans Schueler, Der Anwalt des geschaßten Generals, in: Die Zeit vom 27. 1. 1984, S. 2.

[36] Mathes, Medienwirkung, S. 445.

[37] Eine detaillierte Vita findet sich in: Dermot Bradley/Heinz-Peter Würzenthal/Hansgeorg Model, Die Generale und Admirale der Bundeswehr 1955–1999 – die militärischen Werdegänge, Bd. 2.2, Osnabrück 2000, S. 624–626 (Deutschlands Generale und Admirale, Teil VI b).

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zum Beginn der eigentlichen Affäre Deputy Supreme Allied Commander Europe im SHAPE in Mons/Belgien. 1971 war er als frisch gebackener Brigadegeneral mit gerade 45 Jahren einer der jüngsten Offiziere der Bundeswehr, die jemals in diesen Dienstgrad befördert wurden. Der unverheiratete Kießling hatte somit eine „Bilderbuchkarriere" gemacht, in der der Soldatenberuf die bestimmende Größe darstellte. Persönliche Hobbies waren dienstlich nicht bekannt[38].

Die Beförderung Kießlings zum Vier-Sterne-General und die Ernennung zum DSACEUR hingen mit dem politischen Charakter der NATO zusammen. Generalleutnant Gerd Schmückle hatte 1975 als Leiter des Internationalen Militärstabs die Bedeutung der Bundesrepublik im Bündnis mit einer simplen „Sternen-Rechnung" überprüfen lassen. Die Bundeswehr stellte demnach nur 24 goldene Sterne im NATO-Hauptquartier, die US-Streitkräfte besaßen 76 und die Briten noch 66. Dies kam Schmückle angesichts der Größe der Bundeswehr und ihrer Bedeutung für die Verteidigung Europas unangemessen vor, und er erreichte, dass Bundesverteidigungsminister Georg Leber (SPD) 1976/77 mit dem Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) der NATO, General Alexander Haig, übereinkam, den in seiner Bedeutung begrenzten Dienstposten eines zweiten Vertreters des SACEUR für die Bundeswehr einzurichten[39]. Damit erklomm Kießling eine von drei Vier-Sterne-General-Stellen in der Bundeswehr[40].

Weshalb indes Kießling diesen Posten erhielt, wird sich erst dann klären lassen, wenn die entsprechenden Unterlagen der Personalabteilung des Ministeriums im Bundesarchiv-Militärarchiv ausgewertet werden können. Es steht aber fest, dass Kießling bis zu seiner Verwendung als Commander Allied Forces Jutland kaum Erfahrungen auf einem exponierten Posten innerhalb eines multinationalen NATO-Kommandos gesammelt hatte. So gesehen war er mit der Aufgabe und der damit verbundenen Unterordnung unter Generale anderer Nationalitäten kaum vertraut, deren Auffassungen über die Verteidigung Westeuropas auf dem Schlachtfeld Bundesrepublik divergieren konnten[41]. Probleme schienen damit vorprogrammiert.

Jahre zuvor, im Januar 1963, hatte Kießling mit der Ablösung vom Generalstabslehrgang an der Führungsakademie einen schweren Rückschlag hinnehmen müssen[42]. Grund dafür war, dass er gegen den Willen des Vaters, der als Oberst der Luftwaffe an der Akademie lehrte, eine Beziehung zu dessen Tochter unterhielt.

[38] Personalakte Kießlings in: BA-MA, Pers 1/100206.

[39] Vgl. Gerd Schmückle, Ohne Pauken und Trompeten. Erinnerungen an Krieg und Frieden, Stuttgart 1982, S. 340–342.

[40] Die anderen beiden Dienstposten waren der des Generalinspekteurs der Bundeswehr, seit 1983 General Wolfgang Altenburg, sowie der des Commander-in-Chief-Central Europe, seit 1983 General Leopold Chalupa. Der CINCENT wurde seit 1967 von der Bundeswehr gestellt.

[41] Günter Kießling, Neutralität ist kein Verrat: Entwurf einer europäischen Friedensordnung, Erlangen 1989, entwickelte eine Friedensordnung, die auf eine Emanzipation von der Notwendigkeit US-amerikanischer Atomwaffen zur Sicherung Westdeutschlands hinauslief. Ob Kießling die darin vorgebrachte Kritik an der US-Militärpolitik auch als DSACEUR schon geübt hatte, muss offen bleiben.

[42] Vgl. dazu Kießling, Widerspruch, S. 193 f.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ob die Dame jünger als 21 Jahre und damit minderjährig war, lässt sich nicht mehr klären. Zu den damaligen Geschehnissen finden sich Hinweise in Unterlagen des Verteidigungsministeriums zum Disziplinarverfahren, das Kießling im Zuge der Affäre gegen sich beantragte. Ein 1984 (!) angefertigter Vermerk besagt, Kießling habe die junge Frau auf seiner Stube nächtigen lassen, angeblich um „durch seine Handlungen demonstrieren [zu] wollen, daß er nicht anormal veranlagt sei. Dieser Eindruck könnte aufgekommen sein, weil Dr. K. angeblich mit Mädchen nie etwas zu tun gehabt haben soll."[43] In zeitgenössischen Notizen zum Vorgang aus dem Jahr 1963 bleibt der Sachverhalt vage. Auffällig ist dennoch, dass alle Vorgesetzten bis hin zum Kommandeur der Führungsakademie, Generalmajor Ulrich de Maizière, Kießling Brücken bauten und seine Eignung für Generalstabsverwendungen ausdrücklich bejahten. Er solle, sobald seine Lehrgangskameraden in solche Stellungen kämen, ebenfalls in Betracht gezogen werden[44].

Kießlings Lehrgangskameraden übten deutliche Kritik am Umgang mit ihm[45]. Es beständen zwar „keine besondere Moralforderung für den Generalstabsoffizier" und ein Lehrgangsteilnehmer könne „durchaus" vom Lehrgang weggeschickt werden, „wenn er sich dieser Auszeichnung [der Auswahl zum Lehrgang] und dieser Elite nicht als würdig erweist". Doch das „Wegschicken vom Lehrgang" wegen „Übertretung der Hausordnung" musste aus Sicht der Lehrgangsteilnehmer „entweder als Disziplinarmaßnahme schriftlich verhängt werden oder ganz unterbleiben". Nicht zuletzt die Ausschaltung von Zwischenvorgesetzten in diesem Fall wurde als „mangelnde Fürsorge bzw. Drücken vor der Verantwortung ausgelegt". So erfuhr Kießling aus Sicht seiner Kameraden eine „kalte Bestrafung".

Diese „aus persönlichem Anlaß notwendig gewordene vorzeitige Beendigung seiner Generalstabsausbildung"[46] hatte tatsächlich keine „nachteiligen Folgen für seine weitere Laufbahnentwicklung"[47]. Bereits wenige Monate später stellte der für alle Offiziere des Heeres zuständige Unterabteilungsleiter IV der Abteilung Personal des BMVg, Brigadegeneral Josef Moll, fest, „daß Hptm Dr. K. für ihn unbelastet dastehe und nach Beendigung des 4. Generalstabslehrganges genau wie seine Kameraden in den Generalstabsdienst übernommen werde"[48]. Dennoch

[43] BA-MA, Bw 1/535370, BMVg – P II 5 vom 24.1.1984, Vermerk über die Anhörung von Oberst a.D. Alexander Franz, 1963 Lehrgruppenkommandeur an der Führungsakademie der Bundeswehr. Diesem Papier ist eine handschriftliche Notiz von Franz beigefügt, die diesen „Vorwurf" in dieser Klarheit nicht enthält.

[44] BA-MA, Pers 1/100206, Zusatzakte, Bl. 17, Sonderbeurteilung über Hptm Dr. Kießling vom 11.1.1963, mitsamt Stellungnahmen der Vorgesetzten bis zum Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, Generalmajor Ulrich de Maizière.

[45] Für das Folgende: BA-MA, Bw 1/535370, Bl. 311, aus den Unterlagen von BMVg – P II 5 zum Disziplinarverfahren General Kießling gegen sich selbst.

[46] Ebenda, und BA-MA, Pers 1/100206, Zusatzakte, Bl. 17.

[47] BA-MA, Pers 1/100206, Zusatzakte, Bl. 29, Unterabteilungsleiter Personal IV (UAL P IV), Brigadegeneral Moll, an Kommandeur 1. Panzergrenadierdivision vom 2.3.1963. Moll war damals der Personalchef für alle Offiziere des Heeres bis zum Dienstgrad Oberst.

[48] BA-MA, Pers 1/100206, Zusatzakte, Bl. 28, 1. Panzergrenadierdivision, Kommandeur an BMVg, UAL P IV vom 19.2.1963 über ein Gespräch mit dem UAL P IV, Brigadegeneral Moll in Hannover am 22.1.1963.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

muss etwas „hängen geblieben“ sein. Einige folgende Beurteilungen Kießlings weisen auf seine komplexe Persönlichkeit hin: Er neige „zur Dramatisierung auftretender Schwierigkeiten“[49] infolge seines jugendlichen Temperaments und stehe „in Gefahr, Untergebene mit seinen Maßstäben zu messen und zu überfordern; sein hochentwickeltes Pflichtgefühl hindert ihn gelegentlich, Menschen mit leichter Hand zu führen; *er braucht Zeit, Enttäuschungen zu überwinden*“[50]. Nach dem Generalstabslehrgang hielt ein Vorgesetzter den Hinweis für notwendig, Kießling solle „*trotz menschlicher Enttäuschungen* nicht der Gefahr verfallen, sich zu isolieren“. Er bedürfe „verständnisvoller Führung“[51]. 1964 mündete die Beurteilung in eine offensichtlich treffende Charakterisierung Kießlings: „Identifiziert sich so stark mit seiner Arbeit und der Sache, daß er *Enttäuschungen und vermeintliche Rückschläge im dienstlichen Bereich* leicht zu persönlich nimmt. Er sollte versuchen, sich hier ein ‚dickeres Fell‘ zuzulegen.“[52]

Kießling hatte durch Fleiß und harte Arbeit den Grundstein für eine herausragende Karriere gelegt. Nach der Enttäuschung in Hamburg baute er nie wieder Beziehungen zu Frauen auf. Er ging in seinem Beruf auf und machte ihn zu seiner einzigen Lebensaufgabe. Er war „bei Untergebenen und Mitarbeitern nicht immer beliebt, aber immer anerkannt“[53]. Doch seine „fast puritanische Pflichtauffassung“[54] scheint, wie sich im Verlauf der Affäre zeigen sollte, für einige „verdächtig“ gewesen zu sein: Er war in der Generalität des Heeres ein Sonderling und hatte mit seiner Ehelosigkeit offenbar den Comment verletzt[55].

4. Die Enthüllung der Entlassung und die Reaktion der Medien (5.-20. Januar 1984)

Am 4. Januar 1984 meldete die *Deutsche Presseagentur* unter Berufung auf *die Süddeutsche Zeitung*[56] die Entlassung Kießlings, was am Folgetag zahlreiche Zeitungen aufgegriffen, womit sie die „Spekulationsphase“ einleiteten[57]: „Diese Phase war

[49] Ebenda, Zusatzakte, Bl. 4, Beurteilung als Hilfsreferent im BMVg vom 27. 11. 1957.

[50] Ebenda, Zusatzakte, Bl. 14, Beurteilung als Chef der Stabskompanie der Panzergrenadierbrigade 4 vom 7. 3. 1961.

[51] Ebenda, Zusatzakte, Bl. 19, Beurteilung vom 2. 5. 1963. In einer weiteren Beurteilung als Stabsoffizier zbV im Kommando 1. Panzergrenadierdivision vom 3. 12. 1964 wird gar eine „gewisse Neigung zur Egozentrik“ beschrieben (Bl. 24).

[52] Ebenda, Bl. 21, Beurteilung als Stabsoffizier zbV im Kommando 1. Panzergrenadierdivision vom 2. 1. 1964.

[53] Ebenda, Bl. 49, Beurteilung als General für die Offizier- und Unteroffizierausbildung im Heer vom 2. 3. 1972.

[54] Ebenda, Bl. 43, Beurteilung als Chef des Stabs der 2. Panzergrenadierdivision vom 5. 1. 1970. Eine ähnliche Persönlichkeitsbeschreibung bietet Günter Stiller, Der Spartaner in der Truppe, in: Hamburger Abendblatt vom 21. 1. 1984.

[55] Dies arbeitete auch Grunenberg (So jäh verblaßten die vier Sterne) heraus: Sie bezog sich auf Generalleutnant Cord von Hobe, der sich darüber beklagt habe, dass er in seinem Unterstellungsbereich mit Kießling den einzigen unverheirateten General habe.

[56] ZMSBw, Sammlung IP-Stab, DPA-Meldung vom 4. 1. 1984, 20.17 Uhr.

[57] Mathes, Medienwirkung, S. 445.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dadurch gekennzeichnet, dass offiziell keine Angaben über die Gründe der Entlassung gemacht wurden, die Massenmedien jedoch zunächst umfangreich über die Gründe für die Entlassung und später die Existenz eines Doppelgängers spekulierten."

Den Startschuss lieferte Alexander Szandar in der *Süddeutschen Zeitung*, der seit Wörners Jahresabschlusspressekonferenz recherchiert und diese Neuigkeit entdeckt hatte. Szandar hatte sich im parlamentarischen Bereich umgehört und dort erfahren, dass Kießling entlassen worden war. Danach befragte er den diensthabenden Sprecher des Presse- und Informationsstabs im Ministerium, Oberstleutnant Werner Baach, ob das stimme. Baach musste erst nachfragen und bejahte später, sagte aber auch, dass ihm die Hintergründe nicht bekannt seien. Szandar versuchte nun vergeblich, mit General Altenburg zu sprechen, der damals im Ausland weilte; Minister Wörner wollte für ein Gespräch seinen Urlaub nicht unterbrechen. Mit dem verantwortlichen Redakteur in München, Kurt Kister, vereinbarte Szandar daher, dass die *Süddeutsche Zeitung* über die Entlassung berichten und die atmosphärischen Störungen zwischen den Generalen Rogers und Kießling als möglichen Grund nennen werde. „Den Schmutz würden später andere aufwirbeln. Daran wollten wir uns nicht beteiligen!"[58] Am 5. Januar 1984 titelte die *Süddeutsche Zeitung* „Wörner entlässt General Kießling" und löste damit einen wahren Medienhype aus.

Am gleichen Tag informierte das Ministerium den im Skiurlaub weilenden Wörner. Er ordnete an, über die Erwähnung von § 50 Soldatengesetz hinaus keine Stellungnahme abzugeben. Demzufolge erklärte sein Parlamentarischer Staatssekretär Peter Kurt Würzbach (CDU) abends in der *Tagesschau*: „Es zirkulieren eine ganze Reihe von Behauptungen über unterschiedliche Dinge. Hier halten wir uns strikt an die Gepflogenheit wie auch alle Regierungen vorher, in Personalangelegenheiten [...] aus Fürsorge zum Schutz der Betroffenen keine Angaben zu machen, auch keine Behauptungen zu bestätigen oder sie zu dementieren."[59]

Am Folgetag gab die *Bild-Zeitung* preis, dass Homosexualität zu Kießlings Entlassung geführt habe[60]. Da andere Zeitungen hinter der Entlassung auch Geheimdienste vermuteten und erkennen wollten, dass die Entlassung „nicht aus heiterem Himmel"[61] gekommen sei, entwickelte sich eine zweigleisige Berichterstattung: Einerseits skandalisierten, angeführt von *Bild* und *Express*, einige Zeitungen – aber nicht allein die Boulevard-Blätter – in den folgenden Tagen auffällig intensiv die angenommene Homosexualität, wohingegen sich die liberale Presse an diesen Spekulationen kaum beteiligte. Die SPD-nahe *Westdeutsche Zeitung* stellte heraus, dass es Kießling bislang nicht geschadet habe, unverheiratet zu sein, immerhin

[58] Mitteilung Szandars an den Verfasser vom 15. 3. 2013.

[59] Parlamentarischer Staatssekretär Peter Kurt Würzbach in der Tagesschau, 5. 1. 1984, aufgenommen in einen längeren Beitrag des NDR-Politmagazins Panorama zur Affäre, 17. 1. 1984, online verfügbar unter: http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/1984/panorama1405.html (16. 4. 2016).

[60] Vgl. Bild-Zeitung vom 6. 1. 1984: „Homosexualität? Hoher deutscher General gestürzt"; im gleichen Duktus Express vom 6. 1. 1984: „Sex, Intrigen und eine Stripperin".

[61] Rheinische Post vom 6. 1. 1984: „Entlassung kam nicht aus heiterem Himmel".

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sei er doch Vier-Sterne-General geworden[62]; dennoch war er ein General, der in der Öffentlichkeit kaum bekannt war[63]. Medial befördert wurde die teils auffällig spekulative Berichterstattung durch den Umstand, dass der Minister in den ersten Tagen unisono verlautbaren ließ, es gebe nichts zu erklären. Wörner schwieg[64], und er ließ schweigen.

Dem Ministersprecher und Leiter des Informations- und Pressestabs im Verteidigungsministerium, Oberst Jürgen Reichardt[65], kam die undankbare Aufgabe zu, in der Bundespressekonferenz im Zwei-Tages-Rhythmus zu immer neuen Fragen immer die gleichen abwiegelnden Antworten geben zu müssen – getreu der Marschrichtung des Ministers. Am 6. Januar[66] erklärte er beispielsweise auf die Frage, ob die Entlassung des DSACEUR nicht hätte bekannt gegeben werden müssen: „Müssen nicht, aber können schon. Der Minister hat sich entschieden, es nicht zu tun." Nach den Erkenntnissen befragt, die zur Entlassung führten, antwortete er: „Das Ministerium hat sicherlich Erkenntnisse, vielerlei Art. Aber hier ist die Rede von Gründen, die der Verteidigungsminister gehabt hat [...]. Zu den Gründen hat er keine Angaben gemacht." Reichardt wich aus, wollte keine Stellung nehmen, gab an, der Minister habe seine Gründe, die nicht thematisiert werden können, und wiederholte, „dass der Minister keine Angaben gemacht hat zu den Gründen, die ihn bewogen haben, diese Entscheidung zu treffen". Im Übrigen sei dem General vom Minister „nicht untersagt worden, sein Amt [als DSACEUR] auszuüben".

Das in den folgenden Tagen anwachsende Medieninteresse lag auch am Termin der Verabschiedung Kießlings: Damals war es üblich, Offiziere zum 1. April oder 1. Oktober zu verabschieden. Andere Termine gab es nur infolge von Todesfällen oder Skandalen und Affären – wie eben im Fall Kießling. Außerdem hatte Kießling nicht den für hohe Generale obligatorischen Großen Zapfenstreich erhalten[67].

Gleich am 8. Januar 1984 begann General Kießling seine Medienkampagne: Der *Welt am Sonntag* gab er ein Interview[68], das Reichardts Argumentation und die

[62] Vgl. Westdeutsche Zeitung vom 7. 1. 1984: „Kießlings Privatleben hat der Karriere nie geschadet". Vier-Sterne-General steht umgangssprachlich für den höchsten militärischen Rang in der Bundeswehr und in anderen Streitkräften.

[63] Vgl. Münchener Merkur vom 7. 1. 1984: „Kießling, ein General, den so recht keiner kennt".

[64] Vgl. Schwäbische Zeitung vom 7. 1. 1984: „Wörner schweigt zu Entlassung. General weist Vorwürfe zurück. In SHAPE war der General zuletzt nur noch Gast".

[65] Vgl. Klaus Walther (ZDF) zur Rolle Reichardts, in: Dörner, Verhältnis, S. A 182. Demnach schien Reichardt für ihn vom Informationsfluss des Ministerbüros abgeschnitten. Dies war wohl nicht der Fall.

[66] ZMSBw, Sammlung IP-Stab, Protokoll Bundespressekonferenz 3/84, S. 1–4.

[67] Nach Reichardt, Hardthöhe, S. 3, sollen sich Minister und General sogar darauf verständigt haben. Dafür finden sich in allen anderen Quellen keine Belege. Vielmehr hatten Wörner und Kießling eine Verabschiedung im März 1984 vereinbart. Kießling, Widerspruch, S. 414–416, legt nahe, dass es um eine Verabschiedung mit Großen Zapfenstreich ging. Es ist nicht anzunehmen, dass er auf solche „militärische Ehren" verzichtet hätte.

[68] Vgl. „Schwerste Stunde meines Lebens." Wortlaut des Interviews von Welt am Sonntag mit dem Vier-Sterne-General a.D. Günter Kießling, in: Welt am Sonntag vom 8. 1. 1984.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Haltung des Ministers hinterfragte: Die ihm vorgeworfene Homosexualität – die seitens des Ministeriums und seines Sprechers bislang und in den folgenden Tagen nicht erwähnt wurde – werde vom Ministerium als Sicherheitsrisiko bewertet, und er sei deswegen entlassen worden. Kießling sagte aber nichts weiter zum Fall, da es sich um ein laufendes Verfahren handelte. Nun war bekannt, dass seine Zurruhesetzung nach § 50 Soldatengesetz nicht ohne Angabe von Gründen – wie Reichardt es suggerierte – erfolgt und damit rechtlich anfechtbar war. Die *Welt am Sonntag* ergänzte die Berichterstattung mit Aussagen anderer, Kießling bekannter Offiziere; sie positionierte so erste Zweifler in Uniform an seiner Seite[69].

Der Minister legte nach der Rückkehr aus dem Urlaub am 9. Januar mit seinem engeren Führungskreis[70] den Kurs für die kommenden Tage fest: Gegenüber den Medien sollte trotz aller öffentlicher Zweifel weiterhin auf § 50 verwiesen werden. Wörner selbst schien vollkommen „Herr der Lage" zu sein; noch am gleichen Abend erklärte der Minister im ZDF: „Jeder Irrtum ist ausgeschlossen."[71]

Dass Prof. Redeker als Rechtsbeistand für Kießling fungierte, sorgte für Erstaunen im Umfeld Wörners. Wörners Büroleiter Jochen Trebesch, selbst Jurist, merkte dazu an, „daß der sich kaum eines Falles annehmen dürfte, von dessen erfolgreichen Ausgang er nicht überzeugt sei"[72]. Tatsächlich ging Redeker nach seiner ersten Akteneinsicht im Ministerium in die Offensive: „Die Akteneinsicht [...] war gänzlich unergiebig, weil sich über die Anwürfe gegen meinen Mandanten in den Akten nichts findet, die Feststellungen und Erkenntnisse des ASBw [Amt für Sicherheit der Bundeswehr, vorgesetzte Dienststelle des MAD] vielmehr als geheim eingestuft sind und deshalb der Einsicht des Soldaten wie seines Anwalts entzogen seien."[73] Kießlings Anwalt nahm sich anschließend Hiehle vor. General a.D.

[69] Vgl. „Kießling im Urteil von Offizieren", in: Welt am Sonntag vom 8. 1. 1984. Mit Ausnahme von Generalmajor Komossa, der von 1977 bis 1980 als Chef des Amts für Sicherheit der Bundeswehr fungierte und selbst keine Aussage geben wollte – „Mir sind die Hände gebunden" –, gaben u. a. sechs teils hohe Offiziere Erklärungen ab, dass sie die vorgeworfene Homosexualität für falsch, teilweise sogar für „Rufmord" hielten. Später äußerte Gerd-Helmut Kommossa (Die deutsche Karte. Das verdeckte Spiel der geheimen Dienste. Ein Amtschef des MAD berichtet, Graz 2007, S. 120–123) seine Zweifel an den Gerüchten. Kießling habe bewiesen, „daß er keinerlei Neigungen der vermuteten Art" habe, sagte Komossa dem damaligen Oberbefehlshaber der US-Army Europe, General Glenn K. Otis. Dieser hatte Komossa zuvor gesagt: „Bei uns im Hauptquartier der NATO sei man sicher, [...] daß General Kießling homosexuell sei."

[70] BA-MA, Bw 1/344813, Handakte Parl. Staatssekretär Würzbach, Chronik zur Affäre (Zeittafel). Anwesend bei dieser Besprechung waren der Generalinspekteur, der Amtschef des MAD, der Abteilungsleiter Personal, die beamteten Staatssekretäre Hiehle und Lothar Rühl sowie der Leiter Planungsstab, Ministerialdirektor Hans Rühle, und Oberst Reichardt.

[71] Zit. nach der Reportage von Panorama vom Norddeutschen Rundfunk vom 17. 1. 1984; http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/1984/panorama1405.html (16. 4. 2016).

[72] Zit. nach Reichardt, Hardthöhe, S. 72.

[73] „Anwalt Blick ins Dossier verweigert. Der Streit um Kießling spitzt sich zu", in: Neue Presse Hannover vom 11. 1. 1984. Das Zitat aus dem Schreiben Redeckers an Minister Wörner vom 10. 1. 1984 findet sich in: BA-MA, Bw 1/535370, Bl. 218–220.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Schmückle, einer der Vorgänger Kießlings als DSACEUR, schlug dem Minister telefonisch einen „Ehrenrat" vor[74]. Dazu kam es freilich nicht.

Die Affäre erreichte um den 10. Januar die aus der Weihnachtspause zurückkehrenden Parlamentarier. Hans Apel (SPD), Wörners Vorgänger im Amt, kritisierte die Entlassung Kießlings und forderte, alle Fakten müssten auf den Tisch[75]. Selbst wenn Apel hinter Kießlings Entlassung den SACEUR, General Rogers, vermutete – wozu es in den Quellen allenfalls Spekulationen und Andeutungen gibt –, rügte er den Umgang mit dem General, der in „einer Weise aus dem Dienst gejagt [wurde], die jeder soldatischen Ordnung und Gepflogenheit widerspricht". Wörner informierte prompt am 12. Januar die Obleute der Parteien im Verteidigungsausschuss über den Fall, beging dabei aber gleich einen Formfehler, da er den Obmann der Grünen-Fraktion, Generalmajor a.D. Gerd Bastian, nicht eingeladen hatte. Erwin Horn, Obmann der SPD im Ausschuss, beklagte am Abend im Fernsehen, dass weder Daten zu Kießlings Besuchen in Kölner Szenelokalen genannt worden, noch Angaben gemacht worden seien, wer ihn identifiziert habe; auch habe es bislang keine Gegenüberstellung gegeben. Darauf habe Kießling im Rechtsstaat einen Anspruch[76]. Damit warf Horn maßgebliche Fragen auf, die in den kommenden Wochen immer wieder thematisiert wurden: Wer wollte Kießling wann in welchen Lokalen gesehen haben?

5. Kießlings Medienarbeit und der Umschwung der Berichterstattung (7.-20. Januar)

Bemerkenswert für den der Öffentlichkeit bis dahin unbekannten General Kießling war sein Schritt in die Offensive. Offensichtlich motivierte ihn Claus Jacobi, damals Chefredakteur der Tageszeitung *Die Welt*, dazu[77]. In den folgenden Wochen hinterfragte der General in allen ihm zugänglichen Medienformaten die ständig gleichlautenden Äußerungen des Ministeriums und beklagte, wie man mit ihm umgehe. Damit erhöhte Kießling die „Konfliktintensität", die sich in einer stark anschwellenden Berichterstattung niederschlug[78].

Einem Kurzinterview im Express am 7. Januar folgte gleich am 8. Januar in der *Welt am Sonntag* neben einem flankierenden Beitrag[79] ein erstes umfassendes Gespräch[80]. Auf Vorhaltungen des Redakteurs, das Landeskriminalamt Nordrhein-

[74] Reichardt, Hardthöhe, S. 124.

[75] Vgl. Karl Feldmeyer, Apel kritisiert Entlassung Kießlings, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 1. 1984; vgl. auch Hans Apel, Der Abstieg. Erinnerungen 1978–1988, Stuttgart 1990, S. 306–314.

[76] Zit. nach NDR-Politmagazin Panorama, Sendung am 17. 1. 1984; http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/1984/panorama1405.html (16. 4. 2016).

[77] Kießling, Widerspruch, S. 426: „Er hat mich entscheidend dazu bestimmt, mich nicht in totales Schweigen zurückzuziehen, sondern die Flucht nach vorne anzutreten."

[78] Vgl. Mathes, Medienwirkung, S. 445.

[79] Vgl. Manfred Geist, General Kießling zu seinem Fall: „Fälschung oder Verwechslung", in: Welt am Sonntag vom 8. 1. 1984.

[80] „Schwerste Stunden meines Lebens." Wortlaut des Interviews von Welt am Sonntag mit dem Vier-Sterne-General a.D. Günter Kießling, in: Welt am Sonntag vom 8. 1. 1984.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Westfalen habe Kießling über mehrere Wochen observiert und könne ihm Personen gegenüberstellen, die „dann bezeugen könnten, dass Sie sich wiederholt in speziellen Lokalen für Homosexuelle aufgehalten hätten und einschlägig bekannt seien“, verwies Kießling auf das von ihm geforderte Disziplinarverfahren, um die Vorwürfe widerlegen zu können. Jedoch sei er bislang nicht mit belastendem Material konfrontiert worden. „Dies hätte uns allen wahrscheinlich viel erspart.“ Fragen zum Auftreten in Frauenkleidern in Berliner Lokalen beantwortete er mit dem Hinweis, es könne sich nur um „Fälschungen“ handeln. Sicherlich, er war in den zurückliegenden Jahren mehrfach in Berlin, aber jeden Besuch habe er ordnungsgemäß angemeldet, und es handelte sich ausschließlich um kurze „Besuch[e] der Gräber meiner Eltern“. Sein „Herzenswunsch“ sei es bei dem Disziplinarverfahren lediglich, „daß meine Schuldlosigkeit nachgewiesen wird“.

Auch in der Illustrierten *Quick* vom 12. Januar wiederholte Kießling in einem längeren Interview seine Sicht der Dinge[81]. Ihre Journalisten nannten Kießling gezielt Lokale z. B. in Essen, in denen er nach einem „Dossier des Militärischen Abschirmdienstes“ gewesen sein solle. Kießling antwortete, er kenne die Lokale nicht, und in Essen sei er noch nie gewesen. Für ihn handle es sich bei den Vorwürfen um eine Fälschung oder „um einen Doppelgänger“. Die Hinweise auf ein MAD-Dossier – das es freilich nie gab – oder auf Zeugen zu etwaigen Besuchen in bestimmten Lokalen wies Kießling zurück: „Ich warte darauf, dass mir jemand konkret vorhält: Da waren Sie zum Beispiel am 13. Juli 1975.“ Zu solchen Vorhaltungen kam es allerdings nie.

Auch die hier und mehrfach später gezogenen Parallelen zur Fritsch-Affäre des Jahres 1938[82] wischte Kießling vom Tisch[83]. Da die Bundesrepublik Deutschland ein Rechtsstaat sei, könne er sich solche Umgangsformen heute nicht vorstellen. Außerdem sei er mit seiner Affäre an die Öffentlichkeit gegangen, weil eben in dieser Öffentlichkeit der Hinweis auf die Homosexualität „laut geworden ist“. Immerhin sei eine solche sexuelle Veranlagung auch bei den zurückliegenden Sicherheitsüberprüfungen nie ein Thema gewesen, wieso auch? Auf die Frage „Warum sind Sie nicht verheiratet?“ gab Kießling einen tieferen Blick in seine Lebenssituation und erklärte den „großen Knick in meiner Karriere“, die Ablösung vom Generalstabslehrgang. Die seinerzeitigen Ratschläge, sich zu wehren, habe er nicht beherzigt. Dennoch: „Wenn ich nicht verheiratet bin, muß ich nicht gleich ein Homosexueller sein.“

[81] Vgl. „Wörners Abschuss. Vier-Sterne-General Günter Kießling wurde gefeuert. Angeblich wegen Homosexualität. In einem Quick-Interview nimmt der General zu diesen ungeheuren Vorwürfen Stellung“, in: Quick vom 12. 1. 1984, S. 20–25; hier finden sich auch die folgenden Zitate.

[82] Vgl. zur Fritsch-Affäre umfassend Karl-Heinz Janßen/Fritz Tobias, Der Sturz der Generäle. Hitler und die Blomberg-Fritsch-Krise 1938, München 1994.

[83] Vgl. „Wörners Abschuss. Vier-Sterne-General Günter Kießling wurde gefeuert. Angeblich wegen Homosexualität. In einem Quick-Interview nimmt der General zu diesen ungeheuren Vorwürfen Stellung“, in: Quick vom 12. 1. 1984, S. 20–25; hier finden sich auch die folgenden Zitate.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Insgesamt warf dieses Interview Fragen auf, die in den kommenden Wochen immer wieder aufgegriffen wurden[84]: Wie konnte jemand, der homosexuell sein soll, *General* werden? Welche Beweise existierten für die Kießling unterstellte Homosexualität? Weshalb wurden *ihm* solche Beweise nie vorgelegt? Diese und weitere Fragen konnte das Bundesministerium der Verteidigung letztlich nie beantworten. Wörner sprach vielmehr immer wieder von „Erkenntnissen" und verwies auf das Disziplinarverfahren, dem er nicht vorgreifen könne[85]. Indes hatte General Kießling mit dem Antrag zu einem disziplinargerichtlichen Verfahren gegen sich selbst den Minister geschickt blockiert: Dieser sah sich als „Herr des Verfahrens" und wollte wohl auch aus prozessualen Gründen nichts zum Stand der Ermittlungen sagen. Kießling dagegen nutzte jede sich bietende Gelegenheit, das ihm widerfahrene Unrecht anzuprangern.

Die Wochenzeitung *Die Zeit* spitzte die Berichterstattung zugunsten Kießlings am 13. Januar mit einem ganzseitigen Beitrag zu[86]. Neben einer umfassenden Lebensbeschreibung inklusive der Schilderung seiner Probleme mit General Rogers wurde auch die Ablösung vom Generalstabslehrgang thematisiert. Hinweise zur Homosexualität Kießlings stammten demnach auch „nicht von den Amerikanern, wie es heißt, sondern von deutschen Offizieren". Der Junggeselle Kießling entsprach in seinem Lebenswandel nicht dem „Comment und Reglement seines Berufsstandes" und sah sich deswegen Anschuldigungen ausgesetzt. Das hielt die Autorin für bemerkenswert, weswegen sie das Ministerium in den Mittelpunkt ihres Beitrags rückte: „Werden die Ermittlungen [...] so harte Fakten zutage fördern, daß sie der forensischen Brillanz des Bonner Renommieranwalts Redeker standhalten, der Kießling juristisch vertritt? Mit einem Wort: Haben die Behörden – und auch die einschlägigen Dienste – saubere, gerichtsfeste Arbeit geleistet?"

Der Spiegel stand dem nicht nach. Er veröffentlichte am darauf folgenden Montag[87] im Rahmen seiner umfänglichen Berichterstattung zur Affäre, die sich zu einer Krise für den Minister entwickelte, sowohl ein Interview mit Kießling[88] als auch eine längere Reportage über frühere Pannen des MAD. Dabei stach der ein-

[84] So z. B. pars pro toto, in: Hans Jürgen Nordhoff, Warum der General gehen musste, in: Hamburger Morgenpost vom 12. 1. 1984; Alexander Szandar, Kabinett rät Wörner zur Vorsicht, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. 1. 1984; Horst Schreiter-Schwarzenfeld, Der glückliche Minister und der Geist von Mata Hari, in: Frankfurter Rundschau vom 12. 1. 1984; Rudolf Strauch, Wörner unterliegt jetzt dem „Zwang zum Handeln". Fall Kießling für den Verteidigungsminister mit juristischen Fallen gespickt, in: Göttinger Tageblatt vom 12. 1. 1984, sowie zahlreiche weitere Artikel.

[85] Vgl. dazu u. a. Manfred Schell, Kripo-Berichte über Kießling. Wörner gab im Kabinett Darstellung der Affäre um den General, in: Die Welt vom 12. 1. 1984, sowie Alfons Pieper, Kabinett erörtert erneut Fall Kießling, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 12. 1. 1984, die auf die „Lähmung Wörners" durch Kießlings Antrag verweisen.

[86] Vgl. Grunenberg, So jäh verblaßten die vier Sterne, in: Die Zeit vom 13. 1. 1984.

[87] Vgl. Kohl: „Das läuft nicht gut", in: Der Spiegel vom 16. 1. 1984, S. 15–24. Sowohl in diesem Heft 3 als auch in Heft 5 berichtete der Spiegel ausführlich über den Fall.

[88] „Es geht nicht nur um meine Rehabilitierung". Spiegel-Interview mit dem entlassenen Vier-Sterne-General Günter Kießling, in: Der Spiegel vom 16. 1. 1984, S. 20 f.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gebettete Kommentar „Die Vorhinrichtung“ des *Spiegel*-Chefs Rudolf Augstein heraus[89]. Er unterstrich noch einmal die seit der Strafrechtsreform von 1973 strafrechtliche Irrelevanz von Homosexualität und hinterfragte deren Relevanz für angebliche Sicherheitsprobleme. Dass Homosexualität überhaupt ein Problem sein könne – Augstein dazu: „Ob Kießling homosexuell ist oder nicht: Es steht nicht fest“ – erklärte er mit überholten Gesellschaftsnormen: „Wir erst machen den Homosexuellen erpreßbar, indem wir ihn willkürlich kriminalisieren, nur weil er anders ist als wir, die wir uns ebenso willkürlich für ‚normal‘, für ‚nicht abartig‘ erklären.“ Letztlich handele es sich bei der Affäre um „keinen Fall von Vorverurteilung [...], sondern, gebilligt vom Bundeskabinett, [um] eine Vorhinrichtung“.

Die Medienberichterstattung war zu diesem Zeitpunkt bereits an einem ersten Wendepunkt, nachdem der *Express* am 13. Januar einen potenziellen Doppelgänger Kießlings präsentiert hatte[90]. Wenngleich viele Tageszeitungen diesen in der Folge zwar erwähnten, aber ansonsten darüber hinwegsahen oder aufgrund der Tätigkeit der Kölner Kriminalpolizei auch von einer „Legende“ ausgingen[91], thematisierte der *Express* die gerade deswegen zunehmend offenkundiger erscheinenden Zweifel an der Ermittlungsarbeit des MAD.

Am 14. Januar spitzten die Boulevardblätter *Bild* und *Express* mit Kurzinterviews die Debatte weiter zu. Während die *Bild* mit nur vier Fragen Kießling die Möglichkeit gab, noch einmal seine Forderungen nach einem fairen und offenen Verfahren zu äußern[92], führte Udo Röbel für den *Express*[93] ein ausführlicheres Interview mit Kießling: Im Mittelpunkt stand dabei weniger der „Doppelgänger“. Vielmehr transportierte Röbel fragend weitere Details der Ermittlungen des Verteidigungsministeriums an die Öffentlichkeit, so war etwa vom „Spielen an den Genitalien eines Bundeswehrarztes“ die Rede. Woher Röbel solche Details hatte, blieb sein journalistisches Geheimnis. Tatsächlich aber wurde zu dieser Zeit ein Admiralarzt der Bundeswehr vernommen, der eben äußerte, dass Kießling an

[89] Rudolf Augstein, Die Vorhinrichtung, in: Ebenda, S. 16.

[90] „Express enthüllt: General: Es war ein Doppelgänger! Er heißt Jürgen und ist Wachmann beim Bund. Stürzt Wörner?“, in: Express vom 13. 1. 1984: „Später wurde der angebliche Doppelgänger, Jürgen Baum, von der Kölner Kriminalpolizei in einem Hotel in Linz am Rhein untergebracht, um die „Szene zu beruhigen“. Vgl. dazu „Kießling-Doppelgänger in Linz versteckt. ‚Herr Schmitz‘ war Jürgen Baum – Rechnung überweist Kriminalpolizei“, in: Generalanzeiger für Bonn und Umgebung vom 27. 1. 1984. Im Oktober 1984 forderte Baum über seinen Anwalt Schmerzensgeld, weil er „durch die fehlerhaften Ermittlungen im Fall Kießling in seinem Persönlichkeitsrecht schwer geschädigt“ und „als Angehöriger der Homo-Szene diffamiert“ wurde. „In seinem Wohnort Ründeroth wurde der Vorfall zu einem Stadtgespräch, so daß mein Mandant sich nicht mehr unbehelligt unter Menschen begeben konnte.“ BA-MA, Bw 1/237 515, Rechtsanwalt Knut Janzen, Engelskirchen, an Minister Wörner vom 3. 10. 1984.

[91] Vgl. zur Legende um den Doppelgänger u. a. Reichardt, Hardthöhe, S. 108–110.

[92] Vgl. „Kießling: Herr Wörner, geben Sie mir meine Ehre zurück“, in: Bild-Zeitung vom 14. 1. 1984.

[93] Udo Röbel, Kießling: Elende Schlamperei! Die Affäre Kießling – der Fall Wörner, in: Express vom 14. 1. 1984.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sich „gespielt haben solle". Im Interview wurde diese Behauptung aufgegriffen. Später druckte die Bild das heftige Dementi des Admiralarzts[94]. Kießling wies diese Unterstellung empört zurück, seien doch beim Gespräch mit dem Minister am 15. und 19. September 1983 über die Zurruhesetzung „homosexuelle Verfehlungen im dienstlichen Bereich ausdrücklich ausgeschlossen worden". Beinahe gebetsmühlenartig beantwortete Kießling in den nächsten Tagen ähnlich lautende Fragen, sei es am 15. Januar in der *Tagesschau* zur besten Sendezeit oder am 16. Januar im *heute-Journal*.

Als einige Zeitungen in den folgenden Tagen die Frage der Belastungszeugen anschnitten, schien sich die Situation für Kießling deutlich zu verschlechtern. „Die vier Zeugen des Verteidigungsministeriums sind zur Gegenüberstellung bereit."[95] An diese Gegenüberstellung knüpften Kießling und sein Anwalt jedoch die Bedingung, dass sie die Namen der Zeugen vorher erfuhren, um deren „Glaubwürdigkeit überprüfen" zu können. „Nur dann kann ich anhand meiner Unterlagen beweisen, daß sie mich gar nicht getroffen haben können – mein Alibi." Kießling erklärte zu seinen Unterlagen wenig später, dass er seit Jahren täglich Kalender führe und für jeden Tag belegen könne, wo er was getan hatte[96]. Er empfand eine Gegenüberstellung auch deswegen als „unfair", weil sein Bild seit Wochen durch die Medien verbreitet werde und jeder in Deutschland den General Kießling kenne. Insofern schien die Theorie vom Doppelgänger gefährdet. Weil aber das Verteidigungsministerium die Namen der Zeugen nicht nennen wollte, sagte Redeker die Gegenüberstellung[97] ab und erstattete für den General Anzeige gegen Unbekannt wegen Verleumdung und falscher Anschuldigung.

Die Resonanz auf Kießlings Medienarbeit war groß. Seine Forderung nach einer Offenlegung aller Unterlagen wurde zwar weitertransportiert, aber sie führte zu keinen entsprechenden Reaktionen im Bundesverteidigungsministerium. Dort war man vielmehr intensiv damit befasst, belastendes Material zu suchen, konnte aber nichts wirklich Schwerwiegendes vorlegen. Entlastendes wurde dort scheinbar nicht gesucht.

---

[94] „Kießling: ‚Der liebe Gott wird mir helfen'", in: Bild-Zeitung vom 16. 1. 1984. Demnach habe Admiralarzt Dr. Richarz „wütend" dementiert, er habe „jemals den General bei Wörner wegen angeblicher Manipulationen unter dem geöffneten Bademantel angeschwärzt". Tatsächlich aber hat Admiralarzt Dr. Friedrich Albert Richarz in einer Vernehmung, die sich über mehrere Tage hinzog, genau dieses behauptet; BA-MA, Bw 1/535 371, Bl. 677–687, Vernehmung Richarz, 6.-9. 2. 1984, hier Bl. 681 f.

[95] „Kießlings schwarzer Tag. 6 Homozeugen", in: Bild-Zeitung vom 17. 1. 1984.

[96] Karl Günter Barth, Kohls Skandalminister, in: Stern vom 26. 1. 1984, S. 46–59, darin: Birgit Lahann, „Mir fehlt der nötige Schuß Brutalität", S. 56–59, hier S. 58 f. Vgl. ähnlich Heiner Emde/Andreas Petzold/Walter Schütte, Die Moral der Truppe, in: Quick vom 26. 1. 1984, S. 16–23. Eingebettet in diesen Beitrag finden sich auf S. 19 Stellungnahmen verschiedener Soldaten aller Dienstgrade zum Umgang mit homosexuellen Soldaten. Die Spannbreite der Aussagen reicht von „Homosexualität ist kein Problem" bis hin zu „Ordnung muss sein. […] Oder wollen sie, dass Ihr Sohn von einem Schwulen ausgebildet wird?"

[97] Zu den Belastungszeugen bot Gerhard Kromschröder (Die Zeugen der Anklage, in: Stern vom 26. 1. 1984, S. 54 f.) weiterführende Informationen.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Aus den Printberichten ragte Adelbert Weinsteins Beitrag vom 22. Januar heraus. Der Weltkriegs-Major und frühere langjährige sicherheitspolitische Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* fragte in der *Welt*: „Muss einer mit vier Sternen alles erdulden?“[98] Eher nicht!, so sein Tenor. Aus dem Pensionär Kießling sei auch durch das ständige Lächeln des ansonsten stummen Ministers „ein Schuldiger geworden, noch bevor auch nur die Spur einer Schuld erkennbar wurde“. Deswegen „nutzte Kießling über die Presse alle die Möglichkeiten, die unser Staat rechtlich den Männern gibt, die militärisch Dienst tun. Der Bürger in Uniform hat Anspruch auf die Unverletzlichkeit seiner Menschenwürde.“ Tatsächlich sei er aber eher so behandelt worden „wie ein Dreyfus“. Dass Kießling dabei alleine stände und sich die Generalität in Schweigen hülle, dass man ihm eine achtungsvolle Behandlung verweigerte und er somit auf dem Rechtsweg einfordere, was der Minister ihm nicht zubillige, sei in einer demokratischen Armee nicht anders zu erwarten.

Dass es legitim war, wenn Kießling alle rechtlichen Möglichkeiten nutzte, wurde während der gesamten Affäre von kaum einer Zeitung in Frage gezogen, mit Ausnahme der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Dieser und viele andere Berichte, die die Entlassungsgründe mehr als kritisch hinterfragten, den Doppelgänger thematisierten und daraus folgend die Rechtmäßigkeit der Entlassung anzweifelten, markieren den „Priming-Effekt“ der Affäre: Die Medien bewerteten den Konflikt neu und definierten ihn um, gaben ihm eine neue Richtung und erhöhten so den Rechtfertigungsdruck für den Minister. Fragwürdige Zeugen, die das Ministerium heranzog, um Kießling zu belasten, führten dabei auch bei konservativen Medien wie der *Welt* zu einem Meinungswandel[99].

Ein Bericht der *Welt* am 29. Januar kann schließlich angesichts des weiteren Affärenverlaufs als Vorbote der unvermeidlichen Rehabilitierung bewertet werden: General Altenburg räumte öffentlich ein, dem Minister nicht energisch genug von der vorgezogenen Zurruhesetzung Kießlings im Dezember 1983 abgeraten zu haben[100]. Ebenso bemerkenswert wirkt heute noch die dem Artikel beigefügte Erklärung von 25 ehemaligen Generalen der Bundeswehr, die den Umgang mit Kießling rügten: „Wir empfinden es als unerträglich, daß bei den Vorgängen im Fall Wörner/Kießling den Äußerungen von Personen eines zweifelhaften Milieus mehr Glauben geschenkt wird als dem Wort eines bewährten Mannes.“ Sie erwarteten, dass dieser Fall zu einem „rechtsstaatlich sauberen Ende gebracht wird. Dazu gehört, dass die Verdachtsgründe endlich auch General Kießling vorgetragen werden.“ Der Umstand, dass diese pensionierten Generale, von denen einige Kießling persönlich kannten, diese eindeutige Forderung erst jetzt erhoben, lässt auch den Eindruck entstehen, dass es sich um eine Initiative gehandelt haben könnte, die aus dem Umfeld des Generalinspekteurs der Bun-

[98] „Adelbert Weinstein über den Staatsbürger in Uniform. Muß einer mit vier Sternen alles erdulden?“, in: Welt am Sonntag vom 22. 1. 1984.
[99] Vgl. Mathes, Medienwirkung, S. 451.
[100] „Die Affäre Kießling“, in: Welt am Sonntag vom 29. 1. 1984.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

deswehr stammte. Altenburg selbst soll Wörner um den 20. Januar aufgefordert haben, endlich einen klaren Strich unter die Affäre zu ziehen, sonst müsse sich der Minister einen neuen Generalinspekteur suchen.

6. Am Wendepunkt – Alexander Ziegler

Wörner geriet immer stärker unter Druck. Eine aktuelle Stunde im Bundestag am 20. Januar[101] brachte nichts Neues, allenfalls heftige Angriffe seitens der Opposition und bemerkenswert wenig Unterstützung aus der Union. In dieser „Stunde der unbekannten Talente“[102] sprachen Hinterbänkler aus den Reihen der CDU/CSU, aber nicht der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger oder gar Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses am gleichen Tag war nur eine Formsache. Ein Drittel der Bundestagsabgeordneten stimmte zu, und am gleichen Tag konstituierte sich der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss[103]. Mit diesen Ereignissen setzte die „Entscheidungsphase“ ein. Die Zweifel am Vorgehen Wörners und die Kritik an seiner Person hatten erheblich zugenommen und führten letztlich nach der Rückkehr Kohls von einem Staatsbesuch in Israel zehn Tage später zum Showdown der Affäre[104].

Am 20. Januar kippte die Affäre vollkommen zugunsten Kießlings. An diesem Tag hatte Minister Wörner im Beisein des Kanzleramtsministers Waldemar Schreckenberger (CDU), des Staatssekretärs Lothar Rühl (CDU), des Generalinspekteurs Wolfgang Altenburg sowie des Abteilungsleiters Personal den wegen Erpressung vorbestraften schweizerischen Schriftsteller Alexander Ziegler empfangen. Der Chefredakteur des Schwulenblattes *Du und ich* hatte dem Minister zuvor brieflich Hilfe in der Beweisnot angeboten. Er besitze einen Tonbandmitschnitt, der Kießlings homosexuelle Neigungen offenlege. Auf Staatskosten flog Ziegler von Zürich nach Bonn, wo er sein Traktat vorlegte. Tatsächlich präsentierte er nur eine Niederschrift einer angeblichen Tonbandaufnahme aus dem Jahr 1979[105]. Darin behauptete ein gewisser Achim Müller aus Düsseldorf, General Kießling

[101] Protokoll der 48. Sitzung des Deutschen Bundestags (10. Wahlperiode) vom 20. 1. 1984, S. 3439–3452; http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/10/10048.pdf (20. 1. 2015).

[102] Südwest Presse Ulm vom 21. 1. 1984; vgl. auch u. a. Eghard Mörbitz, Die Prominenz stieg nicht in den Ring, in: Frankfurter Rundschau vom 21. 1. 1984; Jürgen Tuchel, Hinterbänkler schlugen sich für Manfred Wörner, in: Nürnberger Nachrichten vom 21. 1. 1984. Die Südwest Presse veröffentlichte am gleichen Tag folgenden Witz als Anspielung auf die Affäre: „Der MAD hat jetzt die Überwachung von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß angeordnet. Weshalb? Weil sie verdächtig oft von ihrer Männerfreundschaft reden.“

[103] Der vormalige SPD-Bundesjustizminister und aus dem ARD-Brennpunkt der Öffentlichkeit bekannte Bundestagsabgeordnete Gerhard Jahn wurde von der SPD in den Verteidigungsausschuss entsandt. Dies entsprach parlamentarischem Brauch, damit ein Volljurist für die SPD im Untersuchungsausschuss vertreten war. Zu Jahn vgl. Sonja Profittlich, Mehr Mündigkeit wagen. Gerhard Jahn (1927–1998). Justizreformer der sozial-liberalen Koalition, Bonn 2010.

[104] Vgl. Mathes, Medienwirkung, S. 445.

[105] BA-MA, Bw 1/535 372, Bl. 8–28.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

vor einigen Jahren unter anderem im Sheraton Hotel in Frankfurt, insgesamt „Zwanzig mal, dreißig, weiß ich nicht mehr genau" seine Dienste gegen Bezahlung angeboten zu haben. Dabei soll sich der General als Dr. Günter Kießling vorgestellt haben. Ohne an dieser Stelle auf den obszönen Inhalt der Mitschrift einzugehen, erscheint heute noch alles obskur: Diese „Abschrift" konnte mit keinem Tonband abgeglichen werden, um die Echtheit zu beweisen. Notar Dr. Andreas Lange von der Bonner Kanzlei Dr. Hans Daniels – letzterer Mitglied der CDU-Bundestagsfraktion – beeidete dennoch die „Echtheit" dieses „Protokolls". Am Folgetag veröffentlichte das schweizerische Boulevardblatt *Blick* Auszüge des Traktats, das die *Welt* wenig später aufgriff[106]. Die Fragwürdigkeit dieses Belastungszeugen war unübersehbar.

Nachdem es dem Ministerium bislang nicht gelungen war, in der Öffentlichkeit allen Zweifeln an den Ermittlungen gegen Kießling mit nachhaltigen Beweisen zu begegnen und alle bisherigen Zeugen aus dem „Milieu" ungeeignet waren, dem Minister in seinem Verhalten eine gewisse Souveränität zu bescheinigen, schlug die Stimmung nun völlig um. Obwohl sich noch am 23. Januar abzeichnete, dass Wörner zu einem Treffen mit Kießling bereit war, und man in der engeren Umgebung des Ministers auch schon an eine Rehabilitation Kießlings gedacht hatte[107], brach in den kommenden Tagen – während der Abwesenheit des Kanzlers – die Kritik über Wörner herein. Parallel zur Berichterstattung über die eiligst für den 24. Januar einberufene Tagung mit den Kommandierenden Generalen der Bundeswehr, die anschließend dem Minister das Vertrauen aussprachen, berichteten verschiedene Zeitungen in unterschiedlicher Intensität über Zieglers Besuch[108]. Dabei wurde dieser als überführter Erpresser des ehemaligen österreichischen Außenministers Willibald Pahr beschrieben. „Schon ein Ortsgespräch hätte den ‚Zeugen' entlarvt", resümierte die *Frankfurter Rundschau*[109].

Kießlings Anwalt erklärte dazu in einer Pressemitteilung am 26. Januar, so etwas habe „mit dem geltenden Recht des Disziplinarverfahrens nichts mehr zu tun". Der General habe das Vertrauen in „eine objektive Aufklärung" verloren. „Unter diesen Umständen ist das Disziplinarverfahren überflüssig geworden. Dr.

[106] Vgl. Werner Kahl, Wörners neuer Zeuge ist kein unbeschriebenes Blatt, in: Die Welt vom 26. 1. 1984.

[107] Vgl. Reichardt, Hardthöhe, S. 106 f. Demnach haben die Obersten Klaus Reinhardt und Jürgen Reichardt im Rahmen einer Lagebeurteilung festgestellt, dass Wörner keine Chance mehr habe, in dieser verfahrenen Situation einen Beweis für die gegen Kießling bestehenden Verdächtigungen anzutreten. Wörner solle demnach zugesagt haben, darüber nachzudenken, bis plötzlich der Chef der Kölner Kriminalpolizei, Gundelach, erschien und dem Minister glaubhaft zu versichern versuchte, dass der „Doppelgänger" nur eine Legende sei.

[108] Vgl. dazu u. a. „Schmückle: Herr Wörner, treten Sie zurück", in: Bild-Zeitung vom 25. 1. 1984; „Schwere Vorwürfe gegen Kießling", in: Hamburger Morgenpost vom 25. 1. 1984; „Krisensitzung der Generale. Wirbel durch neue Zeugen", in: Westfälische Rundschau vom 25. 1. 1984; Alexander Szandar, Kanzleramt schaltet sich in die Affäre Kießling ein, in: Süddeutsche Zeitung vom 25. 1. 1984; „Obskures aus dem Keller", in: Ebenda.

[109] Eghard Mörbitz, Schon ein Ortsgespräch hätte den „Zeugen" entlarvt. Minister Wörner und die Affären seines sonderbaren Gewährsmanns aus der Schweiz, in: Frankfurter Rundschau vom 26. 1. 1984.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Kießling hat den Antrag deshalb, nicht zuletzt auch im Interesse des Ministers und dem Ansehen der Bundeswehr, die durch solche Zeugen belastet wird, zurückgenommen." Das Ministerium erklärte zwar, dass eine solche Antragszurücknahme erst noch geprüft werden müsste, aber zweifellos stand Wörner damit mit dem Rücken zur Wand und hatte jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Der Rücktritt des Ministers stand im Raum[110].

Der am 29. Januar 1984 aus Israel zurückgekehrte Bundeskanzler führte mehrere Gespräche mit Manfred Wörner und entschied für seinen angeschlagenen Minister. Paul Mikat, Justitiar der CDU-Bundestagsfraktion, arrangierte im Auftrag des Parteivorsitzenden Kohl eine Vereinbarung mit General Kießling. Ein abgekarteter Briefwechsel zwischen Wörner und dem General[111] beschloss am 1. Februar 1984 die Medienaffäre – zumindest der Tragödie ersten Akt. In der Bundespressekonferenz erklärte Kanzler Kohl dazu am gleichen Tag: „General Kießling hat bittere Wochen durchmachen müssen, aber auch für Manfred Wörner war dies eine Zeit, an die er sicherlich noch lange in seinem Leben zurückdenken wird." Dröhnendes Gelächter im überfüllten Saal war die Folge[112]. Der zweite Akt, der Untersuchungsausschuss, schloss sich unmittelbar an.

7. Die Sonderrolle der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*

General Kießling war während der Affäre allen Medien gegenüber beinahe grenzenlos bereit, seine Sicht der Dinge zu schildern, und er konnte so Wörners Position unterminieren. Ebenso auffällig ist jedoch, dass er einer Zeitung kein Inter-

[110] Hans Peter Schütz, Auf Wörner wettet in Bonn niemand mehr, in: Südwest Presse Ulm vom 27. 1. 1984; „General a.D. Kießling zog Antrag auf Disziplinarverfahren zurück", in: Göttinger Tageblatt vom 27. 1. 1984; Wolfgang Kenntenich/Einar Koch/Richard Voelkl, Wörner bot Rücktritt an. Macht's Strauß?, in: Bild-Zeitung vom 27. 1. 1984; Alexander Szandar, Entscheidung über die Entlassung Wörners in der nächsten Woche erwartet, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. 1. 1984.

[111] Abgedruckt u. a. in: Zur Sache 2/84, S. 122 f., sowie Die Welt und Frankfurter Allgemeine Zeitung, jeweils vom 2. 2. 1984.

[112] Vgl. neben vielen anderen ähnlichen Meldungen Volker Jacobs, Da brach Gelächter aus, in: Saarbrücker Zeitung vom 2. 2. 1984; Klaus Drechsler, Bundeskanzler Kohl erntete schallendes Gelächter, in: Münchner Merkur vom 2. 2. 1984; Sepp Binder, Bonns Journalisten lachten Kohl aus!, in: Neue Ruhr Zeitung vom 2. 2. 1984. Am 2. 2. 1984 erörterte Kohl die Affäre auch mit dem französischen Staatspräsidenten Francois Mitterand und erklärte, es dürfe nicht soweit kommen, dass „Leitartikler die Politik bestimmten. [...] Wörner sei ein vorzüglicher Minister, der die Verantwortung für seine Fehler übernommen habe" und deswegen nicht zurücktreten könne. „Wäre die jüngste Affäre nicht mit dem Thema der Homosexualität belastet gewesen, hätte es weniger Aufregung gegeben." Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1984, Bd. 1, bearb. von Daniela Taschler und Tim Szatkowski, München 2015, Dok. 29 vom 2. 2. 1984, S. 155–167, hier S. 155 f. Bemerkenswert an dieser Bewertung Kohls sind seine Folgerungen (ebenda, S. 156): „Ein Fehler beim MAD liege darin, daß die Spitze zu oft ausgewechselt worden sei. Der Chef des MAD dürfe keine Beförderungsstelle sein. Der Amtsinhaber müsse auf dieser Stelle verbleiben. Dies könne man nur dadurch erreichen, daß man die Stelle des Präsidenten des MAD [in eine höhere Besoldungsgruppe] anhebe."

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

view gab: der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Sie war die einzige der auflagenstarken überregionalen Zeitungen, die während der Affäre nicht davon abwich, pro Wörner zu schreiben – gleichgültig wie sich der Berichtstrend insgesamt entwickelte.

Dies mag man darauf zurückführen können, dass General a.D. Johann Adolf Graf von Kielmansegg am 14. Januar Wörner zum Gegenangriff aufforderte[113]: „Kießlings, sagen wir einmal, Ihnen gegenüber *unfaires Verhalten* durch Nichteinhaltung der Absprache und dann durch den Gang in die Öffentlichkeit (ein Fritsch hat das nicht getan[114]) muss viel schärfer herausgestellt werden. Vielleicht können Sie oder das Ministerium das nicht so direkt machen, aber es gibt ja verläßliche und befreundete Journalisten, mindestens [Karl] Feldmeyer." Kielmansegg gab anschließend noch einen Hinweis, der sich erstaunlicherweise in der Berichterstattung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* widerspiegelte: „Es muss klar gemacht werden, dass der Minister nicht verantwortlich gemacht werden kann, wenn einwandfrei und überzeugend aussehendes Material, das ihm ohne Veranlassung auf den Tisch gelegt wurde, unrichtig ist. Wenn das so ist, muss der MAD und der über ihn die Aufsicht führende Staatssekretär Hiehle, der Ihnen ja doch wohl die Sache vorgelegt und Sie beraten haben muß, den Kopf hinhalten."[115]

Scheinbar an dieser Idee orientierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in Leitartikeln und Kommentaren überwiegend auf ihrer Titelseite in den kommenden vier Wochen ihre Berichterstattung: Am 12. Januar hatte Karl Feldmeyer[116] noch die formale Richtigkeit der Entlassung Kießlings beschrieben, die aufgrund § 50 des Soldatengesetzes zulässig gewesen und aufgrund der angenommenen Homosexualität – deren strafrechtliche Relevanz Feldmeyer jedoch bezweifelte – sowie des daraus entstehenden Sicherheitsrisikos richtigerweise erfolgt sei. Letztlich stehe das Ehrenwort eines Generals gegen einen Observationsbericht des MAD, und der Minister müsse entscheiden, was richtig und was falsch sei.

Diesem abwägenden Kommentar folgte zwei Tage später eine erste Verlagerung. Mit der Frage, warum Wörner „wegen eines Vierteljahrs den Eklat riskierte: das bleibt schwer verständlich"[117], leitete Fritz Ullrich Fack zur Frage nach dem Sicherheitsrisiko über. Demnach habe der Verdacht Wörner keine andere Wahl gelassen. Er habe richtig gehandelt, und Kießling müsse sich fügen. Obwohl der „Doppelgänger" bereits als eine kaum abzuweisende These die Zweifel über die Entlassungsgründe mehrte, gerade angesichts der nach wie vor fehlenden „Bewei-

[113] BA-MA, Bw 1/237 515, General a.D. Johann Adolf Graf von Kielmansegg an Minister Wörner vom 14. 1. 1984.

[114] Unklar bleibt, wie Fritsch dieses auch 1938 in der gleichgeschalteten Presse des „Dritten Reichs" gegen den Widerstand von Goebbels und anderen hätte anstellen können. Überdies ist bemerkenswert, wie Kielmansegg, einer der Gründerväter der Inneren Führung, hier einem Staatsbürger in Uniform das Recht absprechen konnte, sich selbst zu verteidigen.

[115] BA-MA, Bw 1/237 515, General a.D. Johann Adolf Graf von Kielmansegg an Minister Wörner vom 14. 1. 1984.

[116] Vgl. Karl Feldmeyer, Der Minister und sein General, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 1. 1984.

[117] Fritz Ullrich Fack, Auf politischem Gleis, in: Ebenda vom 14. 1. 1984.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

se“ für eine Homosexualität des Generals, reihte Fack verschiedene Aspekte der Entlassung aneinander und stellte die Frage, warum Kießling sich nicht früher gewehrt habe: Warum sei er nicht für eine Gegenüberstellung mit Zeugen aus dem homosexuellen Milieu? Warum verlange er keine strenge Untersuchung? Bisher habe Kießling nur „das untaugliche Disziplinarverfahren beantragt, in der Öffentlichkeit vehement Verwahrung eingelegt und damit den Minister an den Rand des Rücktritts gedrängt“. Eine Klärung könne nur eine gerichtliche Untersuchung herbeiführen. Fack lenkte mit diesem Kommentar von Wörners Verantwortung ab und wies Kießling die Beweislast zu. Das war jedoch mit dem Disziplinarrecht nicht zu vereinbaren.

Fünf Tage später, am 19. Januar, verlagerte Fack die Verantwortung weiter und rückte dabei Hiehle nach vorne[118]: „Der Fehler liegt darin, daß der Minister seinem Staatssekretär nicht Einhalt gebot, als dieser nach längerer Krankheit […] einen Abschluß der Sicherheitsprüfung verlangte […]. In Wahrheit hat Staatssekretär Hiehle den Fall mit seinem Verlangen wieder aufgerollt“, entgegen Wörners geräuscharmer Lösung zuvor, „jedermann weiß, daß Hiehle die treibende Kraft war“.

Diese nuancierte Verlagerung der Affäre von Wörner weg mit dem Ziel, den Minister zu halten, spitzte Johann Georg Reißmüller am 23. Januar weiter zu und verlagerte die Verantwortung zum Handeln auf Bundeskanzler Kohl[119], der gerade vor einer mehrtägigen Reise nach Israel stand. Angesichts der mittlerweile stark diskutierten Rolle des MAD, der immer öfter thematisierten Belastungszeugen und der Zurückhaltung des Ministeriums bei der Preisgabe von Informationen riet Reißmüller dem Kanzler, sich nicht gleich von einem Minister „bei dessen erstem Mißgeschick zu trennen“. Das könne „auf den Kanzler zurückschlagen“. Wörner habe schließlich „hohes Ansehen in der Truppe“. Da weitere Untersuchungen des Falles dazu führen könnten, „daß Wörner mit seinen Entscheidungen in der Sache Kießling besser, der General mit seinen Forderungen aber schlechter dasteht“, sollte Kohl den Minister halten. „Einen solchen Entschluß kann er ruhig dem Parlament und dem Volk mitteilen.“

Im gleichen Tenor identifizierte Friedrich Karl Fromme am 26. Januar[120] die Verantwortlichen für die Affäre, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo es scheinbar nur noch um den Rücktritt Wörners ging. „Vielleicht hat der MAD den General voreilig verdächtigt, der Minister das ihm vorgelegte Material zu schnell zu ernst genommen. Aber jeder Verteidigungsminister ist da in einem Dilemma. […] Er läuft das Risiko des Amateur-Chefs eines großen Behörden-Apparats; die parlamentarische Demokratie will den politischen Minister – mit allen Konsequenzen.“ Kurzum: Wörner könne dafür nicht verantwortlich gemacht werden, dass der MAD unzulängliches Material vorgelegt habe. Vielmehr sei er ein Opfer des politischen Systems.

[118] Fritz Ullrich Fack, Zwischenbilanz, in: Ebenda vom 19. 1. 1984.
[119] Johann Georg Reißmüller, Wegschicken oder halten?, in: Ebenda vom 23. 1. 1984.
[120] Friedrich Karl Fromme, Zu spät?, in: Ebenda vom 26. 1. 1984.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Selbst noch am 31. Januar, als eine Lösung der Affäre durch den aus Israel zurückgekehrten Bundeskanzler längst in Aussicht stand und sich die Belastungsmomente gegen den Minister schon so verdichtet hatten, dass der Rücktritt unausweichlich schien, stärkte ihm Georg Hefty mit einem kurzen Kommentar noch den Rücken[121]: Hiehle sei ja ein „politisches Ziehkind der SPD-Minister Schmidt und Apel" und habe General Kießlings „Entsendung nach Brüssel[122] abgewickelt". Er kenne den General von allen am besten – doch dieser Staatssekretär sei in den entscheidenden Monaten 1983 krank gewesen. In dieser personellen Konstellation in der Führungsetage des Bundesverteidigungsministeriums geschähen „seltsame Vorgänge". Es komme vor, dass manches Geheime zu „belanglosen Verschlusssachen" heruntergestuft werde, „zur Bloßstellung des Ministers. Wörner konnte sich von Anfang an auf manche Leute nicht verlassen. Sollte er Minister bleiben, wären Neubesetzungen fällig." Der Sündenbock für diese Affäre schien damit für Georg Hefty identifiziert: Joachim Hiehle[123]. Konnte der Minister nichts gegen Hiehle und damit gegen die Affäre tun? Trug er keine Verantwortung?

8. Elektronische Medien

Die elektronischen Medien, allen voran das Fernsehen, begleiteten diese Berichterstattung mit ähnlicher Intensität, oftmals aufgrund sendetechnischer Zwänge jedoch mit verkürzten Darstellungen. In den Nachrichtensendungen zwischen dem 10. Januar und 5. Februar 1984 war Kießling häufig Interviewpartner und Botschafter in eigener Sache. Im Gegensatz dazu durfte Wörner, weil er das Disziplinarverfahren gegen Kießling abwarten musste, nie eindeutig Position beziehen. Dieses schwächte seine Position nachhaltig, wie die *Panorama*-Reportage vom 17. Januar 1984 belegte[124]: Der Minister, sein Parlamentarischer Staatssekretär wie auch sein Sprecher gaben gebetsmühlenartig „Erkenntnisse" zum Besten, aber nie Beweise.

Am 18. Januar 1984 – als sich alle diese Erkenntnisse schon als fragwürdig darstellten – sollte Friedrich Nowottny, der führende Fernseh-Korrespondent in der Bundeshauptstadt, einen *ARD-Brennpunkt* mit dem Minister moderieren[125]. Dazu waren die Wehrexperten der SPD und der FDP, Erwin Horn und Uwe Ronneburger, sowie der Journalist Karl Feldmeyer von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* als Gesprächspartner vorgesehen. Wörner sagte nach Beratung durch seine engsten Mitarbeiter zu, diese Teilnehmer galten als „sachlich und fair"[126]. Es kam jedoch anders: Gerd Ruge, gerade aus der Sowjetunion zurückgekehrter ARD-Journalist,

[121] Georg Hefty, Auf der Hardthöhe, in: Ebenda vom 31. 1. 1984.
[122] Gemeint war hier das SHAPE, das in Casteau, und nicht in Brüssel liegt.
[123] Vgl. dazu auch Karl Feldmeyer, Vielen Ministern loyal, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. 2. 1984, sowie ders., Wörner muß sich sputen, in: Ebenda vom 4. 2. 1984.
[124] Siehe Beitrag des NDR-Politmagazins Panorama zur Affäre, 17. 1. 1984; http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/1984/panorama1405.html (30. 11. 2014).
[125] Hierzu und zum Folgenden: ZMSBw, Sammlung IP-Stab, Gekürzte Mitschrift des Bundespresseamts zum Brennpunkt, 18. 1. 1984, 20.15 Uhr.
[126] Reichardt, Hardthöhe, S. 119 f., Zitat S. 120.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

moderierte eine Streitrunde, in der General a.D. Schmückle und der ehemalige Bundesjustizminister Gerhard Jahn (SPD) dem Minister gegenüber saßen. „Die Sendung begann mit einem ausführlichen Interview General a.D. Dr. Kießlings, unterlegt mit Bildern und Befragungen von Soldaten und sonstiger Personen – natürlich nur solchen, die den Minister kritisierten.“[127] Wörner wies danach auf Fakten hin, die einen „hinreichenden Verdacht begründeten“. Jahn äußerte im weiteren Verlauf seine Betroffenheit, „über das, was dort [bei der Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission der Geheimdienste am Vormittag des 18. Januar] an Tatsachen nicht vorbergebracht worden ist, [...] wie hier ein Apparat aufgrund einer leichtfertigen Denunziation in Gang gesetzt worden ist [...] wie leicht jemandem in unserem Land etwas derartiges wiederfahren kann“. Wenngleich Wörner wiederholt auf seinen Zwang zum Handeln, bei Vorliegen von Verdachtsmomenten zum Schutz der Sicherheit der Bundesrepublik, hinwies, monierte Schmückle: „Die Art, wie man hier einen Mann erst nackt ausgezogen hat, buchstäblich durch Indiskretionen, und dann [...] vorhingerichtet hat, [...] ist einmalig in der deutschen Militärgeschichte.“ Allein der Umstand, dass Hiehle vom General dessen Gegenüberstellung mit Belastungszeugen fordere, sei „ungeheuerlich“. Wörners Einwände, die Entlassung Kießlings sei im Einvernehmen mit den Generalen der Bundeswehr erfolgt – zumindest der Stellvertreter des Generalinspekteurs hatte einen anderen Modus vorgeschlagen –, und Kießling habe sich die Art und den Zeitpunkt selbst zuzuschreiben, mussten provozieren. Jahn konterte: Der Minister habe seinen Teil der Vereinbarung, die Pensionierung zum 31. März 1984, nicht eingehalten. Wer sich so verhalte, dürfe sich nicht wundern, wenn die Presse nachbohre. Außerdem, so Schmückle, könne ein im Krankenhaus oder auf Kur befindlicher und damit von SHAPE abgeschnittener General kein Sicherheitsrisiko darstellen[128]. Wörner konnte in dieser Fernsehsendung, wie auch schon bei all seinen Stellungnahmen zuvor, weder Beweiskräftiges vorlegen noch in irgendeiner Form die Bedenken gegen sein Handeln zerstreuen. Dieses Problem sollte sich noch verschärfen.

9. Nebenschauplätze und Nachspiele

Die Vorermittlungen für das von General Kießling geforderte disziplinargerichtliche Verfahren verliefen nicht im Sande. Vielmehr hatte das noch vor dem 31. Dezember 1983 damit beauftragte Referat II 5 der Personalabteilung unter der Leitung von Oberst Rolf Dahl frühzeitig erhebliche Zweifel an den Ermittlungen des MAD[129]. Der am 20. Januar mit weiteren Ermittlungen beauftragte Wehrdisziplinaranwalt Peter Wolf schloss seinen Abschlussbericht am 31. Januar 1984 ab,

[127] Ebenda, S. 120.
[128] ZMSBw, Sammlung IP-Stab, Gekürzte Mitschrift des Bundespresseamts zum Brennpunkt, 18. 1. 1984, 20.15 Uhr.
[129] BA-MA, Bw 1/535371, Bl. 556–559, Zwischenbericht von BMVg – P II 5 vom 17. 1. 1984 zum „Selbstreinigungsverfahren nach § 88 WDO“. Dort heißt es auf Bl. 559 resümierend: „Ein Nachweis homosexueller Beziehungen in dienstlichem Zusammenhang ist nach bisherigen Erkenntnisstand nicht zu erwarten.“ Dem schließen sich auf Bl. 560–582 umfassende Dar-

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ohne einen Ansatz für Verfehlungen General Kießlings finden zu können. Der Bericht implizierte damit, was streng genommen schon früher hätte erfolgen müssen: Einstellung aller Aktivitäten[130]. Wörner musste sich dem anschließen. Der Bundesrechnungshof stellte in seinem Abschlussbericht fest, dass sich die „Gesamtkosten, die im Zusammenhang mit der Zurruhesetzung entstanden sind [...] auf rund 100.000 DM" beliefen[131].

Eine Mitwirkung der DDR-Staatssicherheit[132], wie sie nach der Enttarnung des stellvertretenden Amtschefs des MAD, Oberst Joachim Krase, nach 1990 als ehemaliger IM („Günter Fiedler") gelegentlich vermutet wurde, lässt sich bislang nicht belegen. Nach ersten Recherchen ist es vielmehr wahrscheinlich, dass die Stasi diese Affäre nicht aktiv mitbetrieben hat[133]. Wenn doch, dann war sie möglicherweise desinformierend auf den Zug aufgesprungen.

Nach der Rehabilitation berief Bundespräsident Karl Carstens am 1. Februar 1984 Kießling erneut in ein aktives Dienstverhältnis. Minister Wörner überreichte dem General an diesem Tag die Ernennungsurkunde – und gleich jene über die erneute Zurruhesetzung zum 31. März 1984[134]. Am 3. Februar war Kießling dann beim *Express*, der ihm „zum Recht verholfen" habe[135]. Die *Bild-Zeitung* zog mit einem Kurzinterview den ersten Schlussstrich unter die Affäre. Titel: „Zum 1. Mal gut geschlafen."[136]

stellungen zu verschiedenen Vernehmungen und Ermittlungen auch auf anonyme Hinweise hin an, die jedoch allesamt keine Belastungsmomente ergeben.

130 BA-MA, Bw 1/535 370, Bl. 421 f., Der Wehrdisziplinaranwalt bei dem Truppendienstgericht Nord für den Bereich des Stellvertreters des Generalinspekteurs der Bundeswehr vom 31. 1. 1984: Bericht betr. Disziplinare Vorermittlungen gegen General a.D. Dr. Günter Kießling. Wenngleich Ministerialrat Wolf keine abschließende Empfehlung aussprach, stellte er auf Bl. 433 fest: Die Hinweise zu homosexuellen Neigungen etc. „sind zum Teil anonym gegeben worden; größtenteils waren sie unschlüssig oder ohne großen Ermittlungsaufwand zu widerlegen."

131 BA-MA, Bw 1/237515, unpag: Bundesrechnungshof, 18. 6. 1984, Prüfung der Ausgaben im Zusammenhang mit der Zurruhesetzung eines Generals der Bundeswehr.

132 Vgl. dazu Klaus Storkmann, Eine Frage der Ehre. Vor 30 Jahren Wörner-Kießling-Affäre, in: Auftrag. Gemeinschaft Katholischer Soldaten 54 (2014), H. 293, S. 47–51, hier S. 50 f.; Ortwin Buchbender, Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar. Vor zwanzig Jahren: Affäre „Wörner-Kießling", in: Ebenda 44 (2004), H. 254, S. 36–38, besonders S. 37 f., wonach der „Top Agent Krase die Affäre ausgelöst habe".

133 Vgl. Kießling, Widerspruch, S. 447. Jüngst zu Krase auch Helmut R. Hammerich, Joachim Krase (1925–1988). Ein „unscheinbarer grauer Oberst": Der MAD-Vize als IM der Stasi, in: Helmut Müller-Enbergs/Armin Wagner (Hrsg.), Spione und Nachrichtenhändler. Geheimdienst-Karieren in Deutschland 1939–1989, Berlin 2016, S. 272–301. Ich danke meinem Kollegen Helmut Hammerich, der derzeit die Geschichte des Militärischen Abschirmdiensts untersucht, für diesen Hinweis.

134 Vgl. Kießling, Widerspruch, S. 440–444.

135 Vgl. „Kießling bei Express: Danke! General: Die Presse hat mir zu meinem Recht verholfen", in: Express vom 3. 2. 1984.

136 Vgl. Friedrich Kurz, Kießling: Auch Wörner ein Opfer. Bild-Interview mit dem General, in: Bild-Zeitung vom 3. 2. 1984.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Nach dem 1. Februar 1984 erfolgte die Aufarbeitung der Affäre, die „Analysephase“[137]. Der Untersuchungsausschuss des Bundestags vernahm dazu alle in die Affäre irgendwie verstrickten Personen, selbst Angehörige des MAD. Die Medienberichterstattung nahm in dieser Phase spürbar ab. Wenngleich der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses[138] die Pannen und Fehler offen ansprach, fällt auf, dass personelle Konsequenzen nur bedingt gezogen wurden: Staatssekretär Joachim Hiehle, damals 57 Jahre alt und der Initiator der Entlassung Kießlings, übernahm die politische Verantwortung und wurde Anfang April in den Ruhestand versetzt. Der Amtschef des Militärischen Abschirmdiensts, Brigadegeneral Hartmut Behrendt wurde nach § 50 des Soldatengesetzes, weil ein Vertrauensverhältnis zum Minister nun wirklich nicht mehr bestehen konnte, ebenfalls pensioniert. Oberst Oskar Schröder, für Sicherheitsüberprüfungen verantwortlicher Abteilungsleiter im MAD, wurde für die fehlerhafte Weitergabe unvollständiger und nicht eindeutiger Ermittlungsergebnisse mit einem Verweis disziplinar gemaßregelt. Auch Oberst Kluss fand sich wenig später in einer anderen Verwendung wieder.

Die feierliche Verabschiedung General Kießlings fand am 27. März 1984 in Neustadt/Hessen statt. Dort, wo er 1964 bis 1966 Kommandeur des Panzergrenadierbataillons 62 gewesen war, erhielt er wunschgemäß seinen Großen Zapfenstreich. Diese Veranstaltung in der Provinz verursachte im Gegensatz zu anderen Verabschiedungen dieser Art auf der Bonner Hardthöhe einen erheblichen Medienrummel – es war ein „beeindruckendes Erlebnis, das Personal eines politischen Skandals in erzwungener Eintracht versammelt zu sehen“[139]. Die Neugier war groß, ob auch der SACEUR, US-General Rogers, käme. Es war eine merkwürdige Veranstaltung, die Wörner in Anwesenheit von Rogers für General Kießling auszurichten hatte, weil vorher so viel Porzellan zwischen den Akteuren zerschlagen worden war. Aber mit dem Großen Zapfenstreich hatte nach außen alles seine gewohnte militärische Ordnung[140].

10. Wörners wundersame Rettung

Die Kießling-Affäre wird charakterisiert durch ein beinahe in Agonie befindliches Ministerium, dessen Spitze der Medienkampagne des Generals nichts entgegensetzen konnte[141]. Alle Versuche, „Erkenntnisse“ zu Beweisen gegen Kießling um-

137 Mathes, Medienwirkung, S. 445.
138 Vgl. Zur Sache 2/84.
139 Kurt Kister, Das Schauspiel erzwungener Eintracht, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. 3. 1984.
140 Auffällig war, dass Kießling kein Essen im Kreise der Kommandierenden Generale des Heeres erhielt und sich sein Abschiedsgeschenk aus Termingründen hätte selbst abholen müssen. Die Heeresführung hatte sich vermutlich verständigt, den rehabilitierten General nicht wie üblich zu verabschieden. Damit hatte sie den Comment verletzt. Vgl. Kießling, Widerspruch, S. 442. Nach Karl Carstens, Erinnerungen und Erfahrungen, Boppard 1993, S. 584, fühlte sich Kießling im Kameradenkreis nicht wirklich rehabilitiert.
141 Kurt Kister, Redakteur Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung zur Affäre, in: Dörner, Verhältnis, S. A 79.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zudeuten, scheiterten an der selbst auferlegten, anfänglichen Marschroute: zur Entlassung waren keine Gründe angegeben worden, dem General hatte man aber mehrfach seine angebliche Homosexualität als Grund genannt. Damit hatte der Minister die rechtliche Nachprüfung selbst ausgelöst. Die Rechtfertigungsprobleme Wörners verschärften sich durch das von Kießling angestrengte Disziplinarverfahren. Faktisch hatte der General damit den Minister quasi aus dem Kreis der Akteure ausgeschlossen.

Damit konnte eine Interaktion zwischen Medien und Ministerium nicht wirklich aufkommen[142], und wenn, forderte die Haltung des Ministers vielmehr zur kritischen Bewertung und Infragestellung seiner Vorgehensweise heraus. So trieben die Medien den Minister vor sich her. Selbst bundeswehr- und ministerfreundliche, konservative Medien wie die Tageszeitung *Die Welt* schlugen sich auf Kießlings Seite. Allenfalls die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hielt bis zuletzt die Stellung und verteidigte Wörner. Der Boulevardzeitung *Express*, deren Redakteur Udo Röbel für seine Berichterstattung zur Affäre später preisgekrönt wurde, fiel dabei die Rolle zu, mit der Enttarnung eines „Doppelgängers" – „Er heißt Jürgen und ist Wachmann beim Bund"[143] – die Affäre für den General zu einem guten Ende geführt zu haben.

Die formale Rehabilitation am 1. Februar 1984 beendete ein mehrwöchiges Martyrium für General Dr. Günter Kießling. Erst der weitgehend öffentlich tagende Untersuchungsausschuss des Bundestags ließ (beinahe) alle Dimensionen und Merkwürdigkeiten der Affäre zutage treten. Die Versäumnisse des MAD, die Rolle von Staatssekretär Hiehle sowie die Aufklärungsversuche des Ministers und seiner engeren Umgebung erschienen mit jeder Zeugenvernehmung im Ausschuss haarsträubender.

Freilich konnte der Ausschuss nie klären, wer der tatsächliche Urheber der Gerüchte über General Kießlings Homosexualität war. Hier kann angenommen werden, dass seine Entfernung aus dem Generalstabslehrgang 1963 sozusagen eine Zeitbombe war, die durch Missgunst oder Neid getriebene Offiziere später auslösten, möglicherweise unbewusst. Dass dann selbst Generale auf diesen Zug aufsprangen und dass der Generalinspekteur dem Gerücht nicht entschlossen entgegen trat, machte die Angelegenheit nicht besser. Insbesondere die Erinnerungen Reichardts geben dazu einen anschaulichen Einblick in die militärische Elite der Bundesrepublik Deutschland: Niemand stellte sich gegen den Minister oder forderte den Abschluss der Affäre, vielmehr versuchte mancher auch noch anschließend, den Mantel des Schweigens darüber zu werfen. Nur so ist zu erklären, dass später keiner der damaligen Akteure Kießlings Memoiren widersprach[144].

[142] Vgl. ebenda, S. A 80.

[143] Udo Röbel im Express vom 13. 1. 1984: „Express enthüllt: General: Es war ein Doppelgänger", und „‚General' vor drei Tagen an der Theke".

[144] Reichardt, Hardthöhe, ist der einzige Zeitzeuge aus dem Ministerumfeld, der darüber Erinnerungen veröffentlichte. Sie sind allerdings durch die Parteinahme für Wörner und die vielfach betonten Besonderheiten der Person Kießlings sehr einseitig.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Manfred Wörners Verbleib im Amt des Bundesministers der Verteidigung[145] wird verschiedentlich dahingehend interpretiert, dass Bundeskanzler Kohl besonderen Gefallen an Ministern mit Korpsgeist gefunden und so mögliche Thronprätendenten eingehegt habe. Die Darstellung Kohls in seinen Memoiren gibt darüber kaum Aufschluss. Vielmehr scheint Kohl seinerzeit kein gutes Bild von seinem Minister gewonnen zu haben. Nur so ist zu verstehen, dass er Wörner im Kabinett zur Gründlichkeit ermahnte[146] und letztlich selbst den Schlussstrich unter diese Affäre zog. Insgesamt scheint sich Wörner aus Sicht des Kanzlers „saublöd angestellt" zu haben[147], auch der MAD habe „äußerst schlampig gearbeitet"[148]. Tatsächlich aber handelte Kohl stringent gegen die öffentliche Meinung. Durch seine, im Gegensatz zu seinem Vorgänger Helmut Schmidt (SPD), eher hölzerne Medienarbeit und seinen wenig weltmännischen Umgang mit den Medien war er oft Zielscheibe der Karikaturisten und Leitartikler. Für sie waren Skandale wie die Wörner-Kießling-Affäre Startpunkt für eine kritische Begleitung der Kanzlerschaft Kohls. Und von der proklamierten „geistig moralischen Wende" und ihrem Anspruch, es besser zu machen als die Regierung zuvor, hatte sich Kohl schnell entfernt.

Streng genommen barg ein Rücktritt Wörners für Kohl jedoch das politische Risiko, dass er im Zuge des mit dem Namen Flick verbundenen Parteispendenskandals erst recht Bundeswirtschaftsminister Dr. Otto Graf Lambsdorff (FDP) hätte entlassen müssen. Diesem hatte der Bundestag am 2. Dezember 1983 die Immunität entzogen, nachdem die Staatsanwaltschaft Bonn gegen Lambsdorff ermittelte. Kohl stand also zweifach unter Druck: Er hätte Lambsdorff umgehend entlassen müssen, wenn er Wörners Rücktritt nach dieser Affäre angenommen hätte. Die Parallelität dieser beiden Skandale wurde bislang kaum untersucht[149]. Die Intensität der Medienberichterstattung im Fall Kießling erstaunt jedoch nicht: Im Gegensatz zu der von der Öffentlichkeit abgeschirmten Ermittlungsarbeit im Flick-Spendenskandal durch die Staatsanwaltschaft Bonn war das Bundesverteidigungsministerium eine kaum zu bewältigende Gerüchte-

[145] Wörner hatte Kohl seinen Rücktritt angeboten und offenbar im Büro des Bundeskanzlers handschriftlich ein Rücktrittsschreiben verfasst – möglicherweise auch von Kohl dazu aufgefordert –, das Kohl dann „nicht zu den Akten genommen [hat], sondern vernichtete". So Karl Feldmeyer, Der Kanzler: Wörner hat am 30. Januar seinen Rücktritt angeboten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 3. 1984.

[146] Vgl. „Kohl: ‚Das läuft nicht gut'", in: Der Spiegel vom 16. 1. 1984, S. 15–24, hier S. 16: Bundeskanzler Kohl in der Kabinettssitzung am 11. 1. 1984: „Wie es jetzt läuft, das ist für alle Beteiligten nicht gut."

[147] Heribert Schwan / Tilman Jens, Vermächtnis. Die Kohl-Protokolle, München 2014, S. 196.

[148] Helmut Kohl, Erinnerungen, Bd. 2: 1982–1990, München 2005, S. 235–241, hier S. 236.

[149] Dennoch wurden in den Medien durchaus Verbindungslinien gezogen. Vgl. Gerald Ulrich Schneider, Investigativer Journalismus in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik Deutschland: Zwischen Wiederaufbau und Wiedervereinigung, phil. Diss., Regensburg 2011, S. 27, unter Verweis auf „Shaky case", in: The Times vom 30. 1. 1984; vgl. auch Russ Hoyle, reported by Roland Flamini. „Conduct Unbecoming", in: The Times vom 13. 2. 1984, S. 20 f.; Karl Günter Barth / Peter Blechschmidt / Heiner Bremer, Kohls Skandalminister, in: Stern vom 26. 1. 1984, S. 46–53, hier S. 48.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

küche. Von dort gelangte mehr an die Medien als aus den Akten der Justiz. Und für den Bundeskanzler stellte sich damit auch die Frage, ob er den Medien mit der Entlassung Wörners nachgeben sollte, die ihn selbst immer wieder zur Zielscheibe einer oft polemischen Berichterstattung machten. Sein später kultiviertes Aussitzen konnte sich in der Generals-Affäre jedoch nicht bewähren.

Auch bedeutete die Kießling-Affäre keinen Durchbruch der Bundeswehr im Umgang mit Homosexuellen. Noch 2000 beschied das Ministerium einem Offizier, wegen seines Bekenntnisses zur Homosexualität nicht die charakterlichen Eigenschaften für die Aufgabe als Vorgesetzter zu besitzen. Das Ministerium konnte sich dabei auf das Bundesverwaltungsgericht berufen (Urteil 1 WB 113/78), das Gleiches bereits 1976 festgestellt hatte.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Personelle Veränderungen bei den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte

Margit Szöllösi-Janze verstärkt das Herausgebergremium

Margit Szöllösi-Janze, Inhaberin des Lehrstuhls für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München, ist vom Stiftungsrat des Instituts für Zeitgeschichte als weitere Herausgeberin der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte berufen worden. Das Herausgebergremium wird damit zum Quartett, was auch in früheren Jahren schon zeitweilig der Fall war. Neu ist indes, dass ihm auch eine Frau angehört. Mit Margit Szöllösi-Janze wird es durch eine der profiliertesten Vertreterinnen des Faches verstärkt. Sie hat mit ihren Monografien über die ungarische Pfeilkreuzlerbewegung, die Geschichte der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen 1958–1980 und zur Biografie des Chemikers Fritz Haber (1868–1934) sowie einer großen Zahl von Aufsätzen ein breites wissenschaftliches Themenspektrum bearbeitet, ist Trägerin renommierter Preise und überdies Mitglied zahlreicher wichtiger wissenschaftlicher Gremien, darunter auch des wissenschaftlichen Beirats des IfZ. Von 2009 bis 2016 gehörte sie zum erweiterten Herausgeberkreis der VfZ.

Petra Weber tritt in die Redaktion ein

Petra Weber vervollständigt die durch das Ausscheiden von Hans Woller dezimierte Redaktionsmannschaft. Die produktive Historikerin ist u. a. mit einer Studie über die frühsozialistische Arbeiterbewegung, einer Biografie Carlo Schmids, einer Untersuchung zur DDR-Justiz und einer groß angelegten komparatistischen Studie zu industriellen Beziehungen, Arbeitskämpfen und zur Sozialstaatsentwicklung im Deutschland und Frankreich der Zwischenkriegszeit hervorgetreten. Neben einem breiten wissenschaftlichen Horizont zeichnet sie langjährige Erfahrung als Redakteurin der IfZ-Reihe Studien zur Zeitgeschichte aus.

Renate Bihl geht in den Ruhestand

Den Neuzugängen steht ein herber Verlust gegenüber: Renate Bihl schied Ende Juni 2016 nach fast zwei Jahrzehnten aus dem Team der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte aus. Hans Woller, langjähriger VfZ-Chefredakteur und nun – gemäß eigener Rollendefinition – Austragshistoriker mit genau kodifizierten Ausgedingerechten, meint dazu: „Renate Bihl war in dieser langen Zeit dreierlei: eine Art TÜV, das administrative Herzstück und der gute Geist der Zeitschrift, der selbst in Stress- und Krisenzeiten nie die Contenance verlor. An ihr lag es vor allem, wenn das Uhrwerk der Zeitschrift so gut wie nie aus dem Takt geriet: Sie sorgte für pünktliches Erscheinen, für eine ansprechende äußere Gestaltung und nicht zuletzt für Präzision und Einheitlichkeit im wissenschaftlichen Apparat der Aufsätze; ihrem bis zur Penetranz geschärften Adlerauge entging nicht die kleinste Klei-

VfZ 64 (2016) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2016 DOI 10.1515/vfzg-2016-0025

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nigkeit. Zahllose Briefe und E-mails zeugen von dieser Kärrnerarbeit im Weinberg der Wissenschaft, sie berichten aber auch von einem beispiellosen Taktgefühl, das selbst von Autorinnen und Autoren gewürdigt worden ist, die sich nach der dritten Nachfrage noch die vierte und fünfte gefallen lassen mussten. Diese Integrationsbefähigung bewährte sich nicht nur im Umgang mit Herausgebern und Autoren, sie kam vor allem der Redaktion selbst zugute, namentlich dem Chefredakteur und seinem Stellvertreter, die im Übrigen ihre Existenz als aktive Wissenschaftler nur deshalb fortführen konnten, weil Renate Bihl bereit stand und ihnen den Rücken freihielt. Die unerbittliche Herrin der Manuskripte, Termine und ‚gelben Zettel' wird ihnen, aber auch der großen VfZ-Community fehlen."

Mirella Kraska tritt die Nachfolge von Renate Bihl an

Zum 1. Mai hat Mirella Kraska die Nachfolge von Renate Bihl angetreten. Unter weit über hundert gut qualifizierten Bewerbern für diese Position hat die Germanistin mit Masterabschluss und ausgeprägtem historischen Interesse die Auswahlkommission am stärksten überzeugt, nicht zuletzt, weil sie fundierte Redaktionserfahrung mitbringt. In ihrem früheren Wirkungsbereich hat sie allerdings, wie sie im Bewerbungsschreiben anmerkte, die Arbeit mit Fußnoten vermisst. Dieses Defizit kennen die VfZ nicht; sie freuen sich über eine neue Kollegin mit Sinn für intersubjektive Nachvollziehbarkeit – das Schlüsselkriterium der Wissenschaft.

Jürgen Zarusky

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

… von der Redaktion betreut (April – Juni 2016)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin mit dem Rezensionsjournal sehepunkte zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehepunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst: In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehepunkten* erschienen sind.

Riccardo Bavaj / Martina Steber (eds.), Germany and „The West". The History of a Modern Concept, Oxford 2015.
Rezensiert von: Michael Hochgeschwender (Ludwig-Maximilians-Universität, München) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 6
http://www.sehepunkte.de/2016/06/27297.html

Waitman Wade Beorn, Marching into Darkness. The Wehrmacht and the Holocaust in Belarus, Cambridge, MA / London 2014.
Rezensiert von: Irina Rebrova (Technische Universität, Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/28205.html

Ralf Blank, „Bitter Ends". Die letzten Monate des Zweiten Weltkriegs im Ruhrgebiet 1944/45, Essen 2015.
Rezensiert von: Sven Keller (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/28787.html

Michael Bohnet, Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik. Strategien, Innenansichten, Zeitzeugen, Herausforderungen, Stuttgart 2015.
Rezensiert von: Benjamin Brendel (Historisches Institut, Justus-Liebig-Universität, Gießen) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 6
http://www.sehepunkte.de/2016/06/27961.html

Michael Brenner, Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates. Von Theodor Herzl bis heute, München 2016.
Rezensiert von: Tamar Amar-Dahl (Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 6
http://www.sehepunkte.de/2016/06/28546.html

Malcolm Byrne, Iran-Contra. Reagan's Scandal and the Unchecked Abuse of Presidential Power, Lawrence, KS 2014.
Rezensiert von: Gerhard Altmann (Korb) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 6
http://www.sehepunkte.de/2016/06/27168.html

Gunnar Decker, 1965. Der kurze Sommer der DDR, München 2015.
Rezensiert von: Elke Scherstjanoi (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/27169.html

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Hans von Dohnanyi, „Mir hat Gott keinen Panzer ums Herz gegeben". Briefe aus Militärgefängnis und Gestapo-Haft 1943–1945. Herausgegeben von Winfried Meyer, München 2015.
Rezensiert von: Elisabeth Chowaniec (Hamburg) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/28367.html

Gregory F. Domber, Empowering Revolution. America, Poland, and the End of the Cold War, Chapel Hill, NC / London 2014.
Rezensiert von: Florian Peters (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/27178.html

Achim Engelberg, Es tut mir leid: Ich bin wieder ganz Deiner Meinung. Wolf Jobst Siedler und Ernst Engelberg: Eine unwahrscheinliche Freundschaft, München 2015.
Rezensiert von: Ilko-Sascha Kowalczuk (Abteilung Bildung und Forschung bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/28244.html

Erhard Eppler, Links leben. Erinnerungen eines Wertkonservativen, Berlin / München 2015.
Rezensiert von: Heiner Möllers (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/28154.html

Miriam Gebhardt, Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs, München 2015.
Rezensiert von: Sven Keller (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/28786.html

Richard Gillespie / Caroline Gray (eds.), Contesting Spain? The dynamics of nationalist movements in Catalonia and the Basque Country, London / New York 2015.
Rezensiert von: Reiner Tosstorff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/27538.html

Imke Hansen, „Nie wieder Auschwitz!" Die Entstehung eines Symbols und der Alltag einer Gedenkstätte 1945–1955, Göttingen 2015.
Rezensiert von: Stephan Stach (Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Prag) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 6
http://www.sehepunkte.de/2016/06/26727.html

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Peter Herde / Benjamin Z. Kedar, Karl Bosl im „Dritten Reich", Berlin / München / Boston 2015.
Rezensiert von: Dirk Walter (München) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/27490.html

Moritz Hoffmann, Als der Krieg nach Hause kam. Heute vor 70 Jahren: Chronik des Kriegsendes in Deutschland, Berlin 2015.
Rezensiert von: Sven Keller (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/28785.html

Everhard Holtmann / Anne Köhler, Wiedervereinigung vor dem Mauerfall. Einstellungen der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen, Frankfurt/M. 2015.
Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 6
http://www.sehepunkte.de/2016/06/27906.html

Florian Huber, Kind, versprich mir, dass du dich erschießt. Der Untergang der kleinen Leute 1945, Berlin 2015.
Rezensiert von: Sven Keller (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/28784.html

Aiyaz Husain, Mapping the End of Empire. American and British Strategic Visions in the Postwar World, Cambridge, MA / London 2014.
Rezensiert von: Thomas Freiberger (Bonn) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 6
http://www.sehepunkte.de/2016/06/27174.html

Sven Felix Kellerhoff, Hitlers Ende. Der Untergang im Führerbunker, Berlin 2015.
Rezensiert von: Sven Keller (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/27142.html

Olaf Kistenmacher, Arbeit und „jüdisches Kapital". Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung *Die Rote Fahne* während der Weimarer Republik, Bremen 2016.
Rezensiert von: Johannes Platz (Bonn) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/28599.html

Ulf-Dieter Klemm / Wolfgang Schultheiß (Hgg.), Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen, Frankfurt/M. 2015.
Rezensiert von: Loukas Lymperopoulos (Hamburg) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/27789.html

Dieter H. Kollmer (Hg.), Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg, Freiburg/Brsg. 2015.
Rezensiert von: Rolf Steininger (Innsbruck) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/27179.html

Else Krell, Wir rannten um unser Leben. Illegalität und Flucht aus Berlin 1943. Herausgegeben von Claudia Schoppmann, Berlin 2015.
Rezensiert von: Susanna Schrafstetter (University of Vermont) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/27561.html

Rywka Lipszyc, Das Tagebuch der Rywka Lipszyc, Berlin 2015.
Rezensiert von: Andrea Löw (Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte, München) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/28429.html

Stefan Luft, Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen, München 2016.
Rezensiert von: Lorenz Neuberger (Universität Konstanz) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 6
http://www.sehepunkte.de/2016/06/28583.html

Winfried Meyer, Klatt. Hitlers jüdischer Meisteragent gegen Stalin: Überlebenskunst in Holocaust und Geheimdienstkrieg, Berlin 2015.
Rezensiert von: Thomas Riegler (Wien) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/27788.html

Mathias Middelberg, „Wer bin ich, dass ich über Leben und Tod entscheide?" Hans Calmeyer – „Rassereferent" in den Niederlanden 1941–1945, Göttingen 2015.
Rezensiert von: Johannes Koll (Wirtschaftsuniversität Wien) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 6
http://www.sehepunkte.de/2016/06/27567.html

Benjamin Möckel, Erfahrungsbruch und Generationsbehauptung. Die „Kriegsjugendgeneration" in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften, Göttingen 2014.
Rezensiert von: Lu Seegers (Hamburg) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/27261.html

Daniel Münzner, Kurt Hiller. Der Intellektuelle als Außenseiter, Göttingen 2015.
Rezensiert von: Thomas Vordermayer (Ludwig-Maximilians-Universität, München) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/28437.html

Klaus-Jürgen Nagel / Stephan Rixen (eds.), Catalonia in Spain and Europe. Is There a Way to Independence?, Baden-Baden 2015.
Rezensiert von: Reiner Tosstorff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/27538.html

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

David Nirenberg, Anti-Judaismus. Eine andere Geschichte des westlichen Denkens, München 2015.
Rezensiert von: Philipp Lenhard (Ludwig-Maximilians-Universität, München) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 6
http://www.sehepunkte.de/2016/06/28296.html

Sabine Pamperrien, Helmut Schmidt und der Scheißkrieg. Die Biografie 1918 bis 1945, München / Zürich 2014.
Rezensiert von: Hendrik Thoß (Technische Universität, Chemnitz) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/26513.html

Karl Heinrich Pohl, Gustav Stresemann. Biografie eines Grenzgängers, Göttingen 2015.
Rezensiert von: Wolfgang Elz (Mainz) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/27815.html

Cornelia von Ruthendorf-Przewoski, Der Prager Frühling und die evangelischen Kirchen in der DDR, Göttingen 2015.
Rezensiert von: Clemens Vollnhals (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität, Dresden) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/28026.html

Cornelius Ryan, Der letzte Kampf. Mit einer neuen Einführung von Johannes Hürter, Stuttgart 2015.
Rezensiert von: Sven Keller (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/28782.html

Anders Rydell, Hitlers Bilder. Kunstraub der Nazis – Raubkunst in der Gegenwart, Frankfurt/M. 2014.
Rezensiert von: Johannes Gramlich (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/27477.html

Gregor-Sönke Schneider, Keine Kritische Theorie ohne Leo Löwenthal. Die Zeitschrift für Sozialforschung (1932–1941/42), Frankfurt/M. [u. a.] 2014.
Rezensiert von: Doris Maja Krüger (Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/27784.html

David Silberklang, Gates of Tears. The Holocaust in the Lublin District, Jerusalem 2013.
Rezensiert von: Andrea Löw (Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte, München) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/27311.html

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Julia Spohr, In Haft bei der Staatssicherheit. Das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen 1951–1989, Göttingen 2015.
Rezensiert von: Peter Erler (Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/27905.html

Stiftung Topographie des Terrors / Claudia Steur (Hgg.), Deutschland 1945. Die letzten Kriegsmonate. Ein Begleitkatalog zur gleichnamigen Ausstellung, Berlin 2014.
Rezensiert von: Sven Keller (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/28780.html

Siegfried Suckut (Hg.), Volkes Stimmen. „Ehrlich, aber deutlich" – Privatbriefe an die DDR-Regierung, München 2016.
Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 6
http://www.sehepunkte.de/2016/06/27906.html

Jakob Tanner, Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015.
Rezensiert von: Markus Furrer (Pädagogische Hochschule Luzern) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/27776.html

Cornelius Torp, Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat. Alter und Alterssicherung in Deutschland und Großbritannien von 1945 bis heute, Göttingen 2015.
Rezensiert von: Winfried Süß (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/26665.html

Frank Uekötter, Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, Göttingen 2015.
Rezensiert von: Ella Müller (Historisches Seminar, Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg/Brsg.) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/28472.html

Jens-Christian Wagner (Hg.), 70 Tage Gewalt, Mord. Die Befreiung. Das Kriegsende 1945 in Niedersachsen, Göttingen 2016.
Rezensiert von: Sven Keller (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/28781.html

Pierre-Frédéric Weber, Timor Teutonorum. Angst vor Deutschland seit 1945: eine europäische Emotion im Wandel, Paderborn 2015.
Rezensiert von: Judith Michel (Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 6
http://www.sehepunkte.de/2016/06/27667.html

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ulrich Wiegmann, Agenten – Patrioten – Westaufklärer. Staatssicherheit und Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Berlin 2015.
Rezensiert von: Christian Rau (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/27883.html

Kevin Wright / Peter Jefferies, Looking down the Corridors. Allied Aerial Espionage Over East Germany and Berlin, 1945–1990, Stroud 2015.
Rezensiert von: Armin Wagner (Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/27568.html

Marcin Zaremba, Die große Angst. Polen 1944–1947: Leben im Ausnahmezustand, Paderborn 2016.
Rezensiert von: Stephan Lehnstaedt (Touro College, Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/27525.html

Volker Zimmermann / Michal Pullmann (Hgg.), Ordnung und Sicherheit, Devianz und Kriminalität im Staatssozialismus. Tschechoslowakei und DDR 1948/49–1989, Göttingen 2014.
Rezensiert von: Franziska Kuschel (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 6
http://www.sehepunkte.de/2016/06/26912.html

Rezensionen zu Publikationen des IfZ (April – Juni 2016):

Esther Julia Howell, Von den Besiegten lernen? Die kriegsgeschichtliche Kooperation der U.S. Armee und der ehemaligen Wehrmachtselite 1945–1961, Berlin / München / Boston 2016.
Rezensiert von: Heiner Möllers (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/28100.html

Johannes Hürter (Hg.), Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren, Berlin / München / Boston 2015.
Rezensiert von: Jan-Hendrik Schulz (Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/26599.html

Sven Keller (Hg.), Kriegstagebuch einer jungen Nationalsozialistin. Die Aufzeichnungen Wolfhilde von Königs 1939–1946, Berlin / München / Boston 2015.
Rezensiert von: Susanne zur Nieden (Berlin) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 5
http://www.sehepunkte.de/2016/05/28199.html

Martina Steber / Bernhard Gotto (eds.), Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives, Oxford 2014.
Rezensiert von: Lu Seegers (Hamburg) in sehepunkte 16 (2016), Nr. 4
http://www.sehepunkte.de/2016/04/25553.html

Andreas Wirsching, **Hitler's Authenticity. A Functionalist Interpretation**

The point of departure of this article is the concept of authenticity, which has increasingly gained importance for the construction of Bourgeois individual identity since the second half of the 19th century. The question regarding which elements of a personality can be seen as authentic, i.e. as real and credible, has also been raised about Adolf Hitler. It is thus an essential facet of the history of his ascent, which of his characteristics and biographical experiences he himself viewed or constructed as authentic and which were attributed to him as such by his nvironment. This encompasses aspects of Hitler's youth and his time in Vienna and Munich, as well as the question, when and under what conditions the foundations of his racist "world view" were laid. The article argues, that, in Hitler's case, a number of layers of authenticity have to be distinguished, whereby the wish to become an artist or architect plays a prominent role. His world view, which Hitler labels as authentic in "Mein Kampf", is conversely a dimension which was added later. This emphasises the functional character of Hitler's political-ideological conditioning, which also influences the overall interpretation of the Nazi regime and the motivations of its perpetrators.

Oliver Jens Schmitt, **Who Were the Romanian Legionnaires? A Case Study on Fascist Cadres in the Countryside Surrounding Bucharest 1927 till 1941**

The social history of the Romanian "Legion of the Archangel Michael", one of the most important fascist mass movements in interwar Europe, has yet to be studied in any great detail. This article discusses a sample of 1,500 legionary cadres in the rural Greater Bucharest area, where legionary mass mobilization began rather late in comparison to other regions of Romania, in the second half of the 1930s. A main finding of the analysis is a clear distinction between two generations of cadres: so-called village intellectuals (priests, teachers) led the first phase of mobilization during the movement stage (1927–1938); the regime stage (6 September 1940–21 January 1941) however was dominated by militant young peasants. Village intellectuals were gripped more strongly by Legionary mysticism and its transcendent message of collective national resurrection, while cadres of the short-lived National Legionary dictatorship strove for social revolution.

Hans Goldenbaum, **National Socialism as Anti-Colonialism. German Propaganda Broadcasts for the Arab World**

Contrary to what one would expect after recent debates, we still know very little about National Socialist impact and propaganda in the Near East. Based on hitherto unconsidered German and Israeli archival records, the article will attempt to give, for the first time, an overview of the origin, institutional background, structure and, particularly, content of Arabic propaganda broadcasts from Nazi Germany. News programs focused on the strength of the Reich and the weakness of its adversaries in the political, economic and military arena. At the same time, the broadcasts linked National Socialist policies with the situation in the Near and Middle East: The "long-suffering" and "oppressed" German na-

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tion, now embroiled in a struggle for sovereignty against the colonialist Western powers, addressed the colonized. On the whole, the propaganda discourse can be conceptualized as a specifically National Socialist "anti-colonialism" or "anti-imperialism" founded in antisemitism. Furthermore, the article expounds how the transmissions were received. The German broadcasts undoubtedly had a certain influence, but the information and explanations they offered had to compete with those issued by other international and regional broadcasts and print media. The reception process can be characterized as committed and active; diverse actors received, interpreted and appropriated the content within their own "horizon of expectations", relating it to their issues. The key question remains how far the propaganda offered explanations for conflicts and experiences of crisis and promoted a semantic shift which contributed to antisemitic ideologisation and practice.

Mario Daniels, **Brain Drain, Global Economic Competition, and National Security: The Campaign of the West German Chemical Industry Against Knowledge Transfers to the United States During the 1950s**

Was the U.S. spying on German know-how? During the 1950s, the West German chemical industry became deeply concerned about the attempts of American companies and the U.S. military to hire German scientists and establish R & D facilities in Germany. In their estimation, such activities amounted to nothing less than a form of industrial espionage. Leading industry representatives claimed that the loss of knowledge posed a serious threat to West Germany's economy at the very moment of the country's return to world markets after World War II. Also a surprisingly large part of their rhetoric was dominated by fears that American knowledge acquisitions endangered German national security. This article takes a closer look at the brain drain and the discourse surrounding industrial espionage during the 1950s within the context of a profound reassessment of the political significance of knowledge production and dissemination during the early Cold War on both sides of the Atlantic. It shows how and why the chemical industry's vigorous countermeasures to fend off perceived threats of espionage failed to mobilize the support of the West German government. Moreover, it makes visible the many fault lines and points of tension that resulted from competing national economic and security interests within the Western Cold War alliance in its formative phase.

Heiner Möllers, **The 1984 Kießling Affair. On the Role of the Media in the Scandal about the Dismissal of General Dr. Günter Kießling**

The Kießling affair of 1984 is one of the most striking examples for the function of the media as the "fourth estate": In this case the West German Federal Ministry of Defence and Minister Wörner completely lost control of events after the premature discharge of General Kießling, who was considered homosexual and thus in danger of being blackmailed, due to the strong echo in the media. The lack of influence of the minister on the media also resulted from his information policy, which was incapable of reacting to new developments due to its isolation from

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

external influences and fixation on a single chain of reasoning. Thereby it was not even capable of convincingly countering the insistent media strategy of the dismissed general. Ultimately Wörner was redeemed by the intervention of Federal Chancellor Helmut Kohl – and retained his office against all odds.

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Andreas Wirsching, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin (Leonrodstraße 46b, 80636 München) und Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München; veröffentlichte u. a.: „Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich" (München 1999); „Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990" (München 2006); „Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit" (München 2012); gemeinsam mit Jürgen Finger und Sven Keller, „Dr. Oetker und der Nationalsozialismus. Geschichte eines Familienunternehmens 1933–1945" (München 2013, 2. Aufl.); „Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989" (München 2015).

Dr. Oliver Jens Schmitt, Professor für Geschichte Südosteuropas am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien (Spitalgasse 2, Hof 3, 1090 Wien); veröffentlichte u. a.: „Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft" (Wien 2008); „Die Albaner. Eine Geschichte zwischen Orient und Okzident" (München 2012); „Căpitan Codreanu. Aufstieg und Fall des rumänischen Faschistenführers" (Wien 2016 im Druck); als Herausgeber mit Armin Heinen, „Inszenierte Gegenmacht von rechts. Die ‚Legion Erzengel Michael' in Rumänien 1918–1938" (München 2013); gemeinsam mit Uwe Israel, „Venezia e Dalmazia" (Rom 2013); gemeinsam mit Michael Metzeltin, „Das Südosteuropa der Regionen" (Wien 2015); gemeinsam mit Gherardo Ortalli und Ermanno Orlando, „Il Commonwealth veneziano tra 1204 e la fine della Repubblica" (Venedig 2015).

Hans Goldenbaum, Doktorand an der International Max Planck Research School for the Anthropology, Archaeology and History of Eurasia (Max Planck Institute for Social Anthropology, Advokatenweg 36, 06114 Halle/Saale); veröffentlichte u. a.: „German Colonialism and Nazism as Anti-Imperialism", in: Immanuel Ness (Hrsg.), The Palgrave Encyclopedia of Imperialism & Anti-Imperialism, Bd. I, Houndsmills 2016, S. 639–652.

VfZ 64 (2016) H.3 © Walter de Gruyter GmbH 2016 DOI 10.1515/vfzg-2016-0027

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Mario Daniels, DAAD Visiting Professor am BMW Center for German and European Studies, Georgetown University (ICC 501, 37th and O Streets, N.W., Washington D.C. 20057–1026); veröffentlichte u.a.: „Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Institutionalisierungsprozesse und Entwicklung des Personenverbandes an der Universität Tübingen 1918–1964“ (Stuttgart 2009); „‚Wirtschaftlicher Landesverrat‘ im ‚Wirtschaftskampf gegen Deutschland‘. Die deutsche Chemieindustrie und die Bekämpfung ausländischer Industriespionage in den 1920er Jahren“, in: Historische Zeitschrift 299 (2014), S. 352–383.

Dr. Heiner Möllers, Projektbereichsleiter Medien am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam); veröffentlichte u.a.: „Reichswehrminister Otto Geßler. Eine Studie zu ‚unpolitischer‘ Militärpolitik in der Weimarer Republik“ (Frankfurt a. M. 1998); „Das Ringen um Kompetenzen in der Systemkrise der Luftwaffe 1966. Anmerkungen zum Handeln von General Johannes Steinhoff“, in: Christian Th. Müller/Matthias Rogg (Hrsg.), Das ist Militärgeschichte! Probleme – Projekte – Perspektiven (Paderborn 2013), S. 153–172; „Sicherheitspolitik in der Krise – NATO-Doppelbeschluss, parlamentarische Debatte und mediale Berichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Wege zur Wiedervereinigung (München 2013), S. 203–220; als Herausgeber, „Sonderfall Bundeswehr? Streitkräfte in nationalen Perspektiven und im internationalen Vergleich“ (München 2014).

Jahrgang 64 (2016), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2016_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de